

30
609

30.3609

NÜRNBERG

um die Mitte des
dreißigjährigen Krieges

(Von Oktober 1631 bis Mitte Juni 1632)

von

Stephan Donaubauer,

Reallehrer an der städtischen Handelsschule in Nürnberg.

Inauguraldissertation

zur Erlangung der Doktorwürde eingereicht bei der philosophischen
Fakultät der Universität Erlangen.



NÜRNBERG.

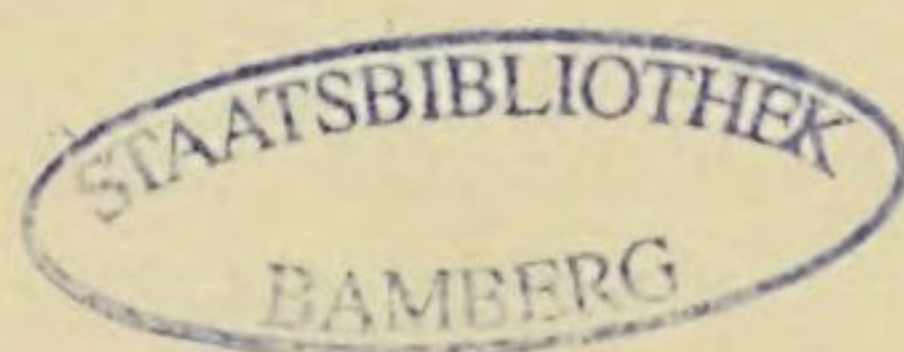
Kgl. Bayer. Hofbuchdruckerei G. P. J. Bieling-Dietz.

1893.

~~Eigentum
der Stadt Bamberg~~

Gruppe:

Zahl:



Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

	Seite.
Gustav Adolfs Siegeszug durch Deutschland. Zögernde Haltung der evangelischen Stände	9
Religiöse und politische Beschwerden Nürnbergs	9
Die in den Jahren 1620—1631 erlittenen Kriegsdrangsale	12
Die Altringerische Einquartierung	13

I. Kapitel. Von der Schlacht bei Breitenfeld bis zum Würzburger Vertrag.

Jubel des evangelischen Deutschlands über den Sieg Gustav Adolfs bei Breitenfeld. Bestürzung der Katholiken	14
Nürnbergs Freude über den Sieg Gustav Adolfs	16
Vorsichtige Haltung des Rates	16
Die Massonische Einquartierung	16
Der schwedische Rittmeister Marx von Rehlingen in Nürnberg . .	19
Verhandlungen mit dem zweiten schwedischen Abgesandten, Hofrat Dr. Martin Chemnitz	21
Hans Jakob Tetzels Konferenz mit dem brandenburgischen Rate Dobenecker	21
Abendmahlzeit in Dobeneckers Haus	22
Die Heilsbronner Konferenz	23
Verhandlungen des Rittmeisters von Crailsheim mit Nürnberg wegen eines Vorlehens für Gustav Adolf	24
Gustav Adolfs siegreiches Vordringen in Franken und dessen Aufnahme daselbst	25
Beschlüsse des Rates nach der Rückkehr der Abgeordneten Hans Jakob Tetzl und Dr. Heinrich Hülfs	26
Konferenz der Abgeordneten des Rates mit Dr. Martin Chemnitz . .	27
Drohschreiben des Dr. Martin Chemnitz	29
Zusammenberufung der Genannten	29
Das Drohschreiben des Königs	30
Der Vortrag an die Genannten	31
Die Abstimmung der Genannten	33
Instruktion der beiden Abgeordneten Hans Jakob Tetzl und Dr. Georg Richter	34
Beschwerden der freien Reichstadt Nürnberg	36
Die Bayreuther Instruktion	37
Audienz der beiden Nürnberger Abgesandten mit Gustav Adolf.	
Verhandlungen mit den Räten des Königs	39
Ankunft Moritz Khans und des Obersten Bullach	40
Stellung des Rates zu den 3 Forderungen der schwedischen Räte .	40
Schreiben des Königs	41

	Seite.
Der Würzburger Vergleich am 2. November 1631	41
Stellung Ansbachs	42
Zufriedenheit der Nürnberger Delegierten mit den Abmachungen in Würzburg	42
Unzufriedenheit des Königs mit den evangelischen Ständen Frankens	43
Die beiden Konzepte der Spezialallianz	43
Die über Vorgänge in Nürnberg, besonders dessen Beziehungen zu Schweden, in Amberg und beim Kurfürsten Max einlaufenden Berichte. Das kaiserliche Mahnschreiben	46
Des kaiserlichen Kommissärs Hans Anton von Popp Ermahnungen zur Treue	48
Der kaiserliche Kreisschluss	48
Nürnbergs Verkehr mit den evangelischen Reichsstädten Frankens. Konsequente Ablehnung der Darlehensgesuche	50
Nürnbergs Stellung zu Bamberg. Die Forchheimer Konferenz am 27. Oktober.	51

II. Kapitel. Vom Würzburger Vertrag bis zum Abzug des Tillyschen Kriegsvolkes aus dem Nürnberger Gebiet.

Nürnbergs Bestreben, auch nach dem Würzburger Vertrage mit den katholischen Nachbarstaaten in Frieden zu leben.	51
Die beim Kaiser Ende Oktober und Anfang November einlaufenden Berichte über den Anschluß der evangelischen Stände Frankens an Gustav Adolf	52
Schreiben des Rates an den Kaiser	52
Tillys Einfall in Franken	53
Schutzmafsregeln des Rates vor der durch Tilly drohenden Belage- rung. Bitte um Hilfe bei Gustav Adolf.	54
Forderungen der in Nürnberg anwesenden schwedischen Obersten, Kommissäre, Offiziere und Soldaten. Die zwei Fragen des Grafen Heinrich Wilhelm von Solms	55
Beratungen der Hochgelehrten, ob Nürnberg Tilly Widerstand leisten solle oder nicht	56
Des Rates Entschluß zum ernstlichen Widerstande. Bildung des neuen Kriegsrates	56
Tillys Marsch vor Nürnberg	58
Tillys Verlangen einer Ratsabordnung	59
Der engere evangelische Kreiskonvent	59
Abordnung Dr. Fetzers ins Tillysche Hauptquartier	60
Instruktion des Abgeordneten Dr. Fetzer	62
Tillys abermaliger Marsch vor Nürnberg. Des Rates Anstalten zur Sicherung der Stadt.	62
Gustav Adolfs bestimmte Zusicherung, Nürnberg zu schützen . . .	64
Bitte des Rates um Hilfe bei Gustav Adolf. Des Rates Verhalten gegenüber dem kaiserlichen Kommissär Popp	65
Dr. Jakob Fetzer im Tillyschen Hauptquartier zu Schwabach. Tillys Forderungen.	66
Dr. Fetzer im Tillyschen Hauptquartier zu Reichelsdorf. Schreiben des Rates.	67
Tillys Antwort aus Reichelsdorf	69
Antwort des Rates auf Tillys schwere Beschuldigungen	70
Der Tillysche Akkord	72
Tillys Abzug	73
Der Kampf gegen die sogenannten Verdächtigen	74
Kurbayerische Spionage	75
Untersuchung darüber, ob eine Belagerung Nürnberg beabsichtigt war	77

	Seite.
Beweis dafür, daß Nürnberg im Falle einer Belagerung schwedische Hilfe sicher war	77
Schlimme Lage Nürnbergs auch nach dem Wegzuge Tillys . . .	78
Die Gefangennahme des jungen Fürsten von Anhalt, dessen Wachtmeisters Then und des Hieronymus Altheimer von Trient . .	78
Das kaiserliche Kriegsvolk in den Nürnberger Ämtern	79
Schreiben des Rates an den Kaiser	81
Antwort des Kaisers. Stimmung des Wiener Hofes gegen Nürnberg	85
Abordnung des Jobst Christoph Krefs an Horn und Gustav Adolf	86

III. Kapitel. Vom Abzuge des Tillyschen Kriegsvolkes bis zum Heilbronner Tag.

Unerquickliches Verhältnis zwischen dem Rate der freien Reichsstadt Nürnberg und dem Grafen Heinrich Wilhelm von Solms . . .	87
Abzug des Solmsischen Kriegsvolkes	90
Bestallung des Obersten Balthasar Jakob von Schlammersdorf . .	91
Bericht des Abgeordneten Jobst Christoph Krefs über seine Ver- richtung bei Gustav Adolf	91
Instruktion des Abgeordneten Jobst Christoph Krefs bezüglich der 3 Forderungen des Königs: Überlassung von Kriegsvolk, Ein- führung kupferner Münzen und Gewährung eines Vorlehens . .	93
Die Rekompens	94
Die Spezialallianz mit Gustav Adolf	95
Die Sendung des Generalmajors Balthasar Jakob von Schlammers- dorf und Jobst Christoph Krefs zum Generalfeldmarschall Horn	99
Nürnbergs Stellung zu Bamberg	100
Nürnbergs Stellung zu Bayern	101
Besetzung Lichtenaus durch kaiserl. Kriegsvolk bis Ende März 1632	102
Nürnbergs Beziehungen zu Brandenburg-Bayreuth und Ansbach . .	103
Nürnberg und der Kaiser	103
Anstalten des Rats zur Sicherung Nürnbergs nach dem Abzug der kaiserlichen Truppen.	104
Einführung neuer Steuern und Abgaben	106
Konsequente Ablehnung aller Darlehensgesuche	108
Instruktion der Nürnbergischen Abgeordneten zum Heilbronner Tag	110
Der Heilbronner Tag	111

IV. Kapitel. Vom Heilbronner Tag bis zum fränkischen Kreistag.

Einfluß der Neutralitätsverhandlungen zwischen Gustav Adolf und der Liga auf die Nürnberger Politik	120
Nürnbergs veränderte Stellung zu Bayern und Bamberg . . .	121
Korrespondenz zwischen Tilly und dem Rat	123
Anstalten des Rats zum Schutze gegen den Feind	125
Kaiserliche Besatzung in den Ämtern. Reverse	125
Die Spezialallianz nach der Heilbronner Konferenz	126
Gustav Adolfs Zug an die Donau. Forderungen desselben an den Rat der freien Reichsstadt Nürnberg	128
Des Kaisers Schreiben an Nürnberg	129
Antwort des Rates auf die 2 kaiserlichen Schreiben	130
Antwort des Rates auf Tillys Schreiben aus Neukirchen unterm 6. März	134
Feindliche Truppen in Nürnbergs Gebiet	135
Des Königs Ankunft bei Fürth am 30. März	136
Gustav Adolfs Einzug in Nürnberg am 31. März	136
Der Revers und Gegenrevers	138
Schenkungen des Königs an Nürnberg	143

V. Kapitel. Vom fränkischen Kreistage bis zur Ankunft
Gustav Adolfs im Juni 1632. Seite.

Der fränkische Kreistag . . . , ...	146
Verhandlungen mit Gustav Adolf im Mai 1632. Das Cessionswerk. Das Generalkommando des Grafen Hohenlohe	152
Stellung der fränkischen Stände, im besonderen der Reichsstädte, zu den Wünschen Gustav Adolfs	157
Die Ausschreitungen der Soldateska. Die Unsicherheit auf dem Lande	157
Vorkehrungen des Rates zum Schutze der freien Reichsstadt Nürn- berg. Vorsichtige Haltung desselben	162
Eroberung Weissenburgs durch die Kaiserlichen	164
Nürnberg's Angst vor dem Feinde	165
Die Schlammersdorfische Kommission	166
Gustav Adolfs Rückkehr nach Franken. Seine Ankunft bei Fürth	168
Gustav Adolfs Anwesenheit in Nürnberg am 19. und 20. Juni . .	169
Eine Stimme aus dem kathol. Lager über die Absichten des Königs	175
Schluss.	



Nürnberg

um die Mitte des dreißigjährigen Krieges.

V o r w o r t.

Die Jahre 1631 und 1632 nehmen in der Geschichte der freien Reichsstadt Nürnberg eine ganz hervorragende Stelle ein.

Allbekannt sind die kriegerischen Ereignisse, welche sich im Sommer 1632 bei Nürnberg abspielten. Viel Neues kann darüber wohl kaum gebracht werden. Ganz anders aber verhält es sich mit der Zeit von der Breitenfelder Schlacht bis zum schwedischen Lager vor Nürnberg. Was sich hierüber selbst in den Werken der Spezialhistoriker Nürnbergs findet, gibt kein Bild von der Geschichte der freien Reichsstadt in jener Zeit und kann ein solches nicht geben, da das sehr reiche archivalische Material nicht genügend verwertet, noch weniger aber verarbeitet ist. Wohl muß zugestanden werden, der Nürnberger Gelehrte Ch. G. von Murr bringt zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges manch wertvollen Beitrag aus den hiesigen Archiven, und Freiherr von Soden liefert in seinem Werke: »Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland«, worin er vorwiegend Nürnbergs Geschichte behandelt, geradezu eine Fülle von archivalischem Stoffe. Allein Murr bringt eben nur Beiträge, und Freiherr von Soden gibt zwar sehr viel, aber lange nicht genug. Er hat nur Material zum Baue herbeigebracht, den Bau selbst aber nicht ausgeführt. Kritik- und zusammenhanglos reiht er, was er im Nürnberger Kreis- und Stadtarchiv oder in einzelnen Werken gefunden hat, in einer für den Leser durchaus ungenießbaren Form aneinander. Bei der Menge des archivalischen Stoffes aber, den er liefert, hat er doch Aktenmaterial

unberücksichtigt gelassen, ohne welches ein volles Verständnis jener Zeit nicht wohl möglich ist. Er hat die Spezialakten des 30jährigen Krieges gar nicht und die Beratungen der Hochgelehrten nur selten benützt; beide aber sind für die Kenntnis und für die Beurteilung der Politik des Rates von großer Wichtigkeit. Auch daß er das im Reichsarchiv und Geheimen Staatsarchiv in München auf Nürnberg bezügliche Material nicht kennt, das einen bedeutsamen Aufschluß über die Stellung Nürnbergs zu Bayern gibt, muß seine Arbeit als eine lückenhafte erscheinen lassen.

Es ist mir nicht möglich, den Mängeln desjenigen Werkes von Soden, welches für mich in Betracht kommt, in allen Einzelheiten nachzugehen; denn das würde viel zu weit führen. Doch glaube ich, mag Nachfolgendes zum Beweise meiner Behauptungen genügen.

Zu den Angelegenheiten, welche den Rat der freien Reichsstadt Nürnberg in jenen Tagen ganz besonders beschäftigten, gehört die Spezialallianz, deren Geschichte ein lehrreiches Kapitel der Nürnberger Politik ist. Soden aber erwähnt dieselbe nur gelegentlich. Seite 161 und 164 gibt er uns zu wissen, daß Nürnberg Mitte Januar die Spezialallianz noch immer nicht abgeschlossen hat, Seite 182 gedenkt er derselben bei der Beschreibung des Heilbronner Tages nur mit folgenden Worten: Aufser des abzuschließenden Bündnisses mit dem König von Schweden wurde auch wegen der Kupfermünze u. s. w. verhandelt. Seite 229 und 230 spricht er davon, daß der König die mit Nürnberg auszugleichenden Angelegenheiten durch den Rat Sattler betreiben ließ — es war dies am 31. März 1632 — und führt dann auch an, was auszugleichen war; von der Spezialallianz resp. dem Revers schreibt er nichts. Seite 252 erzählt er nur: Am Schlusse des (fränkischen) Kreistages übergab Chemnitz den Ständen ein Memorial, in welchem er sie abermals um einen Revers bat, wie ihn die Nürnberger ausgestellt. Die »versicherungs vnd revers-notul«, welche »omissis nominibus, den Nürnbergischen gleichlautend war«, bringt er aber nicht.

Aus diesen dürftigen Notizen wird wohl niemand auf die Bedeutung der Spezialallianz schließen.

Bei der Beschreibung des Heilbronner Tages pag. 181 bis 185 führt er die Erinnerungen der Nürnberger Abgesandten auf, die vorwiegend militärischer Natur waren, sowie die Forderungen des schwedischen Gesandten, betreffend die Einführung kupferner Münzen, neuer Accisgelder, die Regelung resp. Erhöhung der Geleitstaxe und die Verstärkung der Garnisonen in den Städten und erwähnt hiebei auch die Stellung der Städte zu diesen Forderungen. Gerade das Wesentliche aber übergeht er. Er berichtet nichts von den Verhandlungen über die Spezialallianz, von dem Verlangen der Städte nach Frieden, von deren mannigfachen Wünschen, von dem Beschlusse, daß wegen des Bündnisses mit Schweden eine Apologie abzufassen und Gustav Adolf ein schriftliches Gutachten über den Frieden und die Beschwerden der Städte zu unterbreiten sei.

Soden sagt uns nichts über die Stellung Nürnbergs zu Bamberg und Bayern im Winter 1631/32 und erwähnt nicht einmal die Forchheimer Konferenz am 30. Dezember 1631; auch die Irrungen mit den brandenburgischen Häusern sind viel zu wenig betont.

Eine sehr wichtige Angelegenheit, welche dem Rate viele Sorgen bereitete, war die Eröffnung neuer Geldquellen. Es wurden eine sogenannte Kriegssteuer, eine Extraordinari-Interimssteuer, ein Pferde-, Vieh- und Viktualienaufschlag eingeführt u. a. m. Soden schreibt darüber nur folgendes: Der Rat begehrte von der Bürgerschaft eine außerordentliche Kriegssteuer, jedoch nur in Guldengroschen zu 65 kr. Jeder Kaufmann mußte von seiner Besoldung einen Guldengroschen und von seinem Vermögen von je 100 fl. 1 fl. geben; selbst die Dienstboten wurden nicht ausgenommen. Da wäre es denn doch viel besser, nur im allgemeinen von Einführung neuer Lasten zu sprechen, als aus einer Verordnung nur ein Bruchstück herauszugreifen.

Ausführlich ist die Beschreibung des fränkischen Kreistages, besonders desjenigen Teils, der von den Truchsessischen Forderungen handelt. Die Stellung Nürnbergs und der übrigen fränkischen Kreisstände ist aber auch hier nicht genügend klar gelegt. Um nur eines anzuführen, Soden schreibt betreffs der Ernennung des Grafen Kraft von Hohenlohe zum Generalkommandanten des fränkischen Kreises pag. 253: »Die Stände

beriefen sich auf die Reichskreisverfassung und die Exekutionsordnung, ohne jedoch dem König die militärischen Anordnungen zu verwehren«. Warum aber die Stände auf des Königs Begehren nicht mit Ja antworteten, davon sagt er nichts.

Auch die Korrespondenz zwischen dem Rate einerseits, Tilly und dem Kaiser anderseits ist durchaus ungenau, während die Berichte des Ratsschreibers Andreas Baier und des Bürgers Droschel ganz ausführlich gebracht werden. Und doch sind gerade diese Schreiben von großem Werte. So interessant jedoch es wäre, Soden's Art, Geschichte zu schreiben, auf Grund der oberwähnten Korrespondenz zu beleuchten, so muß ich mir dies leider versagen, denn der Umfang meiner Arbeit gestattet ein solch näheres Eingehen nicht. Ich beschränke mich daher, die Seitenzahlen anzugeben, wo Soden der diesbezüglichen Schreiben gedenkt, nämlich pag. 89, 131—133, 135, 165, 198 und 199.

Was soll ferner folgender Satz auf Seite 34 besagen: Der Kaiser ersuchte nun die Stände, sie möchten die Kreishilfe der 72 Monate ungesäumt je eher, je lieber bezahlen, für diesmal aber nur 6 Monate in die Kasse liefern! Daraus kann man doch nicht klug werden. Des Kaisers Wille war, daß die Stände den auf 1 Jahr festgesetzten Termin auf 6 Monate abkürzten und in jedem Quartal die Hälfte, also 36 Römermonate, ablieferten.

Mehr zur Begründung meiner Behauptungen anzuführen, ist wohl nicht nötig; doch bietet eine Fortsetzung der Beweise keine Schwierigkeiten. Es lag mir ja nur daran, auch meinerseits festzustellen, daß man die Werke des Freiherrn von Soden nur mit Vorsicht benützen kann, und daß auf dem Gebiete, auf welchem Soden gearbeitet hat, sich für den Geschichtsfreund noch ein reiches Feld der Thätigkeit bietet.

Einleitung.

Es war am Abend des 6. Juli 1630, als Gustav Adolf an der Spitze von 13000 Mann auf der Insel Usedom landete. Seine Hoffnung jedoch, die Fürsten und Städte des evangelischen Deutschlands würden sich ihm freudig anschließen, war eine trügerische; fast alle bewahrten, meist aus Furcht vor dem Kaiser, eine abwartende Stellung. Aber immer weiter drang der nordische König vor, und binnen mehr denn Jahresfrist hatten sich mit ihm die zwei mächtigsten evangelischen Fürsten des Reiches, die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, vereinigt. Ganz Oberdeutschland war aber noch in kaiserlicher »Devotion«.

Gustav Adolfs
Siegeszug
durch
Deutschland.
Zögernde
Haltung der
evangelischen
Stände.

Auch Nürnberg hielt äußerlich an der Treue gegen den Kaiser fest. Im Herzen freilich wünschte die weitaus überwiegende Mehrzahl der protestantischen Bevölkerung Nürnbergs den schwedischen Waffen den besten Erfolg. Wenn in der »Copia eines N. N.« von Nürnberg ein Evangelischer lebhaft gegen Schweden und den Leipziger Bund sich äußert und für den Kaiser eintritt, so stellt er sich in Widerspruch mit seinen Mitbürgern, und es ist hier wohl anzunehmen, daß ein Katholik unter evangelischer Maske ficht.¹⁾

Auch Nürnberg war von den Leiden des dreißigjährigen Krieges nicht verschont geblieben, es war in seiner religiösen Überzeugung schwer verletzt worden und empfand schmerzlich, was den evangelischen Brüdern im Reiche Schlimmes widerfahren und noch widerfuhr. Fast ein volles Jahrhundert war im Deutschen Hause und den dazu gehörigen Kirchen zu St. Jakob und St. Elisabeth der katholische Gottesdienst nicht gestattet

Religiöse
und politische
Beschwerden
Nürnbergs.

1) Kgl. Hof- und Staatsbibliothek in München. Copia eines Schreibens N. N. von Nürnberg an N. N. von Leipzig unterm 24. Juli a. St. oder 3. Aug. n. St. Europ. 361/31.

worden, und ein Ordenspriester, der sich im Jahre 1601 eingeschlichen, hatte auf Befehl des Rates die Stadt alsobald wieder verlassen müssen. Der Prozeß, welcher Nürnberg beim Reichskammergericht erwuchs, wurde 1625 von diesem hinweg an den Reichshofrat gebracht, und während die Streitsache hier anhängig war, wurde im Deutschen Hause und in einer neu hergerichteten Kapelle Messe gelesen, auch zogen 1628 heimlich zwei Kapuziner aus Würzburg ein.

Am 22. Oktober 1630 aber erfolgte ein kaiserliches Urteil, welches die Ausübung der katholischen Religion im Deutschen Hause und in den beiden Kirchen zu St. Jakob und St. Elisabeth dem Orden zuerkannte. Der Rat beruhigte sich jedoch mit diesem kaiserlichen Bescheid nicht, sondern that sofort Schritte, um eine Abänderung desselben zu bewirken. Allein die Bittschrift Nürnbergs fand am kaiserlichen Hofe eine sehr ungnädige Aufnahme, und auch der Ratskonsulent Dr. Fetzer, der in dieser Sache nach Wien abgeordnet wurde, konnte nicht das Mindeste erreichen. Vielmehr wurde der Stadt Nürnberg in einem neuen kaiserlichen Erlasse vom August 1631 aufgelegt, innerhalb 14 Tage von Zeit der Einhändigung des Schreibens an Bericht zu erstatten, ob man nunmehr gewillt sei, dem im Oktober 1630 ergangenen Urteil sich zu fügen, widrigenfalls scharfe Exekution auf dem Fusse folgen würde. Nun mußte der Rat sich freilich zur Nachgiebigkeit bequemen. Er versprach, daß er dem Orden den katholischen Gottesdienst im Deutschen Hause und in der Kapelle zu St. Elisabeth gestatten wolle, wofern der Eingang in dieselbe gegen die Straßen der Stadt zu vermauert und in den Hof des Deutschen Hauses gerichtet würde, und daß er für St. Jakob einen besonderen Platz außerhalb der Stadt dem Orden überlassen werde.

Doch auch diese Nachgiebigkeit hätte dem Rate nichts genützt, wären nicht Ereignisse eingetreten, die dem Kaiser es geraten erscheinen ließen, das letzte, entscheidende Wort auf eine gelegendere Zeit zu versparen.

Diese sogenannte »Teutschherrische Sache« war nicht der einzige religiöse Streitpunkt, der zu Gunsten der Katholiken seine Erledigung fand.

Eine Meile von Nürnberg entfernt, lag ehemals das Frauenkloster Pillenreuth. Schon 1537 waren dort die Nonnen ausgezogen, also lange vor dem Augsburger Religionsfrieden. Durch kaiserliche Verfügung vom August 1628 aber wurde dieses ehemalige Kloster dem Bischof von Eichstätt restituirt, der auch in der Nürnbergischen Pfarrei Bechthal, zwei Wegstunden von Eichstätt gelegen, einen katholischen Priester einsetzte, für dessen Unterhaltung Nürnberg noch obendrein aufkommen mußte.

In Lonerstadt waltete seit 1528 ein evangelischer Priester seines Amtes. Im Oktober 1629 fielen jedoch auf Befehl der beiden Bischöfe von Bamberg und Würzburg etliche Beamte mit einer größeren Anzahl bewaffneter Männer in die Kirche ein und schafften den evangelischen Priester hinweg. Nürnbergs Unterthanen wurden in den Bistümern Bamberg und Würzburg, in der Oberpfalz und in Pfalz-Neuburg durch allerlei Gewaltmittel zur katholischen Religion gezwungen.

Die Erbitterung aber, welche diese Gegenreformation erzeugte, wurde noch gesteigert durch die Drohungen von katholischer Seite.

Der »Teutschherrische« Kanzler erklärte zu Regensburg ungescheut, Nürnberg müßte auch die Kirchen zu St. Sebald und St. Lorenzen herausgeben, und Pasquillenschreiber fanden, die Stadt müßte entweder die Reichskleinodien und Reliquien, welche sie vor Zeiten von Kaisern und Päpsten überkommen hatte, ausliefern oder katholisch werden.

Der am Wiener Hofe allmächtige Jesuit Lamormain gab eine ausführliche Instruktion, wie die Gegenreformation in Nürnberg durchzuführen sei, und der Reichshofratspräsident äußerte beim Kollegialtage in Regensburg, der Kaiser werde im Regiment der evangelischen Städte eine Änderung vornehmen und allenthalben die Hälfte des Rates mit Katholiken besetzen. Diese Drohung aber war sehr ernst aufzufassen; denn der Kaiser sah die Städte nur als Patrimonialgüter an. Was den Städten Schlimmes bevorstand, das bewies der Frankfurter Kompositionstag, auf welchem die kaiserlichen Kommissäre sich bemühten, die höheren evangelischen Stände von den Städten dadurch zu trennen, daß sie den letzteren keine »jura territorialia« zugestehen wollten. Darauf aber war das »jus religionis« gegründet, und auf diese Weise wäre

es um alle Kirchen und Klöster in den Reichsstädten geschehen gewesen.

Was jedoch noch das Allerschlimmste für die Protestanten war, alle Religionssachen wurden an den kaiserlichen Hof gewiesen, wo es keinen evangelischen Richter gab und wo der Bescheid immer zu Ungunsten der Evangelischen ausfiel. Aber auch in Angelegenheiten, die mit der Religion nichts zu thun hatten, wie Prozefs- und Testamentssachen, wurden die Katholiken auffallend bevorzugt.²⁾

Dazu wurden die Kriegslasten immer höher, und die Verarmung der Bevölkerung nahm stetig zu.

Die in den
Jahren
1620—1631
erlittenen
Kriegsdrang-
sale.

Vom Jahre 1620—1631 hatte Nürnberg trotz aller Versprechungen und aufgerichteten Recesse seitens der kaiserlichen und ligistischen Truppenführer mehr als 100 Durchzüge teils ganzer Armeen, teils unterschiedlicher Regimenter und Kompagnien auszuhalten. Und was dies bedeutet, ist für jeden klar, der da weiß, wie verwildert die Soldateska bereits in der ersten Hälfte des 30jährigen Krieges war. Wohl suchte Nürnberg durch Geldzahlungen sich von der schweren Bedrängnis loszukaufen, doch mit wenig Erfolg. So hatte es 1625 100000 fl. an den Herzog von Friedland gezahlt, ohne damit etwas zu erreichen, denn die Durchzüge und Erpressungen hörten auch in diesem Jahre nicht auf. In welche Unkosten die Stadt Nürnberg gestürzt wurde, davon können wir uns einen ungefähren Begriff machen, wenn wir bedenken, daß ein einziger Durchzug des Markgrafen Hans Georg im Jahre 1627 80000 fl. verschlang, die neunmonatliche Kontribution, welche Nürnberg nach langen in Wien gepflogenen Verhandlungen entrichten mußte, vom Juni 1629 bis Ende Februar 1630 180000 fl. betrug und die Gesamtausgabe für die Schönburgischen Reiter in Fürth während 51 Wochen sich auf 55716 fl. bezifferte.³⁾

Ein Ende dieser Drangsale aber war nicht abzusehen, sie wurden mit jedem Jahre größer.

2. Kgl. Kreisarchiv in Nürnberg. Tom. XVI. fol. 277—342. Beschwerden der Stadt Nürnberg (Konzept). Tom. IX. fol. 319 bis 322, Schreiben des Rates an die Deputierten nach Frankfurt. — Städtisches Archiv in Nürnberg. Akten des deutschen Ordens 2^o (129—135).

3. Kgl. Kreisarchiv in Nürnberg. Tom. XVI. 277—342.

Im Jahre 1631 wurde Nürnberg trotz des mit dem Obersten von Schönburg getroffenen Recesses von Schönburgischen und Cordubachischen Regimentern hart betroffen. Und als es dem Leipziger Schlusse, in welchem die evangelischen Stände Deutschlands dem Kaiser die Kontribution verweigerten und, um den Durchzug der kaiserlichen und ligistischen Truppen zu verhindern, Kriegsvolk warben, nicht in der vom Kaiser anbefohlenen Weise entsagte, da erschien am 8. August 1631 Obrist Altringer mit 7 Cornet Reiter und 5 Kompagnien zu Fuß, denen am folgenden Tage noch 26 Kompagnien zu Fuß samt 2 Stäben und 7 Kompagnien Reiter samt 2 Stäben folgten, welche bei Fürth lagerten. Obrist Altringer verlangte, daß man das geworbene Kriegsvolk abdanke und zu des Kaisers Diensten vermöge oder doch schwören lasse, daß es nicht mehr gegen diesen diene, dem Leipziger Beschlusse schriftlich entsage und die Kontribution abtrage, die man kraft des mit dem Herzog von Friedland getroffenen Akkords noch schuldig sei. Der Rat setzte nun einen Recess auf, der jedoch bei Altringer keine Gnade fand. Dann suchte er durch Unterhandlungen doch etwas für sich zu erreichen. Allein alles vergebens. Er mußte schließlich völlig nachgeben und dem kaiserlichen Kommissär eine schriftliche Entsagung überreichen, in welcher alle von Altringer gestellten Bedingungen erfüllt waren, worauf dann dieser am 30. August die Nürnberger Gegend verließ. Nürnberg aber hatte große Summen Geldes nutzlos aufgewendet; das Proviantamt allein schätzte den Proviant, welcher für das Altringerische Kriegsvolk geliefert worden war, auf circa 42 969 fl.

Die Altringerische
Ein-
quartierung.

Nun will ich mich hier über die Beschlüsse der evangelischen Stände auf dem Leipziger Konvente in keinen kritischen Erörterungen ergehen. Es ist mir auch, was die religiösen und politischen Beschwerden Nürnbergs betrifft, nicht möglich, klar zu legen, auf welcher Seite man sich mit mehr oder weniger Grund auf das Recht berufen konnte, ob auf der Seite Nürnbergs oder der Katholiken. Aber soviel ist gewiß, daß durch die immer drückender werdenden Kriegslasten, vor allem aber, daß durch die im Reiche durchgeführte Gegenreformation die Erbitterung der Protestanten immermehr stieg, ja daß sich allgemein der

Glaube verbreitete, die Katholiken würden, wenn sie völlig die Macht in die Hände bekämen, die Evangelischen ausrotten. Wohl mag das Schreiben, welches angeblich am 8. April 1628 aus Prag an einen katholischen Geistlichen in Hildesheim abgeschickt worden und in evangelische Hände geraten war, erdichtet sein; es mag somit auch erfunden sein, »dafs Kayserliche Majestat im bemelten Jahr dem Röm. Papst in dessen Abgeordneten ein Eyd gethan, ehe ihr Haupt nicht ruhen zu lassen, bis sie alle ketzerische Land und Königreich zur Catholischen Religion gebracht hette«; es mag eine Fabel sein, dafs der Kaiser vor 33 Jahren gesagt hatte: »wenn der Türck für seiner Schlaff Kammer wer, so wolt er von im ablassen und die Lutherischen verfolgen« — es wurde geglaubt, weil die Thatsachen dem zu entsprechen schienen.⁴⁾

I. Kapitel.

Von der Schlacht bei Breitenfeld bis zum Würzburger Vertrag.

Noch immer trugen die Kaiserlichen stolz ihr Haupt. Der Papisten Sachen gehen allezeit vorwärts, die Inländischen, die uns helfen sollen, fallen zum Kaiser, die Ausländischen bleiben aus; »vnser sach steht auff Sawfedern«, mag gleich nichts mehr schreiben. Adieu, Gott mit uns Nürnberg — also wird aus Nürnberg nach Leipzig in der bekannten Copia geschrieben.

Jubel des
evangelischen
Deutschlands
über den Sieg
Gustav Adolfs
bei
Breitenfeld.
Bestürzung
der
Katholiken.

Da verbreitete sich in ganz Deutschland die Kunde von dem glänzenden Siege Gustav Adolfs und des mit ihm verbündeten Kurfürsten von Sachsen über Tilly bei Breitenfeld. Der Jubel des evangelischen Deutschlands war unbeschreiblich. Immer und immer wieder erschienen Flugschriften, welche den herrlichen Sieg priesen, die Liga aber und Tilly verhöhnten. Eine Reihe solcher losen Drucke findet sich im Germanischen Museum in Nürnberg.

4. Kgl. Kreisarchiv in Nürnberg. Berichte an den Ratskonsulenten Dr. Fetzer in Wien. Tom. VIII. 425—427, 428 u. 429, 416—418, 445—449, 441—443. Stadtrechnung des Jahres 1631. — Kgl. Hof- und Staatsbibliothek in München. Arlanibaeus, Arma Suecica: Colloquium politicum über die frag: »Warumb solt ich nicht Schwedisch seyn?« Europ. 8. 4.

Um von den vielen nur einige anzuführen, da führt eine Flugschrift den Titel: »Sächsisch Confect Sampt dem darauff gefolgten fränckischen Früstück«; eine andere ist betitelt: »Der jauchzende Bothe, So den 6. Septembris, Anno 1631 früh aus dem Tyllischen Läger vor Leipzig nacher Franckfurt am Mayn abgangen«, eine dritte: »Tyllisch Kloster Gelübde.«

Da heist es in dem Drucke: »Sächsischer Trompeter, Welcher ist aufgesand worden, den Ligistischen General Tylli nachzufragen«, in der 25. Strophe:

»Ihr bösen Geister in der Hellen,
Habt jhr bey euch nicht solchen Geselln,
Der Arme vnschuldige Leut
Gemachet hat zu seiner Beut,
Sie grawsambst peinigt vñ geschändt,
Beraubt, geplündert vnd abgebrändt?«

Die Antwort auf diese Frage lautet:

»Ein solcher Vogel ist allhier,
Der muß büssen im ewigen Fewr,
Sein Mord, sein Brand, sein Tyranney,
An Christi Gliedern verübt ohne schew,
Erwartet seiner Gesellen bahr,
Götz, Pappenheim, vnd Lefsina schar.«

In der »Wohlbestalten Pritzsche Schule«, die allerdings etwas später entstanden sein mag, aber ergeht die Aufforderung zum Kampfe gegen Tilly in folgender kräftigen Weise:

»Frisch drauf, frisch drauf, pritzsch jimmer zu,
Sonst kommet Deutschland nicht zur Ruh,
Pritzsche jmmr pritzsch, vnd verdien an denen,
Die Deutschland auf die neige bracht,
Ein ewiges Lob durch deine Macht,
Die Pritzsche bringt den Feind zuschanden.«

Dagegen war die Bestürzung der Katholiken eine ungeheuere. Man fürchtete, Gustav Adolf wolle seine Hand nach der deutschen Kaiserkrone ausstrecken; hiefs es doch allgemein, er habe vor der Schlacht bei Breitenfeld Münzen ausgeworfen mit den deutschen Versen:

»Zween Kurfürsten will ich wehren,
Römischer Kaiser will ich weren,
Bayern muß mir sterben,
Den römischen Kaiser will ich verderben.«⁵⁾

Nürnberg's
Freude über
den Sieg
Gustav Adolfs.

Groß war die Freude der Nürnberger Bevölkerung über des Königs Sieg. Das Bild Gustav Adolfs wurde zum Zeichen der Verehrung von vielen Protestanten am Halse getragen, und der Rat ließ es unter die »Herren Ältern« verteilen.⁶⁾

Vorsichtige
Haltung
des Rates.

Offen trat jedoch der Rat mit seinen Sympathien für den Schwedenkönig nicht hervor, er vermied es auch nach der Schlacht bei Breitenfeld ängstlich, beim Kaiser irgendwie Anstoß zu erregen und in den Verdacht zu gelangen, als ob er für Schweden Partei ergreifen würde. So gab er den Abgeordneten zum Frankfurter Kompositionstag, die vermeinten, es sei nur einer von ihnen in Frankfurt nötig, am 26. September die Antwort, sie möchten sich noch etwas gedulden, »damit von den kaysl. herren commissarien ewer vnzeitig abraisen nit mißdeutet, vnnd wir in vngleichen verdacht gezogen werden.« Er erteilte dem Spießmacher Krützer die Erlaubnis, 300 Piken für den Obristen Pappenheim nach Frankfurt zu schicken. Und am 9. Oktober noch erging das Verbot, eine über den Sieg des Königs von Schweden in Sachsen gedruckte Zeitung in Nürnberg nachzudrucken.⁷⁾

Doch Nürnberg konnte in dieser abwartenden Stellung nicht verbleiben. Es wurde gar bald vor die Entscheidung gestellt, ob es zum Kaiser und zur Liga oder im Verein mit den übrigen evangelischen Ständen des Reiches zu Gustav Adolf halten wolle.

Die
Massonische
Ein-
quartierung.

Dass die Entscheidung nicht gegen den Schwedenkönig ausfallen konnte, ist klar. War ja von katholischer Seite so vieles geschehen, was in den protestantischen Gemütern Erbitterung und Haß hervorgerufen hatte. Und eben jetzt wiederum, da der Rat in die ersten Verhandlungen mit Gustav Adolf einge-

5. Germanisches Museum in Nürnberg. Historische Blätter 516, 484, 495, 490 u. 506. — Siehe auch Julius Opel und Adolf Cohn, historische Gedichte und Prosadarstellungen. G. Droysen, Gustav Adolf, II. Band, pag. 408—411. — Kgl. Allgemeines Reichsarchiv in München. Fasc. XXX. Fol. 71. Bericht des Kurbayerischen Hofrates Dr. Johann Stücklin an Maximilian I.

6. Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Band, pag. 3.

7. Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch des Jahres 1631, pag. 354. Ratserlässe vom 4. und 9. Oktober.

treten war, erschien ein kaiserlicher »Pressreuter« vor Nürnberg, um die nach der Meinung des kaiserlichen Generalkommissärs Wolf Rudolf von Ossa noch rückständige Kontribution von 30 000 fl. herauszupressen. Über die Bezahlung dieser Kontribution waren lange Verhandlungen mit den kaiserlichen Kommissären gepflogen worden, doch ohne irgend welchen Erfolg. Wolf Rudolf von Ossa gab von seiner Forderung nichts nach, obwohl der Rat augenscheinlich im Rechte war. Dieser hatte nämlich am 24. Mai/3. Juni 1630 mit Wallenstein einen Akkord geschlossen, daß Nürnberg gegen Zahlung einer monatlichen Kontribution von 20 000 fl. vom letzten Juni 1630 bis 1. Juni 1631 (a. K.) von allen Einquartierungen, Muster- und Sammelplätzen befreit sein solle, aufser es erfordere dies unumgänglich der kaiserliche Kriegsdienst, in welchem Falle die Kommissäre und Obersten einen kaiserlichen Spezialbefehl vorzeigen müßten. Ossa aber bestand darauf, Nürnberg müßte die monatliche Kontribution von 20 000 fl. bis zum 16./26. Juli 1631 bezahlen, also noch 30 000 fl. bis zum 16./26. Juli entrichten, von welchem Tage an dem Kaiser auf dem fränkischen Kreistage neue Mittel bewilligt worden waren.

Eben war Dr. Heher von seiner Reise zu Ossa zurückgekehrt, da nahm in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober Alessandro Massoni, der sich einen Quartiermeister im fränkischen Kreis nannte, mit 5 Cornet Reiter und 300 Mann zu Fuß in den Ortschaften bei Nürnberg Quartier und forderte am Morgen des 5. Oktobers den Rat brieflich auf, die schuldigen 31 000 fl. zu begleichen. Der Rat war aber keineswegs gewillt, diesem Ansinnen nachzukommen; er stellte vielmehr durch seine Abgesandten, den Ratskonsulenten Dr. Heher und das Ratsmitglied Albrecht Haller, an Massoni noch am gleichen Tage das Verlangen, er möge alsobald abziehen, da man bereits an den Kaiser abgeordnet habe, der Nürnberg in seinem Rechte sicherlich schützen würde. Doch Massoni berief sich auf Ossas Befehl und drohte überdies, die Pässe und Zufuhren zur Stadt zu sperren und die Handelswaren aufzuhalten, falls man sich weigere zu zahlen, was man schuldig sei.

Der Rat mußte nun wohl oder übel nachgeben. Die Verhandlungen mit Ossa und Massoni führten aller Voraussicht nach

nicht zu dem gewünschten Ziele, sie verlängerten nur die Einquartierung und stürzten die Stadt in neue, immer wachsende Unkosten; ein günstiger Entscheid des Wiener Hofes stand aber sehr in Frage, und auch im besten Falle verging darüber geraume Zeit. So beschloß er denn, eine gewisse Geldsumme bar zu erlegen und des Restes halber auf geraume Fristen zu handeln, jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß die erlegte Summe an den dem Kaiser im Juli bewilligten 72 Monaten abgezogen werden solle. Während so der Rat auf der einen Seite mit Massoni zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen suchte, that er anderseits sein Möglichstes, um einen günstigen kaiserlichen Bescheid zu erwirken.

Schon am 4. Oktober, gleich als der Ratskonsulent Dr. Heher Bericht erstattet hatte, erging an Nürnbergs Vertreter in Wien, den Ratskonsulenten Dr. Fetzer, der Auftrag, er möge mit Hilfe des kaiserlichen Kommissärs Hans Anton Popp einen kaiserlichen Befehl wider Ossa und den Oberkommissär Johann Adolf von Wolfstirn, sowie ein kaiserliches Protektorium wider derartige Pressuren zu erlangen suchen, welcher Auftrag schon am nächsten Tage wiederholt wurde.

Massoni aber kam zum Schrecken des Rates mit einer neuen Forderung; er begehrte nämlich, daß Nürnberg die Kontribution von 32 000 Thalern, die es zur Unterhaltung der Schönburgischen Kompagnie hatte hergeben müssen, an ihn entrichte. Darüber war aber der Rat mit Grund sehr aufgebracht und erstattete unverweilt an Dr. Fetzer Bericht. Zugleich bat er auch den Kaiser um »specialordinanz«, daß das Kriegsvolk weggeführt und Nürnberg künftighin mit weiteren Einquartierungen nicht beschwert werden solle.

Auch den Vermittlungsvorschlag des Rates nahm Massoni nicht sofort an, sondern erklärte, er müsse sich erst Bescheid von Wolfstirn erholen. Dieser Bescheid liefs auch nicht zu lange auf sich warten und war nach dem Sinne des Rates; denn es war der Vorschlag desselben gut geheissen.

Gezahlt aber hat Nürnberg nichts. Massoni zog nämlich

Anmerkung. Nürnberg hatte an den Obersten Altringer 25000 fl. bezahlt und sich verpflichtet, dem Herzog von Sachsen Lauenburg 24000 fl. zu entrichten — Summa 49000 fl. Für den halben März, für April und Mai betrug die rückständige Kontribution 50000 fl. Demnach hatte es noch 1000 fl. zu begleichen, nach Ossas Meinung aber 31000 fl.

schon in der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober nach Farnbach, wohin die Reiter am vorhergehenden Tage aufgebrochen waren. Er fürchtete wohl, es könnte in Erfüllung gehen, was der Hauptmann zu Neustadt an der Aisch, Balthasar Jakob von Schlammersdorf, auf Befehl seines Herrn, des Markgrafen Christian von Bayreuth, ihm anzeigte: »Er solle deslogiren oder erwartten, dafs einer komme, der Ime füfs mache.«

Diese Massonische Einquartierung hatte für Nürnberg nicht unbedeutende Kosten zur Folge. Die Stadt hatte mehrere Tage für den Unterhalt der Truppen sorgen müssen; außerdem waren 16 Pferde samt den Proviantwägen, die Massoni bei seinem Abzuge mitgenommen, für immer verloren, zu geschweigen des Schadens, den die Soldateska verursacht hatte. Und dies alles geschah zu einer Zeit, da Nürnberg in wichtigen Verhandlungen mit Schweden stand; also sehr zur Unzeit. Dies mochte auch der Kaiser einsehen. Denn am 18. Oktober erlies er an den General Ossa den Befehl, er möge der Stadt Nürnberg keine weiteren Bedrängnisse mehr zufügen. Irgend welchen Einfluß hatte das Schreiben jetzt freilich nicht mehr, denn die Würfel waren bereits gefallen.⁸⁾

Bald nach dem glänzenden Siege bei Breitenfeld überstieg der Schwedenkönig Gustav Adolf, angelockt von dem Reichtum der Bistümer am Rhein und Main, den Thüringer Wald und forderte die evangelischen Stände Frankens auf, sich ihm anzuschließen.

Der
schwedische
Rittmeister
Marx von
Rehlingen in
Nürnberg.

Schon am 6. Oktober, einen Tag nach der Ankunft Massonis, traf der erste schwedische Abgesandte ein, Rittmeister Marx von Rehlingen, und machte dem Rate folgende Eröffnung: Gustav Adolf hoffe, Nürnberg werde »ehestes mit Ihr Maytt sich conjungiren, vndt dem gemeinen euangelischen wesen zu guth also einstellen, dafs ein guth exempel daran zu nehmen haben.« Dem König sei es nicht möglich, diesen Krieg allein zu führen, während der Feind mit Leichtigkeit eine neue Armee auf-

⁸⁾ Kgl. Kreisarchiv in Nürnberg. Tom. XII, 154 ff., Achatz Hehers Relation über seine Verrichtung bei Ossa in Saaburg. Tom. XII, 524—526, Bericht an Dr. Fetzer in Wien. Tom. VIII, 557 u. 558, Bericht an Dr. Fetzer in Wien. Tom. VIII, 546, Dr. Fetzers Bericht. Tom. VIII, 522—524, 525, 530 u. 531, mehrere Schreiben an Dr. Fetzer in Wien. Briefbuch 400 ff., Schreiben des Rates an Kaiser Ferdinand II. Tom. VIII, 561, Kaiserlicher Befehl an Ossa. — Ratserlässe vom 5., 6., 7., 9., 10. u. 14. Oktober. — Soden, Kriegs- und Sittengeschichte, III. Teil, pag. 106 u. 107. Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Band, pag. 16—18.

bringen könne. Derselbe werde einen Unterschied machen zwischen denen, welche unverzüglich ihm unter die Arme greifen, und denen, welche »durch temporisieren vndt neutralisieren die so theure Zeit verliehren.« Die einen werde er »als freindt vndt alliirte«, die Neutralisten aber »für abtrünnige vndt ärger als den feindt selbst halten vnd tractieren.«

Der Rat war nun in großer Verlegenheit. Wohl wünschte er den schwedischen Waffen den Sieg; allein die Klugheit gebot ihm, sich Gustav Adolf nicht vorschnell in die Arme zu werfen. Kaiserliche und ligistische Truppen waren ja nicht weit von Nürnberg entfernt, eine Belagerung hätte die Stadt, auf eigene Kraft angewiesen, wohl schwerlich ausgehalten; dazu kam, daß die Stadt erst vor kurzem dem Kaiser in einem Reverse unverbrüchliche Treue gelobt hatte. Anderseits aber konnte man Gustav Adolf nicht aus der Hand gehen. Denn man war überzeugt, daß er seine Drohungen auch ausführen würde; dazu konnte und wollte es der Rat jedoch unter keinen Umständen kommen lassen, schon deshalb, weil der gemeine Mann durchaus schwedisch gesinnt war. Wie aber war das richtige Mittel zu finden, um der Gefahr auf der einen, wie auf der anderen Seite zu entfliehen? Vorerst konnte man sich ja noch helfen, indem man einer bindenden Erklärung auswich und Marx von Rehlingen generaliter und wegen der großen Gefahr einer schriftlichen Erklärung mündlich abfertigte. Die Antwort, welche er erhielt, lautete in der Hauptsache: Man habe den Sieg des Königs mit Freuden vernommen und bitte Gott, er möge demselben auch fernerhin Glück verleihen. Erst unlängst habe Nürnberg sich gegen Sachsen erklärt, daß es alles thun werde, was dem evangelischen Wesen förderlich und vor Gott und der Nachwelt verantwortlich sei. Es würde aber noch mehr thun, und wenn andere höhere Stände »mit mehreren specialiteten sich heraus lassen solten, wolte ein löblicher magistrat alhie auch nicht die letzten seyn, vnd zu allem, was möglich vnd verantwortlich, sich erbotten haben«. Mit mehrerem jedoch »noch zur zeit« sich herauszulassen, sei bei der Gefahr, welche man vom Kaiser und von den benachbarten katholischen Ständen zu befürchten habe, Majestät mehr hinderlich als zum Nutzen. Man erbiete sich übrigens, »eine vertraute person in geheim« zum König abzu-

ordnen und ihn noch mehr zu versichern, daß man beim evangelischen Wesen verbleiben wolle.⁹⁾

Marx von Rehlingen, der wohl nur die Aufgabe hatte, den Rat auf die schwedischen Forderungen vorzubereiten, gab sich damit zufrieden und reiste nach Ulm weiter. Doch kaum hatte er die Mauern Nürnbergs verlassen, traf ein zweiter schwedischer Abgesandter ein, Hofrat Dr. Martin Chemnitz, der die »Werbungen« des ersten mit mehr Nachdruck wiederholte, indem er auf »kategorische« Antwort drang und drohte, daß alsobald schwedische Truppen vor die Stadt rücken würden, falls man sich nicht sofort entschliefse, dem König eine diesem genehme Antwort zu erteilen. Allein zu einer entscheidenden Antwort liefs sich der Rat auch jetzt noch nicht herbei, vielmehr verlangte er von Chemnitz darüber Auskunft, wie Nürnberg im Notfalle gegen Bayern geschützt sei und sich dem Kaiser gegenüber entschuldigen solle, und gab diesem zu verstehen, daß es diese Entschuldigung um so leichter zu finden hoffe, wenn Gustav Adolf katholische Stände zuerst zwingen, auf seine Forderungen einzugehen und gegen Nürnberg mit »etwas Gewalt« vorgehe. Im übrigen verwies man denselben auf die Konferenz mit Bayreuth und den Heilsbronner Tag und vermachte ihm, um ihn etwas milder zu stimmen, ein ansehnliches Geschenk. Und der Hofrat Dr. Martin Chemnitz beschlofs denn auch, einstweilen zu warten, bis in Heilsbronn die Vertreter Nürnbergs, Bayreuths und Ansbachs Stellung zu Schweden genommen hätten, und da er wohl merkte, daß der Rat »etwas Gewalt« abwarten wolle, erklärte er: »er vermerckt meiner herren behutsamkeit, wolle mit einem aignen curier den sachen recht zu thun wissen, nicht zweifelndt, der König würde ein schreiben an ihn herrn gesandten, vnserer herrn halben, abgehen lasen.«¹⁰⁾

Verhandlungen mit dem zweiten schwedischen Abgesandten, Hofrat Dr. Martin Chemnitz.

Inzwischen hatte Hans Jakob Tetzels, Mitglied des geheimen Rates, seine Reise nach Bayreuth angetreten. Noch am Tage der Abreise, den 11. Oktober, kam er dort an und suchte alsbald den markgräflichen Rat Dobenecker in dessen Schreibstube

Hans Jakob Tetzels Konferenz mit dem brandenburgischen Rate Dobenecker.

⁹⁾ Kgl. Allgemeines Reichsarchiv in München. Schwedische Kriegsakten, Fasc. XXXVI. 318.

¹⁰⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Schwedische Kriegsakten, Fasc. XXXVI 318. — Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlaß am 10. Oktober.

auf. Von diesem erfuhr er denn, daß 3 schwedische Abgesandte, von denen zwei bekanntlich in Nürnberg bereits eingetroffen seien, der dritte aber auf dem Wege sich dorthin befinde, seinen Herrn, den Markgrafen Christian, zur Erklärung aufgefordert hätten, ob er des Königs Freund oder Feind wäre. Gustav Adolf läge sehr viel an den evangelischen Ständen des Kreises. Denn da Tilly bei Frankfurt ein Heer sammeln wollte, würde er, falls die Evangelischen im Kreise sich selbst schützten, auf den Feind losgehen; widrigenfalls aber müßte er den Marsch nach dem evangelischen Franken richten. Er erhielt ferner im höchsten Vertrauen die Mitteilung, daß der Markgraf, wenn er sich auch wohl bewußt sei, welche Gefahren eine bejahende Antwort in sich berge, doch den Entschluß gefaßt habe, sich zur Zufriedenheit Sr. Majestät zu erklären, da es eine heilige Sache gelte und der König erklärt habe, er werde sich dem Willen der Stände fügen, wenn sie nur annehmbare Mittel erdenken.

Schließlich schlug der Rat Dobenecker im Namen des Markgrafen vor, daß Vertreter der Markgrafenschaften Bayreuth und Ansbach und der freien Reichsstadt Nürnberg sich zu einer Beratung zusammenfinden sollten und zwar am besten in Ansbach, wohin ja die Nürnbergischen Abgesandten von Lichtenau aus leicht gelangen könnten.¹¹⁾

Abendmahl-
zeit in Dobeneckers
Haus.

Nach dieser Besprechung nahm Hans Jakob Tetzl in Dobeneckers Wohnung die Abendmahlzeit ein, zu der sich auch der schwedische Abgesandte Bernolph von Crailsheim einfand, der unter anderem folgendes äußerte: In wenig Tagen werde ein Warnungs- resp. Absageschreiben erfolgen, und wenn dies nichts fruchte, Majestät die evangelischen mit Krieg überziehen. Wünsche man, daß der König Kriegsvolk in den Kreis schicke, könne dies in 3 Tagen geschehen, aber zum Schaden des Kreises und der Evangelischen. »Wolte man, daß Ihre Mt die stände durch schreiben betrohen vnd absagen solte, würden Sie

¹¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 177—187. Relation Wafs Ich Innen vnterschriebener bey Hrn. Caspar Dobenecker frl. Brandenburgischen gehaimen Secretario zu Bayreuth verrichtet. Den 1./II. October 1631. Erlafs der Herren Eltern am 10. Oktober — Gustav Adolf . . . I. Band, pag. 23—28.

es auch, vnd in summa alles thun, was den ständen reputirlich, vnd am gefelligsten sei.« Dem König sei wohl bekannt, daß der gemeine Mann allerorten im evangelischen Franken, so besonders auch in Nürnberg, schwedisch gesinnt sei, daß aber im Rate der freien Reichsstadt Nürnberg lose Leute d. h. Veräter seien.

Am nächsten Tage reisten Tetzl und Crailsheim nach Nürnberg. Crailsheim blieb daselbst, um mit dem Rate wegen eines Vorlehens zu verhandeln, Tetzl aber begab sich mit dem Ratskonsulenten Dr. Heinrich Hüls nicht nach Ansbach, wie anfangs geplant war, sondern nach Heilsbronn, zur Konferenz, die am 15. Oktober stattfand und zu der sich für Ansbach Graf Friedrich von Solms, für Bayreuth Geheimer Rat Moritz Kanne einfand.¹²⁾

Hier wurden die Gründe für und gegen das Bündnis ganz eingehend erwogen.

Wie leicht, so sagte man sich, kann der König bei seiner »gewöhnlichen Keckheit« ums Leben kommen, wie leicht Frankreich sich zu Gunsten Bayerns und der Katholiken einmischen, und welches Unheil steht den Evangelischen bei einem Siege der Katholiken bevor! Die Neutralität aber böte die größten Vorteile. Nürnberg würde an Kredit »vnd indeme fast königliche deposita anvertrauet würden, wie auch der italienischen vnd anderer commercien halben, sehr zunehmen, hiegegen aber über alle maffen abnehmen.«

Die
Heilsbronner
Konferenz.

Anderseits aber hiefs es »Gott versuchen«, wenn man diese Gelegenheit aufser acht liefs. Gustav Adolf, des war man sicher, würde ehestens die Befehdung verkünden »vnd in verbleibung gratification auch sonst einen ernst demonstrirn«. Ein Widerstand gegen ihn war aber ausgeschlossen, da ja die Stände auf kaiserlichen Befehl hatten entwaffnen müssen und durch die kaiserlichen Kommissäre »zu Grunde gerichtet worden waren«, ganz abgesehen davon, daß der schwedischen Macht nichts widerstehen konnte. Und schließlic war man sich einig, daß ja jedermann befugt sei, »pro redimenda vexa sanguinem quivis modo zu redimirn.«

¹²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 177—187.

Man beschloß daher, dem König nicht ganz aus der Hand zu gehen und ihm »72 oder 92 monat aequipollenter, ohne benamsung der monat pro redimenda vexa absque legibus confederationis zu bewilligen.« Diese Geldhilfe hoffte man beim Kaiser damit verantworten zu können, daß man sie als Brandschatzung hinzustellen gedachte, zu welcher man sich schon deshalb habe verstehen müssen, weil sonst ein allgemeiner Aufruhr zu befürchten stand.¹³⁾

Verhandlungen des Rittmeisters v. Crailsheim mit Nürnberg wegen eines Vorlehens für Gustav Adolf.

Tetzel und Dr. Hülfs waren aber von Heilsbronn noch nicht zurückgekehrt, so hatte sich der Rat mit Gustav Adolf im geheimen bereits tiefer eingelassen. Der Rittmeister von Crailsheim war mit Tetzel nach Nürnberg gereist, nicht um wegen eines Bündnisses zwischen Nürnberg und dem König zu verhandeln, sondern um den Rat zu vermögen, daß er dem König mit einem Vorlehen von 200 000 Thalern beispringe. Mit dieser Forderung aber kam Crailsheim dem Rate, der sich in Geldangelegenheiten überhaupt sträubte, so lange und so gut es ging, natürlich sehr ungelegen. Doch es half nichts. Crailsheim blieb fest, er weigerte sich sogar, bis nach dem Heilsbronner Tag zu warten, da ja sein Anbringen ein »particularwerck« sei. Der Rat erreichte nur soviel, daß statt der verlangten 200 000 Thaler die Summe 100 000 fl. auf seinen Kredit bei der Bürgerschaft aufgebracht und statt des fehlenden Betrages eine Menge Tuch, Leder und 100 Ctr. Pulver geliefert werden mußten.

Verhandelt wurde die Sache nur im Rate der Herren Eltern und sollte ganz geheim gehalten werden. Vertrauenspersonen erhielten den Auftrag, »in höchster geheimb« auf Kredit des Rates sich bei der Bürgerschaft um Geld zu bewerben; vertraute Mittelspersonen mußten wegen des Tuchs oder Leders Erkundigung einziehen »in höchster geheimb, vnd vnvermerckter dinge«, wie damit aufzukommen sei; wegen des Pulvers wollte man gegen den Zeugmeister und jedermann sich also vernehmen lassen, daß dasselbe für den Kreisobersten gehöre.

¹³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 204—210. Relation der den 5./15. Octobr: 1631 zu Heilsbrunn mit Herrn Grafen von Solms und herrn Moritz Kannen gehaltenen Conferentz. Dazu die Neben-Relation.

Trotz dieser Vorsichtsmafsregeln jedoch blieb die Sache nicht geheim; denn der Kaiser erfuhr alsbald hievon.¹⁴⁾

Gustav Adolf war unterdessen immer weiter in Franken vorgedrungen, er hatte Königshofen genommen, Schweinfurt gezwungen, eine schwedische Besatzung aufzunehmen, am 15. Oktober Würzburg erobert und 3 Tage später das Schlofs Marienburg erstürmt.

Gustav Adolfs
siegreiches
Vordringen
in Franken
und
Aufnahme
dasselbst.

Dieses rasche Vordringen des Schwedenkönigs wurde in ganz Franken mit Freuden begrüßt. Wohl gingen die Herrschenden aus politischen Erwägungen nur zögernd daran, sich mit dem Schwedenkönig weiter einzulassen, das evangelische Volk in seiner großen Masse hätte solche Erwägungen sicherlich nicht gekannt. In der Konsultation der Hochgelehrten vom 30. Sept./10. Okt. 1631 heifst es, es sei nicht geraten, den großen Rat wegen eines Bündnisses mit Schweden schon jetzt zusammenzuberufen, denn es stehe außer Frage: »das die maiora der genannten, paucissimis exceptis, simpliciter vnd mit groser ayl allerdings vff das ja verlauten wird.« Die 3 schwedischen Abgesandten fanden »allenthalben, insonderheit zu Nürnberg, die Leute, vom höchsten bis zum niedrigsten, gegen den König vnd das gemeine Evangelische Wesen trefflich wol affectioniret.«

Die christlichen Kirchen aber im fränkischen Kreis begrüßten den König bei seiner Ankunft in demselben in folgender schwungvollen Weise:

Held! O seyt gegrüst, Ihr Crone aller Printzen,
Defs Lob erschollen ist in aller Welt Provinzen!
Gegrüsset seyt O Held! kein Mensch aussprechen kan,
Was Ewer ankunfft hier für freude richtet an.
Gleich wie ein starcker Hecht das arme Täublein jaget,
Vnd keine ruhe hat bifs er es abgenaget:
So jagten Christi Herd defs Papsts beschorne Thier,
Verfolgten sie ohne maß vnd plagtens für vnd für.
Ansehen liefs es, als wolt vns allzusammen
Einäschern mit macht defs newen Fewersflammen;
Der Pfaff war Feuerzeug, der Jesuit bliefs an,

¹⁴⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Schwedische Kriegsakten, Fasc. XXXVI, 318. — Nürnberger Kreisarchiv. Erlässe der Herren Eltern vom 14. und 15. Oktober.

Die Rhäte schürten zu, das Volk hatt lust daran.
Gegrüsset seyt O Held! O Sonne der Regenten!
Die jemals sind gewest in aller Welte Enden,
Der Gottesforcht Saphier, der Tugend Hyacint,
Der Zeit Topasier, dergleich man nirgend find.
Gegrüsset seyt O Held! den Gott vns zu thut schicken,
Dafs er sein arme Herd soll in der Not erquicken.¹⁵⁾

In Nürnberg galt es nun, Stellung zu den Heilsbronner Beschlüssen zu nehmen und in Erwägung zu ziehen, ob man allein oder mit der Kreisdelegation an den König abordnen wolle, was an Ulm und die Städte Schweinfurt, Rothenburg, Windsheim und Weissenburg zu schreiben sei, ob man die Angelegenheit alsogleich an den grofsen Rat bringen solle oder nicht.

Beschlüsse des Rates nach der Rückkehr der Abgeordneten Hans Jakob Tetzl und Dr. Heinrich Hüls.

Sofort traten die Ratskonsulenten oder, wie es damals hiefs, die Hochgelehrten zu längeren Beratungen zusammen, um die schwebenden Fragen aufs gewissenhafteste zu prüfen. Und gingen auch in Einzelheiten die Meinungen auseinander, in der Hauptfrage waren alle durchaus einig, alle erklärten sich mit den Heilsbronner Beschlüssen einverstanden; der Rat, so erklärten sie, könne schon aus dem Grunde nicht anders entscheiden, da sonst ein Aufruhr der schwedisch gesinnten Bürgerschaft drohe. Alsobald erging denn auch an den Markgrafen ein Schreiben, in welchem der Rat diesem seine volle Zustimmung zum Heilsbronner Beschlusse mitteilte und sich verpflichtete, »so balt die angetro hete scharffe Königl. bevehdungschreiben ankommen würde«, zur Kreisdelegation abzuordnen, und in dem er denselben zugleich bat, eine Instruktion verfassen zu lassen, sowie die Zeit und den Ort zu benennen, wann und wo die Abgesandten zusammentreffen sollten. Die Hochgelehrten wurden beauftragt, den an die Genannten d. i. den grofsen Rat aufgesetzten Vortrag zu revidieren, weil man fürchtete, es könnten der Befehdungsbrief und auf diesen die landesverderb-

¹⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII 202 und 203, 215 u. 216. — Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Fasc. XXXVI 318. — Kgl. Hof- und Staatsbibliothek in München. Salve Regium, Europ. 361/9. 4. — Chemnitz, kgl. Schwedischen in Teutschland geführten Kriegs Erster Teil pag. 217. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Band, pag. 39.

liche Gewalt nur allzubald eintreffen, und Dr. Richter hatte sofort die Specialinstruktion für die Nürnberger Delegierten abzufassen.

Von einer schriftlichen Mitteilung an die 4 fränkischen Städte wurde vorerst abgesehen, da eine solche Nürnberg nur arge Ungelegenheiten bereiten könnte. Und da die Entscheidung, welche Nürnberg in ein paar Tagen treffen mußte, von unendlicher Wichtigkeit war, ja bei derselben es sich gewissermaßen um Sein oder Nichtsein handelte, so erhielten die Prediger die Weisung, das Volk zu gottseligem Wandel und zum Gebet zu ermahnen, es wurden Betstunden anbefohlen und alle öffentlichen Lustbarkeiten verboten.¹⁶⁾

So war alles aufs genaueste vorbereitet, sodaß auf das königliche Drohschreiben alsbald die entscheidende Antwort erfolgen konnte, als am 22. Oktober der Hofrat Dr. Martin Chemnitz sich beim Rate um Audienz anmeldete.

Konferenz
der Abgeord-
neten des
Rates mit
Dr. Martin
Chemnitz.

Das Verlangen, welches der Hofrat im Namen seines Königs an die Delegierten des Rates, Hans Jakob Tetzl und Dr. Heinrich Hülfs, stellte, entsprach nicht dem, was man in Heilsbronn zu bewilligen sich geeinigt hatte. Dort wollte man ja Gustav Adolf nur eine gewisse Summe Geldes gewähren, d. h. die Kontribution von 72 Monaten, zu welcher man sich im Juli 1631 dem Kaiser gegenüber verstanden hatte, nunmehr einfach an den König entrichten, doch »ohne benamsung der monat pro redimenda vexe abseque legibus confoederationis.« Chemnitz aber forderte, Nürnberg möge soviel Kriegsvolk werben, als es sich beim Leipziger Schlusse herbeigelassen, und dieses Kriegsvolk dem König und den evangelischen Ständen schwören lassen; er begehrte, daß es sofort eine Abordnung an Gustav Adolf ergehen lasse, mit der er selber reisen wolle. Auch widerriet er, das königliche Befehdungsschreiben abzuwarten, vor dessen Eintreffen der Rat keine Entscheidung im Sinne des Anschlusses an Gustav Adolf zu treffen beschlossen hatte; denn ein solches komme jetzt dem König bedenklich vor. Er wolle daher dasselbe in ein Memorial bringen. Wünsche jedoch der Rat eine

¹⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII 221—225, Ratserlaß am 18. Oktober. Tom. XII 226—236, Consultatio habita der Hochgelehrten. Tom. XII 253, Schreiben an den Markgrafen Christian. Tom. XII 241—245, Ratserlaß am 20. Oktober.

wirkliche Fehdeankündigung, so werde diese erfolgen, jedoch zu seinem Schaden.

Diese Eröffnungen kamen den Nürnberger Deputierten gewiss überraschend. Sie ließen sich aber darüber in keine weiteren Erörterungen ein, sondern baten nur wegen des Handels ihrer Stadt um Neutralität.

Von einer solchen aber wollte Chemnitz durchaus nichts wissen, und er wies auf die schlimmen Folgen hin, welche Nürnberg zu erwarten hätte, wenn es sich auch fernerhin weigern würde, des Königs Willen zu erfüllen.

In diesem Falle, führte er aus, wird der König die Nürnberger feindlicher als die Katholiken behandeln. Er wird keine Messe, keinen Handel gestatten, es hätten denn seine Krieger vorher alles genau durchsucht, er wird des Rates Land und Leute verschenken u. dgl. m. Er machte ferner aufmerksam auf die Macht Gustav Adolfs, der unlängst 55 000 Mann besoldet hätte, und die trostlose Lage der Liga; er wies hin auf die Katholiken, die keine Schwierigkeiten mehr machten, und auf den Fürsten von Darmstadt, der jetzt auch dem König kontribuieren. Schließlich aber hob er noch Gustav Adolfs Fürsorge für die Städte hervor, deren Bestes dieser im Auge habe und von denen er diejenigen, welchen er gewogen sei, mit Garnisonen verschonen wolle.

Damit schloss die Konferenz, über welche Dr. Heinrich Hülfß sofortigen Bericht erstattete, der mit den denkwürdigen Worten schloß: »Der allerhöchste gebe gnade, daß alles mit den wenigsten beschwernissen abgehe, weiln es doch am endt ein gezwungenes werck, welchem auch sogar Chur Saxen, wie sehr es auch daselbs cunctirt, nich hatt entgehen können«.

Nun mußte der Rat rasch handeln. Noch an demselben Tage erließ er eine Reihe wichtiger Verordnungen und erhielten die Hochgelehrten den Auftrag, sofort die Instruktion für die Abordnung zum König zu vollenden, ihre Gutachten über den Bericht des Ratskonsulenten Dr. Heinrich Hülfß abzugeben und den Vortrag an die Genannten einer nochmaligen Durchsicht zu unterziehen; denn schon am nächsten Tage »vm rathlaitenszeit« sollten die Instruktion, die Gutachten und der Vortrag abgehört werden.

An die Genannten sollte die Sache aber erst gebracht werden, wenn die Nürnberger Abgeordneten zum Frankfurter Kompositionstag zurückgekehrt wären und man Näheres über die Verrichtungen der beiden brandenburgischen Häuser Bayreuth und Ansbach in Würzburg bei Gustav Adolf in Erfahrung gebracht hätte.¹⁷⁾

Doch schon am folgenden Tage, den 23. Oktober, lief ein in sehr scharfem Tone gehaltenes Schreiben des Hofrates Dr. Martin Chemnitz ein, in welchem dieser im wesentlichen wiederholte, was er bei der Konferenz ausgeführt hatte. Er wies abermals auf das furchtbare Strafgericht des Königs hin, wenn Nürnberg vorzöge, neutral zu bleiben, versprach der Stadt anderseits jedoch auch dessen kräftigen Schutz, ja dafs derselbe ihr nötigenfalls mit Gefahr des eigenen Lebens beistehen würde, um sie bei ihren Rechten und Freiheiten zu erhalten. Zum Schlusse aber verlangte er eine rasche annehmbare Antwort; sonst würden dem Rate vom König weit schärfere Schreiben zugehen, und die hiezu kommandierten Truppen ungesäumt ausführen, womit die Stadt bedroht werde. Was aber die Feindschaft des Königs bedeuten würde, davon hatte man bereits einen Beweis erhalten. Denn zwischen Marktbreit und Ochsenfurt und im Spessart waren Nürnberger Kaufleute von schwedischen Soldaten ausgeraubt worden und hatten einen angeblichen Schaden von ca. 400000 fl. erlitten.¹⁸⁾

Droh-
schreiben des
Dr. Martin
Chemnitz.

Nun hatte der Rat, was er wollte. Er konnte in seiner Verantwortung beim Kaiser sich darauf berufen, dafs er nur der Gewalt nachgegeben habe; zugleich aber war ihm auch der Schutz des Königs gegen feindliche Bedrohung nachdrücklich versprochen. Dafs der Rat jedoch noch am 22. Oktober der Ansicht war, er könne neutral bleiben, kann als ausgeschlossen gelten.

Noch selbigen Tages, den 23. Oktober, wurde daher den Genannten angezeigt, dafs sie morgen früh »von zeit des rath-

Zusammen-
berufung der
Genannten.

¹⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII 266—272, Eylfertige Relatio der Conferentz So den (12.) 22. Octobris mit dem herrn Chemnicio gehalten worden. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, pag 54 ff., 60 u. 61.

¹⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII 272—276 (auch Tom. XIII, 274 ff., Konzept), Schreiben des Hofrates Dr. Martin Chemnitz. Ratserlaß am 14. u. 17. Oktober. — Soden, . . . pag. 60 u. 61.

läutens« bei ihren Pflichten im Rathaussaale zu erscheinen hätten und keiner ohne erhebliche Ursache ausbleiben dürfte.

Das Drohschreiben des Königs.

Soweit war die Sache gediehen, als am frühen Morgen des 24. Oktobers das oben erwähnte und erwartete Drohschreiben des Königs durch einen Trompeter überbracht wurde. Gustav Adolf liefs eben, wie der Geschichtschreiber Bogislav Philipp von Chemnitz sagt, »weil Er wol vermerckte, dafs sie das compelle intrare gespielt hatten, vnd zu dem, was sie innerlich von Hertzen selbst begehrten, gleichsamb gezwungen sein wolten, einen scharffen Absag-Brieff an sie ergehen« und erfüllte damit den Wunsch des Rates, der, weil er nicht neutral bleiben konnte, den Zwang begehrte.

Der Freiheit zu liebe, schreibt der König, besonders zur Abschaffung der Bedrängnisse der An- und Glaubensverwandten, zur Herstellung des Religions- und Profanfriedens und zur Versicherung der eigenen Reiche habe er den Krieg so geführt, dafs die Last desselben baldigst in der Feinde Land versetzt werde. Um aber zum Ziele zu kommen, rechne er auf die Hilfe der Evangelischen. Nürnberg habe wohl seine Siege mit Verwunderung vernommen, jedoch gar nichts gereicht, sondern nur die Macht des Feindes verstärkt. »Es obliege aber seinem beruff vnd königl. ampte«, ein wachsames Auge zu haben, dafs »durch dergleiche gefehrliche proceduren, die gemeine evangelische wohlfart lenger nicht verkurtzet werde, die zeit, gelegenheit, vnd vnser von Gott verliehene mittel, auch an sich selbst kein neutralisiren ertragen können, sondern eine aufrechte, redliche, christliche vnd reale dexteritet erfordern«. Er habe sich daher der Stadt genähert, um deren kategorische Entschliessung zu vernehmen und zu erfahren, ob er sie als feindlich oder freundlich betrachten solle.

Alsogleich erliefs der Rat eine Vorantwort an den König, in welcher er demselben mitteilte, dafs er schon vor der Ankunft des Drohschreibens beschlossen hätte, die Sache an die Genannten zu bringen und an Majestät abzuordnen.¹⁹⁾

¹⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII, 276, Ratserlaß am 23. Oktober. Tom. XII, 280—282, Drohschreiben des Königs. Tom. XII, 463—504, Gutachten der Genannten. Tom. XIII, 263—265, Drohschreiben an den Markgrafen Christian (Konzept). — Gustav Adolf . . . I. Band, pag. 63 u. 64. — Chemnitz, des schwedischen in Deutschland geführten Krieges, I. Teil, pag. 217 u. 218. Tom. XII, 306, Vorantwort an den König.

Die Genannten fanden sich zur festgesetzten Stunde ein. Nach Verlesung des an Dr. Chemnitz gerichteten königlichen Beglaubigungsschreibens, des von Chemnitz überreichten Memorials, des königlichen Drohschreibens, sowie des von Dr. Richter verfaßten Vortrages an die Genannten wurden die Stimmen und Gutachten gesammelt und aufgezeichnet.

Der Vortrag
an die
Genannten.

Bevor jedoch hier vom Resultate der Abstimmung die Rede ist, erfordert es die Genauigkeit, etwas näher auf den Vortrag an die Genannten einzugehen. Abgefaßt war derselbe bereits am 19. Oktober von Dr. Richter, das erste Konzept erlitt aber mannigfache Veränderungen. Auch das zweite wurde mehrfach verbessert. Es wird wohl nicht überflüssig sein, wenn auch nur ganz im allgemeinen, das Wesentliche der Veränderungen hier anzuführen.

So erscheint im II. Konzept auf ausdrücklichen Befehl des Rates, ob und wie weit Gustav Adolf als ein ausländischer und weit entsessener Herr künftig und auf alle Fälle die hiesige Bürgerschaft in Ruhe und Sicherheit erhalten könne, und daß man von jeher solch Vorhaben ausländischer Fürsten für sehr mißlich gehalten habe. Ausgelassen ist jedoch, daß die höheren Stände mit den Städten keine Gleichheit halten wollen oder gar auf deren Unterdrückung sehen; daß dieselben wohl mehr auf Vergrößerung ihres Gebietes zum Schaden der katholischen Stände ausgehen, als auf die Erledigung der evangelischen Drangsale; daß Frankreich gar leicht den Katholiken zu Hilfe eilen könnte. Das erste, weil es die Genannten nicht zu wissen brauchten, das zweite, da es nur eine Vermutung, und das dritte, weil es ein Secretum. Dies das Wichtigste der Abänderungen.

In dem Vortrage selber, wie er am 24. Oktober an die Genannten gehalten wurde, waren ganz eingehend die Gründe für und gegen den Anschluß an Schweden vorgeführt; es sollte dadurch den Genannten, wenn in der Folge ihre Abstimmung sich als unheilvoll für Nürnberg erweisen würde, jeder Anlaß genommen sein, den Rat zu bezichtigen, daß derselbe über die wahre Lage der Dinge sie nicht genügend aufgeklärt hätte. Die Gründe sind allerdings meist nicht neu und können es nicht sein; es sind in der Hauptsache dieselben, wie die in Heilsbronn angeführten. Des Zusammenhangs wegen halte ich es jedoch für angezeigt, auch Bekanntes zu wiederholen.

In der Einleitung spricht der Verfasser von den Fortschritten des Schwedenkönigs, von dessen Absicht, den Krieg zur Herstellung des so lange ersehnten Friedens fortzusetzen, von den »Werbungen« der 3 schwedischen Abgesandten, die im Namen ihres Königs erklärt hätten, dieser werde, wenn man ihn mit Geld und anderem unterstütze, sich als Freund bezeugen und die Stadt schützen, anderfalls aber die Nürnberger ärger als die Papisten verfolgen; dann führt er das bedrohliche Memorial des Hofrates Dr. Martin Chemnitz und das Drohschreiben des Königs an »mit Ihrer königl. May. aigner hand vnterschrieben.«

Hierauf folgen die Gründe für und gegen den Anschluß an Schweden, von welchen hier in Rücksicht auf den Raum nur die wichtigsten gebracht werden.

Erst jüngst, heist es in dem Vortrage, hätte man dem Leipziger Schlusse entsagt und in einem Reverse dem Kaiser Treue versprochen. Lasse man sich daher jetzt mit Gustav Adolf ein, so würde der Kaiser zum heftigsten beleidigt und die Stadt durch die Katholiken aufs äußerste bedroht; Blockierung, Belagerung, Sperrung des Handels u. a. m. stünden ihr in Aussicht. Auch sei nicht abzusehen, wie der König als ein weit entsessener Potentat die Stadt in Sicherheit erhalten könne, stets habe man dergleichen Vorhaben ausländischer Herrscher für sehr mißlich gehalten, und zu alledem beruhe die Sache nur auf 2 Augen. Und ginge auch der Schwede als Sieger hervor, so bliebe man doch nach allen Opfern ohne Schadenersatz, und müßten unerschwingliche Geldopfer weiter bewilligt werden.

Auf der anderen Seite aber gälte es den Glauben und hiesse es Gott versuchen, wenn man nicht gleich anderen Ständen Gustav Adolf die Hand bieten wollte. Bei einem Widerstande gegen Schweden wäre auch Nürnberg aufs äußerste gefährdet; denn der Macht Gustav Adolfs könnte niemand mehr widerstehen. Hätten sich doch auch Sachsen und Brandenburg mit ihm verbündet, bäten selbst mächtige hohe katholische Stände um Neutralität, und hätten andere katholische Stände sich »accomodirt«. Auf die Katholiken aber könnte man sicherlich keine Hoffnung setzen. Dieselben würden der Stadt, wenn sie hart bedrängt würde, gewiß nicht beistehen; von ihnen wäre weder Dank noch Schonung zu erwarten;

bei ihrem Siege wäre es um die Augsbургische Konfession im Reiche geschehen. Überdies hätte man bei dieser Sache nicht auf Menschengen, sondern auf Gottes gnädige Vorsehung zu sehen. Was endlich den Verzicht auf den Leipziger Schlufs anbelangte, so wäre derselbe erzwungen, und hätte jeder das Recht, im äußersten Notfalle Blut, Leib und Leben zu retten.²⁰⁾

Ist in diesem Vortrage den Genannten auch genau dargelegt, welche schlimme Folgen ein Zusammengehen mit Gustav Adolf für Nürnberg haben könnte, die Gründe für ein solches sind doch die bei weitem gewichtigeren. Und war die Abstimmung schon von Anfang an keine zweifelhafte, durch den Vortrag wurden die Genannten gewifs nicht anderen Sinnes.

Die
Abstimmung
der
Genannten.

Sie gaben denn auch in der Zahl von 290 auf die 2 Fragen: 1. »Ob meine Herren sich, dem allgemeinen evangelischen wesen zum besten, mit königlicher Mayt. in Schweden, vff gewiesene maß, gleich anderen evangelischen stenden vereinigen vnd vergleichen sollen? 2. Was sie, als gehorsame burgere, vff solchen fall zu befürderung dieses schweren vnd hochwichtigen werckhs thun wollen?« »aufser etzlichen gar wenig« die Antwort, »dafs man in dieser, Gottes ehr vnd die gewissensfreiheit concurrenrenden sach, sich königlicher Mayt. in Schweden keineswegs entziehen, sondern vielmehr deroselben, anderen evangelischen stenden gleich, sich begierter conjunction nach aller möglichkeit an die hand gehen solle.«

Es fehlte übrigens auch nicht an Genannten, die der Abstimmung am 24. Oktober ferne blieben; unter denselben mag es wohl manchen gegeben haben, der wegblieb, um nicht Farbe bekennen zu müssen. Die Fehlenden alle wurden in die Ratsstube erfordert, um da über die 2 Punkte befragt zu werden. Aber noch am 30. Oktober hatten einzelne Genannte nicht abgestimmt.

Durch diese Abstimmung der Genannten war der Rat gebunden, Gustav Adolf an die Hand zu gehen, das Wie aber war ihm freigestellt. Aus der weiter unten folgenden Instruktion, wie auch aus den späteren Verhandlungen mit dem König

²⁰⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 236—241, I. Konzept. Tom. XII. 246—253, II. Konzept. Tom. XII. 282—288, III. Konzept.

werden wir erfahren, daß er sich nicht beeilte, sich tiefer mit demselben einzulassen.

Die Abordnung an den König jedoch wurde keine Minute verzögert.

Hans Jakob Tetzl und Dr. Georg Richter wurden sofort, nachdem die Genannten ihre Stimme abgegeben hatten, beauftragt, nach Würzburg zu reisen, wo sich der König dieser Zeit befand. Ihre Instruktion war bereits vorher von Dr. Richter verfaßt und nach eingehenden Beratungen mit geringen Abänderungen genehmigt worden. Die Abordnung geschah, wie es in der Instruktion heißt, »nach dem exempel anderer evangelischer vnd katholischer stände dieses creyßses, zu verhütung größern vnheylßs vnd abwendung der angedroheten feindlichen proceduren.«²¹⁾

Instruktion
der beiden
Abgeord-
neten Hans
Jakob Tetzl
und Dr.
Georg
Richter.

Die Instruktion aber der beiden Abgeordneten lautete ihrem wesentlichen Inhalte nach also:

Fürs erste sollten die Abgeordneten sich bemühen, daß Nürnberg bei dem gelassen werde, was man dem ersten schwedischen Abgesandten zur Antwort gegeben. Sie sollten nur im allgemeinen versichern, man werde Gustav Adolf, soviel nur immer möglich und die Pflicht gegen Kaiser und Reich zulasse, unterstützen, dafür aber den König bitten, er möge Stadt und Land in Schutz nehmen, bei ihren Rechten erhalten, den Handel sicher treiben lassen und Pafszettel wider sein und der Interessenten Volk ausstellen.

Daß damit durchzudringen wäre, hegte der Rat sicherlich höchst geringe Hoffnung. Es entsprach aber dieser Teil der Instruktion der Politik desselben, sich nur langsam, gleichsam Schritt für Schritt, vorwärts drängen zu lassen.

Fürs zweite, wenn hiemit nichts zu erreichen wäre, sollten Tetzl und Dr. Richter allen Fleiß anwenden, daß Nürnberg Zeit gelassen würde, sich mit einer oder der anderen ausschreibenden Stadt — worunter Ulm, Frankfurt und Straßburg verstanden sind — zu beraten. Majestät wäre dies nützlicher, und Nürnberg könnte sich eher beim Kaiser verantworten.

²¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 294—298, Ratserlaß. Tom. XII. 522 und 523, Ratserlässe am 28. und 30. Oktober. Tom. XII. 294 ff., Erlaß der Herren Eltern am 24. Oktober. Tom. XII. 463—504, Gutachten der Genannten.

Damit war Zeit gewonnen und mit dem Zeitgewinne möglicherweise eine Klärung der Verhältnisse.

Wenn aber auch das nicht verfangen sollte, »auf solchen eufsersten fall« hatten sie die Weisung, den Vertrag zu schließen, wie folgt:

1. Die Person des Kaisers ist auszunehmen, und die Reichsverfassung, besonders der Religions- und Profanfriede, hat als Grundlage zu dienen. 2. Der Vergleich darf die Stadt als einen unmittelbaren Reichs- und Kriegsstand in keiner Weise in ihren Rechten und Freiheiten beeinträchtigen. 3. Er darf der Stadt in ihrem Gehorsam gegen Kaiser und Reich, wie in ihrem Verhältnis zum fränkischen Kreis nicht nachteilig sein. 4. Da derselbe zur Erhaltung und Fortpflanzung des evangelischen Glaubensbekenntnisses dient, darf der Stadt nicht nachteilig sein, was sie Kaiser und Reich kraft rechtskundiger Kapitularien schuldig ist.

Die 4 ersten Punkte betreffen also das Verhältnis Nürnbergs zu Kaiser und Reich, sowie zum fränkischen Kreis, an welchem dieser Vertrag keine Änderung herbeiführen darf.

Nun folgt, was Nürnberg von Gustav Adolf verlangt:

5. Nürnberg will alle Vorteile geniefsen, welche den Kurfürsten und anderen Ständen vorbehalten worden sind; 6. verlangt Salvaguardien und Pässe, deren man sich auch gegen andere evangelische Stände bedienen kann. 7. Der König soll die Reichstadt und deren Bewohner, ihr Hab und Gut aufs beste verteidigen und nötigenfalls mit Succurs zur Stelle sein; 8. keinen Waffenstillstand oder Frieden schließen, ohne dafs die Stadt ihrer Privilegien und Rechte versichert werde, wenn nötig »in specie«; 9. allen religiösen und politischen Beschwerden abhelfen und die Stadt gegen fernere Bedrängnis versichern; endlich 10. es bei den evangelischen Ständen dahin richten, dafs sie die Stadt mit Kontributionen, Vorlehen u. s. w. verschonen.

Dafür wirbt Nürnberg eine erschwingliche Anzahl Kriegsvolkes, besoldet dieses ebenso wie das schwedische und läfst es dem Magistrat gebührlich schwören. Dieses geworbene Kriegsvolk wird nicht allein zum Besten des Königs und der evangelischen Sache verwendet, sondern hat auch demselben die

Stadt als Rückzugspunkt frei und offen zu erhalten, soweit es ohne Gefahr sein kann.

Der Vergleich soll auf ein Jahr geschlossen werden, Verlängerung, Verbesserung und Aufkündigung beiden Teilen freistehen. Zur Abschließung des Vergleiches sollen die Abgesandten sich des Hofrates Dr. Chemnitz bedienen oder irgend eines anderen königlichen Rates und im Falle nützlicher Folge »danckbarlicher recompens vertröstung thun«. Bei allem aber, was über die Instruktion hinausginge, sollten sie sich erst Rat erholen.

Wozu der Rat der freien Reichsstadt Nürnberg sich hier verstehen will, deckt sich allerdings nicht mehr mit dem Heilsbronner Beschlusse, ist aber weniger, als Dr. Chemnitz am 22. Oktober forderte. Er läßt sich nur herbei, eine »erschwingliche Anzahl« Kriegsvolk zu werben, das nur der heimischen Behörde, nicht auch, wie Chemnitz verlangte, Gustav Adolf den Eid leisten soll.²²⁾

Beschwerden
der freien
Reichsstadt
Nürnberg.

Dagegen ist der Rat nicht zurückhaltend mit seinen Wünschen, deren Erfüllung er vom Könige hofft. So erwartet er von ihm die Abhilfe aller Beschwerden, deren es nicht wenige gibt. Er will die Versicherung vor der angedrohten Reformation der Kirchen und Klöster in Stadt und Land, Abschaffung aller Neuerungen seit 1620, besonders des vom deutschen Orden eingeführten Messelesens und der gesuchten Reformation der St. Elisabeths- und Jakobskirche. Er begehrt Repressalien für die Handelsleute, welche eines Teils ihres Vermögens in katholischen Ländern durch Konfiszierung verlustig gehen oder ihre Reichs- und andere Lehen verlieren. Andere Wünsche betreffen die Sicherheit des Handels, die Belassung der von Kurbayern beanspruchten böhmischen Ämter, Abhilfe wegen besorgenden Unheils vom Rothenberg und aus der Oberpfalz, sowie wegen Sperrung der Viktualien aus der Oberpfalz. Auch bezüglich der mannigfachen Irrungen mit den beiden brandenburgischen Häusern Bayreuth und Ansbach erhofft er durch den König Beilegung auf gütlichem Wege.²³⁾

²²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 298—306. (Konzept. Das Original findet sich nicht vor.) — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Band, pag. 68—70.

²³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 289—291, Beschwerden der freien Reichsstadt Nürnberg, übrigens »ohne maßgebung vnnd vff verbesserung« von einem Ratskonsulenten zusammengestellt.

Kaum waren jedoch Hans Jakob Tetzl und Dr. Georg Richter nach Würzburg abgereist, als aus Bayreuth eine Instruktion eintraf, die für alle schickenden Stände, also für die Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth und die freie Reichsstadt Nürnberg, gelten sollte.

Die
Bayreuther
Instruktion.

Gänzlich verarmt, so beginnt dieselbe, haben wir »flehen-
lich vnd inniglich nach dem Frieden geseufzet«, doch hegen wir
zu Gott das Vertrauen, daß er Se. Majestät zum Friedensstifter
und Vermittler geschickt habe. Die Stände, heißt es dann
weiter, bezeugen, »daß ihnen niemals in den Sinn gekommen
noch kommen werde, von Kay. ihrem Oberhaupte sich abzu-
sondern noch derselben an ihrer devotion etwas zu verringern«;
sie bitten Se. Majestät, dies in bestem aufzunehmen und ihnen
am gebührenden Orte verantworten zu helfen. Sie stellen ferner
die Bitte, Majestät möge, da er nur die Rettung der evangelischen
Kirche und Herstellung des Friedens wolle, in solch »dapperen
Eifer« verharren.

Die Stände haben nichts übrig als das Leben und können
die bewilligten Reichs- und Kriegssteuern »ohne abbruch des
gehorsams und große Gefahr nicht verweigern«; sie leben daher
der Zuversicht, Majestät werde sie mit Kontribution und Kon-
föderation verschonen. Der König weiß ja, daß die Stände
ihm »affectionirt« sein müßten, und daß er von denselben nichts
Schlimmes zu befahren hätte. Würde er auf diese ihre Bitte
eingehen, so wäre ihm der herzlichste Dank sicher, auch könnte
er ihrer Devotion gewiß sein.

Wenn aber der König nicht darauf eingeht, so ersuchen
die schickenden Stände, den Vergleich so zu mildern, daß er
von ihnen aufs beste verantwortet werden kann, und sie in nicht
noch größeres Unglück kommen. Für die Stände ist aber
gerade die eigene Werbung von Kriegsvolk sehr bedenklich, da
der Kaiser strenge verboten hat, ausländischen Potentaten
Quartiere und Musterplätze zu geben. Sie werden jedoch dem
König Pafs und Repafs verwilligen, sowie den Rückzug unter
der Bedingung, daß dadurch keine Neuerungen eingeführt und
ihnen selbst die Orte, die sie zu ihrem Unterhalte brauchen,
nicht genommen werden. Dazu werden sie, wenn es anders
nicht möglich ist, 4—6 Monate der Reichsmatrikel nach aller-

längstens 6 Monaten entrichten, welche Bewilligung aber nicht, als gegen den Kaiser gerichtet, aufgefaßt werden und zu keines evangelischen Standes Nachteil sein darf. Das um die Geldhilfe geworbene Kriegsvolk wird, wenn der König weiter zieht, dem Kreis zur Verteidigung gelassen, die Generäle und Offiziere werden von den kontribuierenden Ständen vorgeschlagen und sind diesen und dem Kreisobersten, dem Markgrafen Christian von Brandenburg-Bayreuth, verpflichtet; das Oberkommando hat der König.

Dagegen erhoffen die Stände vom König, daß er sie mit Durchzügen, Einquartierungen u. s. w. verschone und, falls dies nicht möglich, die aufgewandten Kosten von der Kontribution abziehe, daß er sie bei ihren Rechten und Freiheiten schütze und erhalte, von niemandem bedrängen lasse, keinen Frieden schliesse, in welchen nicht die Stände mit inbegriffen seien, und Salvaguardien erteile.

Was diese Instruktion nicht enthielt oder zu Heilsbronn nicht beraten worden war, hatten die Abgesandten »ad referendum« zu nehmen, was sie verrichtet, in eine Relation zu fassen und diese, sowie den aufgerichteten Reces bei ihrer Rückkunft einzuantworten. Dies der wesentliche Inhalt der sehr langen Instruktion.

Was man nach derselben Gustav Adolf bewilligen will, ist wenig genug, an Geld noch weniger, als man zu Heilsbronn übereingekommen war; hiezu kommt noch die an diese Geldhilfe geknüpfte Bedingung bezüglich des geworbenen Kriegsvolkes. Ausgesprochen ist hier allerdings, im Gegensatze zum Heilsbronner Beschlufs, daß man Gustav Adolf Pafs und Repafs, sowie den bedingten Rückzug verwilligen werde. Doch hätte man gegebenenfalls dies dem König überhaupt nicht verweigern können.

Allein gerade deshalb mochte die Instruktion dem Rate gefallen; ohne längeres Besinnen erklärte er sich mit derselben einverstanden und fertigte sie mit gewöhnlicher Siegelung aus. Dann sendete er unverzüglich einen Eilboten an Tetzl und Dr. Richter, sie möchten warten, bis die anderen fränkischen Delegierten einträfen, die Instruktion würde ihnen nächstens »copeylich« zugeschickt. Gleichzeitig sendete er auch die In-

struktion zu gleichmäßiger Siegelung nach Ansbach. An den Markgrafen aber schrieb er, daß er der Meinung gewesen, es wäre von Bayreuth bereits eine Gesandtschaft an den König abgegangen, weshalb er denn auch sich entschlossen hätte, selbständig vorzugehen; nunmehr würden jedoch Tetzl und Dr. Richter verständigt, so lange zu warten, bis die übrigen fränkischen Delegierten angekommen wären.²⁴⁾

Die Nürnberger Abgeordneten waren aber bereits zur Audienz gelangt, als der Eilbote ankam. Schon am 28. Oktober um 1 Uhr nachmittags standen sie vor dem König, »cujus praesentia auget famam«, wie es im Bericht heißt, im Beisein vieler vornehmer Offiziere. Der König hörte sie stehend und entblößten Hauptes an und versprach in der Antwort Nürnberg seinen vollen Schutz; man möchte sich nur vor der Ankunft des Feindes nicht fürchten und die Stadt beizeiten verwahren.

Audienz
der beiden
Nürnberger
Abgesandten
bei Gustav
Adolf.
Verhand-
lungen
mit den Räten
des Königs.

Von dem jedoch, was er im besonderen von Nürnberg erwartete, sprach Gustav Adolf nicht. Doch sollten darüber Tetzl und Dr. Richter nicht lange im unklaren bleiben. Denn kaum waren sie in ihre Wohnung zurückgekehrt, so wurden ihnen von den zwei schwedischen Räten, Dr. Martin Chemnitz und dem Generalkommissär Heufsner, folgende 3 Fragen vorgelegt: 1. ob die Stadt mit festen Werken versehen sei, und ob wohl der König jemand von seinen Leuten schicken müsse; 2. ob es wegen der Gefahr des Tillyschen Anmarsches auf Nürnberg nötig sei, daß der König jemand sende, der mit Rat und That helfe; 3. ob die Stadt selbst werben oder sich dessen vom König versehen wolle. Nun aber enthielt die Instruktion der beiden Nürnberger Abgesandten darüber keine Bestimmung, weshalb sich denn auch Tetzl und Dr. Richter in ihrer ausweichenden Antwort darauf beriefen; außerdem aber wiesen sie noch auf einen Städtetag hin, auf welchem man alle Fragen eingehend beraten und alsdann einen endgültigen Beschluß fassen würde. Doch die schwedischen Räte ließen nicht nach, auf eine bestimmte Antwort zu dringen,

²⁴⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 338—340, des Markgrafen Schreiben an Nürnberg. Tom. XII. 320—341 und Tom. XII 341—356, die Bayreuther Instruktion Tom. XII. 366, 362 und 364, Schreiben des Rates an Tetzl und Dr. Richter, an den Markgrafen und die Regierung in Ansbach.

indem sie erwiderten: Ein Städtetag sei wohl wegen eines Bündnisses am Platze, jetzt aber trete die Gefahr an Nürnberg heran, und müsse man sich daher beizeiten entschließen, was man zu thun gedenke »vnd müste man nur fein gerad heraufgehen, vnd sich mit referiren vff andere nit lange vffhalten, dann Ihrer königl. Mt nichts mehr zuwider«.

Allein Tetzl und Dr. Richter blieben fest. Sie erklärten, man wäre ja in der Frage »An?« fest entschlossen, in der Frage »De modo?« aber würde man die Konferenz abwarten. Damit schloß die Besprechung.²⁵⁾

Ankunft
Moritz Khans
und des
Obersten
Bullach.

Da jetzt aber auch Moritz Khan für Bayreuth und Oberst Bullach für Ansbach eingetroffen waren, bestand gegründete Hoffnung, daß die Bündnissache und was damit zusammenhing, doch noch im gesamten Kreisnamen behandelt und geregelt werden könnte.²⁶⁾

Stellung des
Rates zu den
3 Forderungen
der schwe-
dischen Räte.

Inzwischen waren auch die bekannten 3 Forderungen nach Nürnberg berichtet worden. Sie kamen dem Rate, wie man sich leicht denken kann, sehr ungelegen; denn ein volles Eingehen auf dieselben bedeutete ein offenes Zusammengehen mit Gustav Adolf und war der zaudernden und vorsichtigen Politik des Rates ganz entgegen. Schon mit Rücksicht auf den Kaiser wollte derselbe ja seine Angelegenheiten selbständig ordnen. Es mußte daher sein ganz besonderes Bedenken erregen, daß Graf Heinrich Wilhelm von Solms, der als früherer Vogt von Kadolzburg noch obendrein den Haß der Nürnberger Bürgerschaft auf sich geladen hatte und somit schon persönlich unannehmbar war, mit seinen geworbenen Truppen Nürnberg zu Hilfe geschickt werden sollte. Da galt es denn rasch zu handeln und durch selbständige Regelung der Angelegenheiten die richtige Antwort auf die 3 Fragen zu erteilen.

Ungesäumt beschrieb der Rat den Obersten Leublfing und den Oberstlieutenant Pullmann, schritt unverzüglich zur Werbung bis auf 2000 Mann und begann mit der Versicherung der Stadt,

²⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 356—361, 2. Bericht aus Würzburg. Tom. XIII. 365 ff. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, pag. 74—76.

²⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 356—361.

indem er Zwingen und Thore verwahren, Geschütze aufführen und die Thüren, welche in die Stadtmauern gingen, vermauern liefs. Im übrigen aber sann er nach, wie er den Grafen Solms am besten ablehnen könnte. Doch brauchte er sich nicht lange zu besinnen.²⁷⁾ Denn kurze Zeit nach dem eingelangten Berichte Tetzels und Dr. Richters lief auch ein Schreiben des Königs ein, in welchem dieser sich erbot, im Falle Nürnberg belagert werden sollte, was jedoch nicht zu glauben, die Stadt »in hochster eylfertigkeit vnd mit aller macht zu succuriren« und für die Wohlfart derselben »dafs eufserst aufzusetzen«, in dem er zugleich aber auch meldete, dafs er den Grafen Heinrich Wilhelm von Solms vermocht hätte, »sich in eyl aufzumachen vnd euch als ein hocherfahrner soldat, vnd defsen trew vnd eyfer zu gemeiner wohlfart vnfs genugsam bekant, vnserwegen mit raht vnd that zu assistiren.« Auf dieses Schreiben folgte alsbald ein zweites, in welchem der König den Rat ersuchte, Solms »die trumel in ewer statt offen rühren, vnd darbey soldaten werben zu lassen«.²⁸⁾

Schreiben
des Königs.

In Würzburg waren unterdessen die Verhandlungen mit Gustav Adolf zu einem gewissen Abschlusse gelangt. Am 2. November 1631 (23. Oktober alten Kalenders) kam ein Vergleich zustande, der von dem König, den Bayreuthischen und Nürnberghischen Abgesandten unterschrieben wurde. In diesem versprach Gustav Adolf, er werde der gedachten Stände Land und Leute »wider vnser vnd ihre ligirte feind entweder durch diversion oder durch würcklichen succurs vnd entsatz mit aller macht, auch auf den Fall bedorffens mit employrung vnserer aigenen person getreulich tefendiren vnd schützen.« Bayreuth und Nürnberg aber verpflichteten sich, nach Verlauf von 14 Tagen 24 Monate einfachen Römerzugs, in 3 Monaten hernach ebensoviel und 4 Monate nachher abermals 24 Monate nach Anlage eines jeden Standes der Reichsmatrikel nach zu entrichten; was für Nürnberg die Summe von 106 560 fl. bedeutete. Doch wurde bestimmt, dafs, wenn ein Stand sein Kriegsvolk selber

Der
Würzburger
Vergleich.

²⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 405 — 407, Ratserlaß am 30. Oktober.

²⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 343 und 365, Schreiben des Königs.

werben und dem Kreis zu dessen Bestem überlassen würde, die hiefür aufgewandten Unkosten von der Quote abgezogen werden sollten. Auch gaben die Abgeordneten die Erklärung ab, bei ihren Herren dahin zu wirken, daß in Bälde eine Spezialallianz mit Gustav Adolf aufgerichtet würde, zu welchem Zwecke der Kreisoberst die Fürsten und Stände des fränkischen Kreises zusammenbeschreiben sollte. Wer im Laufe von 2 Monaten sich zu dieser Spezialallianz nicht verstünde, sollte als öffentlicher Feind betrachtet werden, es wäre denn, daß er die offenbare Unmöglichkeit nachwiese.²⁹⁾

Stellung
Ansbachs.

Von Ansbachischer Seite war bei der Unterzeichnung des Vertrages niemand zugegen. Doch hatte Graf Friedrich von Solms dem König das Wort gegeben, daß die Ansbachische Vormundschaft ebenfalls unterzeichnen würde. Graf Friedrich von Solms war übrigens schon vorher seine eigenen Wege gegangen. Im guten Glauben, man würde in Nürnberg und Bayreuth sich genau an die Heilsbronner Beschlüsse halten, hatte er für Ansbach mit Gustav Adolf verhandelt und sich zu der in Heilsbronn bewilligten Geldhilfe verstanden. Deshalb weigerte er sich auch, die ihm von Nürnberg aus überschickte Bayreuther Instruktion zu unterzeichnen.³⁰⁾

Zufriedenheit
der
Nürnberger
Delegierten
mit den Ab-
machungen
in Würzburg.

So war denn in Würzburg einstweilen ein Vergleich zustande gekommen, der sich im wesentlichen mit den Heilsbronner Beschlüssen deckte. Die Nürnberger Abgesandten waren froh, daß es ihnen gelungen, »difsmal beim ersten gradu vnd in generalibus zu verbleiben vnd vff dasjenige zu sehen, was vnlangsten zu Hailfsbrunn für gut ist befunden worden«, und daß es nicht dazu gekommen war, wozu sie auf den äußersten Fall instruiert gewesen, »eine clausulirte alliance oder vergleichung zu schliesen«, somit also die Möglichkeit vorhanden war, die vom König mitgeteilte Allianzformel, welche die Gesandten bereits in vielen Punkten zum Besten der Stände geändert hatten, noch weiter zu verbessern.³¹⁾

²⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Spezialakten des 30jährigen Krieges, Saal I., Lade 223, Nr. 10.

³⁰⁾ u. ³¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 393—402, IV. Relation der Nürnberger Delegierten. Tom. XII. 391, Schreiben des Grafen Friedrich von Solms unterm 29. Oktober. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, pag. 78—80.

Anders freilich dachte der König. In einem Briefe, den er am 5. November aus Würzburg an den Kurfürsten Johann Georg schrieb, tritt seine Unzufriedenheit klar zu tage. Wir hätten uns versehen, so schreibt er, daß bei dem Werke von den interessierten evangelischen Kreisverwandten, Fürsten und Ständen uns dergestalt beigestanden würde, »das Wir dem feinde inferuenti victoria begegnen«; . . . »haben aber wieder all verhoffen erfahren müssen, das Wir noch dieser Zeit bey einem vnd dem andern sehr schlechte oder fast gar keine Handreichung gespürt, sondern theilß sich mit den aufsgestandenen langwirigen Pressuren vnd daher erfolgter Armuth, theils aber mit deme entschuldigen wollen, daß Sie dem Leipziger Schluß beypflichtig, dahin ihr quotam zu entrichten von E. Ld. ernstlich angestrengt vnd also mit doppelter ruhen ganz nit gestrafft werden konten.«

Unzufrieden-
heit des
Königs mit
den
evangelischen
Ständen
Frankens.

Doch begnügte sich der König für jetzt mit den 72 Monaten; mit den Städten Straßburg, Frankfurt, Nürnberg und Ulm gedachte er aber eine besondere Allianz abzuschließen, da sie mehr Geld hätten und größere Sicherheit böten, als die Fürsten und Grafen. Überdies konnte ja die Spezialallianz, welche zwischen den Räten des Königs und den Vertretern Nürnbergs in Würzburg der Gegenstand eingehender Beratungen gewesen war, nicht zu lange hinausgeschoben werden.³²⁾

Da nun die beiden Konzepte der Spezialallianz, das Nürnberger und das schwedische, bei allen späteren Verhandlungen als Norm dienen, so ist es gewiß schon jetzt angezeigt, etwas näher darauf einzugehen.

Die beiden
Konzepte der
Spezial-
allianz.

Als Gründe für den Abschluß der Vergleichung sind darin angegeben: Man hat von katholischer Seite — »die päbstlich ligitte feind vnterm fürwand kayserlichen namens vnd autoritet« — die Evangelischen wider die kaiserliche Kapitulation, die Reichskonstitutionen, den Religions- und Profanfrieden beschwert, trotz aller gegenteiligen Zusagen durch Kontributionen u. s. w. fast ganz zugrunde gerichtet, in ihren Rechten, selbst an ihrem guten Namen verunglimpft und uns genötigt, dem Leipziger Schluß zu entsagen wider die Reichskonstitutionen, »alles zum

³²⁾ Schriftstücke Gustav Adolfs zumeist an evang. Fürsten Deutschlands, herausgeg. von G. Droysen, Stockholm (1877). 8.

zwecke, vns der freiheiten in religion: vnd profansachen zu berauben vnd vns vnter das päbstische joch zu bringen«, und uns kein anderes Mittel mehr übrig gelassen, »als welches gott auch denn vnvernünfftigen thieren gemein gemacht, gewalt mit gewalt zu steuern«. Deshalb hat N. sich auch mit dem König von Schweden verglichen (weil er die Neutralität nicht dulden will) »vnwiderrufflichen zur erhaltung des so teuer erworbenen vnd bißhero conservirten religion- vnd prophanfriedens«. Doch soll der Kaiser ausgenommen werden »jeder zeit vnd in alle weg in crafft der heylsamen Reichs Constitutionen, als der gesamnten churfürsten vnd stände vorgesetztes oberhaupt«; eine Forderung, die beim König freilich nur Zorn erregte und nicht durchzusetzen war.

Und nun zu den einzelnen Punkten des Vergleiches! Sie lauten in der Hauptsache. Die Stadt begibt sich in des Königs Defension und verspricht, solange dieser Religionskrieg — Tom. XIII, 243 ff. bloß »Krieg« — währt, ihm »mit leib vnd blutt nach bestem vermögen« beizuspringen, untergibt und anvertraut ihm »die völlige vnverhinderte Direction« in diesem Kriege, gewährt ihm freien Pafs und Repafs, auch freie Werbungen im ganzen Gebiete, wird die Pässe, besonders die Stadt nach erheischender Kriegsnot besetzen, »in summa alles gegen haltung guter ordre vnd disciplin thun vnd lassen, was die ratio belli erfordert.« Sie gestattet den Einkauf von Gewehren, Munition u. s. w. im Umfang ihres Gebietes und er bietet sich, solches auch aus dem Zeughaus zu liefern, natürlich gegen Wiedererstattung wenigstens des Wertes, wie sie denn überhaupt gegen Bezahlung die notwendigen Lebensmittel und den nötigen Kriegsbedarf verabfolgen wird.

Dem Feinde wird die Stadt Pafs und Repafs, sowie die Werbungen verweigern, sie wird »seine trouppen, wo die gleich anzutreffen, so viel möglich trennen vnd schlagen.«

Sie wird ohne Wissen und Willen des Königs sich in keine Freundschaft oder« Verbündnis« einlassen, »so dieser zuwieder« — Tom. XIII, 243 ff. fehlt: »so dieser zuwieder« — oder vom Vergleiche abweichen oder auch einen Frieden eingehen, sondern mit dem König »wider ihre vnsere vnd der evangelischen warheit feinde treulich für einen mann stehen«. — Tom. XIII, 243 ff. fehlt »der evangelischen warheit feinde«.

Sie wird mit Beistand des Königs auch andere Stände zur Vergleichung vermögen und den, der sich innerhalb 2 Monaten weigern wird beizutreten, nicht anders denn als Feind behandeln.

Dieser Vergleich soll der Stadt an ihrer »Reichs- und Kreisimmedietet«, an ihren Rechten und Freiheiten als einem unmittelbaren Reichs- und Kreisstand »vff keine weifs noch weg, zu ewigen zeiten nicht schädlich noch verfänglich seyn.«

Dagegen nimmt der König die Stadt in seinen »special Schutz, schirm vnd protection« wider alle Feinde, die des Königs und der Stadt, erhält sie bei ihren Rechten und Freiheiten und verspricht, da der Feind sie bedrängen sollte, ihr denselben entweder »durch eine tiversion vom Halse ziehen, oder da er sich dadurch nicht solte wollen abwenden lassen, nach allem vermögen vnd mit euserster macht auf vnseren costen durch succurs vnd entsatz, auch mit emploijrung vnserer aigenen person, verfolgen vnd abtreiben, sie auch auf keinerley weifs vnd weg deserirn wollen.« Die vom König zur Hilfe entsandten Offiziere und Soldaten sind den Ständen untergeben und deren Kommando unterworfen.

Der König läßt sich das Gedeihen der Stadt, besonders deren Handel angelegen sein, verstatet den Nürnberger Bürgern und Handelsleuten, deren Güter in katholischen Ländern konfisziert worden, Repressalien in seinen und der Verbündeten Ländern und hilft allen religiösen und politischen Beschwerden der Stadt ab. Er sorgt für gute Disziplin der Soldaten und wird die Stadt »in ihren hoch: frey: vnd gerechtigkeiten, in gaist- vnd weltlichen sachen, privilegien, eigenthumb, recht, gerechtsamen vnd herbringen kein praejudiz oder beschwerde zufügen, noch anderen zu thun nachhängen«. Er wird es bei Sachsen und anderen Ständen dahin richten, daß sie Nürnberg mit Gesuchen um Vorlehen verschonen. Er wird, was andere Stände bei Abschluß dieses Bündnisses sich vorbehalten haben, auch Nürnberg zugestehen und mit seinen und der Stände Feinden keinen Frieden eingehen, »es seyn dann auch Sie N. N. allerdings befriedigt, claglofs gestellt vnd mit darein geschlossen worden.«

Dies alles verspricht Gustav Adolf »als ein christlicher könig vnd beschutzer der evangelischen warheit.« — Tom. XIII, 243 ff. heisst es: »christlicher getrewer Bundtsverwandter«. —

Das ist der wesentliche Inhalt der Allianz- oder, wie die Nürnberger sagten, Vergleichungsformel. Dafs zwischen den beiden Nürnberger Abgeordneten und den schwedischen Räten in wesentlichen Dingen Meinungsverschiedenheit bestand, zeigen schon die paar angeführten Differenzpunkte. Es ist nicht gleichgültig, ob das Bündnis nur so lange in Kraft bleibt, als der »Religionskrieg« oder der »Krieg« währt, ob man sich ohne Wissen und Willen Gustav Adolfs in gar kein Bündnis oder nur in kein Bündnis einlassen will, »so diesem zuwider.« Es ist gewifs ein grofser Unterschied, ob der Kaiser bei diesem Bündnis ausgenommen wird oder nicht, von Bedeutung, dafs im Vergleiche Aufnahme findet, man habe diesen nur deshalb eingegangen, weil Gustav Adolf von Neutralität nichts habe wissen wollen, nicht unwesentlich, ob man eine Allianz mit Gustav Adolf schliesst oder einen Vergleich resp. Versicherungshandel.

Soweit waren die Verhandlungen mit dem Schwedenkönig resp. dessen Räten gediehen, als das drohende Kriegsungewitter über Franken hereinbrach. Graf Tilly rückte mit den Resten seines geschlagenen Heeres heran, um die Werbungen für Gustav Adolf im Frankenlande zu verhindern und die ungehorsamen Stände zu züchtigen.

Bevor ich jedoch zur Schilderung des Tillyschen Einfalls ins Nürnberger Gebiet übergehe, halte ich es für geboten, das Verhältnis Nürnbergs zum Kaiser und zu den benachbarten katholischen Fürsten von Zeit der Ankunft der schwedischen Abgesandten bis zum Würzburger Vertrage etwas näher zu beleuchten.³³⁾

Die über
Vorgänge in
Nürnberg,
besonders
dessen
Beziehungen
zu Schweden
in Amberg
und beim
Kurfürsten
Max
einlaufenden
Berichte.

Kaum war Marx von Rehlingen in Nürnberg eingetroffen, war dies auch alsbald in Amberg bekannt, von wo die wichtige Kunde nach München gebracht wurde. Berichte über Vorgänge in Nürnberg gingen der Regierung von Amberg von verschiedenen Seiten zu, so durch den Richter zu Weifsenhohe, Wolf Andreas Pyring, den kaiserlichen Obersten Voit in Erlenstegen, vor allem aber durch den Schultheifsen Mathias Rosenhamer von Neumarkt, an welchen der Kurfürst Max die Weisung hatte ergehen lassen,

Das
kaiserliche
Mahn-
schreiben.

³³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 415—421, Nr. 1, mehr im Sinne Nürnbergs und Tom. XIII. 243—249, »Eventual-Concept zu Würzburg vffgesetzt.« Tom. XIII. 393—402, IV. Relation.

er möge, weil er in der Nähe von Nürnberg sei, »eine gewiese vertraute personn auf sonderbare spesa erhandeln.« Auch der Kaiser erfuhr gar bald, daß Nürnberg mit Gustav Adolf in Verhandlungen getreten sei und sich von ihm, dem Reichsoberhaupte, immer mehr abwende. Schon am 20. Oktober schrieb er daher an den Rat der freien Reichsstadt Nürnberg, es sei ihm mitgeteilt worden, daß der Schwedenkönig einen Rittmeister an Nürnberg abgeschickt habe, um dieses zur Ergreifung der Waffen zu vermögen, und daß jenem von etlichen Nürnberger Bürgern und Handelsleuten ein starker Wechsel ausgestellt worden sei.

Er erinnerte den Rat an seine Pflichten gegen Kaiser und Reich, an die vielen Versprechungen, die er ihm und den kaiserlichen Kommissären gegeben, besonders aber daran, daß er bei Entsagung des Leipziger Schlusses »hochbeteuerlich versprochen, den im reich öffentlich angeschlagenen vnd publicirten kaiserl. Avocatoriis et monitoriis in allem vollkommlich zu pariren.« Dann wies er darauf hin, daß Gustav Adolf das Reich ohne rechtmäßige Ursache angegriffen habe und deswegen auch vom gesamten kurfürstlichen Kollegium für ein Feind desselben erklärt worden sei, und forderte den Rat auf, »ihr wollet ihme auff sein ansuchen vnd werbungen weder glauben geben, noch weniger seinen vnrechtmessigen actionibus vnd feindlichen attentatis in ainigerlei weg beypflichten, insonderheit aber weder ihme, noch seinem auff des heil. reichs boden zu defsen eufsersten höchsten gefahr, tifsolution vnd verderben eingeführten kriegsvolckh ainige hülff, es sei gleich an volckh, geldt, proviandt, munition oder rüstungen, nicht laisten, sondern vnnfs vnd der gehorsamben, vnns afsistirender getrewer chur: fürsten vnd ständt armaden, welche zu ewer vnd der ewerigen rettung vnd tefension diesem feindt verhoffentlich baldt vnter augen ziehen vnd demselben mit beystandt des allmechtigen Gottes aus besagtem craifs vnd volgendts von des reichs bezirckh mit macht wider ab: vnd zuruckh treiben wirdt, in vnterthenigsten bestendigen trewen, ewrem vermögen nach, an die handt stehen vnd euch hievon keineswegs abführen oder ein andres persuatiren lassen.« Zum Schlusse aber verlangte der Kaiser des Rates »nochmahlige schriftliche erclerung vnd vnwaigerliche parition« und drohte

mit der kaiserlichen Ungnade und der in den »kayserlichen mantatis einverlaibten straffen vnd poenen«. ³⁴⁾

Des
kaiserlichen
Kommissärs
Hans Anton
von Popp
Ermahn-
ungen zur
Treue.

Diese Ermahnung Ferdinands II. zur Treue brachte und konnte den Rat von dem nunmehr betretenen Wege nicht abbringen, ebensowenig wie das Schreiben des kaiserlichen Kommissärs Hans Anton von Popp aus Wien unterm 15. Oktober, in welchem derselbe ankündigte, er werde am 25. Oktober in Amberg eintreffen, den gewünschten Kreisschluss bekannt geben und dasjenige, was der Kaiser angeordnet habe, zur Stände »sublevamen effectuiren,« so wenig als Popp's spätere Mahnungen und Bitten, dem Kaiser den Gehorsam zu bewahren, sowie dessen Versicherungen, daß er bevollmächtigt sei, sie bei den kaiserlichen Rechten und Gerechtigkeiten, bei dem Religions- und Profanfrieden zu erhalten. Immerhin mochten aber diese steten Aufforderungen zur Treue die zögernde Haltung des Rates gegenüber den Wünschen des Schwedenkönigs noch mehr bekräftigen und dazu beitragen, daß Nürnberg sich gleich ängstlich als bisher hütete, beim Kaiser und den Katholiken Anstofs zu erregen.

Der Rat vermied, wenn es irgendwie anging, den Weg der schriftlichen Mitteilung; bei ihm fand keine evangelische Stadt Frankens den gewünschten Aufschluss, wie sie sich Gustav Adolf gegenüber verhalten solle, keine Hilfe selbst in der größten Not. Er hielt gute Nachbarschaft mit den angrenzenden katholischen Staaten und suchte insbesondere mit dem Bischofe von Bamberg auf friedlichem Fusse zu verbleiben.

Diese vorsichtige Haltung hielt der Rat auch gegenüber dem kaiserlichen Kommissär Popp fest. ³⁵⁾

Der
kaiserliche
Kreisschluss.

Am 24. Oktober kam Popp in Amberg an, und um Mitternacht desselben Tages schrieb er nach Nürnberg an Hans Jakob Tetzl, er habe »alles erlangt, was die herren desiderirt«; an den Rat selbst aber sandte er Original und Kopie des Kreis-

³⁴⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CLXXI. 215, Cl. 396, Cl. 32. — Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 331—333, Copia Schreibens der Röm: Key: Mtt; An Burgermeister vnd Raht der Statt Nürnberg vom 20. octobr. 1631.

³⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Popp's Schreiben, Tom. XIII. 305, 338 und 339.

schlusses mit der Bitte, er möge das erstere an den Bischof von Bamberg nach Forchheim schicken. Zugleich ermahnte er diesen, in kaiserlicher »Devotion« zu bleiben, und bat um sicheres Geleit nach Nürnberg, um da seine Kommission ablegen zu können.

Nun war der Kreisschluss, wie Popp gemeldet hatte, für die Stände allerdings günstig. Der Kaiser, dem gerade jetzt daran gelegen sein mußte, diese bei gutem Willen zu erhalten, begnügte sich mit den von den protestierenden Ständen bewilligten 72 Monaten einfachen Römerzugs, stellte aber an die ausschreibenden Fürsten, den Bischof von Bamberg und den Markgrafen Christian von Bayreuth, das Ersuchen, zu sorgen, daß die erbetene Kontributionshilfe der 72 Monate je eher, je bald in die Kasse geliefert und die dazu weit ausgesetzte Zeit auf 6 Monate abgekürzt werde, das Zahlungsziel aber von Quartal zu Quartal sei, also daß in jedem Quartal die Hälfte einbezahlt und 36 Monate sofort in die Kasse abgeführt würden. (Die Bewilligung erfolgte am 26. Juli 1631.) Dagegen versprach der Kaiser, die Stände bei ihren Rechten und Privilegien zu schützen und Sorge zu tragen, daß dieselben möglichst verschont würden, daß bei Einquartierungen, Durchzügen und Musterplätzen den Reichskonstitutionen gemäß verfahren und gute militärische Zucht gehalten würde. Doch stellte er bei den Umtrieben der Schweden, wegen deren statt 40 000 Mann dreimal soviel erforderlich wären, weitere Forderungen in Aussicht und sprach die Zuversicht aus, daß die Stände auf ferneres Anhalten »Vnns hinfürters weiter an die handt zu gehen genaigt sein werden«.

Allein die protestierenden Stände Frankens waren jetzt nicht mehr geneigt, die bewilligten 72 Monate zu zahlen, weshalb der vom kaiserlichen Kommissär so sehr gewünschte Kreistag durchaus nicht in ihrem Interesse lag. Popp wurde daher unter allerlei Vorwänden hingehalten.

Nürnberg war in dieser Sache insofern in einer günstigen Lage, als ja der Kreistag vom Bischof von Bamberg und vom Markgrafen Christian ausgeschrieben werden mußte, das Nichtzustandekommen desselben ihm also nicht direkt zur Last gelegt werden konnte. Allein Stellung zur Sache mußte es dem kaiserlichen Kommissär gegenüber doch nehmen; denn dieser bat immer dringender um Geleite nach Nürnberg, um hier seine Kom-

mission ablegen zu können. Und der Rat nahm diese, wie er in ähnlich gelagerten Fällen immer es machte, indem er eine ausweichende Antwort gab. Man habe, so schrieb er, weil die Lage immer gefährlicher werde, an den Bischof von Bamberg abgeordnet und werde nicht versäumen, nach der Rückkehr der Abgeordneten Näheres zu berichten. Seine wirkliche Meinung aber in der ganzen Angelegenheit war, der Markgraf möchte einen engeren Kreiskonvent der evangelischen Stände Frankens ausschreiben, da es nicht geraten sei, daß ein Stand für sich den Kaiser und Popp beantworte, und man Ansbach und Bayreuth nicht trauen dürfe.³⁶⁾

Nürnberg's
Verkehr mit
den
evangelischen
Reichsstädten
Frankens.
Konsequente
Ablehnung
der
Darlehens-
gesuche.

Für die Vorsicht des Rates zeugt auch, wie bereits erwähnt, dessen Verkehr mit den evangelischen Städten Frankens. Ein bequemes Mittel desselben war, daß er die anfragenden Städte an den Kreisobersten, den Markgrafen Christian von Bayreuth, wies, dessen Sache es ja vor allem wäre, in allen Angelegenheiten, die den Kreis beträfen, Rat zu erteilen.

Wie der Rat sich nicht dazu verstand, anderen bedrängten Ständen die gewünschte Auskunft zu geben, so gewährte er auch keine Hilfe. Die Rothenburger konnten, als Tilly sie bedrohte, trotz aller Bitten weder ein Vorlehen noch Hilfstruppen bekommen.

Mag nun ein solches Verhalten auf den ersten Anschein nicht zu billigen sein, es ist wohl erklärlich, wenn man die Gründe erwägt, welche Nürnberg hiebei leiteten. Schriftlich einen Rat zu geben, vermied der Rat mit Recht aus Besorgnis, es könnte der Brief aufgefangen werden, in welchem Falle man es entweder mit dem Kaiser oder dem Schwedenkönig verdarb. Ein Darlehen verweigerte er den Erfurtern, Rothenburgern, dem Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar und, wie wir in der Folge erfahren werden, allen Bittenden konsequent aus dem Grunde, weil die Stadt Nürnberg selbst immer gröfsere Ausgaben machen mußte. Hilfstruppen aber konnte er den Rothenburgern schon

³⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Popp's Schreiben, Tom. XIII. 288 und 289, 306 und 307. Tom. XIII. 279—283, Copia Schreibens der Röm: Kay: Mtt. An die Ausschreibende Fürsten des fränkischen Craises. Wien 10. 8br. 1631, die bewilligte 72 Monath Craifshülff betr. Tom. XIII. 318, Popp's Schreiben aus Amberg an den Rat, und Tom. XIII. 322, Brief an Tetzl. Weitere Korrespondenz: Tom. XIII. 325, 338, 342, 344. Tom. XIII. 337, Gutachten der Hochgelehrten. Tom. XIII. 347, Ratserlaß und Gutachten des Dr. Heinrich Hülf's.

deshalb nicht schicken, weil er sich hiedurch als Feind des Kaisers erklärt hätte.³⁷⁾

Zur Verantwortung beim Kaiser sollte auch das gute Einvernehmen mit Bamberg dienen. Bereitwilligst sandte der Rat Philipp Harfsdörffer und Dr. Ölhafen zur Konferenz nach Forchheim ab, wohin der Bischof Nürnberg und Bayreuth eingeladen hatte, um mit ihnen über die allgemeine Lage und die zu ergreifenden Mafsregeln zu beraten, sowie ihre Meinung zu hören, ob er die Festung Forchheim dem Schwedenkönig überlassen solle oder nicht. In Wirklichkeit freilich war der Bischof nicht gesonnen, Forchheim dem Könige einzuräumen. Ihm war es nur darum zu thun, »damit durch derselben zuthun« — Nürnbergs und Bayreuths, welch letzteres jedoch keinen Vertreter zur Konferenz schickte — »der könig diese begerte einraumung bei noch vorstehendem weütern tractat desto eher widerumben schwinden vnd fallen lassen möchte« und die Sache wenigstens so lange hinausgezogen würde, bis der vertröstete Sukkurs von 700 Mann Fußvolk und 300 Reitern aus der Oberpfalz ankäme. Wenn daher die Nürnberger Abgesandten meinten, dem Anscheine nach würde der Bischof Forchheim den Schweden überlassen, so täuschten sie sich.³⁸⁾

Nürnberg's
Stellung zu
Bamberg.
Die
Forchheimer
Konferenz
am
27. Oktober.

II. Kapitel.

Vom Würzburger Vertrage bis zum Abzuge des Tillyschen Kriegsvolkes aus dem Nürnberger Gebiete.

Auch nach dem Würzburger Vertrage suchte Nürnberg den Frieden mit den katholischen Nachbarstaaten aufrecht zu halten. Der Vertrag verpflichtete es ja noch nicht direkt zum Kampfe gegen die Liga, und dann stand ja auch der Bischof von Bamberg, der nördliche Grenznachbar Nürnbergs, in Unterhandlungen mit Gustav Adolf. Herrn von Erkh, der am 8. November dem

Nürnberg's
Bestreben,
auch nach
dem
Würzburger
Vertrage mit
den
katholischen
Nachbar-
staaten in
Frieden zu
leben.

³⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 187, Schreiben aus Schweinfurt am 11. Oktober. Tom. XII. 202, Nürnberg's Antwort. Briefbuch 1631, fol. 418. Außerdem Tom. XIII. 311 u. 312, 326—328, 271, 329, 311—317, 466, 469 u. 470.

³⁸⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CI. fol. 214 u. 406, Tom. LXIV. fol. 424. — Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 371—377, Bericht des Hrn. Philipp Harfsdörffer und Dr. Tobias Ölhafen, 3. November 1631.

Rate gegenüber erklärte, seine Soldateska wollte die 4 nach Herzogenaurach gehörigen geraubten Pferde nicht zurückgeben, weil der Bischof von Bamberg ein offener Feind sei, wurde daher bedeutet: »Meine herren können den herrn bischoff für keinen Feind erkennen, noch weniger seiner f. gn. vnterthanen ex hoc capite dafs ihrige vffhalten«. Wollten die Nürnberger die Katholiken für keine Feinde erkennen, sie wurden jetzt als solche vom Kaiser und den mit ihm Verbündeten angesehen; denn dafs sie sich mit Gustav Adolf immer tiefer eingelassen hätten, stand fest, darüber erhielt der Kaiser von verschiedenen Seiten Mitteilungen.¹⁾

Die beim
Kaiser Ende
Oktober und
Anfang
November
einlaufenden
Berichte über
den Anschluß
der
evangelischen
Stände
Frankens an
Gustav Adolf.

Am 26. Oktober hatte Popp dem Kaiser die Gefahr »durch eigener staffeta mehrers remonstrirt« und am 27. Oktober hatte er an den Kurfürsten Maximilian berichtet, »dafs die stendte von ihr Maytt: durch neue vorgenombne werbung mitlst sich de nouo abgewendet, dem Schweden mehrers anhengig gemacht, ja die gefährligkeiten so weith erwachsen, dafs, wo nicht durch eine neue eilfrierige gegenwerbung einer fliegendten armada dem feindt begegnet, derselbe sich baldt defs schwäbischen craifs gleichfahlß als des fränckischen impatroniren möchten«. Am 30. Oktober aber schrieb Kurfürst Max an den Kaiser, dafs die Protestanten in Franken sich zur bewilligten Kontribution umsoweniger verstehen würden, als sie »von neuem mit gefehrlichen vñnd widerwerttigen sachen vmbgehen«.²⁾

Schreiben des
Rates an den
Kaiser.

Dafs unter diesen Umständen das Schreiben des Rates an den Kaiser unterm 8. November, in welchem man die verlangte schriftliche Erklärung, man werde dem König von Schweden keinerlei Beistand leisten, nicht abgab, also den Hauptpunkt ganz umging, und in dem man nur ganz inständig um Frieden bat, als Bestätigung der eben angeführten Berichte diene, ist einleuchtend. Dem gegenüber erzielten der Hinweis auf die großen Opfer, die man für die kaiserliche Sache gebracht, und auf den Schaden von 400 000 fl., den Nürnberger Kaufleute durch kaiserliches und schwedisches Kriegsvolk erst kürzlich erfahren

¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlaß am 8. November.

²⁾ Kgl. Geheimes Staatsarchiv in München. Fränkische Kreissachen, schwarzer Kasten 140/I, fol. 228. Kaiserliche Korrespondenz, schwarzer Kasten $\frac{4}{8}$, fol. 272.

hätten, sowie die Berufung auf die freundnachbarlichen Beziehungen zum Bischof von Bamberg sicherlich nur geringe Wirkung.

Ja, gerade diese scheinbar so freundschaftlichen Beziehungen zum Bischof, die der Rat in dem Schreiben an den Kaiser so sehr betonte, wurden am Wiener und Münchener Hofe nach ihrem wahren Werte taxiert. Wir können dies entnehmen aus einem Schreiben des Kurfürsten Max an Kaiser Ferdinand unterm 16. November, in welchem es heisst, der Markgraf habe die protestierenden Stände zu einer Konferenz nach Nürnberg berufen, »ohne Zweifel zu dem endte, wie sye sich noch mehrers, alß bis anhero beschehen, gegen den Schweden accomodirn, etwan auch gemelten bischofen zu Bamberg darzue disponieren mögen«.³⁾

Für diesen ihren Abfall sollten die evangelischen Stände daher alsbald bestraft werden. Anfangs November erschien Tilly als Rächer mit seinen verwilderten Scharen, die in unmenschlicher Weise hausten und überall Entsetzen verbreiteten. Da er nämlich infolge des erbärmlichen Zustandes seiner Truppen Gustav Adolf in seinem weiteren Vordringen am Main nicht hindern konnte, so mußte er sich darauf beschränken, dessen starke Werbungen und Sammelplätze in Franken zu verhindern und zu trennen.

Tillys Einfall
in Franken.

Am 9. November hatte Tilly Rothenburg in seiner Gewalt, am 11. öffnete ihm Windsheim die Thore. Von da zog er weiter ins Ansbachische, gegen den Willen Pappenheims, der dafür war, daß man einen »posto vnt pafs am Mayn« suche oder doch wenigstens Nürnberg, »fontem mali«, zum Gehorsam bringe und dann die Winterquartiere nehme, an welchen Vorschlag er allerdings das Aber knüpfte, daß hiez zu die »reformation der officier vnt bagagien« unbedingt geboten sei, welche »Reformation« aber ohne »gelt schwer, gefährlich vnt schier vnmöglich«.

In Nürnberg war man sich der Gefahr einer Belagerung wohl bewußt. Deshalb hielt der Rat mit der Aufnahme der vor der verwilderten Soldateska nach Nürnberg sich Flüchtenden möglichst zurück. — Zu den Schutzsuchenden gehörten auch die Markgräfin Sophie von Ansbach, Graf Friedrich von Solms und

³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Das Schreiben des Rates, Tom. XIII. 470 ff. (Kopie). — Kgl. Geheimes Staatsarchiv in München. Kaiserliche Korrespondenz 1631, schwarzer Kasten $\frac{4}{6}$, fol. 334.

2 Grafen von Hohenlohe, die selbstverständlich eingelassen wurden —. Deshalb traf er auch die umfassendsten Vorkehrungen, um dem anrückenden Feinde gerüstet gegenüber treten zu können.⁴⁾

Schutzmaß-
regeln des
Rates vor der
durch Tilly
drohenden
Belagerung.
Bitte um Hilfe
bei Gustav
Adolf.

Beim Ein- und Ausfluß der Pegnitz wurden 2 hohe Bollwerke aufgeworfen. Auf die Basteien ringsherum wurden die schweren Geschütze aus dem Zeughause gestellt, und 300 Büchsenmeister mußten auf den Basteien und Türmen wachen. Am Stadtgraben wurden die Vormäuerlein und um die Gärten die Mauern abgebrochen, damit man frei hinausschießen könne. An die Bürger aber erging die Aufforderung, bei den Befestigungsarbeiten entweder freiwillig Hand anzulegen oder jemand auf ihre Kosten hiezu zu verordnen. Das Haller- und Wöhrderthürlein wurden bis auf weiteres zugesperrt und nur das Neue und Thiergärtner Thor eines ums andere wechselsweise offen gehalten. Und da viele Katholiken aus Bamberg und anderen Orten ihre Zuflucht in der Stadt nehmen wollten, ward die Aufnahme Fremder ohne Erlaubnis des Rates bei einer Strafe von 50 fl. verboten.

Das Wichtigste aber war, Gustav Adolf hatte der Stadt seinen Schutz versprochen, im Falle dieselbe belagert würde. Seine Hilfe für die Stunde der Gefahr zu erlangen, war daher eifriges Bestreben des Rates. Schon am 13. November ordnete er Wilhelm Strafsburg an den König ab, »iedoch allein vnder dem praetext deren den hiesigen kauffleuten abgenommenen güther«. Strafsburgs Instruktion war mündlich. Doch wissen wir in der Hauptsache, wie sie gelautet hat, aus dem Gutachten des Dr. Heinrich Hüls, aus welchem ich hier als charakteristisch nur anführen will, daß Strafsburg den König um Verschonung Bambergs bitten mußte, damit auch Nürnberg durch die Kaiserlichen leidlich behandelt würde. Neben der Instruktion bekam der Abgesandte auch noch ein Empfehlungsschreiben des Hofrates Dr. Martin Chemnitz mit auf die Reise, in welchem dem König die mißliche Lage der Stadt geschildert und dessen Hilfe

⁴⁾ Geheimes Staatsarchiv in München. Kaiserliche Korrespondenz, schwarzer Kasten $\frac{4}{6}$, fol. 334. — Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CLII. fol. 401, Pappenheims Schreiben an Maximilian I. unterm 11. November aus Windsheim. Tom. CLXVII. fol. 311, Brief Tillys an den Kurfürsten Max über den elenden Zustand seines Heeres. — Nürnberger Kreisarchiv, Ratserlässe am 2. und 12. November.

erbeten war. Die Berichte aber hatte Straßburg nicht an den Kaiser, sondern an den Kanzlisten Andreas Baier zu richten, mit dem er sich wegen eines Schlüssels verglichen hatte.

Auch die Abordnung von Jobst Christoph Krefs, der späterhin seine Vaterstadt allein oder mit anderen ständig beim König vertrat, wurde bereits jetzt angeregt, schließlicb aber bis zum Kreistag verschoben. In wie hohem Ansehen Krefs in Nürnberg stand, das können wir aus einem Gutachten der Ratskonsulenten Dr. Hülf s und Dr. Richter entnehmen, welches übrigens auch noch in einer anderen Hinsicht beachtenswert ist. Es heißt da: »weil h^h. Krefs ein verstendiger wohl qualificirter mann vnd den passionibus nicht vntergeben«, wird er die Wohlfart der Stadt »vffs eufserst vmb so viel mehr befürdern, weil ime selbstn bewust, dafs man zu abwendung eufsersten vnheilffs thun müffe, woran man vor etlichen wochen so wenig gedacht, alffs der h^h. bischoff von Würtzburg hat wissen mögen, dafs ime sein gantz stift mit heeresmacht eingenommen würde«.

Das war vor dem 14. November.⁵⁾

Die Gefahr wurde jetzt drohender und drängte den Rat, sich ungesäumt zu entscheiden, ob er im Vertrauen auf Gustav Adolfs Hilfe sich durch Tilly belagern lassen oder einen Akkord mit ihm eingehen wolle. Ein Hinausschieben der Entscheidung in dieser Frage war nicht möglich schon infolge der Forderungen der anwesenden schwedischen Obersten, Kommissäre und Offiziere, welche am 13. November an den Rat das Ersuchen gestellt hatten, er möge sich »pure resolviren«, ob er, wenn Tilly die Stadt belagern sollte, beständig bei dem König verbleiben wolle, und wenn ja, dies demselben zu wissen machen und um dessen Beistand bitten, und welche außerdem vom Rate die bestimmte Erklärung forderten, dafs dieser keinen Akkord mit Tilly eingehe, es seien denn sie mitinbegriffen, die Aufstellung eines Kriegsrates und endlich Aufschluß darüber beehrten, wie man sie zur Hilfe

Forderungen
der in
Nürnberg
anwesenden
schwedischen
Obersten,
Kommissäre,
Offiziere und
Soldaten.
Die 2 Fragen
des Grafen
Heinrich
Wilhelm von
Solms.

⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 508—512, Erlaß der Herren Eltern über die Abordnung an Gustav Adolf, sowie das Gutachten der Hochgelehrten. Tom. XIII. 517 u. 524, Ratserlässe am 12. und 13. November. Tom. XIII. 500—502, Ratserlaß am 10. November und Gutachten der Ratskonsulenten Dr. Hülf s und Dr. Richter. Tom. XIII. 508, Gutachten des Dr. Heinrich Hülf s über die Abordnung an Gustav Adolf. Erlaße der Herren Eltern am 7., 11. und 14. November, Ratserlaß am 13. November, Erlaß der Herren vom Ausschufs am 7. November. Leublfingische Chronik, pag. 390.

gebrauchen und unterhalten wolle. Auch dem Grafen Heinrich Wilhelm von Solms mußte auf seine 2 Fragen, ob der Rat bei dem in Würzburg gefassten Beschlusse beharren wolle und wie ein »consilium bellicum« zu bilden sei, eine rasche Antwort werden.⁶⁾

Beratungen
der Hoch-
gelehrten, ob
Nürnberg
Gustav Adolf
Widerstand
leisten solle
oder nicht.

Es traten denn auch die Hochgelehrten sofort zusammen und verfaßten ihre Gutachten, in denen die Frage, ob man Tilly Widerstand leisten solle oder nicht, ganz eingehend erörtert wurde. Alle aber kamen zu dem Schlusse, man müsse im Vertrauen auf Gustav Adolfs Hilfe einen Akkord verweigern; denn »das man sich dabei des bewusten herrns succurs zu getrösten hat«, sei das Beste. Damit waren auch die Fragen beantwortet, welche die schwedischen Kommissäre und Offiziere an den Rat gerichtet hatten, und war die Bildung eines neuen Kriegsrates für notwendig erklärt. Zugleich aber empfahlen die Hochgelehrten auch, wenn Tilly käme, »die gradus« in acht zu nehmen, welche Dr. Heinrich Hülfs für diesen Fall bereits aufgesetzt hatte, d. h. alles zur Rechtfertigung anzuführen, was hiezu dienen mochte, und im übrigen die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen.⁷⁾

Des Rates
Entschlufs zu
ernstlichem
Widerstande.
Bildung des
neuen
Kriegsrates.

Und derselben Meinung wie die Hochgelehrten war auch der Rat. Er beschloß ernstlichen Widerstand, erteilte den schwedischen Offizieren und Kommissären einen günstigen Bescheid und forderte den Obersten Leublfing, wie die Kriegsverordneten auf, in Erwägung zu ziehen, wie der Kriegsrat anzustellen sei, »damit kayserliche Mayt am wenigsten dardurch offendiret werde«.

Auch dem Grafen Heinrich Wilhelm von Solms, den man mit seinem geworbenen Kriegsvolk in der Stärke von 2000 Mann nicht entbehren konnte, wurde auf seine 2 Fragen eine befriedigende Antwort, und es wurde an ihn auch das Ersuchen gestellt, er möge seine Truppen mustern lassen, in seinen jetzigen Quartieren bei Fürth aber so lange behalten, bis man sie an andere Orte verschaffen oder sich deren bedienen könne,

⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 530, Forderungen der schwedischen Obersten etc. Tom. XIII. 547 u. 548, Consultatio habita über die vom Grafen Heinrich Wilhelm von Solms proponierten 2 Fragen.

⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIII. 547 u. 548, Consultatio habita über die vom Grafen Solms proponierten 2 Fragen. Tom. XIII. 531—538, 539—544, Tom. XIV., 6—8, Gutachten der Hochgelehrten.

»vff welchen fall es meinen herrn schweren vnd im Gostenhoff einquartirt, jedoch von meinen herren allein vorlehensweis, vff schwedische capitulation vnd abzug der 72 monate vnterhalten, mit gebürlichem commifs aber vff meiner herren costen versehen werden solle«. Durch diesen Beschlufs war Graf Heinrich Wilhelm von Solms für die Verteidigung Nürnbergs geworben und damit geschehen, was von Anfang an die Ansicht des Rates war: Solms solle nicht, wie er sich einbildete, der Stadt Oberster werden und da kommandieren, sondern derselben »nur mit einrathen an die hand gehen vnd, da man seiner hülff bedörfftig,« sich hiezu gebrauchen lassen. Auch in den neuen Kriegsrat kam Graf Solms daher nicht; ihm sollte nur referiert werden, »wafs je zumahlen vorgienge«. In denselben traten aufer den bisherigen Kriegsverordneten nur noch die Obersten Balthasar Jakob von Schlammersdorff und Klaus Konrad von Bullach. Das Direktorium hatte der Rat dem Grafen Georg Friedrich von Hohenlohe zugedacht; doch dieser weigerte sich, »aufsgewiesen und erheblichen vrsachen,« es zu übernehmen, gab aber zugleich viele nützliche Erinnerungen, wie dafs man des Solmsischen Kriegsvolkes sich »in alleweg bedienen sollte«, und versprach, auch fernerhin Nürnberg mit Rat und That beizustehen.

Am 17. November erschien der neue Kriegsrat in der Kriegsstube und gelobte, der Stadt Wohlfahrt zu beraten und alles, was vorgehe, geheim zu halten, »vnnd was etwann getzaiget vnnd eröffnet wurd, nimmermehr zu hiefsiger statt schaden, durch sich selbst oder jemandt anders zu gebrauchen«. Die beiden Obersten aber erklärten, sie würden täglich auf dem Rathause sich einfinden, »benehmlichen hiesiger statt defensionweisen vnnd gantz und gar nicht deroselben particularia zue consultirn, vnder welchen dann ein vnterschiedt gehalten vnd hiefsiger bereits bestellter kriegsrath (der alte kriegsrath) in seinem efse verbleiben sollte«. ⁸⁾

⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Erlafs der Herren Eltern am 15. November. Relation der Würzburger Abgesandten, Tom. XIII. 393 ff. Tom. XIII. 418—422, Relation Jobst Christoph Kressens über seine Verrichtung bei dem Grafen Solms in Kadolzburg. — Soden, Gustav Adolf . . . I. Band, pag. 91—93. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 15. November 1631, fol. 3 ff.

Tillys Marsch
vor
Nürnberg.

Kaum war der neue Kriegsrat gebildet, erschien Tilly in Nürnbergs Nähe. Am 18. November traf ein Schreiben aus Schwabach ein, dafs die ganze Tillysche Armee gegen die Stadt marschiere, und Tags darauf lief durch diese die Kunde, das kaiserliche Kriegsvolk kämpfe bereits mit den Solmsischen Truppen bei Schweinau, also in unmittelbarer Nähe.

Doch Nürnberg war gut gerüstet. Denn es hatte sich schon seit mehreren Tagen für den Fall einer Belagerung vorgesehen. Die Vorkehrungen aber zum Schutze der Stadt wurden noch vermehrt, als Tilly wirklich herankam. Es wurde bei Bürgern, Inwohnern und Schutzverwandten Haussuchung gehalten, ob diese mit tauglichen Haus- und Obergewehren versehen seien, und wurden dieselben ermahnt, sich mit einem Vorrat von Viktualien gefafst zu halten und im Falle der Not auf den verordneten Plätzen zu erscheinen. Die Posten vom Laufer- bis zum Vestnerthor wurden mit Bürgern besetzt, die übrigen mit geworbenen Truppen. Auf der Lorenzer Seite hatte vom Ein- bis zum Ausflufs der Pegnitz Oberst Leublfig mit dem Obersten von Schlammersdorf das Kommando, auf der Sebalder Seite Oberst Bullach mit dem Oberstlieutenant von Giefsberg. Das Solmsische Kriegsvolk wurde auf 3—4 Tage, bis man über den Marsch des Feindes sich Gewifsheit verschafft hätte, im Gostenhof einquartiert.

Auch die Befestigungsarbeiten wurden jetzt mit aller Energie in Angriff genommen, und abermals erging die Verordnung, sich zur Mehlbereitung der Handmühlen zu bedienen, wie denn auch die Rossmühlen bereits eingerichtet waren. Den Metzgern wurde strenge anbefohlen, mit dem Fleische sparsam umzugehen, und die Losunger mußten sich schlüssig machen, ob sie nicht das feile Vieh aufkaufen, alsobald schlachten und in Salz richten lassen wollten. Die Bäcker erhielten die strenge Weisung, fleißig Brot abzubacken und niemandem überflüssiges Brot zu verabreichen.

Nunmehr wartete der Rat bezüglich der Abordnung Jobst Christoph Kressens auch nicht mehr den Kreistag ab; noch am 18. November reiste dieser, mit mündlicher Instruktion abgefertigt, zu Gustav Adolf ab. Mit Tilly aber gedachte man, »gradatim zu procediren,« um Zeit zu gewinnen.

Doch mußten die Verhandlungen begonnen werden. Denn General Ossa hatte aus dem Hauptquartier bei Ansbach an den Rat das Verlangen gestellt, dieser möge etliche Abgeordnete aus seiner Mitte an ihn abschicken und 100 000 Laib Brot à 3 Pfd. für die kaiserliche Armee abbacken. Nun kam dem Rate ein Zeitgewinn zu gute, den er nicht hatte voraussehen können. Ossa hatte nämlich einen Pafszettel überschickt, der nur von General Altringer unterschrieben war und nicht auf Repafs lautete. Mit Fug und Recht konnte daher der Rat vorerst einen richtig ausgefertigten Pafszettel verlangen.⁹⁾

Das drohende Ungewitter zog aber für diesmal an Nürnberg vorüber. Tilly marschierte nach Gunzenhausen, von wo er einen ordentlichen Pafszettel schickte und den Rat aufforderte, aus seiner Mitte an ihn abzuordnen. Auch Ossa bestand auf der Zusendung der 100 000 Laib Brot.

Tillys
Verlangen
einer
Ratsabord-
nung.

Außer der Angst vor einer Belagerung beschäftigte den Rat in diesen Tagen noch eine andere Sache.¹⁰⁾

Am 20. November fand nämlich auch der engere evangelische Kreiskonvent in Nürnberg statt. Er war vom Markgrafen Christian von Bayreuth einzig und allein zur Vollziehung dessen einberufen worden, wozu man sich in Würzburg verpflichtet hatte. Wegen der Kriegswirren war derselbe jedoch recht schwach besucht; außer Nürnberg war nämlich auf demselben nur noch Bayreuth vertreten. Der Bischof von Bamberg hatte die Beschickung des Konvents anfangs zugesagt, dann aber wieder abgeschrieben. Als Vertreter Gustav Adolfs waren Graf Heinrich Wilhelm von Solms und der Hofrat Dr. Martin Chemnitz zugegen. Dafs unter diesen Umständen der Konvent ohne eigentliches Ergebnis war, braucht nicht erst gesagt zu werden. Der Abschluß der Spezialallianz wurde verschoben; die bayreuthischen Gesandten gaben allerdings die Erklärung ab, der Mark-

Der engere
evangelische
Kreis-
konvent.

⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 17., 18. und 19. November. Tom. XIV. 2—4, Gutachten des Dr. Heinrich Hülfes am 15. November. Tom. XIV. 39—41, Gutachten der Hochgelehrten. Tom. XIV. 53—61, Consultatio habita am 18. November. Tom. XIV. 81, Ossas Schreiben aus Ansbach. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 19. November. Schwarz-Amberger Norika-Sammlung. Geschichten, die sich im 17. Jahrhundert ereignet haben, und Nürnberger Chronik von Volckamer 77,2⁰.—523,4⁰.

¹⁰⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 231, Tillys Schreiben aus Gunzenhausen. Tom. XIV. 254, Ossas Schreiben aus Gunzenhausen. Tom. XIV. 119, Ratserlaß am 25. November.

graf werde »ad partem« eine Spezialallianz schließen. Für ihn lag ja die Sache anders. Wurde jedoch in der Hauptsache nichts erreicht, im einzelnen brachte der Konvent manches, was für Nürnberg von einem gewissen Werte war. So mag die bestimmte Zusage der schwedischen Abgesandten, der König werde die Stadt »gewies vnd ohnfehlbar« entsetzen, und deren Mitteilung, Gustav Adolf glaube nicht, daß Tilly eine Belagerung vornehmen werde, es sei denn Verräterei im Spiele, zu einer gewissen Beruhigung gedient haben.

Kam der engere Kreiskonvent überhaupt noch zustande, die Konferenz der Städte Nürnberg, Frankfurt, Ulm und Straßburg, an welcher dem Rate viel gelegen war, konnte gar nicht stattfinden. Dr. Herpfer reiste wohl am 8. November nach Heidenheim ab, kehrte aber, da Heidenheim und Umgegend vom kaiserlichen Kriegsvolk besetzt war, unverrichteter Dinge wieder nach Hause zurück.

Doch so wichtig die Frage der Spezialallianz an und für sich war, jetzt trat sie in den Hintergrund. Denn der Rat hatte nur die eine Sorge, die eine Pflicht, wie er Nürnberg vor dem durch kaiserliches Kriegsvolk drohenden Unheil am besten zu sichern vermöchte; ihn beschäftigte zunächst die Frage, wie und wen er an Tilly abordnen solle. Wohl war Tilly ja abgezogen, allein seine Wiederkunft war wahrscheinlich. Die Verhandlungen mit ihm konnten daher nicht verzögert werden.¹¹⁾

Abordnung
Dr. Fetzers
ins Tillysche
Haupt-
quartier.

Nun gingen aber bezüglich der verlangten Abordnung die Meinungen weit auseinander. Die Kriegsräte waren der Ansicht, man solle dem Tillyschen Trompeter ein Schreiben mitgeben und im übrigen erklären, von den Ratsherrn lasse sich keiner wegen der vorkommenden Feindseligkeiten gebrauchen.

Die Hochgelehrten — mit Ausnahme Dr. Tüscheleins, der für die Abordnung einer Ratsperson war, — und mit denselben auch Dr. Martin Chemnitz und Graf Heinrich Wilhelm von Solms, sowie die in Nürnberg anwesenden Delegierten des Kreises gaben ihr Gutachten dahin ab, man möge einen qualifizierten Kriegs-

¹¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 47 u. 48, Ratserlaß am 20. November. Tom. XIV. 73–77, Relation über die Verhandlungen des Kreiskonvents. Tom. XIV. 18, Schreiben an den Bischof von Bamberg (Kopie). Tom. XIV. 15, des Bischofs Schreiben. Tom. XIV. 49, des Bischofs Schreiben. Tom. XIII. 461–465, Dr. Herpfers Relation.

offizier an Tilly schicken, der alles »ad referendum« zu nehmen hätte. Ein solcher könnte sich mit Unkenntnis der wahren Sachlage entschuldigen; auch gewänne man dadurch Zeit, was unter den bewandten Verhältnissen schon ein wichtiger Vorteil wäre.

Der Rat selber ging seinen eigenen Weg. Er entschied sich für die Abordnung Dr. Fetzers, der eben erst von Wien zurückgekehrt war, wo er Nürnberg am kaiserlichen Hofe vertreten hatte; ihm sollte jedoch ein kriegsverständiger Offizier zugeordnet werden. Am 26. November erhielt derselbe den Auftrag, sich zu Tilly zu begeben und alles »ad referendum« zu nehmen. Nur sollte er noch so lange warten, bis der brandenburgische Rat Agrikola angekommen wäre, welcher jede Stunde eintreffen konnte. Agrikola habe nämlich geschrieben, er habe vom kaiserlichen Kommissär Popp ein Paket Schreiben mitbekommen, woran den Ständen sehr viel gelegen sei und welches denselben zum Nachteil sei hinterhalten worden; enthielte doch dasselbe, wie er in Erfahrung gebracht habe, den kaiserlichen Befehl, Tilly solle die Feindseligkeiten einstellen, wenn die Stände mit den 72 Monaten zuhielten. Wie leicht also konnte der Rat aus diesen Schreiben Wichtiges erfahren!

Kaum aber hatte der Rat die Abordnung Dr. Fetzers beschlossen, wurde er auch wieder in seinem Entschlusse wankend. Doch die Hochgelehrten traten mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß man die Abordnung vor sich gehen lasse, da man dieselbe in einem Schreiben an Ossa bereits zugesagt hätte, und ohne diese die Feindseligkeiten nur noch ärger würden. So wurde denn noch am gleichen Tage Dr. Fetzer aufgefordert, seine Reise zu Tilly anzutreten und sich das Geschäft »seiner bekannten discretion vnd dexteritet nach« angelegen sein zu lassen. Das von Dr. Georg Richter an Tilly aufgesetzte Schreiben, für den Fall, daß die Abordnung unterbliebe, diene ihm zur Instruktion.¹²⁾ Es lautet seinem wesentlichen Inhalte nach:

¹²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 119—130, Ratserlaß am 25. November, darauffolgende Beratung der Hochgelehrten und Gutachten der Kriegsräte. Tom. XIV. 134—137, Ratserlaß am 26. November. Tom. XIV. 140—144, Ratserlaß und Gutachten der Hochgelehrten am 27. November. Erlaß der Herren vom Ausschuss am 27. November. Tom. XIV. 79, Schreiben an Ossa am 21. November.

Instruktion
des Abgeord-
neten
Dr. Fetzer.

Die Abordnung habe sich verzogen, weil man erst über die zu Forchheim geraubten Nürnberger Kaufmannsgüter Excellenz hätte Sicheres mitteilen wollen. Bitter müßte man beklagen, daß die Feindseligkeiten immer größer würden, sodaß sie gegen öffentliche Feinde nicht ärger sein könnten. Lichtenau sei vom kaiserlichen Kriegsvolk besetzt, die armen Unterthanen seien all des Ihrigen beraubt. Jemand, der hätte abgeordnet werden sollen, sei, als er auf die Stadt zugeritten, ausgeplündert worden. Einem Handlungsdiener gegenüber, der sich wegen der zu Forchheim geraubten Kaufmannswaren bei ihm angemeldet, hätte der Oberst Graf von Pappenheim die ärgsten Drohungen wider Nürnberg ausgestoßen, ihm sogar Magdeburgische Behandlung verheißsen und es meineidig und rebellisch genannt. Und dies alles müsse Nürnberg über sich ergehen lassen, obwohl es soviel für den Kaiser aufgewendet habe, was von diesem selbst und dessen Kommissären bezeugt worden sei. Es sei daher auch gewiß, daß der Kaiser kein Gefallen an den Excessen wider Nürnberg trage. Gehe doch sein Wille dahin, daß die Zusammenkunft der fränkischen Kreislestände befördert werde und dieselben weiter nicht beschwert, sondern beim Kreisschluss gelassen werden. Was der Rat an den Bischof von Bamberg und den Kaiser geschrieben, das sei aus den betreffenden Beilagen zu ersehen. Nürnberg bitte daher, Excellenz wolle sich mit dem begnügen, womit der Kaiser sich zufrieden gegeben habe, und den Beschwerden abhelfen.¹³⁾

Tillys Marsch
vor Nürnberg.
Des Rates
Anstalten zur
Sicherung
der Stadt.

Inzwischen war Tilly Nürnberg wieder näher gekommen und hatte sein Hauptquartier in Schwabach aufgeschlagen. Von da rückte er gegen Nürnberg, worüber der Rat durch einen Brief des Amtmanns Veit Stieber in Schwabach noch am späten Abend des 28. Novembers verständigt wurde. Am Abend des 29. Novembers, es war an einem Samstag, zeigte sich auch des Feindes Zugordnung bei Lichtenhof am Saume des Waldes.

Kaum hatte der Rat von dem Anrücken des Feindes Nachricht erhalten, berief er sofort den Kriegsrat zusammen und lud auch Graf Georg Friedrich von Hohenlohe und Graf Heinrich Wilhelm von Solms ein, in der Kriegsstube zu erscheinen und als erfah-

¹³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 145 — 149. Instruktion Dr. Fetzers. Hiezu auch Tom. XIV. 2 ff., Bedenken des Dr. Heinrich Hülf.

rene Offiziere nützliche Ratschläge zu erteilen. Auch erließ er zur Sicherung der Stadt eine Reihe wichtiger Verordnungen.

An alle Bürger erging der Befehl, in den ihnen angewiesenen Vierteln sich mit ihren mannbaren Söhnen, Knechten, Dienern und den Fremden, die bei ihnen wohnten, auf den Lärmplätzen einzufinden, damit man sehen könne, wie stark man sei und wie sich jeder ins Gewehr schicke. Zur Verschanzung des Gostenhofs, wie auch der Stadt selber mußten 2000 Mann zur Arbeit sich einstellen, und am 1. Dezember hatte der Waldamtman Stromer bereits 3000 Mann beisammen, die sich alle zum Schanzen sehr willig erwiesen. Die Brücken bei Wöhrd wurden abgebrochen, und die Solmsische Soldateska hatte sich in die Laufgräben unters Geschütz zu begeben.

Auch an Lebensmitteln war kein Mangel. Seit Wochen hatte der Rat Sorge getragen für einen großen Vorrat an Mehl und Brot. Strenge war das Verschleichen des Brotes verboten, eine Reihe neuer Backöfen war eingerichtet, und selbst der Münzmeister hatte seine Münzstätte ausräumen müssen. Die Bauern, welche sich in die Stadt geflüchtet hatten, durften nicht müßig herumstehen, ihnen war befohlen, an den Handmühlen zu arbeiten; ihre Pferde wurden an die Roßmühlen gespannt. Das Eierbrot war ganz abgeschafft, auch mit Herstellung des weißen Brotes mußten die Bäcker zurückhalten. Und als Tilly bei Nürnberg lagerte, wurde eine Generalvisitation des Getreides vorgenommen, der vorhandene Vorrat genau aufgezeichnet und den Bäckern strengstens anbefohlen, denjenigen Bürgern, welche selbst Getreide hätten, Brot nur um Getreide, nicht aber um Geld zu verkaufen.

Alle, denen man mißtraute, wurden scharf beobachtet; denn Verrat wurde gar sehr befürchtet. Schon als Tilly zum erstenmale bei Nürnberg lagerte, richtete man ein besonderes Augenmerk auf die Fremden und erließ an die Wirte das strenge Verbot, ohne spezielle Erlaubnis der Behörde keinen Gast länger als drei Tage zu beherbergen. Und ein paar Tage darauf wurde verordnet, fremden Boten oder wer sonst mit Briefen ankomme, solle man die Briefe unter den Thoren nicht abnehmen, sondern ihnen jemand begeben und sie an den Bürgermeister weisen, der die Briefe schon an den gehörigen Ort

liefern würde. Am 29. November aber faßten die Herren Eltern, »dieweiln, leider! zu besorgen, das durch verrätherey hiesiger statt sehr werde zugesetzt werden«, folgenden hier natürlich nur der Hauptsache nach angeführten Beschlufs:

1. Man soll unter den Thoren fleißig acht geben auf die reisenden Personen, sie examinieren und ihnen jedesmal Provisioner oder Soldaten an den Ort ihrer Einkehr mitgeben. 2. Savioli, welcher vor der Breitenfelder Schlacht Tillys Buchhalter gewesen war, soll zur Rede gestellt werden, was er bei diesem zu verrichten gehabt. 3. Dem Hauskommentur sollen etliche Soldaten ins Deutsche Haus einquartiert werden. 4. Die Italiener sind in Handgelübde zu nehmen, daß sie ohne Wissen und Willen des Rates nicht hinwegreisen. 5. Der Postmeister hat alle Felleisen, ehe solche fortgesendet oder ausgeleert werden, in die Kriegsstube zu liefern; dort sind dieselben durch Georg Imhoff, einen Gerichtsschöffen und zwei der fremden Sprachen kundige Kaufleute zu eröffnen; die Briefe, so als verdächtig erscheinen, sind zurückzubehalten, die übrigen aber fortzuschicken.

Was aber noch schwerer wog als alle diese Maßregeln, Nürnberg hatte zu seinem Schutze das Solmsische Volk, bestehend aus 2000 Fußsoldaten und ein paar hundert Reitern, sowie 3000 Mann geworbenes Kriegsvolk; zu seiner Verteidigung stand die gesamte männliche Einwohnerschaft über 18 Jahren unter Waffen.¹⁴⁾

Gustav Adolfs
bestimmte
Zusicherung,
Nürnberg zu
schützen.

Nicht unvorbereitet und ungerüstet sollte also der Feind die Stadt treffen. Doch das Wichtigste war, Gustav Adolf hatte der Stadt wiederholt schriftlich und mündlich in nachdrücklichster Weise seinen Schutz versprochen. Eben zu dieser Zeit war auch Jobst Christoph Krefs zurückgekehrt und erzählte, was er in Obernburg beim König verrichtet hatte »vnd mit was hochbetheuerlichen Worten Sie meine Herren wegen deß vertrösten succurs nochmaln vergewiesert«. Auch kamen ver-

¹⁴⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 14., 16., 22., 24. und 25. November, sowie 1. Dezember. Erlaß der Herren Eltern am 29. November. Leublfingische Chronik. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 28. November. Chronik, Geschichten, die sich . . . 77, 2^o pag. 9. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer . . . I. Band, pag. 135 und 136, 142.

schiedene Schreiben des Königs, welche Krefs mitgebracht hatte, zur Verlesung, in denen der Stadt Nürnberg der kräftigste Beistand zugesichert war, falls es überhaupt zur Belagerung kommen sollte, woran jedoch sehr zu zweifeln sei.

Im Schreiben vom 18. November aus Würzburg und 22. d. Mts. aus Obernburg sagte der König wohl seinen Beistand bestimmt zu, meinte aber, daß eine Belagerung nur zu Tillys Ruin ausschlagen müßte.

Im Schreiben vom 23. November aus Obernburg äußert der König seine starken Zweifel an einer Belagerung Nürnbergs durch Tilly in folgender kräftigen Weise: Wir können »bei gestaltsahme dieser winterszeit vnd seines eigenen zustandes vnfs so gahr nit einbilden, daß solcher auf ewre stadt, selbige zu attaquieren, angesehen sey, daß Wir vielmehr glauben, Tilly werde . . . ewer statt vielmehr zu fliehen, als sich derselben zu nähern suchen«. Es ist jetzt keine Zeit, Belagerungen anzufangen, Tillys Armee ist in voller Verwirrung, zum Teil neu zusammengerafft, die Soldaten sind nackend und bloß und aus Mangel an Geld und guten Quartieren zur Meuterei geneigt. Ihr aber seid »in summa so qualificirt, daß Tilly bedenckens tragen solte, hineinzugehen, wann schon die pforten offen stunden«.

Mußten diese Schreiben einerseits sehr zur Belebung des Mutes beitragen, so mochten sie auf der anderen Seite wieder die Besorgnis hervorrufen, der König könnte denn doch Nürnberg für zu stark halten. Wie dem aber auch sein mag, der Rat ließ nichts unversucht, um für den Fall einer Belagerung den königlichen Schutz zu erlangen.¹⁵⁾

Als bald erhielt der Ratsschreiber Andreas Baier den Auftrag, Gustav Adolf aufzusuchen, und am 1. Dezember reiste der Bürger Droschel, welcher bereits vorher in geheimer Sendung beim König gewesen war, diesem nach.

An Wilhelm Straßburg aber hatte der Rat schon am 28. November geschrieben: »daß du diese bedrangnus vnd höchste Gefahr deroselben in möglichster eyl gantz beweglich vortragest vnd zu erkennen gebest, auch bittest, daß Sie, dero

Bitte des Rates um Hilfe bei Gustav Adolf.
Dessen Verhalten gegenüber dem kaiserlichen Kommissär Popp.

¹⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Spezialakten des dreißigjährigen Krieges, Saal I, Lade 197, Nr. 25. Tom. XIV. 153—155, Ratserlaß am 29. November.

vertröstung nach, durch genugsamen succurs diesen gewalt abwenden vnd vnfs in dieser noth vnd gefahr beystehen vnd schützen, auch hierinn ob summum morae periculum keine zeit verlieren wolle«.

Auch an den Markgrafen Christian und dessen Kanzler Feilitzsch wandte sich der Rat mit der Bitte, sie möchten die grofse Gefahr, in der Nürnberg schwebe, »so tags, so nachts« dem Kurfürsten von Sachsen und Gustav Adolf melden, um deren Hilfe für die bedrängte Stadt bitten, sowie den Kreistag befördern, von dem man doch früher selbst nichts mehr hatte wissen wollen. Jetzt galt eben jedes Mittel, das zu Nürnbergs Rettung aus grofser Gefahr beitragen konnte. Man betonte deshalb auch dem kaiserlichen Kommissär Popp gegenüber, wie sehr man das Zustandekommen eines Kreistags wünsche, blofs um sich den Anschein zu geben, als wolle man den gegen den Kaiser eingegangenen Verpflichtungen auch fernerhin gerecht werden.¹⁶⁾

Und nun zu den Verhandlungen des Rates mit Tilly!

Dr. Jakob
Fetzer im
Tillyschen
Haupt-
quartier zu
Schwabach.
Tillys
Forderungen.

Am 28. November war Dr. Fetzer in Tillys Hauptquartier zu Schwabach und wandte alles auf, um Nürnberg zu rechtfertigen. Allein Tilly und dessen Kommissär Rupp blieben bei ihren schweren Beschuldigungen Nürnbergs, und es war augenscheinlich, dafs es der Stadt übel ergangen wäre, hätten sie die Macht besessen, dieselbe zu züchtigen. »Ces sont des faintises,« so sagte unter anderem Tilly auf Dr. Fetzers Entschuldigung, »l'an 1610 vous avez envoyéz d'argent et vos gents contre l'Archiduc Leopold, pour ruiner la maison d'Austriche, et toutes les troubles sont estéz fomentéz par les villes Imperiales, il en faut faire«. Alle Einwände gegen Tillys Forderungen halfen nichts. Er bestand darauf, dafs Nürnberg den Grafen Solms gefänglich einnehme und ihm ausliefere, ihm alles geworbene Volk überlasse, den Proviant für die kaiserliche Armee verschaffe und 4 Rats-

¹⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1631 fol. 513, Schreiben an Wilhelm Strafsburg am 28. November. Erlafs der Herren Eltern am 25. November bezüglich Droschels Relation. Tom. XV. fol. 242 (Soden . . . pag. 141—143), Relation des Ratsschreibers Andreas Baier. Tom. XV. 238 ff. (Soden, pag. 143—145), Hans Droschels Bericht. Erlafs der Herren Eltern am 1. Dezember. Ratsverlässe am 19. und 30. November. Schreiben an den Markgrafen und dessen Kanzler Feilitzsch, Tom. XIV. 195—197 und 288. Briefbuch 1631 fol. 516, Schreiben an den kaiserlichen Kommissär Popp.

personen »cum libera« an ihn abordne und — verlangte sofortige Antwort.

Nun konnten diese Forderungen Tillys dem Rate keine Überraschung bereiten. Da aber von ihm eine unverzügliche Erklärung verlangt war, so liefs er vorerst durch den Tillyschen Trompeter eine Vorantwort überbringen.

Die eigentliche Antwort auf Tillys Forderungen durfte jedoch keinen Augenblick verzögert werden; denn Tilly war jetzt ganz in Nürnbergs Nähe gerückt. An eine Bewilligung dessen, was der kaiserliche Heerführer wollte, war nach Lage der Dinge natürlich nicht zu denken; eine solche hätte einen vollständigen Bruch mit Schweden bedeutet. Deshalb beschlofs der Rat auch, die Forderungen rundweg abzulehnen; nur bezüglich der Lieferung des Proviantes wollte er sich zu einem Zugeständnis herbeilassen. Um aber ja sicher zu gehen, nahm er nochmals das Gutachten des Kriegsrates und der beiden Grafen Hohenlohe und Solms ein, welche beide erklärten, dafs der Feind wegen des nahenden Winters eine Belagerung nicht vornehmen könnte, derselbe »dörffte zwar sein hail versuchen vnd in der furj angehen, dem müste man aber mit dapferkeit begegnen«.

So wurde denn tapfere Gegenwehr beschlossen, und als sich am 30. November Tillysche Truppen bei Lichtenhof blicken liefsen, sparte man auf Türmen und Basteien kein Pulver. An Tilly aber überbrachte Dr. Fetzer in dessen Hauptquartier zu Reichelsdorf am 1. Dezember ein Schreiben, das Dr. Richter verfaßt hatte.

In diesem Schreiben sucht der Rat nachzuweisen, dafs es für ihn unmöglich sei, Tillys Forderungen zu bewilligen.¹⁷⁾

Es stand nicht, heifst es in demselben, in unserer Macht, des Grafen Solms Werbungen auf dem Lande zu verhindern, wenn wir nicht anders auf wiederholte und ganz äufserste Bedrohungen des Schwedenkönigs hiesige Stadt und Landschaft ganz ruinieren und in fremde Hand kommen lassen wollten. Wir

Dr. Fetzer im
Tilyschen
Haupt-
quartier zu
Reichelsdorf.
Schreiben
des Rates.

¹⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 284, Tillys Schreiben aus Schwabach. Tom. XIV. 153—155, Ratserlaß am 29. November. Tom. XV. 249 ff., Schreiben des Rates an Gustav Adolf, Mitte Dezember. Briefbuch 1631, fol. 514, Vorantwort an Tilly am 29. November. Tom. XIV. 169—185, Bedenken der Hochgelehrten am 29. November. Tom. XIV. 191—193, Ratserlaß am 29. November. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 30. November. Soden, . . . pag. 136.

mußten daher »gleich anderen catholischen vnd evangelischen stenden aus der noth eine tugend machen«. Da wir das Kriegsvolk haben abdanken müssen und uns Güter im Werte von 400 000 fl. (Anmerkung 1) ausgeplündert worden waren, so wäre ja Stadt und Landschaft auf einmal verderbt gewesen. Das aber wäre beim Kaiser nicht zu verantworten. Denn ihm wird die Erhaltung der Stadt sicherlich mehr gefallen, zumal in solcher Not jeder das Recht hat, »sanguinem suum quovis modo zu redimirn«, und Kaiserliche Majestät jüngst hat vernehmen lassen, daß wir beim schwedischen Einbruch in den Kreis »dem könig in Schweden nicht schwören vnd dann auch keine garnison von ihm einnehmen solten«. (Siehe Anmerkung 2.) Wir leben daher der Hoffnung, Excellenz wird wie der Kaiser uns bei dieser Erklärung und Entschuldigung bleiben lassen »vnd durch beharrung vnmöglicher ding vnd solcher puncten, deren wir zur zeit nicht mächtig, nicht vrsach geben, daß vff dem widrigen fall der könig in Schweden erst hiehero gelocket vnd hiesige statt vnd landschafft in vnverschulte hostiliteten vnd euserste ruin gesetzt, oder diesem vnd andern benachbarten craissen vnd derselben vornehmen stenden zu unfehlbarem nachtail anderweit occupirt vnd besetzt werde«.

Was den Grafen Solms betrifft, so hat sich derselbe erboten, wegzuziehen, wenn auch das kaiserliche Kriegsvolk abziehe. Proviant aus der Stadt zu liefern, ist unmöglich; doch soll aus dem Landgebiet auf den Abzug des kaiserlichen Kriegsvolkes solcher beschafft werden, obwohl des Kaisers Wille ist, daß die Stände über die 72 Monate nicht beschwert werden dürfen. Eine Abordnung mit Vollmacht ist bei den Städten nicht Herkommen, überdies nimmt auch die Gefahr auf dem Lande stündlich zu, »raisende personen, vngeacht sie E. Gr. Exc.

Anmerkung 1. Das Frankfurter Geleitschiff wurde zwischen Marktbreit und Ochsenfurt von schwedischem Kriegsvolke angehalten und ausgeraubt. (Ratsverlaß am 24. Oktober.) Auch im Spessart wurden Nürnberger Kaufleute von schwedischem Kriegsvolke ausgeraubt. (Tom. XII., 313, Ratserlaß.)

Anmerkung 2. Oberst Löbel gab Dr. Fetzer, als derselbe in Wien Abschied nahm, im Namen des Kaisers die Ermahnung mit auf den Weg, er möge dahin wirken, daß Nürnberg in kaiserlicher Devotion bleibe »vnd sich zu einnehmung einiger schwedischen guarnison oder laistung eines aydts demselbigen könig nicht wolten bewegen lassen«.

pafszedul bey sich haben, werden vff den strassen geschwind niedergemacht, also dafs auch kein both mehr sich hinaus wagen will«.

Wir bitten also um Beschleunigung des Abzugs, um Spezial-salvaguarden für die Ämter und Rückgabe Lichtenaus, sowie Restitution der zu Forchheim geraubten Kaufmannsgüter im Werte von 100 000 fl. und hegen auch die sichere Hoffnung, Excellenz »werden an solchen exorbitantien, welche den öffentlichen hostiliteten nicht vngleich seind, kein gefallen tragen, sondern dieselben vielmehr alles ernsts abzuschaffen vnd zu verhüten, auch der soldatesca abführung neben obbedeuter restitution gnädig gemaint sein«. Einen Erfolg hatte natürlich das Schreiben des Rates nicht. In seiner Antwort beschuldigte Tilly den Rat des Meineids und anderer schweren Dinge.¹⁸⁾

Euere Entschuldigung, sagt Tilly, dafs ihr des Grafen Solms Ankunft und Werbungen auf dem Lande nicht habt verhindern können wegen der Drohungen des Schwedenkönigs »laufft der vernunft, experienz vnd besserer wissenschaft gantz zuewieder«. Es wurde ja nichts Feindliches wider euere Stadt vorgenommen, sondern die Solmsischen Truppen haben »iren vrsprung durch die mittel, so ir ihme eingeraumbt, bey euch vnd in der stadt Nürnberg genohmen vnd alda geworben worden, wie dan dieselben sich noch vf gegenwertige zeit vnd stundt darin aufgehalten vnd protegijrt werden«. Auch euere Berufung auf die Katholiken ist nicht stichhaltig. Diese haben sich, soviel sie gekonnt, gesetzt vnd gewehrt, haben zum Teil Land und Leute verlassen müssen. Ihr aber habt »ohnnötiger weisse vnd ohne widerstandt, vnd zwar wieder keine dergleichen khriegsmacht, sondern nur etzliche wenige trouppen, wieder aidt vnd pflichten, ja wieder Gott vnd alle billigkeit, vnd zwar vf einzigen respect vnnd leedige commination außländischer potentaten euch eingelassen«; ihr habt, was gar wohl hätte vereitelt werden können, vorgenommen und verhandelt, »ja dardurch dem feindt auch gar zue aufspring: vnnd vergadderung seines volkhs in eueren gebiet gelockhet vnd ihme raum verstattet, also dafs durch dergleichen commination vnd aigenwillige verhandtlung dem schuldigen respect

Tillys
Antwort aus
Reichelsdorf.

¹⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1631, fol. 518 ff.

vnd gehorsamb gegen Irer khay^l. may^l. vnd deroselben khaifserlichen authoritet vnd hochheit, auch sonsten durchgehendt dafs privatum dem publico wiederrechtlich zu praeferijrn vnd vorziehen intendijrt vnnd gesuecht worden«. Ihr habt Generalwachtmeister Freih. von Altringer einen schriftlichen Revers eingantwortet, und der kaiserliche Reichshofrat und Kommissär Hans Anton von Popp hat im Namen des Kaisers euch die Versicherung gegeben, »dafs ir nehmlich vf allen fahl ir vom feindt angefochten werden solten, euch auf iedes euer anmelden vnd erfordern zeitliche vnd genuesambe assistenz wiederfahren solle«. Alles Unheil, das dem Reich erwachsen mag, fällt daher euch zur Verantwortung. Was euer Anerbieten bezüglich des Proviantes betrifft, so ist dasselbe wertlos; denn es sind »habschafft vnnd mobillien« in die Stadt gebracht worden. Was aber endlich euere Entschuldigung wegen der verlangten Abordnung anbelangt, so habt ihr euch »nit entblödet«, solche an Gustav Adolf zu schicken; es hätte euch also nicht »gegen Irer kay^l. may^l. bedenckhlich fallen sollen, zumahlen ihr gar nit von einem aufslendischen potentaten, sondern aintzig vnd allein von Ihrer khai^l. may^l. als dem höchsten haubt dependieret vnd ihret wegen aller euer habender privilegien, immuniteten vnd freyheiten, mit welchen von deroselben ihr alleinig vnd kheinem aufslendischen potentaten begabt vnd begnadiget seindt, zue geniessen vnd zu erfreuen«.

Es wird daher die Erwartung ausgesprochen, Nürnberg möge sich des schuldigen Gehorsams gegen den Kaiser erinnern und die »actiones« so einrichten, dafs sie diese künftig beim Kaiser verantworten könne.

Man kann nicht behaupten, dafs dieses Schriftstück an Derbheit es hätte fehlen lassen; der Rat war daher auch nicht wenig erbittert und beschlofs, unverzüglich darauf zu antworten und die allzustarken Bezeichnungen zurückzuweisen.¹⁹⁾

Antwort
des Rates
auf Tillys
schwere
Beschuldigungen.

In dem neuen Schreiben, verfaßt von Dr. Richter, wird nochmals darauf hingewiesen, dafs es nicht in Nürnbergs Macht gestanden habe, die Werbungen des Grafen Solms zu verhindern, weil man das Kriegsvolk habe abschaffen müssen, die schwedische

¹⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 204—206, Ratserlaß am 1. Dezember. Tom. XIV. 208—211, Tillys Schreiben aus Reichelsdorf.

Kriegsmacht zu stark sei und Nürnberg an den Orten, wo die Werbung vor sich gegangen, »die freyfsliche obrigkeit« nicht zustehe. Eine Beförderung habe von seiten Nürnbergs nicht stattgefunden, wie denn fremde Werbungen noch heutigen Tages in Nürnberg nicht gestattet würden. Die Drohungen seien keine leeren gewesen, Nürnberger Bürger hätten in der That durch schwedisches Kriegsvolk einen Schaden von 400 000 fl. erlitten.

Alle Unparteiischen, heisst es dann weiter, mögen richten, ob es besser gewesen wäre, wenn wir trotz der unmöglichen Gegenwehr »aufruhr vnter der burgerschaft verursacht vnd zu gantzlichem ruin anlaß gegeben«, den Feind hieher gelockt und den benachbarten Ständen groses Unheil zugezogen hätten, als daß wir nach dem Beispiel anderer katholischen und evangelischen Stände nicht nur das »privatum«, sondern vor allem das »publicum« in acht genommen und, »was zur wohlfahrt mehr dienlich, vnrs angelegen seyn lassen«.

Niemals ist von Kaisern oder Kurfürsten, »bei denen die tijuticatio aigentlich bestehet«, Nürnberg als eid- und pflichtbrüchig bezeichnet worden, Nürnberg, das auch jetzt wieder durch Jahre hindurch das Äusserste für den kaiserlichen Kriegsdienst aufgewendet hat. Was die Lieferung von Proviant betrifft, ist nicht einzusehen, warum derselbe gerade aus der Stadt kommen soll, und was die Abordnung anbelangt, so hat sich der Kaiser öfters mit Dr. Fetzner begnügt, und ist an den Schwedenkönig eine »rathspottschaft mit plenipotentz« niemals abgegangen.

Zum Schluß aber wird abermals die Bitte ausgesprochen, Tilly möge auf seinen Forderungen nicht weiter bestehen, zumal der kaiserliche Kommissär Popp zum Kreiskonvente erwartet würde, und mit seinem Kriegsvolke abziehen, widrigenfalls man vor Gott, Kaiser und allen Ständen des Reiches entschuldigt sein wolle, wenn andere Ungelegenheit Nürnberg und anderen diesem benachbarten Ständen daraus erwachsen sollte. Daran reiht sich noch die gleiche Bitte wie zu Ende des vorigen Schreibens.

Nun waren in der That Tillys Anklagen zu starke.

Ob der Rat die Werbungen des Grafen Solms, welcher vor Monaten mit seiner Familie in die Stadt gezogen war, unterstützt hatte, wie Tilly behauptet, ist sehr zweifelhaft; gewiß

aber wissen wir, daß er den Grafen nicht herbeiwünschte. Seine Hilfeleistung freilich nahm man und mußte man schon in Rücksicht auf Gustav Adolf, der denselben ja der Stadt zu Hilfe geschickt hatte, in der Zeit der Gefahr in Anspruch nehmen. Wir wissen auch, daß der Rat, wenigstens noch eine Zeit lang, neutral bleiben wollte. Da er das nicht konnte, erbat er vom König »etwas Gewalt«, und dieser kam dem Wunsche bereitwillig entgegen.

Geschickt ist ferner der Hinweis, daß durch Tillys fortgesetzte Feindseligkeiten gegen Nürnberg den benachbarten katholischen Ständen schweres Unheil erwachsen könnte. Gerade dem Bischof von Bamberg und nicht minder auch dem Kurfürsten Maximilian von Bayern mußte viel daran liegen, daß Gustav Adolf fern bliebe. Nicht umsonst wandte sich daher auch der Rat an den Bischof, er möge bei Tilly für Nürnberg ein gutes Wort einlegen, und wohl nicht mit Unrecht meint Dr. Tüschelein, der Bischof von Bamberg habe in Reichelsdorf »mitiora consilia« eingegeben. Wenn übrigens bestritten wird, daß man eine »rathspottschaft mit plenipotentz« an den Schwedenkönig abgeordnet habe, so ist dies Wortklauberei. Tetzl und Dr. Richter sollten an den Rat nur berichten, wenn Dinge zur Sprache kämen, worüber sie nicht instruiert wären. Auf Grund ihrer Instruktion schlossen sie jedoch den bekannten Würzburger Vertrag ab, und sie waren auch bevollmächtigt, im alleräußersten Falle die Spezialallianz einzugehen.

Wie dem aber auch sein mag, der Rat rechtfertigte sich eben, so gut er konnte, und war sicherlich überzeugt, daß es beim bloßen Wortgeplänkel nicht bleiben würde, wenn Tilly die Macht besäße, Nürnberg zu strafen.²⁰⁾

Der Tillysche
Akkord.

Was die Bedingungen waren, welche Nürnberg hätte eingehen müssen, wenn es, durch die Annäherung der kaiserlichen Truppen erschreckt, sich in einen Akkord eingelassen hätte, darüber gibt eine Urkunde des Allgemeinen Münchener Reichsarchivs Aufschluß.

²⁰⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 212—214, Dr. Tüscheleins Gutachten. Tom. XIV. 219 ff. (Briefbuch 1631, fol. 530 ff.), Antwort des Rates auf Tillys Schreiben aus Reichelsdorf. Tom. XIV. 216, Dr. Tüscheleins Gutachten.

Ich lasse sie hier im Auszuge folgen.

1. Die Stadt hat das schwedische, wie überhaupt das dem Kaiser feindliche Kriegsvolk an Tilly auszuliefern »vnd darmit Ihre Exc: den khaifserlichen herrn generalen vnd grauen von Tilly weiters gewähren vnd verordnen zue lassen«. 2. Sie hat vom Kriegsvolk, das es »zu behueff ihrer statt geworben«, den Überschufs, so die Zahl der ihm ehemals vergünstigten Garnison überschreitet, alsbald abzdanken; sie muß eine kaiserliche Garnison in die Burg einnehmen und unterhalten, bis dem Reiche wieder der Friede gebracht ist; sie darf mit des Reiches Feinden in keinerlei Weise in Verbindung treten. 3. Die Stadt hat unverzüglich den Rest der Kontribution zu 20000 fl. den Monat vom 1. Juni ab bis jetzt zu zahlen, was mit Einschluß des Monats November die hübsche Summe von 120000 fl. betrug. 4. Sie muß zur Unterhaltung des kaiserlichen Heeres 200000 fl. herleihen und alsbald in die kaiserliche Kasse abliefern, welche Summe jedoch von der künftigen Kontribution abgezogen werden soll; desgleichen muß sie, ebenfalls auf Abzug, 20000 Ellen wollenes Tuch, 10000 Ellen leinenes Tuch und 10000 Paar Schuhe für die kaiserliche Armee sofort abgeben. 5. Sie hat außerdem 100 gute Wagen samt Pferden und allem Zubehör, 500 Ztr. Pulver, 1000 Ztr. Lunt und 500 Ztr. Blei zu liefern.²¹⁾

Dies sind gewiß keine geringen Anforderungen an Nürnberg. Doch was wäre der Stadt erst widerfahren, wenn Tilly sie im Sturm erobert hätte! Allein um eine Belagerung vorzunehmen, fühlte sich Tilly zu schwach. Nachdem er vier Tage mit seiner 14000 Mann starken Armee vor Nürnberg gelegen war, zog er am 3. Dezember in zwei getrennten Heerhaufen ab, wovon der eine über Roth nach Schwaben, der andere in der Folge durch die Oberpfalz nach Böhmen marschierte, jetzt aber mit verheerender Gewalt über die Nürnberger Ämter sich ergoß.²²⁾

²¹⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CLXVII, fol. 466 ff., Nürnbergische accordspuncten, wie sie an die statt von vnns begeret worden. Etzliche puncten. Signatum Schwabach vnder obhochgedachtes Herrn Generaln vnd Grauens von Tilly Exce. aigenen handtzeichen vnd danebens fürgesteltem Insigel am 29. Nouembris ao. 1631.

²²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlaß am 3. Dezember. — Soden, Gustav Adolf . . . I. Teil, pag. 139.

Der Kampf
gegen die
sogenannten
Verdächtigen.

Vom äußeren Feinde war die Stadt Nürnberg befreit; gegen die inneren Feinde aber, die sogenannten Verdächtigen, tobte der Kampf weiter. Es ist bereits hingewiesen worden, in welcher Weise der Rat einem Verrate zu begegnen suchte; wegen der Wichtigkeit dieser Sache halte ich es für angezeigt, nochmals darauf zurückzukommen und mich des weiteren darüber zu verbreiten.

Da der Rat fürchtete, es könnten durch Verrätereie die Ketten oder Seile abgeschnitten werden, befahl er, in die nächsten Häuser bei den Brunnen Seile und Eimer zu thun, damit, wenn eine Feuersbrunst ausbräche, man anderweit versehen wäre. Dann wurde ein Proklama erlassen: »dafs wer eine schädliche vnd verdeckte persohn in hiesiger statt vermuthen wird, solche in der kriegsstuben bej vermeidung gleicher straff in geheim anzeigen, vnd derselbe vnuermelt verbleiben solte, welches auch einem E. E. rath zu fernerm nachdencken vnd ordinirung zue referiren«. Am 1. Dezember wurde Savioli auf den Turm gesperrt. Die Wirthe durften von nun an die Italiener nicht mehr beherbergen; die, welche sich bisher in Wirtshäusern aufgehalten hatten, mußten sich zu denjenigen von ihren Landsleuten begeben, welche ein eigenes Haus besaßen; alle Welchen aber wurden in Handgelübde genommen, dafs sie in der Stadt und ihren Häusern verbleiben und keine Güter hinwegschicken würden.

Auch gegen drei angesehene Bürger der Stadt ging der Rat vor; es waren dies Martin Karl Haller, der als Genannter entschieden gegen den Anschluß an Schweden gestimmt hatte, der Oberst Voit und Sebastian Welser. Sie wurden »als gefährliche patrioten vnd schädliche leuth« auf verschiedene Türme gesperrt, und es wurde den Turmhütern strenge befohlen, ohne des Rates Erlaubnis »nicht einigen menschen zu ihnen zu lassen«. Martin Karl Haller hatte sich verdächtig gemacht durch seine Reden und insbesondere dadurch, dafs er einem gewissen Husan, der sich für einen kaiserlichen Kommissär ausgab, sich aber nicht legitimieren konnte und sehr wahrscheinlich ein Spion war, Unterschlupf in seiner Wohnung gewährt hatte. Voit hatte schon mehrere Jahre her dem Rate wegen seiner bösen, giftigen Reden, wegen seiner Korrespondenz mit Nürnberg übelgesinnten Per-

sonen und seiner gehässigen Berichte viel zu schaffen gemacht. Sebastian Welser aber fiel vor allem sein Verkehr mit Voit und daßs er mit diesem alle Schanzen umritten hatte, zur Last.

Aufser diesen dreien galten noch als besonders verdächtig Ambrosi, Gallina und der Postmeister Ehinger; von letzterem wird später noch die Rede sein. Als den Herd der Verschwörung aber betrachtete der Rat das Deutsche Haus. Am 26. November erging an den Hauskommentur der Befehl, jeden Tag ein Verzeichnis der Fremden einzuliefern, die bei ihm ab- und zureisten, und drei Tage später ward ihm die Mitteilung, man werde ihm etliche Soldaten zu seinem Schutze — in Wirklichkeit war es zu seiner Beaufsichtigung — im deutschen Hofe einquartieren. Am 13. Dezember wurde denn auch das Deutsche Haus mit einer Wache belegt.

Nun ist gewiß die Frage am Platze: war dieses Vorgehen gegen die sogenannten Verdächtigen, besonders die Italiener, nicht zu weitgehend? Verräterei konnte der Rat ja auch in keinem einzigen Falle nachweisen; er mußte allen als verdächtig Eingezogenen wieder die Freiheit schenken. Den Obersten Voit allerdings hätte er gar zu gerne in Haft behalten; doch auch ihn mußte er auf direkten Befehl des Kaisers daraus entlassen. Allein die Vorsicht des Rates erklärt sich, wenn wir erwägen, daßs Gustav Adolf diesen oft vor Verrätern, worunter er vor allem die Italiener verstand, gewarnt hatte; wenn wir ferner bedenken, daßs der Rat nur zu gut wufste, wie alles, was in Nürnberg vorging, seit geraumer Zeit an kurbayerische Beamte berichtet wurde.²³⁾

Zum Beweise, auf welche Art man bayerischerseits gerade in jener Zeit sich Kenntnis von den Vorgängen in Nürnberg zu verschaffen suchte, diene, was folgt:

Kur-
bayerische
Spionage in
Nürnberg.

Am 20. November schrieb der Kurfürst Max I. an den Obersten Lindlo und die Regierung von Amberg, es möge die Korrespondenz zwischen dem Kriegsverordneten Siegmund Gabriel

²³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 24., 25., 26. und 27. November und am 4. und 13. Dezember. Erlasse der Herren Eltern am 29. November und 1. Dezember. Hiezu auch Tom. XIV. 47 und Tom. XVI. 277 ff., Gravamina der Stadt Nürnberg. — Nürnberger Stadtarchiv. Volckamer-sche Chronik 523, 4⁰. Protokoll der Kriegsstube am 24. November.

Holzschuher und einem seiner Unterthanen wie bisher durch den Schultheißen von Neumarkt mit guter »dexteritet« befördert werden. Und der Schultheiß berichtete an die Regierung in Amberg: Holzschuher kann im Trunk nicht viel verschweigen. Ich habe daher seinen Waffenknecht Hans Pagner von Woffenbach, wie seinen Skribenten so weit gebracht, »dafs sy sich mit hohen bedeuern erbotten vnd mit handtgegebener trewe angelobt, sowohl mindt: als schriftlig, doch alles vnd yedesmahls mit meinem vorwissen, den offterwehnten Holtzschuher zu lockhen vnd, wafs er oder die seinigen sich vernehmben lassen, getreulich zu auisiren«.

Der Waffenknecht scheint aber aus Siegmund Gabriel Holzschuher nicht viel herausgelockt zu haben; denn seine Berichte zeichnen sich wohl durch Weitschweifigkeit aus, sind jedoch meist ohne jegliche Bedeutung. Über die Thätigkeit des Skribenten konnte ich im Münchener Reichsarchiv überhaupt keine Anhaltspunkte finden. Es sei hier nur erwähnt, was Pagner am 29. November berichtete: In Nürnberg, schreibt er, »sey groses trauern vnd wainen, vnd förchten sy ser«. Gustav Adolf schreibe alleweil, er wolle ihnen Hilfe schicken, es komme aber keine an.

Viel wichtiger als dieser Bericht des Waffenknechtes, dem ein gewisser Wert jedoch nicht abgesprochen werden soll, ist der Extrakt eines Schreibens aus Nürnberg an den kurbayerischen Sekretär Schäfer unterm 27. November. Es heifst da: »Die stadt ist bei dem Laufferthor vnnd bei dem Spitlerthor, gegen dem Frauenthor am schwechisten, khain besser mitl, dann bei der nacht die zwo vorstedt, als Wöhr vnd Gostenhoff, welche gleichwol mit volkh besetzt, yberfallen; im Gostenhoff ligt die Solmische reutterey vnnd fuefsvolkh, beneben solchen wachen alle nacht ain oder 2 fänndlein starkh volkh, hat aber khain thor, Wörth hat thor, jedoch schlecht vnd khainen graben, sonndern nur schrankhen«. »Der pöffel ist aller schwedisch, vnnd niemandt mer khaiserisch, also dafs mit dem pöfel nichts zu handeln«. ²⁴⁾

²⁴⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CLXXII. Fol. 4, Tom. CLXXII. Fol. 17, Tom. CLXXII. Fol. 19 und Tom. CLXXII. Fol. 161.

Doch kam es, wie bereits erwähnt, zu keiner Belagerung Nürnbergs, und man möchte nach dem, was Gustav Adolf an den Rat geschrieben hatte, überhaupt annehmen, Tilly habe Nürnberg blofs schrecken wollen. Allein ein Schreiben des Kurfürsten Max beweist uns, dafs der kaiserliche Heerführer es für möglich hielt, Nürnberg in seine Gewalt zu bringen. Max I. spricht in diesem seinen Zweifel aus, dafs »die impresa gegen Nürnberg« gelingen werde, da es »sehr spath im Jahr« und der schlecht gekleidete Soldat bei dieser Kälte nicht »in campagna zu halten sei ohne endtliche consumption«, zu geschweigen der Schwierigkeiten, die eintreten würden, wenn Gustav Adolf der Stadt zu Hilfe eilte. Weil aber die Sache nun einmal angefangen sei und man das Nürnberger Gebiet »zum wüntterquartier gebrauchen mufes«, stellt er das Ganze Tilly anheim »vnnd ein solches vmb souil mehr, wann auch ja diese impresa in effectu vnd zu dem principaliter fürgezihlten zweck nit reussiren solte, so werden doch durch solchen zug verstandnermassen die nothwendige wüntterquartier occupirt«.

Unter-
suchung
darüber, ob
eine
Belagerung
Nürnbergs
beabsichtigt
war.

Die treibende Kraft bei diesem Anschläge auf Nürnberg war wohl Pappenheim. An Max I. schrieb er, er getraue sich, die »Impresa« mindestens in 9 Tagen »zue endt zu richten«, freilich — müfste »das werck also mit artilleri vnd arbeit vber-
setzt sein«, dafs an einem Tage geschieht, was sonst nicht in einer Woche. Und aus Schwabach berichtete er am 25. November von grofsartigen Werbungen in Franken und dafs er ein Mittel erdacht habe, wie Nürnberg, »ohne schwerdstreich, auch ohne lange bloquierung E. curfürstl. Dhlt. mit wenig volckh in die hendt zue lieffern. Mit 2000 pferten vnt 5000 mann zu fuefs getraut ich mirs zue thuen«.²⁵⁾

So leicht jedoch, wie Graf Pappenheim sich die Sache dachte, war sie lange nicht. Tilly handelte klug, als er von Nürnberg wegzog; denn hätte er die Stadt wirklich belagert, so war dieser schwedischer Hilfe sicher. Generalfeldmarschall Horn nämlich zeigte Jobst Christoph Krefs zwei Handbrieflein des Königs vor, in denen ihm befohlen war, alle seine Truppen

Beweis dafür,
dafs Nürnberg
im Falle einer
Belagerung
schwedische
Hilfe sicher
war.

²⁵⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CLXVII. Fol. 425, Kurfürst Max I. an Tilly. Tom. CLII. Fol. 402, Pappenheim an Max I. Tom. CLII. Fol. 407, Pappenheim an Max I. Schwabach, den 25. November.

nach Nürnberg marschieren zu lassen, bis dieser selber komme. Und dem Nürnberger Bürger Droschel gegenüber äußerte der König, er wolle Nürnberg nicht im Stiche lassen, sollte es ihm auch Blut und Leben kosten. An den Herzog Wilhelm von Sachsen-Weimar schrieb er aber aus Höchst am 8. Dezember, er habe Nachricht, daß der Feind Nürnberg belagere. Die Stadt sei aber dem Feinde nicht zu gönnen, »dahero Wir auch genzlichen resolvirt, sie vnuerlengert zu entsetzen«. Der Herzog möge daher die Stadt Erfurt besetzen und mit dem Reste des Fußvolkes und der Reiter den Marsch nach Schweinfurt nehmen, »so daß sie wo möglich in 12 tagen, alldieweil E. Ld. sich mit stücken nit beschweren dorfen, alda sein vnd sich mit Vnfs conjungiren mögen«.²⁶⁾

Schlimme
Lage Nürn-
bergs auch
nach dem
Wegzuge
Tillys.

Tilly war wohl von Nürnberg weggezogen, allein die Lage der Stadt war auch jetzt noch eine sehr mißliche. Sie war rings vom feindlichen Kriegsvolke umschlossen, selbst gegen Schwaben hin durch die zu Weissenburg, Roth und Lichtenau liegenden kaiserlichen Truppen; aus dem Landgebiet, wo die Tillyschen Scharen in barbarischer Weise hausten, waren keine Lebensmittel zu bekommen. Eine Hungersnot stand bevor, wenn die kaiserlichen Truppen, wie es anfänglich geplant war, ihre Winterquartiere in den Nürnberger Ämtern bezogen.²⁷⁾

Die Ge-
fangennahme
des jungen
Fürsten von
Anhalt,
dessen
Wachtmei-
sters Then
und des
Hieronymus
Altheimer
von Trient.

Auch mit dem Grafen Tilly, der mit der Hälfte seines Heeres den Weg über Roth nach Schwaben nahm, hatte der Rat noch manch unerquickliche Angelegenheit zu verhandeln. Besondere Verlegenheit bereitete ihm die Gefangennahme des jungen Fürsten von Anhalt und dessen Wachtmeisters Then, sowie des Hieronymus Altheimer von Trient, welche Geschichte zu unerquicklichen Verhandlungen schon Anlaß gab, als Tilly noch bei Nürnberg lag. Der Hergang ist kurz folgender: Am 30. November war der junge Fürst von Anhalt mit seinem Wachtmeister auf die Stadt zugeritten, aber von Solmsischen Reitern, die sich für

²⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 238—241, Droschels Bericht über seine Verrichtung bei Gustav Adolf. Tom. XV. 253—263, Hr. Jobst Ch. Krefsens Relation. — Soden, Gusav Adolf . . . I. Teil pag. 144 und 154 ff. — Droysen, Schriftstücke von Gustav Adolf zumeist an evangelische Fürsten Deutschlands. Stockholm 1877. 8.

²⁷⁾ Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 10. und 11. Dezember.

schwedische ausgaben, gefangen genommen und beraubt worden. Er hatte den Ritt unbesorgt unternommen, da sein Wachtmeister auf die Frage, ob man sicher in die Stadt reiten könne, von Dr. Fetzner zur Antwort erhalten hatte, er könnte dies ohne Furcht thun, da Nürnberg weder des Kaisers noch Tillys Feind wäre. Die beiden Gefangenen fanden natürlich allen Schutz bei Tilly, der ihre sofortige Freilassung begehrte und jetzt mit noch gröfserer Feindseligkeit gegen Nürnberg verfuhr.

Der Rat hätte nun gerne alsobald Tilly widerfährt. Aber der Fürst und dessen Wachtmeister waren die Gefangenen des Grafen Solms, ohne dessen Willen sie nicht freigegeben werden konnten; der Rat hatte dieselben nur auf den Wunsch des Grafen im offenen Gasthaus interniert. Es blieb ihm daher nichts übrig, als Solms im guten zur Freigabe des Fürsten, der noch obendrein einen schwedischen Pafszettel bei sich hatte, und des Wachtmeisters zu vermögen. Und der Graf liefs sich denn auch durch den Grafen Hohenlohe und den Hofrat Dr. Martin Chemnitz hiezu bestimmen zur grofsen Beruhigung des Rates, welcher nunmehr sofort an Tilly berichtete, die Gefangennahme sei nicht auf Befehl und mit Gutheifsen des Magistrats erfolgt, er habe jedoch bei Solms die Sache dahin gerichtet, dafs der junge Fürst von Anhalt, wie dessen Wachtmeister sofort die Freiheit erhielten.

Anders lag die Sache bei Altheimer, der seit 21. November auf Verlangen der Adeligen, die er gebrandschatzt hatte, gefangen gehalten wurde. Der Rat erbot sich, auch dessen Freilassung, soviel in seiner Macht stünde, zu befördern; aber diese könnte erst erfolgen, wenn Altheimer, was er geraubt, zurückerstattet hätte. Er lag noch lange in Haft.²⁸⁾

Doch was wog diese leidige Sache gegenüber der schweren Sorge, die dem Rate das furchtbare Elend der Nürnberger

Das kaiserliche Kriegsvolk in den Nürnberger Ämtern.

²⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 232, Tillys Schreiben aus Reichelsdorf am 2. Dezember. Tom. XIV. 229 und 231, Ratserlafs und Dr. Richters Gutachten am 3. Dezember. Tom. XIV. 235 und 236, 240 bis 243, Ratserlässe am 4. Dezember. Tom. XIV. 244 und 245, Schreiben an Tilly den 4. Dezember. Tom. XIV. 293 und 294, Tillys Schreiben aus Roth, den 6. Dezember. Briefbuch 1631, fol. 553 ff., Schreiben des Rates an Tilly am 9. Dezember (Tom. XIV. 310—314). Tom. XIV. 314, Ratserlafs am 9. Dezember. Briefbuch 1631, fol. 525 ff., Schreiben an Tilly den 3. Dezember. Ratserlafs am 21. November.

Landbevölkerung bereitete, gegenüber den schweren Verlusten, welche viele Ratsmitglieder erlitten, die aus dem Landgebiete, das nun von der Soldateska völlig ausgezogen wurde, ihre Einkünfte bezogen! Und, was besonders schlimm war, der Rat konnte beim redlichsten Willen seinen Unterthanen auf dem Lande nicht helfen. Er hatte nur die Weisung an die Pfleger ergehen lassen, wenn den Städtchen etwas Feindliches zugemutet werden sollte, so lange um »tilation« zu bitten, bis sie die Sache an den Rat hätten gelangen lassen, und, wenn das nicht helfen sollte, »vmb linde vnd geringe quartier zu bitten vnd des eufsersten gewalts nicht zu erwartten, sonderlich wan stuck vorhanden«. Wenn aber die Huldigung begehrt werden sollte, hätten die Pfleger auf die dem Rate schuldige Pflicht und Treue sich zu berufen und, wenn es anders nicht sein könnte, sich als gezwungene Leute in die Sache zu schicken, so gut es möglich, und zu erklären, daß sie hiesigem Magistrat als der vorgesetzten Obrigkeit an seinen Rechten dadurch nichts vergeben, sondern vielmehr »alle zugelassene notturfft vorbehalten haben«.

So waren denn die Bewohner auf dem Lande schutzlos allen Grausamkeiten der Tillyschen Soldateska preisgegeben, die plünderte, sengte und mordete, Frauen und Jungfrauen schändete und aufs härteste mit den Pflegern und Beamten verfuhr. Oberst Holke aber, Graf Sulz und mit ihnen andere Offiziere wehrten diesem wilden Treiben in keiner Weise; ihre Sorge war, möglichst viel Geld aus der verarmten Bevölkerung herauszupressen. Es würde zu weit führen, wenn ich auf die langen kläglichen Berichte, die aus den Ämtern Gräfenberg, Lauf, Hersbruck, Altdorf, Englthal, Velden und Hilpoltstein eintrafen, hier eingehen würde; auch würde ich für den, der die Geschichte des dreißigjährigen Krieges nur einigermaßen kennt, nichts Neues bringen. Deshalb beschränke ich mich auf die Anführung dessen, was der Rat in dem unten folgenden Schreiben an den Kaiser und in der Instruktion des Jobst Christoph Krefs über die Zuchtlosigkeit der kaiserlichen Truppen sagt. So heisst es in der Instruktion: Die Tillysche Armee hat sich rings um die Stadt »logiert«, den Handelsleuten Waren im Werte von etlichen 1000 fl. abgenommen, alle Dörfer und Flecken ausgeplündert, die Weiber geschändet, Bürger und Land-

leute ermordet, viele Dörfer und Herrenhäuser in Brand gesteckt (Anmerkung 1.) »auch mit raitlung, anhenckung pulvers, so sie angezündet, ja auch mit liechtern vnter den achseln gebrant, ärger dann barbarisch mit den pflegern vnd beampten verfahren«. Und an den Kaiser schreibt der Rat, dafs der Feind sich der Städtlein und anderer Örter bemächtigt, dieselben teils gebrandschatzt, teils ausgeplündert hat, »auch vnßern pflegern zu besagtem Hilpoltstein, nachdem sie vorher auf das greulichst gemartert, endlich gantz jämmerlich vmbgebracht (Anmerkung 2.) vnnd ermordet hat. Auf dem feldt seind die weibspersohnen vnd kinder vnter der arbeit feindtlich angefallen, geschändet vnd, nach vblem tractiren, gar vmbgebracht worden, mit etlichen vnterthanen hat man gantz barbarisch verfahren, des plünderns vnnd raubens haben auch die siechheufser vnd die darin kranckh liegenden persohnen nicht entvbrigt bleiben mögen«.

Doch wäre es ungerecht, Tilly alle Ausschreitungen seiner Soldaten zur Last zu legen. Wir dürfen ihm glauben, was er an Nürnberg schreibt: er trage durchaus kein Gefallen an den Insolentien seiner Soldaten und würde die Verbrecher exemplarisch bestrafen, wenn dieselben aufkämen. Auch ist gewifs nicht ganz ohne Berechtigung, wenn er meint, die Unterthanen hätten ihr Unglück vielfach selbst verschuldet, da sie den Kriegern nicht mit einem Stück Brot an die Hand gegangen wären.²⁹⁾

Dieser verwilderten Gäste los zu werden, war daher das eifrige Bemühen des Rates. Zunächst wandte er sich an den

Schreiben
des Rates an
den Kaiser.

Anmerkung 1. Das Tillysche Kriegsvolk hat bis zum 10. Dezember »vff dem waldt Sebal dij« zu Neunhof, Gründlach, Buch, Behringsdorf u. s. w. 22 Häuser, 20 Städel, 2 Kästen, 1 Lochhaus und 1 Tanzboden abgebrant, im ganzen also 46 Zimmer ohne die Backöfen und Schweinställe; »vff dem waldt Laurentzi« zu Schweinau, Feucht, Wetzendorf u. s. w. 70 Zimmer; zu Ober-Aspach 22 Zimmer.

Anmerkung 2. Nach der Mitteilung des Pflegers zu Betzenstein hätte der Pfleger von Hilpoltstein sein Schicksal selbst verschuldet, da er 3 Schüsse unter das Tillysche Kriegsvolk abgegeben hatte.

²⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 250—252, 252—254, 297—303, Berichte aus Lauf, Engelthal und Hersbruck. Ratserlaß am 8. Dezember. Briefbuch 1631, fol. 566 und fol. 573 ff. (2 Schreiben an den Grafen Sulz). Tom XIV. 258 ff., Schreiben des Rates an den Kaiser. Erlaß der Herren Eltern am 9. Dezember. Spezialakten des 30jährigen Krieges, D 3031 und S I, L 197, Nr. 22. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 11. Dezember. — Soden, Gustav Adolf . . . I. Teil, pag. 146—150.

Kaiser, weniger, weil er die Erfüllung seiner Bitte, Kais. Majestät möge den Befehl zum Abzug des Tillyschen Kriegsvolkes geben, erhoffte, sondern um Tilly mit seinen Klagen zuvorzukommen.

Er berichtet am Anfange über die Besetzung Lichtenaus und die dabei verübten Feindseligkeiten, über Ossas Verlangen nach Ratsabordnung und Lieferung von 100 000 dreipfündigen Laib Brot, Tillys Begehren, der Rat möge aus seiner Mitte eine Abordnung nach Gunzenhausen ergehen lassen, die bald nach Schwabach bestimmt wurde, und dessen feindliches Vorgehen dicht vor der Stadt und den Vorstädten, »darwider wir, aus eufserst gedrungener noth, vns vnvmbgänglich von den hohen wehren defendiren müssen«. Dann fährt er weiter: Tilly hat Forderungen gestellt, die der Rat unmöglich erfüllen konnte, nämlich »des hochwolgebornen grafen vnd herrn, herrn Heinrich Wilhelm von Solms etc. frl. brandenburgischen rhats vnd amptmans zue Cadolzburg persohn, welcher vor etlichen monathen sambt seiner gemahlin und gantzen haufswesen wegen der gefahr auf dem landt zu vns in die stadt sich begeben, gefänglich anzunehmen vnnd aufzuliefern, wie auch desselben geworbenes volckh, welches vf der Tillischen soldatesca starckhen anzug vnnd feindliches procediren gleichfals zu vnserer statt sich reterirt, von vns aber bis dato in die statt nicht eingelassen worden, abzuschaffen«; er hat begehrt, dafs wir 4 Personen aus dem Rat an ihn abordnen und Brot aus der Stadt verschaffen sollen.

Wir entschuldigten uns wegen der verlangten Abordnung mit der Unsicherheit der Strassen, wiesen nach, dafs wir des Grafen Solms Ankunft und Werbungen auf dem Lande nicht verhindern konnten, dafs wir endlich bei der starken schwedischen Kriegsmacht, zumal auf die Drohungen des Schwedenkönigs »bereit die thätlichkeit würckhlich erfolgt«, nach dem Beispiele anderer katholischen und evangelischen Kurfürsten und Stände, um hiesige Stadt zum Besten des Reiches vor dem Untergange zu bewahren, »dasjenige erwählen müssen, was dieser zeit am sichersten vnnd besten sein möge«. Hiegegen erboten wir uns aber, Brot aus den Ämtern für die Tillysche Armee herbeizuschaffen.

Allein dies alles verfieng bei Tilly nicht. Er bestand nicht nur auf der Erfüllung seiner Forderungen, sondern gab uns eine »gantz ehrnrührige antwort« zurück, darin wir, »als ob wir wider aidt vnnd pflicht, wider Gott, E. kaysl. mayt. vnnd alle billichkeit vnuerantwortlich gehandelt hätten, vngescheucht vnnd zum hefftigsten bezüchtigt worden«. Er verfuhr immer feindseliger gegen die Stadt, es wurden die Zufuhren gesperrt, zu Forchheim Nürnberger Kaufleuten Waren im Werte von 100 000 fl. von Pappenheimischen Reitern geraubt, das Kriegsvolk sengte, mordete, schändete Frauen und Jungfrauen, kurz, verübte Greuel aller Art. Und dies alles widerfuhr uns, obwohl wir berichteten, was der kaiserliche Kommissär Popp wegen des Kreistages und der 72 Monate an uns hatte gelangen lassen, und dafs es des Kaisers Befehl sei, es sollten die Stände über die bewilligten 72 Monate weiter nicht beschwert werden; obwohl wir uns erbotten, »da es zu ermeltem craifskonvent kommen würde, gleiche burden neben andern ständen zu tragen«.

Nun ist Tilly zwar von der Stadt weggezogen, aber die Ämter bleiben besetzt.

Mit diesem gewaltsamen Vorgehen ist aber sicherlich Kaiser und Reich nicht gedient, und was es ferner »bey hohen potentaten für nachdencken, sonderlich bei dem bereit so nahe vnnd starckh anwesenden könig in Schweden, caufsiren möchte«, ob nicht dadurch das Reich in die äußerste Gefahr gestürzt »vnnd gleichsam alles in die asche zu legen anlafs gegeben werde, das haben E. kaysl. mayt. nach dero höchst erleuchtem verstandt ohne vnßere geringfügige erinnerung allergnedigst zu ermessen«.

Doch wird Kaiserliche Majestät, wie wir zuversichtlich hoffen, bedacht sein, dafs die Ämter wieder in den vorigen Stand gesetzt, die geraubten Kaufmannswaren zurückgegeben werden und der zugefügte Schaden erstattet werde. Wir hoffen dies um so gewisser, als Nürnberg bereits die gröfsten Opfer für die kaiserlichen und katholischen Kriegszwecke gebracht hat, als auch die höheren und mächtigen katholischen und evangelischen Stände auf Neutralität zielen oder sich in die Sache schicken, so gut sie können, und »mit contribution, brandschatzung oder durch andere mittel sich vnnd die ihrigen auf

das beste, als sie mögen, salviren vnnd vor gantzlicher ruin zu erhalten« suchen, was Majestät gewifs besser und dem Reich erspriesslicher, »als da ohne vnterschiedt die gehorsamben ständte alles vber vnnd vber solten gehen lassen«. Es wäre doch sicherlich ganz unbillig, »wan wir, an vnserm geringen vnd wenigen ortt, defsen solten zu entgelten haben oder defswegen vngleich vnnd so schwehrlich beschuldiget werden, wan wir, gleich andern vnnd evangelischen ständten, zu abwendung grösern vnheils dasienige geschehen lassen, was wir zu verwehren nit vermögen«.

Besonders schwer und bitter aber empfinden wir den Vorwurf, als ob wir Eid und Pflicht gebrochen hätten. Nie ist solches von unseren Vorfahren gesagt worden, »also auch wir, mit Gottes gnädigem bestandt, von vns nimmermehr wöllen lassen gesagt werden, noch dergleichen schändtlichen nahmen vnsern nachkommen hinterlassen«.

Zum Schlusse wird die Hoffnung und Bitte ausgesprochen, Majestät werde das ernstliche Mißfallen wider dergleichen empfindliche Beschuldigungen erweisen, Nürnberg bei hergebrachten Ehren, Stand und Namen schützen, »vngleichen berichten«, ehe die Stadt gehört worden, nicht glauben, noch sich »durch vngleiches fürbringen einiges menschen, wer der auch sein möchte, zu kayserlicher vngnaden wider vns sich verlaiten lassen«.

Diese Rechtfertigung des Rates wegen seines Verhaltens gegenüber Gustav Adolf ist ähnlich wie die bei Tilly. Hier wie dort findet sich der Hinweis auf die grossen Opfer, die Nürnberg für die kaiserliche Sache gebracht, auf die Drohungen Gustav Adolfs, wegen deren man gleich anderen evangelischen und katholischen Ständen sich mit ihm habe abfinden müssen, um Nürnberg vor dem Untergange zu erretten; hier wie dort beruft sich der Rat auf den Kreistag, hebt hervor, daß er die Werbungen des Grafen Solms nicht habe verhindern können, daß durch Tillys feindseliges Vorgehen Gustav Adolf herbeigelockt würde. Und was der Rat schreibt, ist den Worten nach wahr; aber er verschweigt eben die Hauptsache. Das braucht hier nicht erst lange bewiesen zu werden. Wir kennen ja sein Verhältnis zum Grafen Solms; wir wissen, was es mit den Drohungen für eine Bewandtnis hatte; es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß die katholischen Stände sich denn doch anders

zu Gustav Adolf stellten als das protestantische Nürnberg, das ja dem König den Sieg wünschte, aber nur aus Gründen der Klugheit sich nur gezwungen mit ihm immer weiter einliefs; daß die Versicherung, man werde, wenn es zum Kreistage kommen würde, gleiche Bürden wie die anderen tragen, eine heuchlerische war, da man ja wohl wufste, daß es nicht dazu kommen würde. Wir wissen aber auch, daß der Rat nach Lage der Verhältnisse nicht anders handeln konnte, als er gethan.³⁰⁾

Die Antwort des Kaisers ließ nicht lange auf sich warten. Sie war kurz gehalten. Der Kaiser erklärte nur, er müsse sich erst informieren, bevor er einen Entschluß fassen könne, erinnerte den Rat an die ihm geleistete Pflicht, forderte denselben auf, alles abzustellen, was dieser Pflicht zuwider gehandelt worden, seine Treue im Werke sehen und sich zu einem anderen nicht verleiten zu lassen.

Antwort des
Kaisers.
Stimmung des
Wiener Hofes
gegen
Nürnberg.

Wie die Information bei Tilly ausfallen würde, das läßt sich aus dem, was dieser an den Rat geschrieben hatte, leicht beurteilen. Doch war der Rat von Anfang an der Überzeugung, daß ihm alle seine Entschuldigungen wohl schwerlich nutzen würden, und die Überzeugung mußte noch befestigt werden, als Dr. Fetzers Agent in Wien, Löw, berichtete, daß Nürnberg nach wie vor »die Einnehmung des Grafen Solms« und daß man auf die Tillyschen Truppen Feuer gegeben habe, als schweres Verbrechen angerechnet würde. Gleichwohl wollte er die Sache nicht auf sich beruhen lassen, schon mit Rücksicht darauf, daß das Kriegsglück wandelbar sei und der Sieger leicht der Besiegte werden könnte, und gab daher den Hochgelehrten den Auftrag zu erwägen, wie »das Schiessen mit groben Stücken« und »die Einnehmung des Grafen Solms« zu entschuldigen sei. Doch die Hochgelehrten wußten auch keinen Rat; denn die beiden Vorschläge des Dr. Heinrich Hülfs, in welcher Weise das »Schiessen mit groben Stücken« entschuldigt werden könnte, waren doch zu eigenartig, als daß sie die Billigung des Rates hätten finden können. Der erste Vorschlag lautete: Man hat nicht auf die kaiserlichen Soldaten, sondern auf die, welche unter die Kanone kommen wollten, geschossen und zwar ab-

³⁰⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1631, fol. 542 ff. (Tom. XIV. 258-267). Auch Tom. XIV. 212.

sichtlich zu hoch und zu niedrig; wollten ja doch etliche Kompagnien zu Solms übertreten, welche dadurch abgehalten wurden und eo ipso merkten, daß man ihrer nicht begehre. Und der zweite: Man hat mit den groben Stücken spielen lassen, weil es des gemeinen Mannes halber zum Generalausfall und zur »totalischen sedition« hätte kommen können.

Während aber so der Rat nachsann, wie er am erfolgreichsten sich beim Kaiser verantworten könnte, hatte er Jobst Christoph Krefs bereits an den König abgeordnet, um durch diesen seinen hohen Beschützer aus seiner mißlichen Lage befreit zu werden. Denn nicht beim Kaiser, sondern bei Gustav Adolf suchte er jetzt sein Heil.³¹⁾

Abordnung
des Jobst
Christoph
Krefs an
Horn und
Gustav Adolf.

Am 11. Dezember, 2 Stunden nach Mitternacht, hatte Krefs seine Reise angetreten. Am 12. Dezember war er bei Generalfeldmarschall Horn in Würzburg eingetroffen, welchem er die Lage der Stadt Nürnberg in grellen Farben schilderte und den er bat, beim König seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß derselbe eine Diversion etwa gegen Augsburg oder Bayern vornehme, welche Diversion besser sei, als wenn er Kriegsvolk nach Nürnberg verordne, da hiedurch nur »moles belli« dorthin verlegt würde.

Wie der Rat Hilfe bei Gustav Adolf und Horn suchte, so begehrten auch diese manch wichtige Auskunft über den Feind von Nürnberg.

Am 12. Dezember traf ein Schreiben des Generalfeldmarschalls Horn ein, worin dieser mitteilte, er habe vom König den Befehl erhalten, wegen der Anschläge des Feindes mit dem Rate zu korrespondieren. Eine solche Korrespondenz aber hielt der Rat für allzugefährlich; denn ihm lag ja daran, daß alle Verhandlungen mit Gustav Adolf geheim blieben. Deshalb benachrichtigte er Horn alsobald brieflich, Krefs wäre das Nötige in dieser Beziehung aufgetragen worden; im übrigen schilderte er in ganz ausführlicher Weise den Tillyschen Einfall ins Nürnberger Gebiet. Schreiben ähnlichen Inhalts ergingen auch an

³¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Antwort des Kaisers, Tom. XIV. 423. Tom. XIV. 414, Ratserlaß am 3. Januar. Tom. XIV. 427, Ratserlaß und Dr. Richters Gutachten. Tom. XIV. 419, Dr. Fetzers Schreiben an den Agenten Löw. Tom. XIV. 388, der Agent Löw an Dr. Fetzer. Tom. XII. 437—452, Gutachten des Dr. Heinrich Hülf.

Gustav Adolf, an die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, an den Markgrafen Christian von Bayreuth und die freie Reichsstadt Ulm.

Doch früher, als man glaubte, wurde das Nürnberger Landgebiet vom Feinde befreit. Am 20. Dezember verließen die kaiserlichen Truppen die Ämter, um durch die Oberpfalz nach Böhmen zu marschieren; nur Lichtenau blieb noch bis Ende März 1632 vom Feinde besetzt. Nürnberg konnte jetzt wieder freier aufatmen.³²⁾

III. Kapitel.

Vom Abzuge des Tillyschen Kriegsvolkes bis zum Heilbronner Tag.

Jobst Christoph Krefs war durch eine Nebeninstruktion noch eine zweite Aufgabe gestellt, nämlich beim König den Abzug der Solmsischen Truppen zu erwirken, die der Stadt Nürnberg grofse Dienste geleistet hatten, als Tilly dieselbe bedrohte. Graf Heinrich Wilhelm von Solms war, wie wir wissen, Nürnberg von Gustav Adolf zur Verteidigung geschickt worden gegen den Willen des Rates, dem der Graf aus persönlichen und politischen Gründen nicht genehm war. Allein zurückweisen konnte man die Hilfe des Grafen nicht; das verbot schon die Rücksicht auf Gustav Adolf, wie auch das eigene Wohl, da ja die Gefahr einer Belagerung durch Tilly immer drohender wurde. Man beschlofs daher, den Grafen und seine geworbenen Truppen in der Zeit der Bedrängnis zur Hilfe anzunehmen, und liefs dies auch demselben wissen; später verstattete man auch den Solmsischen Soldaten Quartiere im Nürnberger Landgebiete. Dem Grafen Solms selbst, wie dessen Gemahlin und Kindern hatte man schon vorher Zuflucht in der Stadt gewährt. Als aber Tilly mit seinen verwilderten Scharen Nürnberg näher kam, da machte der Rat aus der Not

Unerquickliches
Verhältnis
zwischen dem
Rate der
freien
Reichsstadt
Nürnberg
und dem
Grafen Hein-
rich Wilhelm
von Solms.

³²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Erlafs der Herren Eltern am 12. Dezember. Tom. XV. fol. 253 ff., Relation des Abgesandten Jobst Christoph Krefs. Briefbuch 1631, Schreiben an Ulm, die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, an Gustav Adolf und den Markgrafen von Bayreuth. (Siehe auch Tom. XIV. fol. 271—275, fol. 338—343, fol. 249—251) — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 10. und 11. Dezember.

eine Tugend und bediente sich des Grafen und seiner geworbenen Truppen. Doch trug er Sorge, daß dessen Einfluß kein zu großer würde: Direktion und Kommando blieben beim Kriegsrat, dem Grafen wurden die wichtigen Angelegenheiten nur mitgeteilt, selten ging man ihn um Rat an.

Nun möchte man meinen, die gemeinsame Gefahr hätte die gereizte Stimmung, welche zwischen dem Rat und dem Grafen Solms von Anfang an bestand, wenigstens eine zeitlang verscheucht. Allein selbst als Tilly bei der Stadt lagerte, herrschte kein friedliches Verhältnis. Stets beharrte Graf Solms auf seinem Schein, daß er vom König der Stadt zur Hilfe gesandt sei, und beschwerte sich wiederholt, daß man ihn auf die Schreiben des Königs, die seine Person beträfen, »einiger resolution vnd antwortt nicht gewürdiget«. Der Rat aber hütete sich wohl, die gewünschte Erklärung zu geben; denn er wünschte nichts sehnlicher, als daß Solms mit seinem Volke, wenn er der Stadt keine Dienste mehr leisten könnte, abziehe. Er antwortete daher ausweichend, indem er sich damit entschuldigte, daß er vor Abschluß der Kapitulation, wie er die Spezialallianz damals benannte, keine definitive Antwort erteilen könne. Doch später ging auch dies nicht mehr. Denn als Tilly fortgezogen war, hielt Graf Solms immer dringender um raschen Vollzug der Allianz an, wozu er nicht bloß das Recht, sondern sogar die Pflicht hatte; denn er und der Hofrat Dr. Martin Chemnitz hatten vom König die Mission erhalten, den Abschluß der Spezialallianz zwischen Nürnberg und Gustav Adolf zu befördern. Da erhielt er denn endlich am 15. und 18. Dezember den Bescheid, den er nicht mißverstehen konnte: Man erkenne des Königs Fürsorge für die Stadt dankbar an, hätte sich auch, als Tilly dieselbe bedrohte, des Grafen »mit Rat und That« bedient und werde bei seinem Abzuge sich mit »würcklichem danck« bezeugen. Nun sah Graf Solms ein, daß seines Bleibens in Nürnberg nicht mehr sei, und trug nun vollends kein Bedenken mehr, dem Rat Unannehmlichkeiten und Verlegenheiten aller Art zu bereiten.

Besonders unbequem wurde Solms dem Rat durch sein Vorgehen gegen das Deutsche Haus und dessen Hauskommentur. Der Hauskommentur stand ja im Schutze der Stadt, und die

Rücksicht auf den Kaiser und die katholischen Nachbarstaaten erheischten zur Zeit noch Vorsicht und Vermeidung eines offenen Bruches. Dann aber hatte der Rat den Grafen in Verdacht, dieser wolle sich das Deutsche Haus vom König ausbitten. Da er nun selber in Bälde in den Besitz desselben zu gelangen hoffte, so mußten ihn schon deshalb die Forderungen des Grafen Solms sehr unangenehm berühren, der das eine Mal Quartier im Deutschen Hause nehmen, dann seine Pferde im Deutschen Hofe unterbringen wollte, dann wieder an den Rat das Verlangen stellte, er möge den Hauskommentur zur wöchentlichen Zahlung von 200 Thalern Service zwingen, weil er vom König ausdrücklich auf den Deutschen Orden beschieden worden sei. Direkt abschlägig bescheiden konnte der Rat den Grafen mit Rücksicht auf den König jedoch auch nicht. Er bediente sich daher meist des Grafen Hohenlohe und des Hofrates Dr. Martin Chemnitz, damit diese vermittelten, und was die letzte Forderung betraf, gab er Solms zur Antwort, er möge sich noch etwas gedulden, bis er sich »bey begebender gelegenheit alles ausstants bey dem teutschen orden erholen könnte«.

Und dann, wie sehr erschwerte die Anwesenheit des Grafen Solms und seiner Truppen die Verantwortung beim Kaiser, wie sehr verschlechterte sie die Stellung Nürnbergs zu den katholischen Nachbarstaaten! Alle Ausschreitungen der zügellosen Solmsischen Soldateska in katholischen Gegenden, aller Schaden, den sie allda stifteten, gingen auf Rechnung Nürnbergs und hatten nur Repressalien zur Folge.

Doch nicht blofs eine Plage für die Bewohner angrenzender Staaten wurden die Solmsischen Truppen, sie waren es in noch höherem Mafse für die Nürnberger selber. Tag für Tag liefen Klagen ein, und schon am 20. November wurden die Herren Bürgermeister ersucht, man möge von nun an den Rat mit den Beschwerden über das Solmsische Kriegsvolk verschonen und dieselben in die Kriegsstube verweisen. Die Ausschreitungen nahmen aber immer zu, und es kam so weit, dafs die Salzhändler kein Salz mehr zur Stadt bringen konnten wegen »stetes raubens vnd plünderns« des Solmsischen Volkes. Wie grofse Schuld jedoch dem Grafen Solms an den Excessen seiner Soldaten beizumessen ist, das läfst sich schwer beurteilen. Er selbst

versprach dem Rate Abhilfe, soweit dies in seiner Macht stünde, und bei dem unerquicklichen Verhältnis, das zwischen ihm und dem Rate herrschte, war auch für die Bedürfnisse der Soldaten nicht in genügender Weise gesorgt, wie uns Hofrat Dr. Martin Chemnitz mitteilt, der am 30. Dezember äußerte, daß das Volk deshalb »sehr schwürig, weiln es bißhero an gelt vnd anderer notturfft so grosen mangel gelitten«.¹)

Abzug des
Solmsischen
Kriegsvolkes.

Bei dem immer unleidlicher sich gestaltenden Verhältnis zwischen Nürnberg und dem Grafen Solms ist es daher natürlich, daß des Rates eifriges Bemühen dahin ging, von Gustav Adolf den Befehl zum Wegzuge des Solmsischen Kriegsvolkes zu erlangen. Schon am 27. November, also zur Zeit, da sich das Tillysche Hauptquartier in Schwabach befand, wurde Dr. Martin Chemnitz ersucht, in diesem Sinne seinen Einfluß geltend zu machen. Krefs aber wurde angewiesen, alles, was in seinen Kräften stünde, zu thun, daß der König in den Abzug des Solmsischen Volkes willige; denn Graf Solms sei zu hitzig und unerfahren, bei der Bürgerschaft verhaßt und bilde sich ein »Dominium absolutum« ein, dessen Truppen aber hielten sich zum Rauben und Stehlen gleichsam berechtigt und blockierten die Stadt. Der König berief denn auch schließlich den Grafen ab. Bevor es jedoch zum Wegzuge des Solmsischen Kriegsvolkes kam, mußte der Rat aus Furcht vor einer Meuterei der übel gepflegten Truppen sich dazu bequemen, ein Vorlehen von 10 000 Thalern zu bewilligen, dessen Auszahlung jedoch erst an dem Tage, da Solms die Nürnberger Gegend verliefse, erfolgen sollte. Am 8. Januar endlich zog Graf Solms mit seinen geworbenen Truppen von Nürnberg fort. Der Stadt war das Solmsische Kriegsvolk teuer zu stehen gekommen; die Unterhaltungskosten wie der durch dasselbe verursachte Schaden

¹) Nürnberger Kreisarchiv. Erlaß der Herren Eltern am 26. und 27. November. Erlaß der Herren vom Ausschusse am 27. und 30. November. Ratserlässe am 15. Dezember (Tom. XIV. 350 u. 351), am 18. Dezember (Tom. XV. 247 u. 248), am 20. November (Tom. XIV. 44 u. 48), am 24. und 26. Dezember. Gustav Adolfs Schreiben aus Würzburg, Tom. XIV. 43. Tom. XIV. 73—77, Relation über den engeren Kreiskonvent in Nürnberg. Tom. XV. 209 ff., Harfsdörffers und Dr. Ölhafens Relation. Tom. XIII. 418 ff., Kressens Sendung bei Solms in Kadolzburg. Tom. XIII. 422, Ratserlaß. Erlaß der Herren Eltern am 13. November. Ratserlaß am 14. November. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 15. November, 11. und 17. Dezember.

wurden auf die Summe von 84 890 fl. veranschlagt, welche Summe freilich von den bewilligten 72 Monaten abgezogen werden sollte.

Graf Heinrich Wilhelm von Solms war nun allerdings fort, aber der Rat fürchtete seine Rache. Denn Solms war beim König hochangesehen und kannte die zögernde Haltung Nürnbergs gegenüber den Wünschen des Schwedenkönigs mehr, als dem Rate lieb war. Am guten Willen aber, Nürnberg zu schaden, fehlte es ihm keineswegs. In der That berichtete auch Dr. Martin Chemnitz von bedrohlichen Reden des Grafen. Doch wußten demselben Jobst Christoph Krefs und Dr. Chemnitz wirksam entgegenzuarbeiten. Auch in einer andern Hinsicht beschäftigte Solms den Rat noch in unlieber Weise. Er verlor nämlich das Deutsche Haus auch jetzt nicht aus dem Auge und begehrte nach wie vor vom Hauskommentur die Erlegung der wöchentlichen Kontribution. Einen Erfolg hatte der Graf natürlich jetzt erst recht nicht, außer daß der Rat noch mehr in seinem Glauben bestärkt wurde, Graf Solms wolle Besitzer des Deutschen Hauses werden, und infolge dessen sofort die nötigen Schritte that, um diesem zuvorzukommen. Damit jedoch der Groll gegen Nürnberg sich mindere, erhielt Solms ein Geschenk im Werte von 1833 fl. 6 Sch. 8 h.²⁾

In Bestallung wurde nunmehr Oberst Balthasar Jakob von Schlammersdorf genommen, der jedesmal dem Kriegsrat beizuwohnen hatte, mit dem Rate das Generalkommando besaß und jährlich 1200 Thaler, wenn er aber im Orte selbst sich befand, außerdem noch jeden Tag 30 fl. bezog.³⁾

Inzwischen war auch Jobst Christoph Krefs zurückgekehrt und hatte über die Verhandlungen mit Horn und Gustav Adolf Bericht erstattet. Am 19. und 27. Dezember hatte er Audienz beim König, dem er Nürnbergs Anliegen vortrug, wie wir diese aus der Instruktion kennen. Der König hörte ihn gnädig an,

Bestallung
des Obersten
Balthasar
Jakob von
Schlammers-
dorf.

Bericht des
Abgeord-
neten Jobst
Christoph
Krefs über
seine
Verrichtung
bei Gustav
Adolf.

²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Erlasse der Herren vom Ausschufs am 27 November, 30 Dezember und 21. Januar. Erlafs der Herren Eltern am 31. Dezember. Ratserlasse am 1. und 20. Januar. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S I, L 197, Nr. 23 und S I, L 220, Nr 6. Briefbuch 1632, fol. 40. Tom. XV. 253 ff, Jobst Christoph Kressens Relation am 13. Januar. Stadtrechnung des Jahres 1631, fol. 143. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 1. Januar.

³⁾ Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 19. Januar.

entdeckte dann in ausführlicher Weise seine Absichten und Pläne, wie dafs er um Windsheim eine Armee bilden werde, die, um Nürnberg Luft zu machen, ins Bambergische marschieren müfste. Von Nürnberg aber begehrte Gustav Adolf, dafs es an seiner Befestigung, die nach dem Gutachten des Grafen Hohenlohe, worin es heifst, dafs »hiesige stattmauern auch an den besten orthen grossen gewalt des geschützes nicht pastant«, noch sehr zu bessern war, fleifsig arbeite, dann möglichst viel Kriegsvolk werbe und ihm überlasse; denn viel Soldateska innerhalb der Mauern der Stadt wäre nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden. Er verlangte ferner einen Plan Nürnbergs und erbot sich, seinen Hauptingenieur und Generalquartiermeister über die Kavallerie und Infanterie, Franz von Treturain, zu schicken. Mit bestimmten Forderungen trat Gustav Adolf jedoch erst in der letzten Audienz, welche er Krefs kurz vor seiner Abreise gewährte, hervor, indem er das Verlangen stellte, Nürnberg möge 1500—2000 Mann ins Quartier zu Windsheim schicken, 2 Tonnen Gold d. h. 200 000 fl. vorstrecken und kupferne Münzen einführen, welche Einführung ihm besonders am Herzen lag, denn er sprach darüber eine volle Stunde.

Das waren nun Forderungen, die der Rat nicht wohl bewilligen konnte. Erst vor kurzem hatte er ja dem Bischof von Bamberg beteuert, wie sehr ihm an einem freundnachbarlichen Verhältnisse gelegen sei, und jetzt sollte er die Hand bieten, den Bischof aus seinem Lande zu vertreiben! Und was mußte erst der Kaiser dazu sagen, dem gegenüber er sich immer auf die äußersten Drohungen Gustav Adolfs berief! Wie konnte er ferner die Bewilligung eines Vorlehens von 200 000 fl. verantworten zu einer Zeit, da er im Werke war, der Bürgerschaft ganz bedeutende neue Lasten aufzuerlegen! Was endlich die Einführung kupferner Münzen betraf, so waren hiebei Beratungen mit verschiedenen Ständen, ja Kreisen nötig, und mußte die Erinnerung an die Kipper- und Wipperzeit entschieden abschreckend wirken.⁴⁾

⁴⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 253 ff., Tom. XV. 263—267, Kressens Relation und Nebenrelation. Tom. XV. 283—286, Ratserlässe am 15. und 20 Januar. Tom. XV. 273—283, Bedenken der Kriegsverordneten. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 10. und 11. Dezember. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Teil, pag. 154—165.

Allein eine direkte Ablehnung war nicht geraten, ja unmöglich, wenn man sich den König gewogen erhalten wollte; auch eine lange Verzögerung der Antwort ging nicht an. So mußte sich denn Jobst Christoph Krefs, da eine schriftliche Erwiderung viel zu gefährlich war, übrigens auch der König an den Rat nichts Schriftliches hatte gelangen lassen, abermals aufmachen, um Nürnberg seiner »bekanten dexteritet« nach zu entschuldigen, daß es zur Zeit nicht des Königs Begehren erfüllen könne. Denn wegen Einführung kupferner Münzen müßte Nürnberg sich erst mit den übrigen ausschreibenden Städten ins Benehmen setzen und die Konferenz in Heilbronn abwarten, wo man sich »nach möglichsten dingen ferneres resolviren werde«. Die Bewilligung eines Vorlehens von 200 000 fl. wäre unter den jetzigen traurigen Verhältnissen nicht möglich; Nürnberg hätte ja besonders im letzten Jahre unendlich großen Schaden durch die Kriegsdrangsale erlitten und trotzdem für die evangelische Sache das Äußerste aufgewendet, indem es bereits 3 Termine der 72 Monate erlegt und etliche 1000 fl. vorgeschossen hätte, abgesehen davon, was auf das eigene und das Solmsische Kriegsvolk aufgegangen wäre. Was dann die Überlassung von 1500—2000 Mann beträfe, so wäre auch diese zur Zeit, so gerne es der Rat wollte, nicht ausführbar; denn die Stadt wäre rings von Feinden eingeschlossen, ihr drohten Belagerung und andere Feindseligkeiten, auch wäre die Befestigung noch lange nicht vollendet. Wenn jedoch der Feind die Gegend verlassen oder Horns Armee bei der Stadt sich gelagert hätte, so würde Nürnberg freudig den Wunsch Seiner Majestät erfüllen; im übrigen aber würde man mit der Werbung und Befestigung aufs eifrigste fortfahren. Der Hauptgrund freilich mußte verschwiegen werden; der Rat weigerte sich vor allem deshalb, geworbene Truppen nach Windsheim zu schicken, weil, wie es in dem Gutachten der Hochgelehrten und Kriegsräte heißt, »diese überlassung meinen herrn vbel zu verantworten sein«. Thatsächlich war ja Nürnberg im Januar 1632 nicht so von Feinden bedroht, als es glauben machen wollte.

Instruktion
des
Abgeord-
neten Jobst
Christoph
Krefs
bezüglich der
3 Forde-
rungen des
Königs:
Überlassung
von Kriegs-
volk,
Einführung
kupferner
Münzen und
Gewährung
eines
Vorlehens.

Jobst Christoph Krefs hatte aber noch eine viel schwierigere Aufgabe übernommen; er sollte auch in der Frage der sogenannten Rekompens und des »Spezial-Versicherungs-

Handels« die Intentionen des Rates zur Durchführung bringen.⁵⁾

Die
Rekompens.

Es ist bereits die Rede gewesen, daß der Rat sich Hoffnung machte, das Deutsche Haus in Eigentum zu erlangen, wenn Gustav Adolf Sieger bliebe. Er handelte hierin nicht anders als die übrigen evangelischen Stände, die für die Opfer, welche sie der Sache ihres Glaubens brachten, durch den König am feindlichen Gute reichlich entschädigt zu werden trachteten. Dem König aber brachten diese Schenkungen jederzeit den Gewinn, daß er die Beschenkten nur um so fester an sich kettete.

Nun bestand zu jener Zeit die wenn auch geringe Hoffnung, es könnte trotz aller Schwierigkeiten ein Universalfriede zustande kommen. Da galt es denn, zur rechten Zeit auf dem Plane zu sein, um nicht zu kurz zu kommen.

Der Rat der freien Reichsstadt Nürnberg säumte aber auch nicht, mit seinen Wünschen sich rechtzeitig an Gustav Adolf zu wenden. Am 15. Januar, kurz nachdem Krefs von seiner Reise zum König zurückgekommen war, wurden die Hochgelehrten um ihr Gutachten aufgefordert, ob nicht bei Majestät um Einräumung des Rothenbergs, Abgrenzung eines gewissen Bezirks zwischen den Flüssen Schwarzach, Schwabach und Rednitz zur Befreiung aller Streitigkeiten mit den brandenburgischen Häusern, um Zueignung der Ordens- und anderer geistlichen Häuser in der Stadt samt dem, was auf dem Lande hiezu gehörte, und endlich um Zusicherung der böhmischen Ämter, welche von Kurbayern beansprucht wurden und worüber gerade Prozeß schwebte, anzuhalten sei.

Die Gutachten der Hochgelehrten aber waren für den Rat nicht eben ermutigend. Dr. Heinrich Hülfs nämlich sagte: Rothenberg ist ein kurpfälzisches Landsassen- und Lehensgut, es gehört 72 Edelleuten, die Oberlehensherrschaft hat Böhmen, das Einkommen ist ein geringes. Was das Deutsche Haus anbelangt, so will ja der Rat darauf eine »protectio«, »protectores« können aber nicht »usurpirn«. Bei den geistlichen Gütern heist es: »quod quisque juris«; es würde auch den Evangelischen nicht

⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 353—363, Instruktion hrn. Jobst Christoph Krefsen An Königl. Mt. zu Schweden, 22. Januarij Anno 1632. Tom. XV. 301, 302, 308, Überlassung von Kriegsvolk betr.

gefallen, wenn man ihre Güter in katholischen Ländern ausböte. Dr. Herpfer hielt die Abgrenzung des genannten Bezirks für ein Werk, das selbst einem römischen Kaiser nicht möglich sei. Führt man, so warnte er, die ganze Sache nicht hinaus, wird solches alsdann »pro crimine laesae Maiestatis in supremo gradu« gehalten werden. Dr. Richter aber meinte treffend: Zuvor muß die Allianz in Richtigkeit sein; sonst hat es den Anschein, als verfolge man nur Privatvorteile. Doch die ganze Sache fallen zu lassen, dazu rieten auch die Hochgelehrten nicht.

Der Rat beschloß denn, in der Rekompenssache recht behutsam vorzugehen, um nicht beim König in üblen Verdacht zu gelangen. Er gab Krefs den Auftrag, die Rekompens »erkanter seiner texteritet vnd beiwohnender tiscretien nach« zu betreiben, dafs nämlich den Beschwerden mit dem deutschen Orden und dem Rothenberg abgeholfen, »vnd solche stuck nicht in andere hend gebracht, von denen gemeine statt vnd landtschafft naher grosser vngelegenheit zugewarten haben würde«, und Nürnberg die bisher den beiden brandenburgischen Häusern zuständigen, jedoch bestrittenen Regalien »des glaitens, fraisch vnd wildban« innerhalb der 3 Gewässer Schwarzach, Regnitz und Schwabach erhielte, deren wenige Unterthanen bambergisch wären und ohnedies das meiste Geld nach Nürnberg lieferten.⁶⁾

Wohl der wichtigste Punkt der Krefsischen Instruktion aber war der Spezial-Versicherungshandel, dessen Abschluß der Rat so lange als möglich hinausziehen wollte. Doch hätte er die Spezialallianz wohl schon eingehen müssen, wären nicht durch Tillys Einfall ins Nürnberger Gebiet die Verhandlungen darüber zum Stillstand gebracht worden; im Würzburger Vertrage war ja ausdrücklich bestimmt, dafs jeder evangelische Stand Frankens als Feind des Königs angesehen werden sollte, wenn er sich nicht im Laufe von 2 Monaten zu dieser Spezialallianz verstünde. Kaum aber waren die kaiserlichen Truppen von Nürnberg weggezogen, wurde diese Frage dringender, und der Rat mußte sich zu einem Entschlusse aufraffen, da Graf Heinrich Wilhelm von

Die
Spezialallianz
mit Gustav
Adolf.

⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 311 u. 312, Erlaß der Herren Eltern am 15. Januar. Tom. XV. 269—273, Ratserlaß am 15. Januar. Tom. XV. 312, Dr. Richters Gutachten. Tom. XV. 340—350, Gutachten des Dr. Heinrich Hülfes. Tom. XV. 337, Dr. Herpfers Gutachten. Tom. XV. 353—363, Instruktion des Abgeordneten Krefs.

Solms und der Hofrat Dr. Martin Chemnitz wiederholt den Abschluß der Allianz beehrten und eine Entschuldigung fürderhin auch nicht mehr zu finden war. Zwar die Ermahnungen des Hofrates hatten weniger zu bedeuten; denn dessen Eifer für die Sache des Königs war durch sogenannte »Verehrungen« zu mindern, wie denn der Rat demselben am 9. Dezember, nachdem er »um abfolgung eines saubern pferdes sich tecte« angemeldet hatte, 200 Thaler »verehrte«, weil er »bifshero in viel weg gute officia gelaistet«. (Siehe Anmerkung!) Anders lag freilich die Sache bei dem Grafen Solms; doch dessen Tage in Nürnberg waren gezählt. Vorerst nun holte der Rat das Gutachten des Dr. Heinrich Hülfs ein, der die ganze Sache wie immer sehr gründlich behandelte und eine Menge Gründe für und gegen den raschen Vollzug der Spezialallianz anführte, von welchen ich hier jedoch nur die wichtigeren erwähnen will, da die Rücksicht auf den Umfang der Arbeit ein näheres Eingehen auf das Gutachten nicht gestattet. Für den alsbaldigen Abschluß der Spezialallianz sprach nach der Ansicht des Dr. Heinrich Hülfs: Der König kann ohne dieselbe die Stadt am Kreuze hängen lassen, er kann die Handelswaren in Ober- und Niedersachsen pfänden und Nürnberg das lange Zaudern entgelten lassen, wenn er dereinst römischer Kaiser werden sollte, welche Wahl sehr wahrscheinlich sei, da Sachsen, Brandenburg, Böhmen und Pfalz sicher, Mainz und Trier aber »pro redimenda vexa« wahrscheinlich ihm ihre Stimmen geben würden.

Gegen den raschen Abschluß der Allianz aber wandte er ein: Der König von Schweden ist dem Reich »mit pflichten nicht verwandt«, der Kaiser aber »exceptu Religionis« ein hocherleuchteter Fürst; auch haben die Vorfahren sich gerade dadurch einen guten Namen gemacht, daß sie »Wenceslao remoto« Respekt bewiesen. Und dann hat man erst kürzlich dem Kaiser geschrieben, daß man Gustav Adolf sich nicht verpflichten werde, welche Schreiben von Dr. Chemnitz also begutachtet worden seien. Ja, ein rascher Vollzug der Allianz könnte leicht einen Angriff der kaiserlichen und ligistischen Truppen zur Folge haben und den König herbeiführen, dem man alsdann gewähren

Anmerkung. Im ganzen wurden Dr. Chemnitz Geschenke im Werte von 2043 fl. verehrt. (Spezialakten des 30jährigen Krieges, S I, L 217, Lit. C.)

müßte, was man bisher den Kaiserlichen verweigert habe, während man bis jetzt »in terminis« geblieben und »mit dem metu sich excusiert, so mit den 4 tonnen gold, ober: vnd niedersächsischen effecti vnd besorgender sedition nicht gar de nihilo«. Zu alledem aber: was würde erfolgen, wenn der König plötzlich mit Tod abginge!

Auch ist die Temporisierung nicht gefährlich. Der König muß ja schon im eigenen Interesse die Stadt »succuriren«, und Dr. Chemnitz wird den Rat jederzeit vom Stande der Dinge unterrichten und sicherlich dem König gegenüber hervorheben, was Nürnberg für die evangelische Sache geleistet hat. Ja, der König könnte sogar Mißtrauen gegen Nürnberg schöpfen, wenn es so rasch die Hand gegen Ferdinand II. sinken liefse. Und warum soll Nürnberg sich nicht Zeit lassen, eilen doch auch die Hansestädte nicht mit dem Abschlufs der Allianz; und wenn auch etliche Fürsten die Partikularallianz unterschrieben haben, so gilt bei ihnen: »operum esse instar pecuniae«. Weit besser ist es daher, »omittendo« als »committendo« gegen den Kaiser sich zu vergehen und erst, wenn die königliche Armee herannahe, wie die Frankfurter »in timore Dei« zu akkordieren, zumal der König durch den Würzburger Vertrag bereits hat, was er noch besonders sucht.

Auf jeden Fall, rät Dr. Hülf, soll man die Wiederkunft des Abgeordneten Krefs abwarten. Wenn sich alsdann die Sache für den König gut anlätst, ist es ja das Beste, die Spezialallianz auszuliefern; ist aber die Lage für diesen ungünstig, hat man umsomehr zu »temporisieren«. Hiebei wird Dr. Chemnitz, wie zu erwarten steht, gute Dienste leisten »in hoffnung künftiger ergetzung«. Unterdessen aber ist es angezeigt, mit Ulm und vielleicht auch mit den Hansestädten zu korrespondieren.

Der Rat schloß sich denn auch der Meinung des Hochgelehrten Dr. Hülf an. Er wollte erst die Rückkehr des Abgeordneten Krefs abwarten und dann, wenn irgend möglich, die wichtige Angelegenheit vor einen Städtetag bringen. Denn durch ein gemeinsames Vorgehen mehrerer Städte war die Verantwortung beim Kaiser erleichtert und der Abschlufs der Spezialallianz nach der Natur der Dinge wieder auf einige Zeit hinausgeschoben. Dafs aber diese so überaus wichtige Sache bei der

Städtezusammenkunft Gegenstand der Beratung sein sollte, davon war weder im Schreiben vom 20. Dezember und 15. Januar an Ulm, noch auch im Schreiben am 15. Januar an Frankfurt die Rede. Als Zweck einer solchen Konferenz wurde nur angegeben, man wolle das vom König verlangte Gutachten bezüglich der Friedensvorschläge des Landgrafen von Hessen beraten, sowie über des Königs Begehren, man möge Lübeck zur Allianz vermögen, schlüssig werden. Angedeutet jedoch wurde die Allianz ganz allgemein mit folgenden Worten: »dafs demnach eine hohe vnd grofse notturfft sein wolle, sich etlicher gewieser hohen wichtigen puncten halben, so der zeit einfallen, mit einander in vertraulicher mündlicher conferenz durch die vnserige sonderbar freundlichen zu vnderreden«.

Als aber Krefs zurückgekehrt war und von der Unterredung erzählte, die er mit dem schwedischen Rate Sattler gehabt hatte, sah der Rat ein, dafs ein längeres Zaudern nicht mehr geraten sei, zumal auch die Lage für den König immer noch günstiger wurde und die günstige Erledigung der Rekompenssache zur Voraussetzung den Abschlufs der Spezialallianz hatte. Sattler hatte sich nämlich sehr ereifert über den unzeitigen Respekt der Nürnberger gegen den Kaiser und dafs die Allianz immer noch nicht abgeschlossen sei. »Gleich also,« so sprach er, »machten es auch die franckhforter; die machten dem könig ein grofs dicentes, wollen gern schwedisch sein vnd auch kayserisch bleiben, der kayser vnd könig aber sein zwey pura contraria«. Ja, der Rat war sogar bereit, für sich die Allianz sofort abzuschliessen, wenn Dr. Chemnitz einen weiteren Aufschub nicht mehr für ratsam halten würde.

Wie die Antwort ausgefallen, darüber findet sich in den Akten kein Aufschluß; doch scheint sie nicht gerade ungünstig gelautet zu haben. Denn Krefs wurde instruiert, er möge sich bemühen, dafs es bei dem zu Würzburg begriffenen Konzepte verbleibe, hervorheben, dafs Nürnberg an der Verzögerung nicht schuld sei, und sich auch sofort erbieten, wenn die gesamte Allianz der 4 ausschreibenden Städte nicht erwartet werden wolle, eine solche für Nürnberg abzuschliessen. Der Rat habe ja schon im Oktober vorigen Jahres kein Bedenken getragen, die Allianz auszuhändigen, wenn nur die beiden Brandenburg sich hiezu verstanden hätten. Doch habe der

König selber damals eine solche nicht begehrt, sondern durch seine Räte ankündigen lassen, man möge dieselbe entweder mit den Kreisständen in Nürnberg oder auf einem Konvent der 4 ausschreibenden Städte — Nürnberg, Frankfurt, Straßburg und Ulm — ins Reine bringen. Das sei jedoch wegen des Tillyschen Anmarsches nicht möglich gewesen. Kaum aber habe das kaiserliche Kriegsvolk die Ämter verlassen, sei am 20. Dezember ein Schreiben an Ulm ergangen, worauf erst am 9. Januar die Antwort eingelaufen sei: Straßburg wolle wegen Unsicherheit der Straßen sich zu einer Konferenz nicht verstehen, Ulm aber werde warten, bis dieses bessere Gelegenheit fände. Daraufhin habe nun Nürnberg eine Tagfahrt nach Heilbronn benannt und stehe in Erwartung, wie dieser Vorschlag aufgenommen würde.

Um den König aber in dieser Sache, wie in anderen Angelegenheiten Nürnbergs Wünschen willfähriger zu machen, hatte Krefs diesem ein Verzeichnis all der Unkosten vorzulegen, die allein auf das Solmsische Kriegsvolk aufgewendet worden waren. Darnach betrugen dieselben die Summe von 84 890 fl. 19 kr. Da nun von der zu Würzburg bewilligten Summe von 106 560 fl. erst ein Drittel, also 35 520 fl., verfallen waren, hatte Nürnberg bereits 49 370 fl. 19 kr. mehr bezahlt, als es nach dem Vertrage schuldete.

Auf der Reise zum König mußte Krefs noch eine kleinere Angelegenheit beim Feldmarschall Horn erledigen; hiebei hatte er es so einzurichten, daß er zu gleicher Zeit mit Generalmajor Balthasar Jakob von Schlammersdorf bei diesem eintraf. Beide waren beauftragt, Horn auseinanderzusetzen, daß es Nürnberg bei der Nähe des Feindes schlechterdings unmöglich sei, die verlangte Anzahl Musketiere nach Neustadt a. d. Aisch abzuschicken.⁷⁾

So war Nürnberg Schweden gegenüber im wesentlichen noch immer bei den Verpflichtungen stehen geblieben, welche ihm der Würzburger Vertrag auferlegte. Es hatte nur den ersten

Die Sendung
des General-
majors
Balthasar
Jakob von
Schlammers-
dorf und Jobst
Christoph
Krefs zum
Generalfeld-
marschall
Horn.

⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 353—363, Instruktion des Abgeordneten Krefs. Tom. XV. 232, Ratserlaß am 11. Dezember. Tom. XII. 437—451, Gutachten des Dr. Heinrich Hülfß am 14. Dezember. Briefbuch 1631, fol. 574, Schreiben an Ulm. Briefbuch 1632, fol. 10 und 11, Schreiben an Frankfurt und Ulm. Tom. XV. 269, 294 und 295, Ratserlässe am 15. und 20. Januar. Tom. XV. 253 ff., Relation des Abgeordneten Krefs am 13. Januar. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S. I, L. 197, Nr. 23.

Schritt gethan, auf welchen freilich der zweite nicht lange mehr ausbleiben konnte.⁸⁾

Nürnberg's
Stellung zu
Bamberg.

Mit dieser abwartenden Stellung gegenüber Gustav Adolf stand ganz im Einklang das Bestreben des Rates, mit den katholischen Nachbarstaaten in Frieden zu leben, ein Bestreben, das von Bamberg und Bayern vollauf geteilt wurde; denn die friedlichen Beziehungen waren ja allen in gleicher Weise zum Vorteil.

Zur Zeit des Tilly'schen Einfalls waren vom Bamberger Kriegsvolke, besonders von der Forchheimer Besatzung, viele Feindseligkeiten verübt worden, die man nicht mehr allein auf Rechnung der Raub- und Beutelust der damaligen Soldateska setzen kann, und der kurbayerische Hauptmann vom Rothenberg setzte die ganze Umgegend durch seine steten Ausfälle in Schrecken. Aber auch das Solmsische Kriegsvolk unternahm so manchen Beute- und Streifzug ins Bambergische, und da dasselbe denn doch einmal in Nürnberg's Sold stand, wurde dem Rate zur Last gelegt, was dieser nicht ändern konnte. Hier wie dort, in Nürnberg und in Bamberg, wurden fortwährende Repressalien geübt. Der gegenseitige Haß wurde immer größer und stieg in Nürnberg aufs höchste, als man erfuhr, wie übel der Pfleger Roggenbach von Gräfenberg und die Seinen von bambergischen Kriegsvolke behandelt worden waren. Vater, Mutter und Sohn, sowie ein Diener waren vollständig ausgeraubt, gröblich mißhandelt und im jämmerlichsten Zustande nach Bamberg geschleppt worden; am schlimmsten kam noch der Pfleger weg, der lange Zeit in großer Lebensgefahr schwebte.

Doch mißfiel dem Bischof von Bamberg diese Heldenthat seiner Krieger in hohem Grade, und er that in der Roggenbachischen Sache, was er konnte. Ihm war überhaupt viel daran gelegen, mit Nürnberg wieder in ein gutnachbarliches Verhältnis zu gelangen. Deshalb erbot er sich auch, Nürnberger Wein und Getreide, welche zu Bamberg in Verwahrung lagen, gegen Austausch der zu Nürnberg zurückgehaltenen bambergischen Waren zu verabfolgen, und lud Nürnberg zu einer Konferenz nach Forchheim ein. Der Rat aber, dem »die Sicherheit der

⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 301, 302 und 305. Briefbuch 1631, 22. Januar, fol. 38, Schreiben an Horn.

Straßen und die gute Korrespondenz mit den benachbarten katholischen Ständen« nicht minder am Herzen lag wie dem Bischof, zögerte keinen Augenblick, dorthin abzuordnen, und gab Paulus Harfsdörffer und Dr. Tobias Ölhafen alsobald den Auftrag, nach Forchheim zu reisen, allwo die Konferenz am 30. Dezember stattfand und, wie bei der gegenseitigen Sehnsucht nach Frieden nicht anders zu erwarten war, den besten Verlauf nahm. Die Waren, welche hier wie dort mit Beschlag belegt worden waren, sollten in Bälde beiderseits zurückerstattet und die als Geiseln zurückgehaltenen Personen in Freiheit gesetzt werden, das Kriegsvolk aber sollte die strenge Weisung erhalten, alle Feindseligkeiten von nun an zu unterlassen.

Die Nürnberger Abgesandten ließen es sich noch besonders angelegen sein, den Rat von aller Schuld wegen der Ausschreitungen des Solmsischen Kriegsvolkes zu reinigen, dessen Abzug eifrig betrieben würde und dessen Einquartierung um die Ringmauern man wegen der starken Drohungen nicht hätte verhindern können. So schied man beiderseits von einander scheinbar im besten Einvernehmen, und der Dompropst, welcher nach allem, was in den Akten sich über ihn findet, als der eigentliche Leiter der bambergischen Politik erscheint, beteuerte noch: »er wolle gewisslich lieber todt sein, dann dafs er in einigen widerwillen vnd mißverstandt mit meinen herrn gerathen solte«.

Das Kriegsvolk freilich hielt den Frieden nicht in der Weise, wie es von der Obrigkeit gewünscht war; doch unterblieben eine zeitlang gröfsere Ausschreitungen. Auch die Abfolgung der gegenseitig zurückbehaltenen Waren verzögerte sich noch mehrere Wochen.⁹⁾

Ein ähnliches Verhältnis wie mit Bamberg bestand um diese Zeit mit Bayern. Wie aus Forchheim mannigfache Streifzüge ins Nürnberger Gebiet unternommen wurden, als Tilly

Nürnberg's
Stellung zu
Bayern.

⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 403, Abordnung der Herren Paulus Harfsdörffer und Dr. Tobias Ölhafen. Ratserlaß am 28. Dezember. Tom. XIV. 397—403, Instruktion der Herren Harfsdörffer und Dr. Ölhafen. Tom. XIV. 409—417, Relation der beiden Nürnberger Abgesandten. Ratserlässe am 9., 16., 17. u. 20. Dezember, am 6. u. 28. Januar. Briefbuch 1631, Korrespondenz zwischen Nürnberg und dem Bischof von Bamberg am 9. und 27. Dezember. Briefbuch 1632, Schreiben des Rates am 10. Januar an den Bischof von Bamberg.

seinen verheerenden Marsch durch Franken nahm, so hier von der bayrischen Besatzung auf dem Rothenberg. Kurfürst Max hielt von solchen Räubereien und Plackereien ebensowenig wie der Bischof von Bamberg und wünschte gleich diesem gute Nachbarschaft mit Nürnberg, umsomehr als er in Neutralitätsverhandlungen mit Gustav Adolf stand. Er schrieb deshalb am 20. Dezember an die Regierung von Amberg: Mit Nürnberg bleibt es bei der den 3. Dezember zugefertigten Resolution, kraft deren ihr daran zu sein habt: »damit ermelte statt oder die irige durch die in der obern Pfalz ligende soldatesca (ausser es machten die von Nürnberg selbst mit hostiliteten den anfang) mit straißen oder in andere weg nicht gravirt werden«. Auch die Herausgabe der in Forchheim geraubten Nürnberger Waren, welche zu Ingolstadt und Stadtamhof in Verwahrung lagen, befahl er »ohne entgeldt vndt weüthern vffenthalt«. Auf seinen Befehl verlangte die Amberger Regierung ein Verzeichnis der »Pressuren«, der Abnahme und Plünderungen des Hauptmanns von der Feste Rothenberg, damit gebührende Restitution erfolgen könnte, und erbot sich, in der Oberpfalz dem Handel freien Lauf zu lassen, wenn der Rat im Nürnberger Gebiet das Gleiche verfüge. Doch, so sehr die Obrigkeit alle Ausschreitungen der Soldateska vermieden wissen wollte, die gegenseitigen Beutezüge hörten auch hier nicht ganz auf.¹⁰⁾

Besetzung
Lichtenaus
durch
kaiserliches
Kriegsvolk
bis
Ende März.

Im Frieden mit den katholischen Nachbarstaaten, das Nürnberger Gebiet frei vom feindlichen Kriegsvolke, so war Nürnberg ins neue Jahr eingetreten. Wie gerne hätte der Rat auch Lichtenau vom Feinde befreit gesehen! Aber alle Bemühungen, den Hauptmann Arbogast von Andlau zum Abzuge zu bewegen, waren erfolglos; auch die Bitte an den Kurfürsten Max, er möge Tilly vermögen, dafs dieser die Räumung Lichtenaus verfüge, hatten nicht die gehoffte Wirkung. Maximilian erklärte, »dafs selbiges volckh nicht der liga, sondern kayserlicher mayt

¹⁰⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1631, fol. 533, 571, 575, 592 und 594: Schreiben an den Hauptmann vom Rothenberg am 5. Dezember, an die Regierung von Amberg am 18. Dezember, Schreiben an Maximilian I. am 20. Dezember, an die Regierung von Amberg am 24. Dezember und an den Hauptmann vom Rothenberg am 25. Dezember. Briefbuch 1632, fol. 46 und 55, 2 Schreiben an die Regierung von Amberg. Briefbuch 1631, fol. 612, Schreiben an den Kurfürsten Max I. Ratserlaß am 8. Januar. — Münchener Allg. Reichsarchiv. Tom. CLXXII. fol. 327.

immediaté zustendig vnd vnter defs obristen Altringers commando seye«. Erst Ende März verliessen die Kaiserlichen Amt und Schloß Lichtenau.¹¹⁾

Waren die Beziehungen zu den katholischen Nachbarstaaten geraume Zeit hindurch äußerlich gute, zwischen Nürnberg und den beiden brandenburgischen Häusern Ansbach und Bayreuth kam es zwar, was ja nach Lage der Dinge ausgeschlossen war, zu keinen kriegerischen Feindseligkeiten, aber es bestand die alte Abneigung und das alte Mißtrauen in ungeminderter Stärke fort. Unausgetragene, seit vielen Jahren schwebende Streitsachen ließen ein freundnachbarliches Verhältnis auch dann nicht aufkommen, als die gemeinsame Sache sie auf die Seite Gustav Adolfs geführt hatte. Vor allem war die Befestigung Nürnbergs dem Markgrafen ein Dorn im Auge; denn das Befestigungsrecht wurde der Stadt von Brandenburg stets bestritten. Der Markgraf versäumte daher auch nicht, schon im Oktober 1631 durch seine Abgeordneten bei Gustav Adolf zu erwirken, »dafs hiesige statt einen revers von sich geben solte, die werck nach dem krieg alsobalden widerumb zu temolirn«.

Nürnberg's
Beziehungen
zu
Branden-
burg Bay-
reuth und
Ansbach.

Am 20. Januar 1632 aber verlangte der bayreuthische Gesandte Moritz Khan vom Rate einen Schein, dafs die Fortifikation dem Haus Brandenburg und dessen Rechten nicht nachteilig sei. Den Schein lieferte Nürnberg natürlich nicht aus, vielmehr berief es sich auf den Vertrag von 1391, durch den es bestens »fundiert« sei. Gustav Adolf aber mischte sich in diese Streitsache nicht ein.¹²⁾

Und nun noch einiges über die Stellung Nürnbergs zum Kaiser! Hier war die Politik des Rates in den Grundzügen die alte geblieben; nach wie vor behielt derselbe die Verantwortung beim Kaiser fest im Auge und suchte daher alles zu vermeiden, was geeignet war, diese zu erschweren.

Nürnberg
und
der Kaiser.

¹¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1631, fol. 607 u. fol. 622 und 623, 2 Schreiben an den Hauptmann Arbogast von Andlau. Briefbuch 1631, fol. 633, Schreiben an Maximilian I. am 10. Januar (31. Dezember). Rats-erlafs am 29. Februar. Briefbuch 1632, fol. 178, 10 April.

¹²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 373—375, Gutachten des Dr. Hülf's am 26. Januar. Tom. XIII. 393 ff., Bericht der Abgeordneten Hans Jakob Tetzl und Dr. Richter aus Würzburg. Tom. XV. 307 u. 308, Ratserlafs am 20. Januar. Tom. XV. 369—373, Consultatio habita am 26. Januar. Briefbuch 1632, fol. 178.

Auf den Befehl des Kaisers entliefs der Rat sofort den Obersten Voit und den Postmeister Ehinger aus der Haft; die Furcht vor diesem war vor allem der Grund, weshalb er sich sträubte, dem Generalfeldmarschall Horn Nürnberger Kriegsvolk zu überlassen. Nur aus Rücksicht auf den Kaiser und Tilly schrieb er noch Ende Januar 1632 an den kaiserlichen Kommissär Popp, er erwarte ein Kreisausschreiben und werde zum Kreistage abordnen, obwohl er wufste, dafs ein solches Kreisausschreiben nie erfolgen würde noch könnte und kein evangelischer Stand Frankens im Sinne hätte, dem Kaiser weiter zu kontribuieren; hiedurch verpflichtete man sich ja, wie Dr. Hülfs meinte, zu keiner Kontribution, »man gewenne widerumb etwas zeit« und hätte, wenn Tilly herbeirückte, »den praetext, dafs man des creyfses ausschreiben erwarthet«.

Doch unterliefs der Rat jetzt jede längere Rechtfertigung. So bat er in dem Schreiben, das er am 17. Januar an den Kaiser abschickte, diesen nur, er möge »demjenigen, was irgend wiederwertiges wieder vns möchte vorgebracht werden, vnser vngehört, keinen glauben zustellen, sondern sich allergnedigst versichert halten, dafs diejenige gravamina, wie E. K. M. wir dieselbigen der notturfft nach vmbständiglich vorgebracht haben, nicht allein laider im werckh also für gangen«, und erklärte am Schlusse, alle seine Handlungen so einzurichten, dafs vermöge der Reichskonstitutionen Stadt und Gebiet »vor eusersten vnd anbedrohten ruin möge conserviret vnd erhalten werden«.

Wie der Rat nach aufsen hin alles aufs beste zu ordnen suchte, war er auch bedacht, die Stadt selber so zu versichern, dafs sie einem feindlichen Angriff gewachsen wäre.¹³⁾

Anstalten des Rates zur Sicherung Nürnbergs nach dem Abzuge der kaiserlichen Truppen.

Er liefs es seinerseits nicht fehlen, die Befestigungsarbeiten, bei denen es bisher »schläferich daher gangen«, in ein rascheres Tempo zu bringen. Da nämlich mit der Bürgerschaft, »als welche mehrerntheilfs kinder vnd magd zu solcher arbeit« schickte, nichts auszurichten war, bestellte er auf das Gutachten des Kriegsrates im Dezember 600 Bauern, die täglich 8 kr. und

¹³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1631, 31. Dezember (a. K.), fol. 627; Briefbuch 1632, 3. Februar, fol. 57. Briefbuch 1632, fol. 71 (Tom. XV. 399). Tom. XV. 373, Ratserlaß am 26. Januar. Tom. XV. 373 ff., Gutachten des Dr. Hülfs. Tom. XV. 314, Schreiben an den Kaiser am 17. Januar.

2 Pfd. Brot bekommen sollten, und verordnete des weiteren, daß jeder Bürger, so oft die Ordnung zum Schanzen ihn träfe, 10 kr. entrichten solle, falls er nicht um die bedungenen 2 Pfd. Brot arbeiten wolle. Damit aber die Befestigung in der richtigen Weise geschehe, übergab er Gustav Adolf, um dessen Ansicht einzuholen, einen Plan der Stadt Nürnberg und bat diesen, er möge, wie er versprochen, den Hauptingenieur und Generalquartiermeister über die Kavallerie und Infanterie nach Nürnberg schicken. Des weiteren wurde die Bürgerschaft auch fernerhin durch den Lieutenant Simon Schubert im Gebrauch der Waffen unterwiesen und die Werbung neuen Kriegsvolkes eifrig weiter betrieben.

Auch die Verfolgung der sogenannten Verdächtigen, worunter man alle Katholiken verstand, dauerte fort. Doch mußte der Rat den als verdächtig Eingezogenen wieder die Freiheit schenken; den Obersten Voit und den Postmeister Ehinger setzte er allerdings erst, wie wir wissen, auf direkten Befehl des Kaisers auf freien Fuß. Am liebsten hätte der Rat noch den Obersten Voit behalten, der, wie die Korrespondenz zwischen dem Kurfürsten Max und dem General Cratz ausweist, auch bei den Katholiken nur geringes Ansehen genoß.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit wurde das Deutsche Haus bedacht; galt es ja als der eigentliche Herd der Verschwörung. Die Ausgänge desselben wurden mit Schildwachen besetzt, und in das Haus wurde eine Wache von anfänglich 15, später 45 Mann unter dem abwechselnden Kommando 3 verschwiegener Offiziere gelegt, die auf alles genau acht zu geben hatten, was vorging, und alles Verdächtige anzeigen mußten. Am Weihnachtsfeste aber wurden die Namen aller aufgezeichnet, die in dasselbe zur Messe gingen. Wie groß das Mißtrauen gegen das Deutsche Haus war, beweist das Gewicht, welches man der Erzählung eines 9jährigen Jungen beilegte. Der Knabe wußte nämlich zu erzählen, es sei dort »eine rote thür, dardurch gehe man zu einem gewölb, so vnter der erden sey vnd darin man vff einem knöbel fahren müfse, in demselben sei ein groser vorrath an pulver vnd dergleichen sachen«. Doch fand man von all dem im Deutschen Hause nichts.

Allein, konnte man auch keine Verrätereï nachweisen, die Angst vor einer solchen und, damit verbunden, die größte

Wachsamkeit schwand keineswegs. Das beweisen zwei bedeutende Erlässe der Kriegsstube, welche im Monate Februar erschienen. Darnach wurden die Thorwächter strengstens angewiesen, unter den Thoren auf jedermann genau acht zu geben, und wenn ihnen jemand verdächtig erschiene, denselben alsbald unter Begleitung eines Musketiers in die Kriegsstube zu schicken. Bei der Eröffnung der Thore am Morgen durften die Zöllner die äussersten Gatter und Pallisaden nicht eher aufmachen, bis alle Personen aus der Stadt gelassen waren; bei dieser Auslassung durfte nicht ganz geöffnet werden, sodafs immer nur eine Person hindurchgehen konnte. Auf dieselbe Weise wurde es auch bei der Einlassung und den äusseren Staketen gehalten und zwar morgens und abends. Den Provisoren wurde besonders eingeschärft, auf verdächtige Leute ihr Augenmerk zu richten, und jede Nacht wurden Streifen in Garküchen und Wirthschaften veranstaltet.¹⁴⁾

Einführung
neuer Steuern
und
Abgaben.

Eine andere wichtige Frage nach dem Abzuge des kaiserlichen Kriegsvolkes aus den Ämtern war, wie die nötigen Geldmittel zur Bestreitung der stetig sich mehrenden Ausgaben beschafft werden könnten. Das Ärar war erschöpft, und die einfache Losung reichte nicht mehr hin. Dies wurde von Dr. Georg Richter den Genannten ausführlich dargelegt mit der Aufforderung, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie man zu einem ergiebigen Geldvorrat gelangen könne. Das Resultat des Nachdenkens des grossen und kleinen Rates war die Einführung neuer bedeutender Lasten.

Am 13. Januar wurde eine aufserordentliche Steuer in Form und Gestalt einer einfachen Losung auf folgende Weise festgesetzt: 1. Jeder sollte von dem Seinigen die einfache Losung bezahlen. 2. Alle Inwohner, Schutzverwandten, vor allem die Italiener, auch die, welche sich im offenen Gasthause

¹⁴⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 12., 16., 17., 18., 20., 24. und 25. Dezember, am 15. und 28. Januar. Erlässe der Herren Eltern am 26. und 30. Dezember, am 1. Januar. Briefbuch, 10. und 24. Januar 1632, 2 Schreiben an den Kaiser. Tom. XV. 269, Relation des Abgeordneten Krefs am 13. Januar. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 9., 14., 15., 17. und 23. Dezember, 6. und 14. Februar. — Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Korrespondenz zwischen dem Kurfürsten Max und General Cratz, Tom. LXXXII. fol. 355 u. fol. 405.

aufhielten, sollten das doppelte Schutzgeld entrichten. 3. Alle »Ehehalten«, männliche wie weibliche, ob Bürger oder Nichtbürger, mußten künftighin von ihrem Lohne 1 fl. bezahlen. 4. Ein Handlungsdiener hatte fortan von seiner Besoldung 1 fl. vorneweg, dann von je 100 fl. 1 fl. abzuliefern, sein übriges Vermögen aber gleich den anderen Bürgern zu versteuern. 5. Den Standes- und Adelspersonen wurde angezeigt, man versehe sich zu ihnen, sie würden ebenfalls »von allen ihren vermögen, intraden vnd einkommen« gutwillig von je 100 fl. 1 fl. zum Wohle der Stadt beisteuern.

Am 3. Februar wurde Bürgern und Fremden die Auflage gemacht, bei allen ihren verkauften Waren von 100 fl. je 1 fl. und zwar in Münze zu bezahlen, welche Anlage man Extraordinari-Interimssteuer nannte. Doch sollten diejenigen Städte und Örter, welche infolge gewisser Privilegien bisher zollfrei waren, es auch fürderhin bleiben. Dann wurde den Fuhrleuten, welche Handelswaren, Wein und dgl. in die Stadt und aus derselben führten, bekannt gemacht, daß sie von jedem Pferde 15 kr., für ein Pferd aber, das Salz, Stahl, Eisen, fremdes und böhmisches Bier führte, 6 kr. zu entrichten hätten. Doch erhielten hiebei die Thorschreiber die Anweisung, eine »discretion« zu gebrauchen und von den Fuhrleuten, welche nur wenig Ladung hätten, nicht das volle Pferdegeld zu verlangen. Für die Kaufmannswaren aber, welche durch die Stadt »per transito« gefahren wurden, mußte bezahlt werden, was von den Marktvorstehern und Handelsleuten für die einzelnen Waren, die sie in 4 Sorten geschieden hatten, festgesetzt worden war.

Am 9. Februar erfolgte die neue Bestimmung, daß für Waren, die von Bürgern und Inwohnern an andere Orte verkauft würden, von je 100 fl. 20 kr. abgeliefert werden müßten.

Hieran reihte sich Mitte Februar ein Viktualienaufschlag. Doch blieben »schmaltz, ayr, butter, kās, vnfselit, kraut, ruben, köhl und dergleichen, als deren der gemeine vnd arme mann zu seinem täglichen vnterhalt vnd narung vnentperlich vonnöten hat, frey vnd vnaufsgesetzt«.

Zu dieser Verordnung, den Aufschlag auf Viktualien betreffend, kamen in den Monaten Februar und März noch weitere Erlässe.

Von nun an mußten die Fremden, welche sich in Wirtshäusern aufhielten und offenes Gewerbe und offenen Handel trieben, von je 100 fl. ihrer Einnahme 1 fl. bezahlen; hatte jeder von je 100 fl., so er erloset, 1 fl., von je 100 Schillingen 1 getreulich bei seinem Eid und seinen bürgerlichen Pflichten in das Zollamt zu liefern; wurde den Krämern und Handwerksleuten, die neben den Werkstätten »offene Kräm« hatten, auferlegt, von je 100 fl. 1 fl. zu entrichten.

Ende März endlich wurde ein Viehaufschlag beschlossen. Von jedem Ochsen, der in den 2 Fleischbänken oder von den Bürgern zuhause geschlachtet würde, sollten fortan 2 fl., von einem Schaf oder Kalb je 3 Batzen, von einem gemästeten Schwein 1 fl., von einem kleinen und ungemästeten $\frac{1}{2}$ fl. genommen werden; doch war in den Freibänken, wo die armen Leute einkauften, der Aufschlag bedeutend niedriger.

Gewiß, keine geringen Opfer, welche der Rat von der Bürgerschaft forderte.¹⁵⁾

Konsequente
Ablehnung
aller
Darlehens-
gesuche.

Dafs Nürnberg, welches gezwungen wurde, auf solchem Wege die Mittel für die steigenden Bedürfnisse zu beschaffen, konsequent jedes Gesuch um ein Darlehen abwies, wie sehr dasselbe auch begründet sein mochte, kann uns demnach nicht weiter überraschen.

Solche Ablehnung fiel freilich dem Rate nicht immer leicht, besonders schwer aber wurde sie ihm gegenüber dem Kurfürsten von Sachsen. Der Kurfürst hatte sich ja auf dem Leipziger Konvent eifrig der Städte angenommen, um die evangelische Sache sich grofse Verdienste erworben und konnte als der mächtigste evangelische Fürst des Reiches der Stadt Nürnberg sehr viel nützen oder schaden. Anderseits aber war er Nürnberg noch 85 000 fl. nebst beträchtlichen Zinsen schuldig. Wie sehr daher auch der sächsische Gesandte Hans von Blanfsdorf sich bemühte, ein ausgiebiges Vorlehen zu erhalten, der Rat blieb fest auf der Ablehnung eines solchen bestehen, er willigte nicht einmal in Blanfsdorfs Vorschlag, man möge ihm gestatten, dafs

¹⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XII. 452, Ratserlaß am 12. Dezember. Tom. XII. 455—462, Dr. Richters Vortrag an die Genannten. Erlässe der Herren Eltern am 13. Januar, 3. und 14. Februar. Ratserlässe am 26. Januar, 3., 9., 16. und 17. Februar und am 2., 9., 17. und 26. März.

er auf Kredit des Rates eine gewisse Summe Geldes bei der Bürgerschaft aufnehme, obwohl dieser Vorschlag auch von Dr. Richter befürwortet worden war.

Schwer mochte dem Rat auch fallen, den Rothenburgern ihre wiederholte recht eindringliche Bitte um ein Darlehen abzuschlagen. Einmal abgewiesen, baten die Rothenburger, welche durch die Tillysche Eroberung in die äußerste Not geraten waren, nochmals ganz flehentlich um ein Darlehen von 4000 Thalern. Aber ihre Bitte wurde abermals abschlägig beschieden mit der Begründung, daß man auch andere Stände mit ihren Gesuchen abgewiesen hätte, die nun alle sich beleidigt fühlen müßten, wenn Rothenburg allein berücksichtigt würde. Trotzdem aber gaben die Rothenburger die Hoffnung nicht auf. Doch auch das dritte äußerst dringende Gesuch erfuhr kein besseres Schicksal.

Daß unter diesen Umständen weder der Herzog Wilhelm von Sachsen, noch die Stadt Ochsenfurt mit ihrer Bitte Gehör fanden, ist sonach selbstverständlich. Geradezu kühn aber war das Gesuch Bayreuths, dem Markgrafen Hans Georg mit einem Vorlehen von 6—8000 Thalern an die Hand zu gehen, wenn es überhaupt ernst gemeint war und nicht bloß als Folie diente, um die Fortifikationssache zur Sprache bringen zu können. Denn niemand hatte es um Nürnberg weniger verdient als der Markgraf Hans Georg.

Werfen wir jetzt einen kurzen Rückblick auf die Zeit vom Abzuge des Tillyschen Kriegsvolkes bis Anfang Februar, so können wir dem Rate der freien Reichsstadt Nürnberg das Zeugnis nicht versagen, daß er that, was in seinen Kräften stand, um den kleinen Staat vor drohendem Unheil zu bewahren. Wenn er dabei die alte zögernde Politik beibehalten zu müssen glaubte und weder mit dem Kaiser ganz brechen noch weniger aber es mit Gustav Adolf verderben wollte, wer könnte ihm dies bei ruhiger und gerechter Würdigung der schlimmen Lage, in der er sich befand, verargen? Handelte es sich ja gewissermaßen um Nürnbergs Existenz; denn der Kaiser konnte ja immerhin noch die Oberhand gewinnen.

Aber nun drängten die Verhältnisse nach vorwärts. Am 10. Februar schrieb Jobst Christoph Krefs aus Frankfurt, daß dem

Rate, um Verdacht und andere Ungelegenheiten zu vermeiden, wohl nichts anderes übrig bleibe, als Kriegsvolk abzufolgen. Der Ausbruch der kriegerischen Feindseligkeiten stand mit dem kommenden Frühling in nahezu sicherer Aussicht, und auch der Beginn des Heilbronner Städtetages war nunmehr auf Mitte Februar festgesetzt.¹⁶⁾

Instruktion
der Nürn-
berger
Abgesandten
zum
Heilbronner
Tag.

Der Rat bestimmte sofort als seine Vertreter Georg Christoph Volkamer, Johann Christoph Tucher und Dr. Johann Christoph Herpfer, denen er eine ausführliche Instruktion mit auf den Weg gab. Da jedoch die Verhandlungen in Heilbronn zur Genüge den Standpunkt klar legen, welchen die Nürnberger einnahmen, so halte ich ein näheres Eingehen auf dieselbe hier nicht für geboten. Ich beschränke mich hier nur auf die Anführung des auf den Abschluß eines Bündnisses mit Schweden Bezüglichen, weil dies zur weiteren Kennzeichnung der Nürnberger Politik dient.

Es heißt da: Bezüglich der Konföderation sollten die Delegierten Nürnbergs mitteilen, dieselbe sei für den Rat, wie gerne sie man auch vermeiden möchte, nicht zu umgehen; man würde sich aber um so lieber hiezu verstehen, wenn auch andere Stände solche für nötig erachteten. Bezüglich »der questio quomodo?« aber sollten sie sich wohl in acht nehmen, »dafs wie im leipzigerischen schlufs, also auch jetzt die kays: mayl⁶: vnd derselben land vnd leüt aufsgenommen vnd im vbrigen gehörte formula auch sonsten verclausulirt werde, damit besorgende offension bey kays: mayl⁶. vnd den catholischen stenden soviel immer möglich verhüetet werde. Insonnderheit aber mehrerwehnte

¹⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 178, 184 u. 185, Blansdorfs Schreiben an den Rat am 5. November. Tom. XV. 187, 189 u. 190, Ratserlässe. Tom. XV. 197—206, Blansdorfs Begehren, auf Kredit des Rates bei der Bürgerschaft Geld aufbringen zu dürfen, Dr. Richters Gutachten, 3 Ratserlässe. Tom. XIV. 208—210, Dr. Richters Schreiben an Blansdorf den 1. Dezember. Tom. XIV. 213 u. 214, Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen. Tom. XIV. 110 und 111, 114 und 115, 326—328, 366, Korrespondenz zwischen Nürnberg und Rothenburg. Tom. XIV. 333, Ratserlaß am 12. Dezember. Briefbuch 1631 fol. 610 und 614, Schreiben an Herzog Wilhelm zu Sachsen und die Stadt Ochsenfurt. Tom. XV. 307—309, des brandenburgischen Rats Khan angebrachte Punkte. Tom. XV. 365—373, Consultatio habita den 26. Januar. Erlaß der Herren Eltern am 13. Februar. Tom. XV. 19, Schreiben aus Ulm, angekommen am 7. Februar. Tom. XV. 28, zweites Schreiben aus Ulm. — Soden, Gustav Adolf I. Teil, pag. 109 und 110.

bündnus, wofern es bey königl. mayl⁶: in Schweden zuerhalten, auch solchergestalt zu restringirn, wofern die ligistische stendt bey irer mayl⁶: die begerte neutralitet erlangen solten, dafs alfsdann auch die evangelische stätt solcher coniunction halben ferner nicht mehr gehalten oder doch die gelt contribution vnd andere hülff betr. zu einem mehrerm alfs die catholische nicht verbunden sein sollen¹⁷⁾

Wir werden bald sehen, wie diese Verklausulierung von den übrigen Städten aufgenommen wurde.

Der
Heilbronner
Tag.

Die Konferenz nahm am 16. Februar ihren Anfang.

Zu derselben hatte der König seinen Sekretär Nicodemi abgeordnet, der im Namen seines Herrn begehrte, die Städte sollten kupferne Münzen einführen, die Zölle erhöhen und sich mit Majestät als dem »Directorio« verbünden. Im Verlaufe der Sitzungen traf noch Dr. Chemnitz als zweiter schwedischer Abgeordneter ein, um alles aufzubieten, dafs die Städte in die Einführung kupferner Münzen willigten.

Die Strafsburger aber stellten folgende Punkte zur Beratung: 1. Gegenseitige Mitteilung der Städte, was sich der Religionssachen halber bei ihnen zugetragen, welche Kriesspressuren sie von kaiserlicher Seite zu erdulden gehabt und wie man es mit dem König von Schweden gehalten habe. 2. Beratung darüber, was Gustav Adolf auf dessen Schreiben, wie man zum Frieden gelangen könne, zu antworten und was Majestät bei den Friedensverhandlungen des gemeinen evangelischen Wesens, als auch der Beschwerden halber an die Hand zu geben sei und ob solches schriftlich oder mündlich zu geschehen habe. Aufserdem gaben sie noch ein Schreiben bekannt, das sie auf Anregung des Königs von Schweden an Lübeck hatten abgehen lassen.

Daraufhin erfolgten nun die Mitteilungen der einzelnen Städte, von denen ich hier nur hervorhebe, was die Stellung der Städte zu Gustav Adolf betrifft. Am schlimmsten von allen war Frankfurt weggekommen. Es hatte sich dazu verstehen müssen, mit Gustav Adolf einen Vergleich einzugehen, der es fest an diesen band und ihm die besonders harte Verpflichtung

¹⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 42—50, Memorial und Instruktion, 8. Februar 1632.

auferlegte, eine schwedische Garnison von 600 Mann in Sachsenhausen zu unterhalten, sowie dem König die in der Stadt befindlichen feindlichen Güter zu überlassen. Viel besser waren Straßburg, das sich nur erboten hatte, dem Könige »pro possibili« die Hand zu bieten, und Ulm, das dem Rittmeister von Rehlingen gegenüber nur seine Freude über die Erfolge des Königs geäußert hatte, weggekommen. Was Nürnberg betrifft, sind die Dinge bekannt. Mit Straßburg hatte aber auch der König von Frankreich in nähere Verbindung zu treten versucht und für sich und sein Kriegsvolk den Paß über die Brücke und durch die Stadt, sowie Lieferung von Proviant gefordert. Doch war ihm nur das letztere bewilligt worden, den Paß sollte nur er selber mit seinem Gefolge haben.

Nach dieser gegenseitigen Mitteilung trat man in Beratung ein über das Anbringen des schwedischen Abgesandten, »ob nicht eine unanimis et communis coniunctio der wolgedachten 4 stetten mit ihr kon. may. könnte getroffen vnd aufgerichtet werden, vnd also die zwey stätt, so noch hinderstellig — mit Nürnberg hielt also der König die Sache schon für richtig — vnd ihre affection nur in generalibus terminis bißshero contestirt haben, zue mehrerer alliance mit ihrer M. zu bringen«. Ein solches Gesamtbündnis sei, erklärte Nicodemi, viel besser, »damit nicht mit eines jeden theils größern gefahr von einander zergehen vnd zertreuet werde«. Nur zur Rettung der Evangelischen und Wiederherstellung der wahren Religion sei ja der König ins Reich gekommen und er strebe nur darnach, »wie das reich redressirt vnd in seinen rechten bestand gesetzt vnd dannenhero quasi a fonte ac origine dero aigene vnd die benachbarten euangelischen in ruhe vnd sicherheit hernacher könnten gesetzt werden«.

Damit stand als erster und wichtigster Beratungsgegenstand die Bündnisfrage auf der Tagesordnung, und es mußten daher die Vertreter der einzelnen Städte hiezu Stellung nehmen. Daß die Konföderation, wie bedenklich sie auch sei, nicht umgangen werden könne, war die Meinung aller; von einem Gesamtbündnis wollten aber vor allem die Straßburger nichts wissen, da die Interessen der Städte zu verschiedenartig seien. Damit stimmten jedoch wieder alle überein, daß die Pflichten, womit man dem »Reiche zugethan«, ausgenommen werden müßten

(Anmerkung), damit man bei der Reichsunmittelbarkeit gelassen würde, und dafs unbedingt eine Apologie verfaßt werden müßte, weshalb sie sich mit dem König eingelassen hätten. Die Frankfurter hoben noch besonders hervor, dafs die Konfiskation feindlicher Güter durch den König für die Städte den größten Schaden bringe und dafs man auch andere Städte zu diesem Bündnis bewegen müsse, welches »ainig vnd allein zu der evangelischen stätten defension wider vnrechtmessigen gewallt geschlossen würde«. Die Nürnberger aber brachten noch eine Reihe von Erinnerungspunkten vor, welche vorwiegend militärischer Natur waren und, soweit sie von Belang sind, an einer anderen Stelle noch Erwähnung finden.

Zum Abschlufs eines Bündnisses aber hatten die städtischen Vertreter keine Vollmacht bekommen; denn der Konvent war ja nur wegen der Friedensvorschläge des Landgrafen von Hessen und verschiedener anderen Punkte einberufen worden, nicht aber wegen einer Konföderation mit Gustav Adolf, wenn freilich auch aufser den Nürnbergern jeder Abgesandte sicherlich wufste, dafs diese zur Diskussion kommen würde. Dem königlichen Abgesandten wurde daher die Erklärung abgegeben, man könnte wegen des vorgeschlagenen Gesamtbündnisses einen Entschluß nicht fassen, da man hierüber nicht instruiert sei, doch würde man zuhause den Bund mit Schweden in jeglicher Weise fördern; ein Gesamtbündnis jedoch sei wegen der verschiedenartigen Interessen der Städte nicht am Platze.

Daraufhin erläuterte Nicodemi das Wort Gesamtbündnis dahin, dafs darunter nicht zu verstehen wäre, es sollten alle 4 Städte das gleiche Bündnis mit Gustav Adolf abschließen, sondern dafs auch die Städte, welche ein solches noch nicht eingegangen wären, nunmehr mit dem König »richtig würden«. Dann überreichte er eine »Konfoederationsnotul«, welche in einer großen Anzahl allerdings meist unwesentlicher Punkte von der städtischen Konföderationsnotul abwich, die in Nürnberg verfaßt worden war.

Obwohl nun eine genaue Vergleichung beider immerhin von einigem Interesse wäre, so kann hier doch deshalb davon

Anmerkung. Ulm und Nürnberg verlangten, dafs der Kaiser und seine Erbländer auszunehmen seien.

Abstand genommen werden, weil der wesentliche Inhalt des Würzburger Konzeptes bereits bekannt ist und Straßburg wie Ulm in der Folge ihre besonderen Allianzverträge abschlossen, ohne sich an eine der beiden Konföderationsnotule zu binden. Es mag daher genügen, wenn ich nur die wichtigsten Differenzpunkte anführe, und dies umsomehr, da ja die stark »verklau-sulierte Bundesnotul« nicht einmal den Beifall der Vertreter der übrigen Städte fand, weniger weil sie mit einzelnen Klauseln nicht einverstanden gewesen wären, sondern weil sie überzeugt waren, daß dieselben nur des Königs Zorn erregen würden und nie und nimmer durchgebracht werden könnten.

Die Nürnberger ließen denn auch folgende beanstandeten Punkte fallen, trotzdem der Rat auf diese großes Gewicht gelegt hatte: 1. daß die Allianz auch von Sachsen und Brandenburg gefertigt werden solle, welche Weitläufigkeiten dem König sehr zuwider waren; 2. daß, wenn der König mit der Liga sich vergleichen würde, das Bündnis aufhören sollte oder doch die Stände zu einem mehreren als die Katholiken nicht gehalten werden sollten und 3. daß der Kaiser und dessen Erbländer auszunehmen seien. Auch die von Nürnberger Seite vorgebrachten militärischen Erinnerungspunkte wurden für überflüssig gehalten, da sie ja ohnedies in den Artikelsbriefen enthalten wären.

So durchberaten und rediviert, wurde der städtische Entwurf dem schwedischen Abgesandten zur Annahme empfohlen. Aber der Differenzpunkte waren auch jetzt noch eine große Zahl. Und da Nicodemi nicht mit sich handeln lassen wollte, sondern auf der unveränderten Annahme seines Entwurfes bestand, so mußte eine Einigung von allem Anfang an als ausgeschlossen gelten. Doch gingen die Verhandlungen ihren Lauf, und die städtischen Vertreter blieben nicht im Unklaren darüber, was er an ihrem Entwurfe auszusetzen hatte. Nicodemi gab nämlich den Vertretern Nürnbergs gegenüber, die ihm das städtische Konzept überreichten, eine sehr ausführliche Kritik desselben. Er rügte unter anderem das Wort »Kapitulation« als »odios«, beanstandete die Klausel, in der die Reichspflichten ausgenommen worden, sowie die Stelle: »so haben seiner kon. maj. etliche höhere stende die völlige vngehinderte direktion dieses kriegs vnd solang derselbe tauret, mit gutt vorbedacht

übergeben vnd anvertrauet, dabei wir es auch vnsers thails allerdings bewenden lassen«. Ihm gefiel nicht, daß die Städte dem Könige Lebensmittel und Kriegsbedürfnisse nur folgen lassen wollten, »soviel sie entrathen können«, weil durch diese Klausel man sich jederzeit seiner Schuldigkeit entziehen könne. Er sprach sich mißfällig aus, daß in dem städtischen Entwurfe fehle, man werde des Feindes Truppen, wo diese gleich anzutreffen seien, soviel als möglich trennen und schlagen, dann daß ausgelassen sei, die »ausschreibenden« werden die sogenannten »nachsitzenden« evangelischen Reichsstädte zu gleicher Allianz vermögen; er gab endlich seinem Zweifel Ausdruck, der König werde den Städten das »jus confiscandi« zugestehen und in deren Wunsch willigen, daß von geistlichen und weltlichen in der Stadt gelegenen und dem Feinde gehörigen Güter nichts verschenkt noch vergeben werden dürfe.

Die Nürnberger widerlegten nun die Einwände Nicodemis, so gut sie konnten. Sie entschuldigten unter anderem die Ausnahme der Reichspflichten, weil darauf die Freiheit der Städte und deren Privilegien gegründet seien, die 2 erwähnten Auslassungen aber begründeten sie damit, daß die »ausschreibenden« Städte mit sich selbst genug zu thun hätten.

Über diese Konferenz mit Nicodemi erstatteten die Nürnbergschen Abgesandten den übrigen städtischen Vertretern eingehenden Bericht.

Nun entschloß man sich städtischerseits nachzugeben und nur in folgenden 4 Punkten fest zu bleiben. Dieselben sind: 1. daß die Städte sich verpflichten sollten, ihre städtischen Mitglieder zu gleichem Bündnis zu bewegen, was in keinem anderen zu finden sei; 2. daß die Städte dem König das Direktorium »expresse« übertragen sollten; 3. daß der König die dem Feinde gehörigen in der Stadt gelegenen Güter verschenken könnte; 4. daß endlich den Städten das »jus confiscandi« nicht zustehen sollte. Die 4 Punkte waren in der That auch für die Städte von solcher Wichtigkeit, daß der Widerstand der städtischen Abgeordneten wohl erklärlich ist. Denn was Nr. 1 betrifft, so wurde den Städten eine Verpflichtung auferlegt, der sie kaum gerecht werden konnten; Nr. 2 hätte sie verpflichtet, bei Schweden auszuharren, wenn auch Kursachsen zurücktreten

würde; durch die Forderung in Nr. 3 konnten den Städten ärgere Besitzer aufgedrungen werden, als die Katholiken bisher gewesen; das »jus confiscandi« aber hatten die Städte seit undenklichen Zeiten, und gerade auf Grund dieses Rechtes gedachten sie sich am feindlichen Gute zu erholen.

In einem kurzen Memorial legten die städtischen Vertreter die Gründe ihrer ablehnenden Haltung nieder, die mit den oben angeführten, aufser natürlich in Nr. 2, zusammenfallen, und überreichten dasselbe dem schwedischen Abgesandten mit der Bitte, er möge dahin wirken, dafs beim König keine »offensio« verursacht werde.

Raschere Erledigung fanden die übrigen Forderungen des schwedischen Abgesandten, nämlich die Einführung von Kupfermünzen, Erhebung von Accisgeldern, Regelung der Convoy- oder Geleitstaxen und Verstärkung der Garnisonen in den Städten, damit dem König im Bedürfnisfalle etwas Kriegsvolk abgefolgt werden könne.

Allgemein war man gegen die Einführung kupferner Münzen, so sehr sich auch Hofrat Dr. Martin Chemnitz bemühte, alle Bedenken zu beheben; denn man war überzeugt, dafs hiedurch die durchs Reichsmünzenunwesen 1621 und 1622 geschlagenen Wunden wieder aufgerissen würden und alleiniges Vorgehen in dieser Sache unthunlich wäre, dafs vielmehr ganze Kreise sich hierin vergleichen und mit Holland, Frankreich u. s. w. Verhandlungen gepflogen werden müßten. Im übrigen aber mochte wohl bei allen feststehen, dafs der König hiebei nur seinen Privatvorteil im Auge habe, d. h. sein schwedisches Kupfer mit mehr Nutzen verwerten wolle.

Auch sprach man sich gegen die Einführung von Accisgeldern aus, weil durch eine solche nur eine Teuerung aller Lebensmittel erfolgen würde. Doch wurde von Dr. Chemnitz diese Angelegenheit dahin ausgelegt, dafs darunter eine Auflage auf Weine gemeint sei, welche von einer Stadt in eine andere verschickt würden. Bezüglich der Convoytaxen berief man sich auf das königliche Patent vom 8. Januar 1632 aus Mainz und 12. Februar 1632 aus Frankfurt, worin der König bei schwerer Strafe verbot, Kaufleute mit ihren nach Frankfurt bestimmten Handelswaren aufzuhalten oder ihnen etwas mit

Gewalt abzunehmen, und des weiteren auf die Erklärung, welche der König in Frankfurt abgegeben hatte, dafs nämlich von den »Ordinari-Mefsleuten« nicht mehr genommen werden sollte, als Herkommen wäre. Wer aber Convoy nehmen wollte, der hätte für einen Fufssoldaten 6 kr., für einen Reiter 10 kr. die Meile zu bezahlen. Was schliesslich die Verstärkung der Garnison und Überlassung von Kriegsvolk an den König betraf, so verwies man den Gesandten auf das Konzept der Konjunktionsnotul. Gemeint ist hier wohl die Stelle, in der es heisst: Man werde Majestät freie Werbungen in Stadt und Land, den Pafs und Repafs in und durch die Stadt mit ihrem Gebiet verstaten, die Pässe, besonders die Stadt, wenn es die Not verlange, besetzen, »in summa alles gegen haltung gutter ordre vnd disciplin thun vnd lafsen, was die ratio belli erfordern möchte«.

Hierauf trat man in Beratung ein über den zweiten Teil des Strafsburger Ausschreibens (»quoad deliberationem«), ob die Städte dem König zum Frieden raten sollen, wie demselben die Meinung der Städte beizubringen und was ihm wegen des evangelischen Wesens an die Hand zu geben sei.

Nun sehnten sich ja alle nach Frieden. Dafs man also dem König hiezu raten müsse, darüber herrschte volle Einigkeit.

Auch darüber war man sich sofort klar, dafs die Meinung der Städte Gustav Adolf in einem Gutachten, mit dessen Abfassung Strafsburg betraut wurde, niedergelegt werden solle. In diesem Gutachten sollten aber auch all die Wünsche dargelegt werden, deren Erfüllung man vom König erhoffte.

Der Wünsche gab es nun sehr viele. Und gingen im einzelnen auch die Meinungen auseinander, in folgendem herrschte Einigkeit:

Das Restitutionsedikt ist zu kassieren; den Städten dürfen die »jura territorialia« nicht abgesprochen werden, damit sie die Stifter und Klöster, ausgenommen die reichsunmittelbaren, reformieren können; es ist besonders zu erläutern, dafs die Städte »Jurisdictio ecclesiastica« besitzen, wie denn überhaupt die Städte in Religionssachen allen übrigen Ständen gleichzustellen sind. Vor allem aber ist ein unparteiisches Gericht unbedingt notwendig, und dürfen dem Reichshofrat keine Religionsangelegen-

heiten mehr zur Entscheidung gelassen werden. Daneben hatten die einzelnen Städte wieder ihre besonderen Anliegen. So hofften die Nürnberger vom König die Aufhebung der in der »Teutschherrischen Sache« ergangenen Urteile.

Dies das Wesentliche über die religiösen Beschwerden!

Hinsichtlich der Beschwerden und Wünsche aber in politischer Beziehung wurde von Straßburg vorgebracht: Es ist sehr zu beklagen, daß der Kaiser die Städte nur für Patrimonialgüter hält und denselben das »jus armorum et foederum« nicht zugestehen will; die höchste Absurdität aber ist, daß die Evangelischen »invito Caesaris« den Katholiken sich nicht widersetzen dürfen. Sehr notwendig ist die Reformation des Justizwesens; der kaiserliche Reichshofrat soll künftig nur Reichslehenssachen zu beraten haben und auch in solchem Falle evangelische Beisitzer neben den katholischen gebrauchen. Was die »Kriegsrekompens« anbelangt, so ist eine solche nur billig, und können die Evangelischen wegen der ausgestandenen Kriegsdrangsale mit gutem Recht die geistlichen Güter beanspruchen. Auch muß man, wenn ein Friede zustande kommt, auf Versicherungsmittel bedacht sein, wozu dienen möchte: »Das von den evangelischen aine ewige bündnus mit der kön^l. Mt in Schweden getroffen würde, vnd müsten ihre Mt jhederzeit ainen freien pafs aus Schweden ins reich haben. Solten aber ihre Mt sich im reich fermiren, so were es vmb soviel desto besser«.

Wie die Vertreter der übrigen Städte sich zu dieser letzteren Ansicht Straßburgs stellten, ist aus den Akten nicht ersichtlich; in den übrigen Wünschen waren sie jedenfalls mit Straßburg eines Sinnes. Nach Erledigung dieser wichtigen Sache traten die städtischen Abgeordneten in die Beratung über die Gegenstände von mehr untergeordneter Bedeutung ein: die Lübeckische und Windsheimische Sache, das Kirchengebet und die Anfrage Nürnbergs, ob der Kurfürst von Sachsen auch von den übrigen Städten Geld begehrt habe.

Über dieselben war ein Beschluß rasch gefaßt.

Den Windsheimern wurde der Rat erteilt, sich gegen den ihnen zugemuteten Revers so lange als möglich zu sträuben, da derselbe eine Unterwerfung in sich schliesse; die Städte selbst

aber beschlossen, in dieser Sache beim König die nötigen Schritte zu thun und ihn um Abstellung zu bitten, damit dem städtischen Wesen »hierin nicht praejudicirt werde«. An Lübeck erging im Namen der 4 Städte das Ersuchen, sich an Gustav Adolf anzuschließen. Was den Kurfürsten von Sachsen betraf, so erfuhren die Nürnberger, daß derselbe sich an ihre Stadt um Hilfe gewandt hätte. Die Gebetsangelegenheit endlich, welche durchaus nicht so gleichgültig war, als auf den ersten Blick erscheinen mag, wurde in der Weise zur Zufriedenheit aller erledigt, daß man beschloß, wie bisher auch fernerhin der evangelischen Fürsten in den allgemeinen Gebeten zu gedenken. Denn ein Gebet für Gustav Adolf bedeutete ja, wie es in der Instruktion der Heilbronner Abgeordneten hieß, »eine publicam confessionem«, daß man dem König von Schweden gegen den Kaiser »ohne scheu zugethan«, und war um deswillen bedenklich, »weil hierdurch selbe syncerationes, deren man sich kays. mayt⁶. bißshero gebürlich gebraucht, vmbgestossen vnd gentzlich aufgehelt werden«.

Damit war der Beratungsstoff bewältigt, und es wurden die Sitzungen am 25. Februar geschlossen.

Das Ergebnis der Konferenz war ein solches, daß der König sich nicht zufrieden geben konnte. Und in der That äußerte er sich auch in bitteren Worten besonders über Nürnberg, von dem er jedenfalls mehr Entgegenkommen erwartet hatte, als in dem wohlverklausulierten Entwurfe zu Tage trat. Die Forderungen der beiden schwedischen Abgeordneten wurden meist abgelehnt, bezüglich der Konföderation aber, die man in Bälde schließen wollte, war in wesentlichen Dingen eine Einigung nicht erzielt worden. Die städtischen Abgesandten freilich hatten im gegenseitigen Meinungsaustausch größere Klarheit gewonnen, was für Interessen und wie sie dieselben bei Gustav Adolf vertreten könnten. Als nächstliegendes Resultat der Konferenz blieb nur der Beschluß, an den König baldigst eine Gesamt-abordnung der 4 Städte ergehen, sowie durch den Straßburger Ratskonsulenten Dr. Schmidt ein Gutachten und eine Apologie abfassen zu lassen. In dem Gutachten sollte der König die Meinung der Städte erfahren, ob ein Friede zu schließen und wie ihren Beschwerden abzuhelpen sei; in der Apologie aber

sollte ausführlich dargelegt werden, warum sich die Städte mit dem König verbündet hätten.¹⁸⁾

IV. Kapitel.

Vom Heilbronner Tag bis zum fränkischen Kreistag.

Einfluß der
Neutralitäts-
verhand-
lungen
zwischen
Gustav Adolf
und der Liga
auf die
Nürnberger
Politik.

Der Vollzug der Spezialallianz mußte, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintraten, in Bälde erfolgen. Aber noch Ende Februar hielt man es geraten zu zögern; denn die Neutralitätsverhandlungen zwischen Gustav Adolf einerseits, Kurbayern und der Liga andererseits konnten immerhin, wie geringe Hoffnung auch bestand, den unerwarteten Ausgang eines Friedens haben. Dann aber galt der Kampf Gustav Adolfs nur dem Kaiser, und Nürnberg geriet in eine durchaus schiefe Stellung. Nur gegen die Liga und nicht gegen den Kaiser wollte es ja zur Rettung der evangelischen Lehre und zur Wiederherstellung des Friedens Gustav Adolf die Hand bieten; stets war das Verlangen des Rates, daßs beim Abschlufs der Spezialallianz der Kaiser und dessen Erbländer auszunehmen seien. Und im Würzburger Konzept, das noch immer als maßgebend betrachtet wurde, heißt es ausdrücklich: »weiln die päbstliche ligirte feind, vnterm fürwand kayserlichen namens vnd authoritet, welche soviel vnfs N: N: betrifft, in crafft der heylsamen reichsconstitutionen, als der gesamnten chur-fürsten vnd

¹⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 454—476, Relatio hinc-inde factarum communicationum, habitarumque deliberationum von der 4 ausschreibenden Stätten Abgeordneten, bei dem den 6 Februarii dises scheinenden 1632 Jahres eröffnetem Stätttag. Tom. XV, 75, Copia Propositio des schwedischen Gesandten. Tom. XV. 80—84, Copia Resolutionis, so dem kgl. schwedischen Gesandten Dienstag, den 8. Februar, erteilt worden. Tom. XV. 84—90, schwedische Bundesnotul. Tom. XV. 91—98, städtische Bundesnotul. Tom. XV. 98—100, schriftliches Anbringen, so dem k. Deputierten bei Übergebung des Kapitulationskonzepts zugleich ist zugestellt worden. Tom. XV. 100 u. 101, des kgl. Abgesandten Replik. Tom. XV. 103—105, der städtischen Abgeordneten fernere Erklärung. Tom. XV. 107—111, der süddeutschen Abgeordneten Antwort auf die vom schwedischen Abgeordneten vorgebrachten ferneren 4 Propositionen. Tom. XV. 112—121, Anbringen des schwedischen Abgeordneten Dr. Chemnitz wegen Einführung kupferner Münzen. Tom. XV. 134, kgl. Beglaubigungsschreiben für Dr. Chemnitz. Tom. XIV. 405, Kopie des kgl. Schreibens an Nürnberg wegen der Friedensvorschläge des Landgrafen von Hessen aus Mainz, den 2. Januar. Tom. XIV. 391, Schreiben des Königs aus Mainz den 2. Januar 1632. Briefbuch 1632, fol. 77, Schreiben an die Heilbronner Abgeordneten am 13. Februar. Ratserlaß am 2. April.

stände vorgesetztes oberhaupt, ieder zeit vnd in alle weg aufgenommen sein solle« uns bedrängt und fast zu Grunde gerichtet, deshalb haben wir uns mit Gustav Adolf verbündet. Deshalb empfahl auch Dr. Heinrich Hülf s in seinem Gutachten über die politische Lage am 24. Februar: »dafs man vieler vrsachen halber temporisiren vnd wahrnehmen solle, wie es mit den Neutralitetspuncten abgehen mögte. Interim bleibe man in guther verfassung, man certire im vbrigen de damno vitando, wecke niemandt aus dem schlaf, reservire in mente alles, was vorzuhalten ist; imitire hierinnen ettlichermafsen die Onspachische regierung (Anmerkung); behalte die offene hand vnd nehme sich mit kundtschafft vnd anderer nachforschung halben, sonderlich aber ob nicht Rex Sueciae nur zum schein bisweiln mit den frantzösischen gesandten einen straus oder widerwillen fürgehen lasse, in guthe acht«. Die Neutralitätsverhandlungen waren auch mit ein Hauptgrund, warum der Rat auch jetzt noch kein Kriegsvolk dem König überlassen wollte, obwohl Krefs geschrieben hatte, man werde mit der bisherigen Entschuldigung nicht ausreichen und könne nicht anders, als dafs man, um Verdacht und andere Ungelegenheit zu vermeiden, »das einmal gethane versprechen adimplire«.

Doch diese abwartende Stellung konnte Nürnberg nicht länger mehr behalten. Der Kriegstanz begann, nachdem die Waffen eine zeitlang geruht hatten, in Franken von neuem, und der Rat mußte Farbe bekennen. Nunmehr war auch das äußerlich friedliche Verhältnis mit Bamberg und Bayern nicht mehr aufrecht zu erhalten.¹⁾

Bereits im Januar 1632 wurde in Bamberg und Bayern das Mißtrauen gegen Nürnberg immer gröfser. Denn man hatte Kenntnis von den starken Werbungen der Nürnberger, ihrer

Nürnberg's
veränderte
Stellung zu
Bayern und
Bamberg.

Anmerkung. Ansbach hatte den Würzburger Rezefs nicht unterschrieben, für den König bisher nichts geleistet, die Tilysche Armee im November 1631 verproviantiert und die Wilzburg abgetreten. (Tom. XV. 373 ff., Hülf s' Bedenken am 26. Januar.)

¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XVI. fol. 162 und 163. Gutachten des Ratskonsulenten Dr. Heinrich Hülf s. Tom. XVI. 160, Erlafs der Herren Eltern am 21. Februar. Tom. XVI. 144—148 und 149—156, Gutachten der Kriegsverordneten und Hochgelehrten. Ratserlaf s am 19. Februar, Tom. XVI. 157 und 158.

Korrespondenz mit Schweden und von Horns Ankunft in Nürnberg; man kannte den Inhalt eines Briefes, der von Georg Paumgartner nach Regensburg abgeschickt und in die Hände des Schultheißen von Neumarkt geraten war, welcher nun nichts Eiligeres zu thun hatte als den Brief, dessen »überschrift herabgerissen gewest«, an Tilly zu senden, der Regierung zu Amberg aber eine Kopie zu übermitteln.

In diesem Briefe berichtete Paumgartner, daß Horn am 30/20 Januar nach Nürnberg kommen würde; »man vermaint, es sollen ime 1 m mofsquetirer von der statt zugestossen werden«. Auch lieferte er von Horn folgende Beschreibung: »Er ist ein ser sittsamer beschaidener herr, mittelmessiger statur vnd ronn von leib, sieht einem vernünfftigen herrn gleich«. Für Nürnberg aber war dieser Vorgang insofern nicht ohne Bedeutung, als der Brief sicherlich dazu beitrug, in Tilly und Cratz die nicht mehr zu erschütternde Überzeugung hervorzurufen, der Rat habe Gustav Adolf und Horn mit Truppen und Kriegsbedarf ausgeholfen und thue es noch. Welches im übrigen jedoch die Abmachungen zwischen Horn und dem Rate waren, darüber findet sich in den Akten kein Aufschluß. Sicher ist, daß der Rat ihm bei der Eroberung Bambergs und Höchstadts keinen Beistand gewährte; ob aber nicht unter der Hand von Bürgern unter stillschweigender Zustimmung des Rates dem Generalfeldmarschall Vorschub geleistet wurde, ist freilich eine andere Frage. Wie dem aber auch sei, bei Tilly galten die Nürnberger als offene Feinde.

Gleich Tilly betrachtete nunmehr auch Kurfürst Max die Nürnberger als solche. Noch am 18. Februar hatte er an Cratz geschrieben: »Mit denen von Nürnberg würdt es sich balden selber eröffnen, ob man sie für freunde oder feinde zuhallten habe«. Mit der Abnahme der Sachen ist nichts gedient. Gerne jedoch möchten wir müssen, woher ihnen das viele Kriegsvolk so häufig zukommt. Aller Zweifel aber mochte schwinden, als Max I. die Antwort des Obersten Cratz las: »Nunmehr vor augen vnd sehr wol zuersehen, das die Nürnberger offenbare feindt sein, indem sie dem feindt ohne scheue mit stucken, munitio vnd volck starcke afsistenz laisten, wo aber ihnen daß volck so heuffig zuekombt, ist noch zuer zeit schwerlich zuerfahren«.

Bei so bewandten Verhältnissen mußte daher auch die Berufung Nürnbergs auf Maximilian I. gegenüber Tilly, der die zu Gunzenhausen abgenommenen und nach Lichtenau geführten Nürnberger Waren nicht zurückerstatten wollte, vollständig ihren Zweck verfehlen. Der Kurfürst war jetzt mit Tilly der Ansicht, daß man, ohne erst den erbetenen und erwarteten Befehl des Kaisers abzuwarten, die Waren der Nürnberger anhalten müsse, da sonst dem Kaiser und den Katholiken noch mehr Schaden zugefügt würde.

Wie feindselig jedoch auch Tillys Gesinnung gegen Nürnberg war, zu einer Belagerung der Stadt, womit dieselbe für das Frühjahr 1632 bedroht war, sollte es nicht kommen. Tillys Plan war zunächst nur, Bamberg von den schwedischen Truppen zu säubern. Da ihn aber hiebei der Weg durchs Nürnberger Landgebiet führte, so hatte dieses wieder stark zu leiden, fuhr abermals in die Nürnberger Stadtbevölkerung kein geringer Schrecken, und kam es zwischen Tilly und Gustav Adolf zu einem ungefährlichen Wortgeplänkel.²⁾

Gleich bei seiner Ankunft in Neumarkt am 2. März schrieb Tilly an den Rat, er habe eine Anzahl Bandelierrohre nötig, weshalb er an einen Bürger der Stadt Nürnberg das Ersuchen gestellt habe, ihm solche gegen Bezahlung zu liefern. Da nun der Rat hiebei nur verrichte: »wie es seine obliegende schuldthigkeit gegen allerhöchstgedachter khay. may. zur befürderung dero khriegsdiensten erfordert«, so hoffe er, daß derselbe ihm hiebei behilflich sei. Was jedoch die Sperrung des Handels betreffe, habe der Rat keinen Grund sich zu beschweren. Da er dem Generalfeldmarschall Horn bei der Einnahme des Stiftes Bamberg allen Beistand geleistet habe, so müsse er die Schuld sich selber zuschreiben, daß die aufgehaltenen Waren nicht restituiert und die Ämter beim Marsche nach Bamberg betroffen würden.

Korrespon-
denz
zwischen
Tilly und dem
Rate.

²⁾ Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CLXXVIII. 272, 302, 354 und 379, 380 und 381. Tom LXXXII. fol. 87, Schreiben des Obersten Cratz aus Auerbach in der Oberpfalz am 22. Februar an Maximilian I. Tom. LXXXII. fol. 413, Schreiben des Kurfürsten Max an Cratz am 18. Februar. Tom. CLXXVI fol. 388, Tillys Schreiben vom 2. März an Max I. Tom. CLXXVI. fol. 391, Schreiben Maximilians an Tilly den 9. März. Tom. CLXXVII. fol. 393, Maximilians Schreiben an Herrn von Starzhausen. — Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1632, fol. 110, Schreiben an Tilly am 28. Februar. Ratserlaß am 18. Februar.

Hiemit aber hatte Tilly zuviel behauptet. Denn die Beschuldigung, der Rat habe bei der Einnahme des Stiftes Bamberg dem Generalfeldmarschall Horn Beistand geleistet, war thatsächlich unrichtig.

Der Rat wies deshalb den unbegründeten Vorwurf sofort mit aller Entschiedenheit zurück und bat um Abführung des in Stadt und Amt einquartierten Kriegsvolkes »absque maleficio«. Bezüglich der Bandelierrohre aber gab er die Erklärung ab, daß ein Hans Cronacher, an den das Schreiben gerichtet sei, sich in Nürnberg nicht finde. Es sei wohl ehemals ein Hans Cranich hier gewesen, der einen Sohn Michel Cranich hinterlassen habe. Dieser wolle jedoch das Schreiben nicht annehmen, da er sich nicht erinnern könne, daß ihm solche Kommission aufgetragen worden sei.

Allein Tilly blieb bei seiner unrichtigen Behauptung. Sein neues Schreiben aus Neukirchen war nichts anderes als eine »widerholte objectio vnd bezüchtigung«. Es sei doch, schrieb er, notorisch, daß Nürnberg den Feind des Kaisers mit Werbungen und Kriegsvolk, auch Munition und anderem unterstütze, daß Horn in Nürnberg gewesen sei, daß kein kaiserlicher Offizier sich allda blicken lassen dürfe, »daß nit woll abzusehen oder zuverspüren, welcher gestaltdt solche vnd dergleichen im offenen tageliecht vorhandene sachen zu bemänteln oder zuverdruckhen weren«. Was dann die Unterthanen auf dem Lande betreffe, so seien dieselben so behandelt worden, daß es hoffentlich zu ertragen sei. Wie der Rat aber Treue und Gehorsam gegen den Kaiser, wozu er ihn nochmals ermahne, beobachte, das beweise auch, »weiln auch der panteliehr halben, mit welchen der handelsmann Cronach interessirt, kheine richtige Erclerung erfolget«.

Über diese wiederholten ungerechten Vorwürfe war der Rat nun nicht wenig entrüstet; doch beschloß er, vor der Antwort auf dieselben erst den Verlauf der Dinge im Bambergischen abzuwarten.³⁾

³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tillys Schreiben an Nürnberg, Tom. XIV. 561. Tom. XIV. 564, Tillys Schreiben an einen Bürger Nürnbergs. Antwort des Rates, Briefbuch 1632, fol. 119. Tom. XIV. 568—572, Tillys Schreiben aus Neukirchen. Ratserlässe am 11. und 12. März. — Soden, Gustav Adolf I. Teil, pag. 190 und 191.

Inzwischen aber hatte der Rat nichts versäumt, um die Stadt vor drohender Einnahme zu sichern. Er hatte das in den Ämtern liegende Kriegsvolk wie den Landesausschuß in die Stadt kommen lassen, die Bürgerwache wieder eingerichtet und den Pflegern den strikten Befehl erteilt, alles Getreide aus den Ämtern wieder in die Stadt zu schaffen. Den Müllern war der Auftrag geworden, andere und weitere Beutel einzuziehen und von nun an, bis die Gefahr vorüber, kein weißes Mehl, sondern nur Roggenmehl zu mahlen; man bediente sich wie im November und Dezember 1631 wieder der Rofs- und Handmühlen, um einen großen Vorrat an Mehl zu erhalten. An Generalfeldmarschall Horn aber hatte man alsbald, da die Meldung eintraf, die ganze Tillysche Armee marschiere auf Altdorf zu, einen Eilboten mit der Bitte abgeschickt, Horn möge der Stadt im Notfalle zu Hilfe eilen. Auch die Schanzarbeiten wurden nunmehr wieder energischer betrieben. Recht vorwärts war es damit nie gegangen, wie schon der Befehl an die Deputierten zum Schanzen beweist, der denselben einschärft, Sorge zu tragen, daß es dabei fleißig hergehe »vnd nicht daßjenige, so heut gebawet worden, morgen widerumb zu hauffen falle oder sonsten, zu defs gemeinen mannes bösen vnd schimpflichen nachreden, ab- vnd hinweg gerissen werden müße«. Denn auch unter den Bauern, die man neben den Bürgern zum Schanzen gebrauchte, waren viele faule Gesellen.

Anstalten des Rates zum Schutze gegen den Feind.

Tilly dachte jedoch, wie bereits ist erwähnt worden, für jetzt nicht an eine Belagerung Nürnbergs.⁴⁾

Schon am 6. März verließ er Lauf, kam noch an demselben Tage nach Neukirchen, und eroberte am 9. Bamberg. Die Stadtbevölkerung kam also wieder mit dem Schrecken davon, schlimmer jedoch waren die Ämter daran. Die Städtlein Lauf und Hersbruck erhielten kaiserliche Garnisonen und mußten, wie auch Stadt und Universität Altdorf, in einem Reverse dem Kaiser Treue geloben. So versprach die Bürgerschaft von Lauf, mit der Garnison friedlich zu leben, und wenn dieselbe feindlich angegriffen werden sollte, es sei, von wem nur immer, mit ihr Stadt und Schloß zu verteidigen und ihr überhaupt so beizustehen, wie sie gegen den Kaiser und die Generäle es sich zu

Kaiserliche Besatzung in den Ämtern. Reverse.

⁴⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 2., 4., 5., 12. und 17. März (auch am 26. Februar).

verantworten getraue. Sie gelobte nach Abzug der Garnison »keine andere, durch was praetext solches an sie begert werden sollte«, aufzunehmen, aufser wenn es der kaiserliche Kriegsdienst erfordere, sondern Stadt und Schloß selbst zu beschützen, auch dem kaiserlichen Kriegsvolke keine Verhinderung zu thun und endlich gegen die Benachbarten nichts Feindliches vorzunehmen. Der Rektor und die Professoren aber der Stadt Altdorf gingen, um die Bestätigung der vordem erteilten Salvaguardia zu erlangen, die Verpflichtung ein, sich mit ihren Scholaren und Studiosen dermafsen zu verhalten, wie sie gegen den Kaiser und dessen Generäle »ietzt vnd ins künfftig aller vnderthenigst sich zu verantwortten getrauen«.

Nun waren die Reverse nicht ohne Bedeutung; denn ein Bruch derselben konnte für die Städtlein ein schweres Strafgericht zur Folge haben, wenn dereinst abermals kaiserliche Truppen in diese einzogen. Dafs aber die Bürgerschaft dieselben zu halten gedachte, kann als ausgeschlossen gelten; sie hätte dies auch nicht gekonnt, wenn es gewollt hätte, denn die Reverse waren vom Rate in Nürnberg nicht legalisiert.⁵⁾

Die
Spezialallianz
nach der
Heilbronner
Konferenz.

Machte schon die abermalige Nähe des Feindes dem Rate keine geringen Sorgen, so kam in den Märztagen 1632 noch eine andere Frage in das letzte Stadium, mit welcher man sich schon seit langem eingehend beschäftigt hatte.

In Heilbronn hatte man sich mit dem schwedischen Abgesandten Nicodemi über einen gemeinsamen Konföderationsentwurf nicht einigen können. Und in der That, für die Städte standen wichtige Interessen auf dem Spiele. Gingen sie des Konfiskationsrechtes zu Gunsten des Königs verlustig, und stand diesem das Recht zu, die in den Städten liegenden katholischen Güter zu verschenken, so waren sie tief geschädigt. Deshalb beschlossen sie auch, hierin nicht nachzugeben, solange ein Widerstand überhaupt möglich sei, und noch waren die Verhandlungen nicht geschlossen, so wurde Krefs von Heilbronn aus aufgefordert, alles aufzubieten, damit diese Sache zu einem für Nürnberg günstigen Ende gelange.

⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. 503 u. 504, Revers der Stadt Lauf. Tom. XIV. 490 u. 491, Revers der Universität Altdorf. — Münchener Allgemeines Reichsarchiv. Tom. CLXXVII. fol. 453, Revers der Stadt Altdorf. — Soden, . . . I. Teil, pag. 192—195.

Die Erledigung dieser zwei Punkte im Sinne der Städte sollte auch eine der wichtigsten Aufgaben der Gesamtabordnung sein. Doch kam es, sehr gegen den Wunsch Nürnbergs, zu keinem gemeinsamen Vorgehen. Am 11. März waren die Hochgelehrten zu einer Konferenz zusammengetreten, um die Instruktion zu beraten, die den Delegierten nach Frankfurt an die Hand gegeben werden sollte, und schon am 12. März langten 2 Schreiben des Abgeordneten Jobst Christoph Krefs an, welche die Sachlage völlig änderten. In dem einen Schreiben berichtete Krefs, daß Gustav Adolf mit dem Konzept der Allianz sehr unzufrieden sei, daß Ulm sich seither verglichen habe und Nicodemi nach Straßburg abgeordnet worden sei, um die Allianz in Richtigkeit zu bringen, und daß der Rat sich jetzt auch nicht länger mehr aufhalten, sondern jemand »cum libera« an den König abordnen solle. In dem zweiten aber teilte er mit, daß der König auf Nürnberg sehr schlecht zu sprechen sei und der schwedische Rat Sattler ganz bedrohliche Reden geführt, ja, sogar von einem General gesprochen habe, »deme freyes commando in hiesiger statt verstattet werden solte«; zugleich aber riet er, man möge, um Gustav Adolfs Ungnade abzuwenden, alsobald zur Vollziehung der Allianz abordnen und in des Königs Begehren wegen der kupfernen Münzen willigen.

Da war nun freilich »das Temporisiren« nicht mehr angebracht. Denn es konnte »ein franckfurtischer proceß wider die herren vorgenommen vnd schwere conditiones vffgetrungen werden«. Zu alledem war Tilly in der Nähe und eine Belagerung immerhin zu befürchten. Bei wem anders aber als beim König konnte der Rat Hilfe suchen und erhalten? An Krefs erging daher sofort der Befehl, er möge den König bitten, daß dieser Zeit und Ort benenne, wann und wo die Nürnberger Delegierten eintreffen sollten.⁶⁾

Anmerkung. Die Korrespondenz zwischen Krefs und dem Rate erfolgte auf privatem Wege. Die Schreiben des Abgeordneten Krefs gelangten nämlich alle zuerst an Nürnberger Bürger.

⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XV. 138—140, Schreiben aus Heilbronn an Krefs. Tom. XV. 155—159, Ratserlaß am 6. März. Tom. XV. 240, Ratserlaß am 16. März. Erlaß der Herren Eltern am 12., 13. und 15. März. Tom. XVI. 186 ff., Erlasse der Herren vom Ausschuss am 23. März. Tom. XV. 159 u. 160, Dr. Herpfers aufgesetzte Punkte. Tom. XV. 165—168, Dr. Herpfers Bedenken. Tom. XVI. 11—19, Bedenken der Hochgelehrten am 11. u. 12. März.

Gustav
Adolfs Zug an
die Donau.
Forderungen
desselben an
den Rat der
freien
Reichsstadt
Nürnberg.

Eine Woche war vorüber, und Krefs hatte immer noch nicht geantwortet. Der Rat dachte nicht anders, als der Brief sei verloren gegangen, und Dr. Richter mußte ein neues Schreiben ausfertigen, gleichen Inhalts wie das erste. Kaum war jedoch dasselbe abgegangen, als am 23. März 2 Schreiben aus Kitzingen eintrafen. In dem einen, das der König sendete, wurde dem Rate die Mitteilung, daß Krefs gewisse Forderungen anzubringen habe; in dem zweiten aber, das Krefs abschickte, war das Verlangen gestellt: der Rat möge Dr. Chemnitz zur Aufbringung von 200 000 Thalern behilflich sein und dem König, der den Krieg an die Donau verpflanzen wolle, mit 3000 Mann, 4 halben Kartaunen samt Zubehör, sowie Munition und Zeug aushelfen.

Diese Forderungen waren nun so hoch, daß der Rat nicht gewillt war, sie Gustav Adolf, so sehr er demselben entgegenkommen wollte und jetzt auch entgegenkommen mußte, im vollen Umfang zu bewilligen. Doch that er sein Möglichstes, indem er sich herbeiliefs, 1500—2000 Mann zur königlichen Armee stoßen zu lassen und die 4 halben Kartaunen samt Zubehör, sowie Munition und Zeug zu verabfolgen. Krefs wurde davon alsofort benachrichtigt und ihm des weiteren noch der Auftrag erteilt, den König wegen der Abordnung abermals um Bestimmung der Zeit und des Ortes zu bitten.

Inzwischen kam der König mit seiner Armee immer näher, und es war wahrscheinlich, daß derselbe auch in Nürnberg seinen Einzug halten werde. Es wurden daher schon frühzeitig alle Anstalten zum festlichen Empfang desselben getroffen. Auch die Mißstimmung des Königs gegen Nürnberg war nun gewichen; denn der Rat hatte endlich das »Temporisieren« aufgegeben und sich zu bedeutenden Opfern verstanden. Dazu gestalteten sich die Verhältnisse für den König immer günstiger; die Allianz mit Straßburg und Ulm war geschlossen, und gegen Tilly konnten 40 000 Mann ins Feld gestellt werden. Diese veränderte Stimmung des Königs mochte Nürnberg auch insoferne zugute kommen, als derselbe nun nicht weiter mehr auf der Bewilligung eines Vorlehens bestand, sich mit 2000 Mann Nürnberger Kriegsvolk begnügte und betreffs der Allianz sich nachgiebig zeigte, indem er äußerte: »es würde die alliance nicht viel dicentes bedürffen,

Nürnberg sollte ihm bloß einen revers geben und ihrer freundschaft versichern, auch daß er allezeit sein retirade dahin haben, paß und repaß suchen könnte, wollten sie dieselbe hergegen succurirn und bey ihren freyheiten manutenirn«.

Am 27. März traf Jobst Christoph Krefs selber in Nürnberg ein, um dem König alsofort Bestimmtes über die Bewilligungen des Rates mitteilen zu können. Und so sehr der Rat sonst zauderte und handelte, diesmal zeigte er sich freigebiger. Er bewilligte für die Bedürfnisse der königlichen Armee 200 Ctr. Pulver, 100—120 Ctr. Blei, 10—12 Fuhren Schaufeln, Spaten und anderes Schanzzeug, machte sich mit 200 Simra Hafer, 400—500 Eimer Bier, mit Fleisch und Wein für den König und die Offiziere, sowie 80 000 Pfd. Brot gefaßt. Alle Pferde, welche in den Dörfern ringsherum zu bekommen waren, wurden in die Stadt gebracht; in der Stadt selber wurden die Fuhrleute mit ihren Pferden zurückgehalten; den Kaufleuten, welche zur Frankfurter Messe ziehen wollten, riet man eifrig hievon ab, und man beschloß, wenn dieselben dennoch fortziehen wollten, 50—60 Fuhrleute mit ihren Pferden nicht fortzulassen. Doch knüpfte man an die Bewilligungen die Bedingung, daß dieselben von den 72 Monaten abgezogen werden sollten.

Und da der Einzug des Königs nunmehr als nahezu sicher galt, so traf man noch größere Vorbereitungen als bisher, um ihn, den nordischen Helden, so glänzend als möglich zu empfangen und zu bewirten und alles fern zu halten, was die allgemeine Festesfreude stören könnte. Vier Italiener mußten sofort den Wirt bezahlen und die Stadt verlassen, Bambergern und Forchheimern blieben die Thore verschlossen.

Nunmehr war auch das Band mit dem Kaiser zerrissen und der Bund mit Schweden besiegelt.⁷⁾

Noch am 19. Februar hatte Kaiser Ferdinand II. dem Rate befohlen, daß von deponierten Geldern und Sachen, so von Gustav Adolf »inventirt und beschrieben worden«, nichts veräußert werden dürfe. Am 10. März 1632 aber wies er den

Des Kaisers
Schreiben an
den Rat der
freien
Reichsstadt
Nürnberg.

⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Erlässe der Herren Eltern am 17., 24. u. 28. März. Erlaß der Herren vom Ausschufs am 23. März. Ratserlaß am 17. März. Tom. XVI. fol. 191, Extrakt aus Krefs' Schreiben vom 24. März. »So viel die vorhabende Alliance mit Königl. May: in Schweden betrifft«. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer . . . I. Teil, pag. 211—219.

Rat auf die am 12. September 1630 im Reich publizierten »avocatori, inhibitori et monitori Mandaten« hin und auf seine spezielle Ermahnung im Oktober 1631, Gustav Adolf keinerlei Hilfe zu leisten, sondern die Armee des Kaisers und der ihm getreuen Stände zu unterstützen, was »eüre vnderthenigste schuldigste so oft durch abordnungen mündt: vnnd auch schriftlich gerhümbte deuotion«. Er drückte sein Befremden aus, daß Nürnberg ganz verdächtige und unzulässige Werbungen zu Gunsten des Feindes vornehme, diesem mit Geschütz, Munition und dergl. allen Beistand leiste und alles unterlasse und verhindere, was der kaiserliche Kriegsdienst erfordere. Dann drohte er mit den schweren Strafen, die denjenigen treffen würden, welcher den Feind des Reiches unterstütze, verbot aufs strengste, dem König irgend welche Hilfe, »es seye durch waserley wege es wölle«, zu gewähren, befahl alles zu thun, was zum Abbruch der schwedischen Machinationen und zur Beförderung des kaiserlichen Kriegsdienstes sei, und verlangte schliesslich nochmals die »vorhin begerte entliche schriftliche erklärung«. ⁸⁾

Antwort des
Rates auf die
2 kaiserlichen
Schreiben.

Die Antwort auf das erste Schreiben wurde dem Rate nicht schwer; denn Gustav Adolf hatte nie an denselben das Verlangen gestellt, deponierte Gelder zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme, so schrieb man dem Kaiser, wäre erfolgt, weil die Stadt bedeutende Summen zu fordern hätte; was bezüglich der Schönburgischen Verlassenschaft ja auch der Fall war. Anders lag die Sache beim zweiten kaiserlichen Ermahnungsschreiben, welches man in Nürnberg allgemein als Vortrab der Achterklärung ansah. Über dieses wurden längere Beratungen gepflogen, denn die Abfassung verlangte großes Geschick. Nun versprach sich allerdings der Rat von einer Rechtfertigung sehr wenig. Allein er wollte die Beschuldigung, er habe den Feinden des Kaisers mit Geschütz, Munition u. dgl. ausgeholfen, nicht auf sich sitzen lassen und fürchtete schlimme Folgen, wenn er einem Kaiser nicht antworten würde. Deshalb befahl er, ein Entschuldigungsschreiben zu begreifen und die ungerechte Anklage zurückzuweisen, »ehe ferners etwas würckliches mit kön. Mt. in Schweden gehandelt werde«, obwohl die Hochgelehrten meinten, es dürfte dafür ge-

⁸⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1632, fol. 140. Tom. XVI. 222—225. Ratserlaß und Gutachten der Hochgelehrten, Tom. XVI. 244—247.

halten werden, »also wenn man der kay. may. nur die augen damit erfüllen wollte, cum cingendus habeatur pro cincto«.

Nach Abschluß der Spezialallianz sollte das »Scriptum Apologeticum« folgen, warum Nürnberg endlich gezwungen worden sei, »aus der noth eine tugendt zu machen vnd sich mit dem könig in Schweden etwas näher zu conjungirn«.

Das sehr umfangreiche Schreiben aber, welches als Datum den 20. März trägt, in Wirklichkeit aber erst um den 27. abgeschickt wurde, lautete nach seinem wesentlichen Inhalte:

Wir haben nicht unterlassen, unsere Stadt mit Gebiet vor dem endlichen Untergange zu bewahren, uns und die Unserigen bei den hergebrachten Rechten, Reichssatzungen und Freiheiten noch längere Zeit zu erhalten und Ew. Majestät Mandate und Schreiben, »soviel in vnserm vermögen vnd crächften«, zu beobachten; wir haben auch bisher weder schwedische Garnison aufgenommen, noch dem König einen Eid geleistet, »inmassen E. kayserl. may: vor diesem sonderlich allergnedigst vnfs erinnern lassen«. Kriegsvolk, Geschütz und anderer Kriegsbedarf ist von uns bis jetzt nicht abgefolgt worden, und was die schwedischen Werbungen betrifft, ist »das maiste ausser vnserm gebiet geschehen«. Alles jedoch abzuwenden, ist »vnns, denn geringern, vnmöglich gewesen«; wie dies ja auch andere evangelische und katholische Stände nicht hindern konnten. Denn ein Widerstand wäre uns sehr verderblich geworden; wir hätten Garnison einnehmen und den Eid leisten müssen, oder es wäre unsere Stadt und Landschaft mit Feuer und Schwert angedrohtermassen eingeäschert worden, zumal es bei den bloßen Drohungen nicht verblieben, »sondern vermittelt des völligen anzugs vnd der vor augen geschwebten gefahr bereit ein würcklicher anfang mit grosem vnd der vnserigen schaden gemacht worden«. Wir hegen daher die Hoffnung, Majestät werde uns entschuldigt halten, daß wir die Werbungen »pro tempore« müssen geschehen lassen und dadurch größeres Unheil verhütet haben und »sedem belli von diesem creyfs bißshero abgewendet, zumal E. kayserl. may:, wie auch denn ligistischen officiern vnd werbern, wir die werbungen bey vnfs ieder zeit freygelassen vnd verstattet«.

Von Herzen wünschten wir, daß dasjenige, was wir bisher verhütet haben, auch fernerhin verhütet werden könnte. Durch

Tillys feindseliges Vorgehen aber sind »die sachen dahin kommen, dafs hierdurch der könig in Schweden, sambt seiner grossen kriegsmacht zu hiesiger statt nur desto mehr gelocket vnd dadurch zu anderm vorhaben, so sonst noch wol hette verbleiben mögen, verursacht worden«. Wir sind daher in schwerer Sorge, dafs wir fernerhin nicht mehr abzuwenden vermögen, was Mifs-günstige uns zugemessen haben, auf welchen Fall nicht uns die Verantwortung trifft, sondern diejenigen, welche »vnter dem praetext E. kayserl. may: allerhöchstgeehrten namens vnd doch ohne anweisung habenden befehls« die Beschwerden gegen uns immermehr gehäuft haben.

Wir leben demnach der Zuversicht, Majestät werde Anordnung treffen, dafs der Friede wieder gebracht werde, und verfügen, dafs das Tillysche Volk abgeführt, der den Städtlein auferlegte Revers kassiert, die aufgehaltenen Kaufmannswaren herausgegeben und wir weiter nicht beschwert werden. Wir sprechen zum Schlusse die Bitte aus, Majestät möge »vngleichen berichten« keinen Glauben schenken und nicht gestatten, »dafs wir mit der vff vngleiches berichten angedrohet schwere poen übereylet vnd dem heyl. reich zu defselben mercklichem praejuditz entzogen vnd allerdings vntüchtig gemacht werden. Hierdurch wird verhoffentlich ferners anreytzen der königlichen würden in Schweden, so nunmehr in meditullio imperii mit grosfer heeresmacht sich befindet, gegen vnfs verhütet vnd viel anders grössers vnglück abgewendet«.

Dies die Rechtfertigung des Rates; sie ist nicht neu, derselbe Gedankengang ist uns schon in früheren Schreiben begegnet. Allein wenn auch das eben angeführte Schriftstück gerade nichts Neues bietet, so mag eine kurze Beleuchtung desselben nicht ohne Interesse sein, weil sie uns einen neuen Beitrag zur Kennzeichnung der Nürnberger Politik liefert.

Vor dem 20. März hatte der Rat Gustav Adolf mit Kriegsvolk, Munition und anderen Kriegsbedarf allerdings nicht ausgeholfen, wohl aber Geld und Vorlehen bewilligt und schwedische Werbungen, wie er ja zugestehen musste, im Nürnbergischen gestattet; am Tage aber, da das Schreiben fortging, hatte man 4 halbe Kartaunen, Munition u. s. w. dem König verheissen. Der Rat steht auch jetzt nicht mehr in schwerer Sorge, er

könne nicht abwenden, was ihm Mißgünstige »zugemessen« haben, er ist dazu fest entschlossen. Die im Schreiben angedeutete Allianz mit Schweden wurde durch Tillys Zug gegen Bamberg und die Annäherung Gustav Adolfs wahrscheinlich befördert, denn sonst hätte der Rat wohl auch jetzt noch »temporisiert«. Allein gezwungen war man zu derselben schon durch den Würzburger Rezefs am 2. November, und gerade durch Tillys Einfall Ende des Jahres 1631 war der Abschluß der Spezialallianz hinausgeschoben worden; überdies stand der Entschluß, dieselbe auszuliefern, wenn der König unbedingt darauf dringe, schon im Oktober 1631 fest. Wenn es dann heißt, das feindliche Vorgehen Tillys gegen Nürnberg führe den König herbei, so ist ja dies in gewissem Sinne richtig. Die Nürnberger selber aber waren es, welche diesen in der Zeit der Gefahr herbeilockten, da sie ja nur bei ihm Hilfe suchen und finden konnten. Doch im März 1632 war Nürnberg nicht ernstlich gefährdet; der König zog herauf, um den entscheidenden Schlag gegen den Kurfürsten von Bayern und dessen Feldherrn zu führen. Einen Eid hatte Nürnberg bisher Gustav Adolf allerdings nicht geleistet, es hatte auch keine schwedische Garnison aufgenommen; aber es hatte sich gegen die allüberall im Reiche am 12. September 1630 publicirten Mandate verfehlt und die bestimmten kaiserlichen Ermahnungen zur Treue am 20. Oktober und 10. März nicht beachtet, und das wog denn doch schwerer als die gelegentlichen Mahnworte, die der Oberst Lobel im Namen seines Kaisers an Dr. Fetzner bei dessen Abschied richtete. Ligistische Werber hat man jedenfalls seit November 1631 in Nürnberg nicht mehr geduldet.

Was dann endlich die Drohungen des Schwedenkönigs anbelangt, so brauche ich hier nicht weiter mehr darauf zurückzukommen.

Wahrheit also spricht aus diesem Aktenstücke nicht. Allein diese konnte der Rat auch nicht sagen. Und so that er denn, was er nach Lage der Dinge thun konnte; er entschuldigte sich, so gut es eben ging, und liefs auch hier wiederum nicht außer Acht, daß schließlich doch noch der Kaiser siegen könnte.⁹⁾

⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1632, 13. März, fol. 400. Ratserslaß und Gutachten der Hochgelehrten am 24. März, Tom. XVI. 244—247. Tom. XIV. 586, Ratserslaß und Dr. Richters Gutachten. Tom. XVI. 321 ff. und Briefbuch 1632, fol. 140 ff., Schreiben an Kaiser Ferdinand II. Erlaß der Herren vom Ausschufs am 23. März. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S. I, L. 197, Nr. 23.

Antwort des
Rates auf
Tillys
Schreiben aus
Neukirchen
unterm
6. März.

Fast zu gleicher Zeit, da man bei dem Kaiser sich zu rechtfertigen suchte, wurde auch an Tilly ein Schreiben abgeschickt, als Antwort auf dessen Beschuldigungen, mit denen er von Neukirchen aus den Rat überhäuft hatte. Der Rat antwortete aber nicht aus Furcht vor Tilly, der Bamberg wiederum in seine Gewalt bekommen hatte, sondern weil er die Bezichtigung Tillys, es sei Horn alle Hilfe von Nürnberg aus geleistet worden, nicht auf sich sitzen lassen wollte; und zwar liefs er das Schreiben gegen den Rat der Hochgelehrten und Kriegsräte, welche der Meinung waren, ein solches würde gar nichts nützen, könnte aber sehr wohl schaden, ausfertigen. Furcht brauchte der Rat ja vor Tilly nicht mehr zu hegen; denn er wufste, dafs der König mit seiner ganzen Armee gegen diesen zu Felde ziehe. In diesem Schreiben ist die vorige Entschuldigung wiederholt und auf die schlimmen Folgen hingewiesen, welche die beharrliche Besetzung der Ämter, die Wegnahme der Handelswaren, sowie andere schwere Bedrängnisse und harte Bedrohungen nach sich ziehen könnten. Der König, so heifst es, würde dadurch verursacht, »mit dero starcken armee hiesiger statt, so wir biefshero, dem röm. reich zum besten, vor fernerm vngemach vnd anderer vngelegenheit durch Gottes gnad erhalten, ie lenger ie mehr sich zu nähern, vff welchen fall dann wir bey oballerhöchstgedachter kay. Mt. vnd der gantzen erbaren welt entschuldiget sein, da wir etwan zu andern biefshero, Gott lob, verbliebenen vnbeliebigen dingen solten genötiget sein, vnd die verantwortung den verrsachern, so ermelte kön. schwedische armee durch übermachte drangsalen vnd andere anreizungen dieser orten gelocket, übergeben haben wollen, defswegen nechst vorbehalt aller zugelafsenen notturfft hiemit in bester form bezeugend«. Daran schlofs sich die Bitte, Tilly möge die weggenommenen Nürnberger Kaufmannswaren herausgeben, das Kriegsvolk aus den Städtlein abziehen lassen »vnd also ferners vnheil, so dieser orten dem röm. reich vnd sonderlich andren benachbarten stenden zu nachthail entstehen möchte, wol mainend verhüten«.

Das Wesentliche in diesem Schreiben war die Drohung mit Gustav Adolf, welche aber nur das Sündenregister Nürnbergs beim Kaiser vergrößerte und den Kurfürsten Maximilian I. noch mehr gegen die Stadt reizte. Denn kaum hatte Tilly diesem

das Schreiben des Rates zugesendet, so liefs er davon eine Abschrift nehmen und schickte sie dem Kaiser mit folgenden Begleitworten: Majestät haben aus der Kopie des von Nürnberg an Tilly abgegangenen Schreibens zu ersehen: »dafs besagte von Niernberg selbst den feindt der orthen hergelockht vnd solcher durch ihr anstifften sich daherauf begeben habe, darauß abzunemmen, wie sie gegen euer Mt. vnnd dero getrewe assistirende chur-fürsten vnd ständ gesindt seind«. ¹⁰⁾

Wenn aber der Rat ferner die Bitte aussprach, Tilly möge die kaiserlichen Garnisonen aus den Städtlein abziehen lassen, so wufste er, dafs jetzt beim Anzuge Gustav Adolfs einer solchen Bitte es nicht mehr bedürfte und nur ein Mächtigerer den kaiserlichen und ligistischen Feldherrn hiezuhin bewegen könnte. Denn alle bisherigen Vorstellungen bei Tilly und dem Kurfürst Max I. waren vergeblich gewesen. Max I. gab zur Antwort, Tilly werde wohl Ursache gehabt haben, in die Städtlein kaiserliche Garnisonen zu legen, damit nicht der Feind sich dieser Orte bemächtigte und ihm so der Rückweg abgeschnitten werde, »wollen auch nit zweiflen, ihr werdet solches bei angedeüter beschaffenheit für ein notturfft befönnenden vnnd zu bezaigung euerer gegen ire kayl: mayl: tragender devotion dessen nit bedenncken tragen, wer gleichwol besser gewest, das es dergleichen nit bedörfft hete«. Tilly aber höhnte, dafs die Besetzung der Städtlein zu Nürnbergs Heile geschehe, was zu vernehmen, dem Rate allerdings »frembd vnd bekümmerlich« vorkam, führte bittere Beschwerde, dafs ein Quartiermeister auf dem Rückwege von Lauf erschossen worden sei, und drohte mit scharfen Gegenmafsregeln.

Feindliche
Truppen im
Nürnberger
Gebiete.

Inzwischen brandschatzte der Rittmeister Lorenz von Helmstatt die Umgegend von Lauf, indem ihm die Bewohner von Leinburg, Rötenbach und anderen Orten den Proviant zum Unterhalt der in Lauf einquartierten Soldaten liefern mußten,

¹⁰⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XIV. fol. 578 u. 580, Ratserlaß am 16. März und Gutachten Dr. Richters. Tom. XIV. 585, Ratserlaß am 9. März. Erlaß der Herren vom Ausschufs am 23. März. Briefbuch 1632, fol. 144 ff. (Tom. XIV. 589 ff.), Schreiben des Rates an Tilly. — Geheimes Staatsarchiv in München. Kaiserliche Korrespondenz, schwarzer Kasten 426/I.

und seine Reiter und Musketiere beunruhigten einen großen Teil des Nürnberger Landgebietes.¹¹⁾

Des Königs
Ankunft bei
Fürth am
30. März.

Doch nun kam Gustav Adolf immer näher. Am 30. März nahm er seinen Weg nach Fürth, und als er in Farrnbach angekommen war, luden ihn Generalmajor Balthasar Jakob von Schlammersdorf, Oberst Johann von Leublfing und Hans Jakob Tetzl ein, Nürnberg zu besuchen. Der König sagte den Einzug in Nürnberg zu und stellte außerdem das Verlangen, der Rat möge 200 000 Pfd. Brot für die Truppen nach Schwabach verschaffen, 1500—2000 Mann in Bereitschaft halten, den Offizieren zur Bezahlung des Mustermonats 3000 Thaler vorschießen und noch dazu über 500 kommandierte Soldaten abfolgen, welche Forderungen denn auch alsbald bewilligt wurden, denn ein Feilschen und Markten war jetzt nicht angebracht. Die Nacht vom 30. auf den 31. März blieb der König bei seiner Armee auf freiem Felde.¹²⁾

Gustav
Adolfs Ein-
zug in
Nürnberg am
31. März.

Mittwoch, den 31. März, hielt der König seinen Einzug in Nürnberg. Am frühen Morgen wurden die 9 Fahnen, jede 300 Mann stark, aufgeführt. Dann begab sich eine Ratsdeputation mit ansehnlicher Begleitung zur Stadt hinaus, um Gustav Adolf zu empfangen, den sie zwischen 8 und 9 Uhr antraf. Der Zug ging herein zum Spittlerthor durch die Stadt hindurch hinauf auf den Egydienberg, wo im Imhofischen Hause zur glänzenden Bewirtung des Königs alle Anstalten getroffen waren. An der Spitze desselben gewahrte man die Deputierten des Rates und nach diesen viele Grafen, Freiherrn, Ritter u. s. w., an die sich 200 Reiter schlossen. Hernach folgten 6 Trompeter des Königs und ein Heerpauker, der sich durch die ganze Stadt hindurch hören liefs. Nach diesen wurden des Königs 12 Leibrosse geführt, auf welche der königliche Hofmeister Bernolph von Crailsheim kam. Nach Crailsheim sah man Gustav Adolf selber, majestätisch in Gestalt und Haltung, begleitet von dem länderlosen König von Böhmen, dem Herzog Ernst von Weimar, Herzog August von Sulzbach und vielen Rittern, Edlen und

¹¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Briefbuch 1632, 16. und 25. März, fol. 134, 143 und 148. Tom. XIV. 592—594, Schreiben an Tilly. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S. I, L. 223, Nr. 11.

¹²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Erlaß der Herren Eltern am 31. März.

Herren samt einer ansehnlichen Kavallerie und einer Schar von Bedienten. Das Ganze beschlossen 2 Kompagnien schwedischer Dragoner mit einem Trompeter.

Wohl zierten den Zug nicht eine Menge Trabanten, nicht die vielen Sänften, Maulesel, Kammerwägen mit fürstlichen, gräflichen und adeligen Frauenzimmern, nicht eine ansehnliche Leibgarde. Nürnberg, in dessen Mauern die Kaiser so oft geweilt, hatte manch glänzenderen Einzug gesehen. Und doch hatte derselbe eine so große Menge Volkes aus nah und fern herbeigeführt, wie kaum ein anderer, und wohl nie war die Begeisterung, der Jubel der Bevölkerung größer gewesen als bei diesem. In allen Gassen, durch welche sich der Zug bewegte, standen Bürger und Soldaten in voller Rüstung; Fenster, Läden und Buden, ja auch die Brunnen waren dicht mit Schaulustigen besetzt, und gar manchem füllten sich, als er die Heldengestalt des Königs gewahrte, die Augen mit Freudenthränen.

Im Imhofischen Hause angelangt, wo sich der größere Teil des Rates eingestellt hatte, um bei der Tafel persönlich aufzuwarten, wurde der König durch Christoph Fürer und Georg Christoph Volkamer empfangen und beglückwünscht, und es wurden ihm die Geschenke übermacht, die in Wein, Fischen, Hafer, 4 halben Kartaunen mit der dazu gehörigen Munition, einem Himmels- und Erdglobus, die, zugleich Trinkgeschirr, inwendig vergoldet und auswendig schwarz eingelassen waren, und einem Rotschimmel bestanden. Der König zeigte sich ob dieser reichen Geschenke hochofren und dankte in einer längeren Rede, in der er den Rat ermahnte, fest bei der evangelischen Sache auszuharren gegenüber dem listigen und mächtigen Feinde, dessen Sinnen und Trachten darauf gerichtet sei, die Evangelischen auszurotten und sich der Vorfahren würdig zu erweisen, die in der ganzen Welt berühmt gewesen, und in welcher er sich auf den augenscheinlichen Schutz Gottes berief, der ihn zu diesem Werke ausersehen habe, ihn, der Land und Leute verlassen, um die evangelische Lehre zu retten und die deutsche »Libertät« zu erhalten.

Vervielfältigt ist diese Rede des Königs, wie auch die Beschreibung des Einzugs damals durch den Druck. Auch der Geschichtsschreiber Chemnitz und Chronikenschreiber führen dieselbe ausführlich an, manchmal mit Zusätzen, die von ihrer

reichen Phantasie zeugen. So läßt Volkamer den König also sprechen: Ich suche nicht einen Fuß breit im Reiche zu gewinnen oder zu behalten, sondern wenn alles durch Gottes Gnade wird versichert sein, insonderheit dafs das Evangelium ohne Anstofs bleibe, so werden ich und die Meinigen sich wieder nach Hause begeben.

Doch so selbstlos, wie Volkamer ihn sich denkt, war Gustav Adolf keineswegs, und wenn er auch immer nur die religiöse Seite seines Feldzuges betonte, eine solche Lüge sprach er sicherlich nicht aus.

Während der Tafel zeigte sich der König ganz freundlich, auch sprach er mit lauter Stimme, dafs man ihn im ganzen Saal vernahm. Und wie in einer Chronik erzählt wird, hätten die Offiziere beteuert, den König niemals so lustig gesehen zu haben und dafs ihm alles so wohl geschmeckt habe. Doch blieb er, da er noch an demselben Tage nach Schwabach gelangen wollte, nur kurze Zeit in Nürnberg. Schon zwischen 2 und 3 Uhr brach er wieder auf, nahm seinen Weg zum Hallerthürlein hinaus, besichtigte rings um die Stadt bis zum Spittlerthor alle teils neu aufgebauten, teils angefangenen Aufsenwerke und reiste dann nach Schwabach weiter, wohin er schon am frühen Morgen die Armee vorausgeschickt hatte, zu der am 5. April auch die bereits erwähnten 2000 Mann aus Nürnberg stiefsen.¹³⁾

Der Revers
und
Gegenrevers.

Bei der Anwesenheit Gustav Adolfs in Nürnberg kam auch eine Angelegenheit, welche dem Rate schon seit langem viel Kopfzerbrechen verursacht hatte, zu einem gewissen Abschlufs, nämlich die Spezialallianz. Auf die Erklärung des schwedischen Rates Sattler, der König wolle keine »grose weitlaufftigkeit«, sondern allein durch einen Revers der Herren »trew vnd bestendigkeit« sich versichern, brachte nämlich Dr. Richter einen Revers zu Papier, der auch die Zustimmung Sattlers fand. Tetzl und Krefs

¹³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Wills Museum Noricum Nr. I. »Kurze Beschreibung Königlicher Majestät Ein- und Abzug in Nürnberg, so geschehen den 21. März 1632 (a. Kal.) zwischen 9 und 10 Uhr Vor- und 2 u. 3 Uhr Nachmittag der kleineren Uhr«. Chronik, Beschreibung der Stadt Nürnberg, Geschichten, die sich in dem XVII. Seculo ereignet 1601—1670; die Volckamerische Chronik (Schwarz-Amberger Noricasammlung 77 2⁰ u. 523 4⁰). — Hiezu Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Teil, pag. 219—223. — Wills Museum Noricum Nr. 15. Chemnitz, der schwedische in Deutschland geführte Krieg, pag. 305—307. — Nürnberger Kreisarchiv. Erlafs der Herren Eltern am 4. April.

aber erhielten den Auftrag, dem König nachzureiten, ihm die »Konföderationsnotul« zu übergeben und sich um deren Genehmigung möglichst zu bemühen. Was dann die 72 Monate anbetraf, so sollten sie sich zu den hiebevor bewilligten 72 Monaten nochmals erbieten und solche Bewilligung auf das ganze Jahr richten, jedoch dabei ausdrücklich bedingen, daß Nürnberg über dieselbe nicht beschwert werden dürfte.

Damit fand denn auch der von Dr. Richter aufgesetzte Entwurf eines Bündnisses seine Erledigung. Ich halte es daher auch nicht für geboten, auf das Richterische Konzept näher einzugehen, und beschränke mich darauf, aus demselben nur die sogenannte »clausula salutaris« hier zu erwähnen, weil diese zu längeren Erörterungen Anlaß gab und bezeichnend für die Nürnberger Politik ist.

Die eine Hälfte der Hochgelehrten nämlich, Tüschelein, Hülfs, Ölhafen und Herpfer, wollten ausdrücklich aufgenommen haben, man sei gezwungen worden, sich mit Gustav Adolf zu verbünden, weil derselbe sich sonst hätte der Stadt bemächtigen können; die andere Hälfte, Richter, Fetzer, Hartefsheim und Praun, war dagegen. Die einen begründeten ihr Verlangen damit, daß man ja den Zwang am kaiserlichen Hofe »toties quoties contestirt vnd fürgeschutzt hätte«; die anderen aber machten geltend, daß der Krieg zur Erhaltung der evangelischen Religion und der deutschen Libertät geführt würde und es somit »ein seltsam ansehen« hätte, »daß man bekennen will, man were zur beytrettung mit gewallt gezwungen worden«. Und in der That haben beide Ansichten auch ihre Berechtigung. Allein was mußte Gustav Adolf zu einer solchen Klausel sagen? Der Rat entschied sich daher, von der richtigen Erwägung ausgehend, daß dieselbe beim Kaiser nur sehr wenig zur Entschuldigung dienen, der König aber höchlich beleidigt würde, für deren Weglassung.

Durch den einfachen Revers aber war noch manch andere Klausel, die der Rat im Hinblick auf die künftige allenfallsige Verantwortung beim Kaiser als wichtig erachtete, hinfällig geworden. Leider konnte ich die so wichtige Originalurkunde trotz aller Bemühungen nicht auffinden; auch eine diesbezügliche Anfrage bei verschiedenen Archivbehörden, wie in Stockholm, Wien, München und Bamberg, blieb ohne Erfolg. Aus Stock-

holm wurde mir zur Antwort, die Urkunde der Spezialallianz sei wahrscheinlich bei dem großen Brande, der im Jahre 1697 das königliche Schloß verzehrte, vernichtet worden.

Scheint so das Original nicht mehr vorhanden zu sein, so besitzen wir wenigstens eine Abschrift der »Versicherungsnotul« und des »Reverses«, wie diese zu Anfang lauteten; über die kleinen Abänderungen freilich, die später noch erfolgten, fehlt uns ein genauer Aufschluß. Unter dem Beratungsstoff des fränkischen Kreistages nämlich finden sich die »versicherung vnd reversnotul«, von denen es heisst, daß sie »omissis nominibus denn Nürnbergischen gleichlautend«, wofür uns auch noch folgendes bürgt: In der fünften Sitzung des fränkischen Kreistages nämlich richtete Hofrat Dr. Martin Chemnitz an diejenigen, welche mit dem König »vermittelst gewisser revers vnd gegen obligation, noch nicht verglichen« die Aufforderung, dies nunmehr nachzuholen, »vff maß vnd weiß, wie bereit von der Statt Nürnberg geschehen, so den Anfang gemacht«. Auch der Geschichtsschreiber Bogislav Chemnitz bringt pag. 307 und 308 den Revers der Stadt Nürnberg bis dorthin, wo von den speziellen Verpflichtungen die Rede ist, genau so, wie er den Delegierten zum fränkischen Kreistage vorgelegt wurde.

Ich gebe hier Versicherungsnotul und Revers ihrem ganzen Wortlaute nach wieder.

Des Königs Versicherungsnotul.

Wir Gustaff Adolph vonn Gottes gnaden, der Schweden, Gotthen vnndt Wenden könig. ρ

Alfs wir bey vnnsere dem gemainen euangelischen weesen zue guet übernommene expedition mit vnser armée ρ angelanget vnnd wessen wier vnns zue N. zuuersehen, versichert sein wollen, N. N. daselbsten vnns vntterthenigst zuegesaggt vnndt versprochen, daß sie bey vnns getreulich stehen vnnd halten, vnns vnndt vnser cron nun vnd khünfftig zu ausführung des übernommenen kriegs nicht alleine nach eüssersten vermögen vnndt in specie mit einer gewiesenen monatlichen Gelldthülffe beyspringen vnndt assistenz leisten, sondern auch vnns vnndt vnser armée, wie, wann vnndt so oft es die nohtturfft erfordert, vnnd wir vonn N. begehren werden, eine sichere retirada, neben

freyem pafs vnndt repafs inn: vnndt durch ihre ꝑ jheder zeite verstaten, hingegen solliche vnfsere vnnd gemeinen euangelischen weesens feinden versagen vnnd ihnen sonsten keinerley weise vorschueb, hülff, noch vorthail thuen, vielmehr eüsserst manutiren, zu dem ende bey antringender noth vnssere soldatesca einnehmben, die ihrigen aber jhetzt also forth vnnfs schwehren lassen vnndt innfs gemein beym werckh erbar vnndt aufrichtig sich bezeugen vnndt dafs thuen vnnd laisten wollen, wafs vnserer kriegsdirection gemeefs nutzlich vnndt vortreglich sein möchte, alles weütherfs besagtes vnnfs ihrer N. hierüber aufgestellten reversalen.

Dafs wir hingegen gedachten N. gnedigst zuegesagt vnd versprochen, zuesagen vnnd versprechen auch hiemitt in craft dieses, dafs wir ihre ꝑ vntterthanen vnndt verwanthen, wie bishero also auch noch ferner, nechst befreyhung aller kriegspressuren, wieder vnfsere vnnd ihre feinde vor allen feindtlichen drangsahten vermittelst Gottes geneedigen beystandtes königlich defendiren vnd schutzen, darbey sie ihre ꝑ bey ihres reichs immedietet, jurisdiction vnndt allen andern rechten vnndt freyheiten inn geist: vnndt weldlichen sachen, wie dieselben hergebracht vnndt nahmen haben, nichts aufsgenommen, gnedigst erhalten, in specie die einnehmung vnnfserer soldatesca, welliche bey obhandener feindts gefahr auff vnnser guetfindung vntter vnferm directorio geschehen möchte, ihnen so wenig allfs die pflichtte ihrer soldaten, welliche sie vnfs gelaistet, hierwieder gemeint, noch ihnen vnnd ihren statuten, an ihren priuilegien praejudicirlich sein lassen, sondern wie vnfer soldaten inn gueter disciplin vnndt inn abschlag der bewilligten contribution auff vnfsere costen vnterhalten, also dafs directorium zue ihres stats conservation führen, so dann mit Gottes hülffe ihrer bishero vielfeltig wieder defs römischen reichs fundamental satzungen zuegefüegeten schwehren gravaminum nach vermögen entledigen vnndt ander weüth widerumb zue gueten auffnemen ergetzen, innsonderheit aber auch bey diefsem zue Gottes ehre vnnd erhaltung der teutschen libertet inn religion vnd prophan sachen, dem gemeinen euangelischen weesen im römischen reich zum besten, wieder derselben verfolgere christlich fürgenommenen krieg keinen frieden schliessen wollen, es sei dann, dafs er-

melldte ρ dero ρ vnnd landschafften sambt allen vnd jeden ihren angehörigen vnndt zuegethanen darinnen mit begriffen vnndt oberwehndter ihrer drangsahlen vnnd gravaminum entlediget vndt versichert sein. Zue vrkhundt haben wir difs mit aignen handen ρ.

R e v e r s.

Wir bekhennen hiemit öffentlich für vnns, vnnsere nachkommen, stätte, landtschafft ρ, als der durchleuchtigst, großmechtigst fürst vnndt herr, herr Gustaff Adolph, der Schweden ρ vnnsrer genedigster khönig vndt herr mit seiner königlichen armée bey vnnsrer ρ angelanget vnndt wesen ihre königliche majestett bey ihrem für defs gemainen euangelischen weesens wohlfarth vbernommenen krieg sich zue vnns vnnd vnnsren ρ zueversehen hetten, aigentlichen versichert sein wollen, dafs wier demnach zuegesaget vnndt versprochen, zuesagen vnndt versprechen hiemitt in crafft diefs für vnns vnndt vnnsere nachkommen bey vnnsren waahren Worten, trawen vnndt glauben, an aidts statt, dafs wier bey höchstgedachter ihrer königlichen mayestett getreulich stehen vnndt hallten, deroselben vnndt der crohn Schweden ρ nun vnndt innfs khünfftig zue aufsführung defs vbernommenen kriegs nicht allein nach eüsserstem vermöegen beyspringen vnndt afsistenz laisten, sondern auch zue dero versicherung so wohln für sie selbst, als dero armée, wann vnnd so oft efs die nohtturfft erfordert vnndt sie vonn vnns begehren werden, ihre sichere retirata neben freyhen pafs vndt repass inn: vnnd durch vnser ρ jheder zeit verstatten, hin gegen solliches ihre königliche mayestett vnndt vnnsren feinden versagen, auch sonst ihnen keinerley weifse vorschueb, hülffe noch vorthail thuen, viellweniger aber ihnen vnnsere ρ eingeben, noch ihre guarnison einnehmben: sondern dieselbe wieder sie mit eüsserster macht hallten, vnnd da die nohtturfft erforderte, dafs wegen obliegender gefahre wier ihr königlich mayestett volckh einnehmben würden, welches dann auff sollichen fall nach ermessen ihr königlichen mayestett ρ vnndt vntter dero directorio vnwaigerlich geschehen solle, vnns neben demselben defendiren vndt diefsfahls mit gedachtter königlichen soldatesca getreulich heben vnd legen, zue defs mehrer ver-

sicherunge auch vnnfsere aigene soldatesca, die wir ietzt vnnndt khunfftig zue vnnfser guarnisonen haben, ihr koniglichen mayestett neben vnnfs mit aidte verpflichtet sein lasen.

Dann auch in specie ihr koniglichen mayestett ρ monathlich, so lange der krieg wehret, so viel monath einfachen römerzuegfs, allfs sich ihr konigliche mayestett ρ mit dem fränckischen craifse khunfftig vergleichen wird, nach der reichfs matricul gegen gebührender quittung allhier inn Nurmberg an gueter gangbahrer wehrung aus zehllen vnnndt erlegen vnnndt innfs gemein im werckherbar vnnnd auffrichtig bezeugen, thuen vnnndt leisten wollen, was ihr koniglichen mayestett kriegsdirection, dem gemainen euangelischen weesen im reich zum besten, nützlich vnnndt fürtreglich sein würdt, dafs jhenige aber, wafs wier vber vnnfsere ordinari guarnison an volckh selbst vntterhallten oder khunfftig, da der feindt vnnfserer ρ anfechten würde, auff der koniglichen mayst. soldatesca verwenden oder anderer kriegsnohtturfft vonn geschütz, munition, proviant vnnndt dergleichen ihr koniglichen mayestett darschiefsen würdten, soll jheder zeit gebührlichen defalcirt vnnndt abgezogen, auch sonst alles dafs vnnfs koniglich gelaistet werden, worzue sich höchstgedachte ihre konigliche mayestett inn ihrem aufgestellten revers sub dato im koniglichen hauptquartier N. genedigst erbotten vnd anhaifsig gemacht haben. Zue vrkhundt ρ.

Beendet jedoch waren damit die Verhandlungen über die sogenannte Spezialallianz noch nicht.¹⁴⁾

Zu gleicher Zeit kam auch die »Rekompenssache« ins Reine. Am 15. April brachten Tetzl und Krefz die in Nordheim am 9. April ausgefertigte Schenkungsurkunde zurück. Nürnberg gelangte hiedurch in den Besitz des Deutschen Hauses samt all dem, was auf dem Lande hiezu gehörte, erhielt alle in im grofsen Gebiete der freien Reichsstadt befindlichen Güter des Feindes zugesprochen, wurde Herr aller Bambergischen und Dompröpstischen Unterthanen zwischen den 3 Wassern Rednitz, Schwarzach und Schwabach, die nun ihren Zehent nach Nürnberg

Schenkungen
des Königs an
Nürnberg.

¹⁴⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlaß am 1. April. Tom. XVI. 200, Ratserlaß am 30. März. Tom. XVI. 207 ff. Bedenken der Hochgelehrten. Tom. XVI. 211 ff., Dr. Richters aufgesetzte Konföderationsnotul. Tom. XVI. 391 ff., 394 ff., 400 ff., 404 ff., der Revers unter dem Beratungstoff des fränkischen Kreistages.

liefern mußten, und bekam Aussicht auf alle Gerechtsame, welche bisher den beiden Brandenburg zustanden; denn Gustav Adolf versprach ausdrücklich, allen Einfluß bei den brandenburgischen Häusern geltend zu machen, daß diese auf die beanspruchten Rechte zu Gunsten Nürnbergs verzichteten. Es hatte somit erreicht, was es schon seit längerem anstrebte.

Gerade die 2 Forderungen, auf welche man städtischerseits in Heilbronn das größte Gewicht gelegt hatte, das Konfiskationsrecht und damit verbunden die Erwerbung der in der Stadt gelegenen und dem Feinde gehörigen Güter waren ihm bewilligt worden. Der Herd der Verschwörung, als welcher das Deutsche Haus galt, war aufgehoben; denn mit der Besitzergreifung des Rates konnten auch der Hauskommentur und die zwei Kapuziner nicht länger mehr in Nürnberg bleiben. Sie verließen daher auch in der Nacht vom 3. auf den 4. April, begleitet von einem Trompeter und einigen Musketieren, die Stadt. Denn noch bevor die Schenkungsurkunde ausgefertigt wurde, am 3. April, verfügte sich der Hofrat Dr. Martin Chemnitz mit Notar und Zeugen ins Deutsche Haus, nahm das bisher dem Deutschen Orden anvertraute und zum Nachteil des Rates geführte Siegel, alle Dokumente, Privilegien und Saalbücher in Beschlag, liefs ein genaues Verzeichnis aller Mobilien, sowie der nach Ellingen geflüchteten Rechnungen und Amtsbücher aufnehmen und liefs Thüren, Truhen und Schränke verschließen. Alsdann erschien er mit einem großen Bund Schlüssel im Rate, setzte diesen in den Besitz des Deutschen Hauses ein und erklärte die darin befindlichen Gelder und Wertsachen im veranschlagten Werte von 9853 fl. 15 kr. als dem König verfallen, wovon in Abrechnung kommt, was Dr. Chemnitz und sein Diener mitnahmen.

Allein so recht froh sollte der Rat der neuen Schenkungen nicht werden. Denn es war an dieselbe die leidige Bedingung geknüpft, Nürnberg habe hierfür 100 000 Thaler resp. 150 000 fl. zu bezahlen, und dann war der neue Besitz ein durchaus unsicherer; nur bei einem vollständigen Siege Gustav Adolfs konnte man hoffen, in demselben zu bleiben. Auch das Mißtrauen und die Abneigung zwischen Nürnberg und den beiden brandenburgischen Häusern wuchs noch mehr, statt sich zu mindern; denn Ansbach und Bayreuth wollten, wie wir in der Folge

erfahren werden, nicht ein Jota von ihren Rechten aufgeben. Bezeichnend für die Gesinnungen, die man gegen einander hegte, ist folgender Vorgang: Am 17. März schrieb Dr. Heher, der früher in Nürnbergs Diensten gewesen, mit dem Beginn des Jahres 1632 aber Beamter des Königs geworden war, Gustav Adolf habe auf Betreiben des Markgrafen Christian der Regierung in Würzburg befohlen, daß sie dem brandenburgischen Rate Agricola die im letzten markgräflichen Kriege zu Plassenburg gelegenen und ins Würzburger Archiv gebrachten Dokumente und Akten besichtigen und, was Brandenburg gehörig, nach der Plassenburg schaffen lasse. Nun sei seine Meinung, der Markgraf wolle nur die zwischen Nürnberg und den verbündeten Stiftern bestandenen »areana vnd andere secreta« erforschen. Dies könnte aber die bisherigen Differenzen nur erneuern und dauernd machen, wie er sich durch einen oberflächlichen Einblick in die Akten überzeugt habe. Daraufhin erging an Dr. Heher sofort das Ersuchen, er möge sich angelegen sein lassen, »wann je dieſe inspectio documentorum nicht gahr verhindert werden khöndte, daß doch die acta der damahlſ gewefſener dreyer bundtſtändte ad interim beyſeithſ gethan werden vnnd deren perlustratio ihme Agricolae nicht gedeyen mögte«. In der That wußte auch Dr. Heher zu verhindern, daß Agricola Einsicht in den Akten bekam.

Natürlich mußte sich auch das Verhältnis zu den katholischen Staaten und im besonderen zu Bamberg, mit dem man bereits im März wieder auf denselben Standpunkt geraten war, den man im November und Dezember 1631 eingenommen hatte, noch mehr verschlechtern. Denn alle dem Feinde, also auch Bamberg, zugehörigen Güter im ganzen Gebiete der freien Reichsstadt Nürnberg waren nunmehr dem Rate verfallen, und die bisher bambergischen Unterthanen zwischen den 3 Wassern mußten diesem huldigen. Und der Rat säumte auch nicht, seine neuen Rechte geltend zu machen. Der Dompropstische Kastner Johann Prager durfte kein Getreide verkaufen, auch vom Gelde, das er gelöst und in Händen hatte, ohne Erlaubnis des Rates nichts weggeben. Man legte den bambergischen, eichstädtischen, ebrachischen und anderen Verwaltern »vermittels anglobens an aydtstatt« auf, weder Getreide noch etwas anderen abzufolgen,

liefs ein genaues Verzeichnis der feindlichen Güter herstellen und den Depositären den Schwur abnehmen, dafs sie alles, was dem Feinde zugehörig, in strenger Verwahrung halten würden. Der Hauptmann Michel Imhoff aber, welcher hatte verlauten lassen, ein kaiserlicher Offizier hätte in der Stadt 20 000 Thaler liegen, erhielt die Aufforderung, bei seinem Eide »in hechster geheim vnd vertrauen« nähere Auskunft zu geben, »damit man sich defselben bei diefser geltklemb gebrauchen möge«. Wie hoch sich übrigens der Wert der feindlichen Güter belief, die man zum Teil sich sofort anzueignen, zum Teil aufzubewahren gedachte, läfst sich nicht bestimmen. Der Wert der geflüchteten Güter wenigstens scheint nicht zu hoch gewesen sein. Denn in einem Ratserlafs, aus dem allerdings der Ärger über die begehrte Summe von 150 000 fl. sprechen mag, heifst es, man solle schlüssig werden, ob man dem König, welcher »solche geflehnete gütter vber die mafsen hoch aestimirn, gegen erlafung oder moderation obberührter starcker geltsummen lediglich cedirn vnd vbergeben wolle«.

Dazu kam noch, dafs an Nürnberg immer gröfsere Anforderungen gestellt wurden. Dies sollte der Rat gerade jetzt wieder auf dem fränkischen Kreistage erfahren.¹⁵⁾

V. Kapitel.

Vom fränkischen Kreistage bis zur Ankunft Gustav Adolfs im Juni 1632.

Der
fränkische
Kreistag.

Der fränkische Kreistag fand statt, damit endlich auch der ganze Kreis »mit ihrer königlichen würden richtig werde«, die Mittel, welche zu Würzburg dem König von einem Teil der fränkischen Kreisstände bewilligt worden waren, nunmehr auch

¹⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 27. und 30. März, 4., 6., 15. und 22. April und am 8. Mai. Erlässe der Herren Eltern am 31. März und 1. April. Erlafs der Herren vom Ausschufs am 10. April. Tom. XVI. 272 und 273, Kopie des königlichen Donationsbriefes. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S. I, L. 220, Nr. 15, Bedenken der Hochgelehrten. S. I, L. 220, Nr. 15, betr. Anfrage an Michel Imhoff. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Teil, pag. 230—233. — Murr, Beiträge zur Geschichte des 30jährigen Krieges.

von den übrigen nachträglich genehmigt, sowie die Lasten festgesetzt würden, die jeder Kreisstand künftighin tragen müßte. Die Eröffnung desselben ging am Freitag, den 23. April, vor sich. Er war beschickt von Coburg, Henneberg, Erbach, Wertheim, Schweinfurt, Bayreuth und Nürnberg. Die Stände hatten teils ihre eigenen Vertreter gesandt, teils ließen sie sich durch andere vertreten. Nürnberg ordnete zu demselben Christoph Volkamer, Hans Christoph Tucher und Dr. Georg Richter ab; als Abgesandte des Königs fanden sich Dr. Martin Chemnitz und Wolf Dietrich Truchsefs von Wetzhausen auf Sternberg ein. Graf Kraft von Hohenlohe, welcher ursprünglich bestimmt war, Gustav Adolf zu vertreten, erschien nicht, es lief viel mehr im Laufe der Verhandlungen ein Kreditivschreiben auf Dr. Martin Chemnitz ein.

Die erste Sitzung machte die fränkischen Kreisdelegierten mit dem bekannt, was der König von ihnen erwartete. Die Anforderungen aber, welche an dieselben gestellt wurden, waren keine geringen. Es sollten 1. diejenigen Stände, welche sich noch nicht verglichen hatten, dies in Bälde nachholen. 2. Es sollte Abrechnung gehalten werden über die früher bewilligten und teilweise bezahlten 72 Monate, wobei jedoch bis zum Entscheid des Königs ausgesetzt blieb, ob hiebei, was an Geld, Brot, Wein, Bier, Fleisch, Hafer, Munition u. s. w. vorgeschossen worden war, von der bewilligten Kontribution abgezogen werden sollte. 3. Die Stände sollten sich entscheiden, ob und wie kupferne Münzen einzuführen seien, 4. wie man die in feindlicher Gewalt befindlichen Orte des Kreises befreien könne und 5. wieviel jeder Stand Soldaten hiezuhin stellen wolle. Sie sollten 6. angeben, was an Munition, Proviant und anderen Kriegsbedürfnissen bei ihnen vorhanden und brauchbar sei, 7. die Beschwerden über die Soldateska anbringen, damit denselben abgeholfen werden könne, 8. sich um Salvaguardien melden und 9. sich darüber erklären, wie es mit dem Ankauf der abgenommenen Pferde, des Rindviehes und anderer Waren zu halten sei. Sie sollten ferner eine neue Kontribution von 12 einfachen Römerzügen im Monat entrichten, also doppelt soviel, als in Würzburg festgesetzt worden war, und dem Obersten Wolf Dietrich Truchsefs die Mittel zur Eroberung Kronachs, Forchheims und der Stadt Bamberg liefern, die ganz bedeutend waren. Weitaus die größten Opfer aber

verlangte noch die Eroberung der starken Festung Forchheim, und diese sollte Nürnberg allein bringen.

Nun war der Rat bereits unterrichtet, daß ihm neue Lasten aufgebürdet werden sollten. Denn der König hatte am 4. April aus Monheim an denselben geschrieben, er habe Wolf Dietrich Truchsefs beauftragt, daß er ein corpus zusammenbringen und Forchheim angreifen solle, und mit dieser Mitteilung zugleich die Hoffnung ausgesprochen, Nürnberg werde Truchsefs auf sein Erfordern ein paar tausend geworbene Soldaten zuschicken und sonst mit dem, was zur Belagerung nötig, aushelfen, da es der Soldaten in der Stadt nicht bedürfe, »sondern vns damit ohne einzige eure gefahr afsistirn könnet, an materialien vnd kriegsberaitschafft aber zum überfluß versehen«. Eine Überraschung also konnte diese sogenannte Truchsessische Forderung nur bezüglich ihrer Höhe bringen. Und in der That war, was Nürnberg leisten sollte, sehr viel und stand in keinem Verhältnis zu dem, was von den übrigen Ständen begehrt wurde. Truchsefs verlangte nämlich 6 halbe Kartaunen, worunter allerdings auch jene 4 waren, welche die Stadt dem König zum Geschenk gemacht hatte, und 2 Mortiers; außerdem 160 Ctr. Pulver, 300 Ctr. Luntten, 200 Musketenkugeln, 300 Pferde zur Artillerie und das nötige Schanzzeug. Nürnberg sollte dies selbst nach Forchheim schaffen, den Zeugmeister, sowie Personen zum Minieren, Petardieren und Feuerwerken stellen, als Proviant für das Kriegsvolk die in der Stadt liegenden Vorräte an Getreide, welche der Dompropstei Bamberg, dem Kloster Ebrach und dem deutschen Orden gehörten, verwenden, auch alle Geldgefälle derselben und überdies noch die im deutschen Haus vorhandene Barschaft, welche übrigens bereits Chemnitz mitgenommen hatte, hiezu hergeben.

Wie sehr daher auch die Eroberung Forchheims gerade in Nürnbergs Interesse lag, an eine Bewilligung der Truchsessischen Forderungen war nicht zu denken. Wolf Dietrich Truchsefs wurde von den Nürnberger Delegierten zur Antwort, man könne zwar eine bestimmte Erklärung nicht abgeben, da Hohenlohe noch nicht angekommen und sie ungenügend instruiert seien, doch könne Nürnberg unmöglich leisten, was von ihm gefordert werde. Daraufhin liefs Truchsefs die Sache fallen und beschränkte sich darauf, den Beistand der Stände zur Eroberung der anderen Plätze zu erwirken.

Nicht viel besser als Wolf Dietrich Truchseßs erging es Dr. Martin Chemnitz; auch er erreichte für seinen König sehr wenig. Von seinen 5 Forderungen, in welche er die ursprünglichen 9 zusammengezogen hatte, wurde nur die erste Forderung, daß diejenigen, welche sich mit Majestät vermittelst Reverses und Obligation noch nicht verglichen hätten, dies »vff maß vnd weiß, wie bereit von der statt Nürnberg geschehen«, thun sollten, zu seiner Zufriedenheit erledigt. Die Stände gaben nämlich die Erklärung ab, sie würden die »Notul« ihren Herren einhändigen, worauf diese sich also vernehmen lassen würden, daß der König befriedigt sein könnte.

Bezüglich der übrigen 4 Forderungen aber zeigten sich die Kreisstände sehr zurückhaltend; dieselben blieben mehr oder minder in der Schwebe. So versprach man nur, dem König, welcher wollte, daß sämtliche Stände Frankens die von der freien Reichsstadt Nürnberg und der Markgrafschaft Bayreuth-Kulmbach am 2. November in Würzburg bewilligten 72 Monate in Bälde entrichteten, Bericht zu erstatten darüber, was der eine oder andere Stand bereits bezahlt hätte.

Betreffs der Einführung kupferner Münzen verwies man Dr. Chemnitz auf das Unheil, welches das Kupfermünzwesen 1622 verursacht hatte, betonte, daß ohne Zuthun anderer Kreise schwerlich etwas zu machen sei, und erbot sich schließlic, fleißig nachzusinnen und dann zu berichten, was man thun wolle.

Gegen die Bewilligung von 12 einfachen Römerzügen im Monat, auf welcher Chemnitz fest beharrte, wehrte man sich mit aller Macht, da ja die meisten Unterthanen »inn grundt ruiniret«, den übrigen aber zu schwer fallen würde, die Kontribution allein zu tragen, wozu dann noch die fortwährenden Überfälle aus dem Bambergischen kämen und daß »auch bißhero vonn ihrer königlichen mayestett in Schweden soldatesca selbst bey denen evangelischen solliche insolentien vnnd exorbitantien vorgangen vnnd noch verübt werden, daß herrschaft vnndt vnttherthanen endtlichen, wo solliches nicht abgeschaffet, inn eußerste armuth gestürtzet würden«. Doch liefs man sich endlich zu 8—9 Monaten unter der Bedingung herbei, daß die Beschwerden der Stände Abhilfe fänden und, was man zum Unterhalte der Soldateska und in andere Wege darschiefse, von der Kontribution abgezogen

würde, und sprach zugleich die Hoffnung aus, daß auch die katholischen Orte im Kreise, deren sich der König bemächtigt, zur Beisteuer herangezogen würden. Eine bestimmte Erklärung sollte Gustav Adolf auch über diesen Punkt innerhalb 3 Wochen erhalten.

Über die 4. Forderung endlich, man möge das Landvolk in eine gewisse Verfassung stellen und die Mittel an die Hand geben, wie Forchheim in Bälde okkupiert und eingenommen werden könnten, ging man eine bindende Verpflichtung nicht ein, wie sehr man auch die Einnahme dieser Orte, besonders Forchheims wünschte, von dem es hieß: »es würde in keiner historien geglaubt werden, daß der einzige ortt einem gantzen creyfs so beschwerlich zusetzen solte«. Man versprach, nur zu thun, »wafs immer müglichen, auch defs craißes vnnd eines jheden stanndes nutzen vnnd selbst aigene wohlfartt erfordert«, und hielt damit den fränkischen Kreis auch fernerhin in großer Unsicherheit.

Einen weiteren Gegenstand der Beratung bildete die Stellungnahme zur königlichen Ernennung des Grafen Kraft von Hohenlohe zum Generalstatthalter und Oberkommandanten im fränkischen Kreis. Schon am 7. März teilte der König aus Frankfurt dem Markgrafen Christian Hohenlohes »bestallung vnd authorisirung« mit, indem er schrieb: Wir haben den Grafen Hohenlohe zum Generalstatthalter und Oberkommandanten im ganzen fränkischen Kreis bestellt, »ihme gnädigste commission gegeben, daß er vnsern kriegstatt dirigiren vnd alles, was zu haltung guter disciplin, ordre vnd justiz: (doch einem jedwedern standt defs fränckischen craißes an seiner jurisdiction vnd desselben geruhigem vnpraejudicirlich), auch abstellung der bisher verübten desordre vnd enormen excessen dienlich, in acht nehmen vnd zu werck richten soll vnd mag«. Graf Hohenlohe selbst aber richtete am 10. März an den Markgrafen das Ersuchen, es möge ihm von jedem Kreisstand »als von fürsten, grafen vnd herrn vnd den reichs städten vff der stände costen eine wohlqualificirte persohn als consilarii adjungiret werden«.

Nun berührte die Ernennung des Grafen die Kreisverfassung, wie das Kreisoberstenamt; auch entstanden dadurch dem Kreis neue Lasten. Eine Geneigtheit, hier auf des Königs Be-

Begehren einzugehen, fehlte daher gerade bei Brandenburg-Bayreuth, dessen Fürst ja Kreisoberst war.

Man gab daher auch in dieser Sache eine zu nichts verpflichtende Erklärung ab, man wollte dem König in dem, was er zum Besten des Kreises verordnen werde, nicht einreden und wüfste ihm auch für seine Sorgfalt Dank, im Falle das Generalkommando im Kreis »nur vber das in diesem creyfs liegende königliche kriegsvolck vnd dahin gemeynt wäre, damit die creyfsstände von der soldatesca nicht beschwert, sondern gute justitia gehalten würde«. Sollte aber das Generalkommando dahin verstanden werden, dafs es von Kreises wegen zu bestellen wäre, so hätte man in der Kreisverfassung und den Exekutionsordnungen bereits das vorgeschriebene Mafs, »davonn die crayfsstände noch zue zeite nicht gern weichen oder diefselbe anderweuth extendiren lassen wollten«.

Damit war die Tagesordnung in der Hauptsache erledigt, und ich beschränke mich daher, bezüglich der untergeordneten Beratungsgegenstände nur anzuführen, dafs man an den König das Ersuchen stellte, es möchte das Reichskammergericht in Speyer, dessen »originalia vnd hoch importirende documenta vnd acta« durch die schwedische Garnison in nicht geringer Gefahr stünden, »bey seinen erlangeten privilegien vnnnd freyheiten gelassen vnd manutenirt werden«.

Am 28. April wurde der Konvent geschlossen. Sein Resultat entsprach durchaus nicht dem, was der König wünschte. Man hatte lange Debatten geführt, alles reiflich erwogen und die Absichten Gustav Adolfs, den fränkischen Kreis durch die Eroberung Bambergs, Forchheims und Kronachs zu befreien, gelobt; aber man geizte mit den Mitteln. So blieb denn auch fernerhin der fränkische Kreis in grofser Unsicherheit, und Forchheim, dessen Besitz in den Sommermonaten von grofser Wichtigkeit gewesen wäre, vom Feind besetzt. Allein wir dürfen den Ständen nicht ungerecht werden. Der König hatte viel gefordert, mehr, als die fränkischen Kreisstände gewähren konnten. Wie sollten Weiffenburg und gar Rothenburg, das durch die Tillysche Eroberung so sehr gelitten hatte, die von Nürnberg und Bayreuth bewilligten 72 Monate nachzahlen und dazu sich verpflichten, eine neue, noch viel höhere Kontribution zu entrichten!

So wäre die Hauptlast, da auch von den übrigen Ständen, mit Ausnahme von Brandenburg-Bayreuth, nicht viel zu erwarten stand, Nürnberg aufgebürdet worden; ihm sollte die Eroberung der starken Festung Forchheim obliegen, wozu ganz andere Mittel erforderlich waren, als zur Eroberung Bambergs und Kronachs. Diese Last aber war dem Rate zu schwer; er erbot sich nur, zu leisten, was die anderen höheren Stände leisten würden, ein Erbieten, das unter den gegebenen Verhältnissen sehr geringen thatsächlichen Wert besaß.¹⁾

Weitere Verhandlungen mit Gustav Adolf im Mai 1632. Das Cessionswerk. Das Generalkommando des Grafen Hohenlohe.

Nun aber war mit Sicherheit anzunehmen, daß der König über die fränkischen Kreisstände und im besonderen über Nürnberg höchst ungehalten sein und daß auch Truchseß die Nürnberger in ein sehr schlechtes Licht stellen würde. Daher beschleunigte der Rat die bereits beschlossene Abordnung des Hans Jakob Tetzl und Jobst Christoph Krefs an Gustav Adolf, »deroselben die beschaffenheit nechst der am tag ligenden impossibilitet woll vor augen zu stellen vnd dabey meine herren vff das beste entschuldigen zu lassen« und im übrigen Nürnbergs Interesse so zu vertreten, wie der wesentliche Inhalt der nachfolgenden Instruktion besagt:

1. Die Abgesandten sollen den König zu seinen Siegen beglückwünschen, für die Schenkungen sich bedanken und ihn

¹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Schreiben des Markgrafen Christian, Tom. XVI. 34. Beglaubigungsschreiben der Kreisdelegierten, Tom. XVI. 424, 425 und 426, 428. Tom. XVI. 344—346, Relation, was bei diesem Kreiskonvent der evangelischen Stände traktiert und geschlossen worden. Tom. XVI. 349—351, I. Sitzung. Tom. XVI. 388 und 389, Copia eines königlichen Schreibens aus dem Feldlager vor Augsburg. Tom. XVI. 348, Forderung der Stände, Lieferung von Brot, Wein, Bier u. s. w. in Abrechnung zu bringen. Tom. XVI. 351—356, Was mit dem brandenburgischen Gesandten wegen der Truchseßsischen Forderungen konferiert worden war. Tom. XVI. 357—361, II. Sitzung. Tom. XVI. 380 und 381, Erlaß der Herren vom Ausschuss. Tom. XVI. 382 und 383, Ratserlaß am 26. April. Tom. XVI. 362, III. Sitzung. Tom. XVI. 384—418, IV. bis VII. Sitzung. Tom. XVI. 111—124. Kreisabschied. Tom. XVI. fol. 37, Gustav Adolfs Schreiben (Kopie) aus Frankfurt, den 7. März. Tom. XVI. 38 und 39, Hohenlohes Schreiben aus Frankfurt den 10. März. Tom. XVI. 34 und 35, des Markgrafen Schreiben aus Plassenburg den 6. April. Tom. XVI. 480 und 482, Schreiben aus Speyer unterm 20. April. Tom. XVI. 76, des Markgrafen Schreiben. Tom. XVI. 77 und 78, Ratserlaß am 13. Mai. Tom. XVI. 82—84, Schreiben an den Markgrafen Christian am 17. Mai. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S. I, L. 224, Nr. 25, Copia der königlichen Majestät zu Schweden Schreibens, 4. April. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, pag. 245 ff.

versichern, daß Nürnberg, gleichwie es bisher sein Absehen darauf gehabt, daß die Religion augsburgischer Konfession und die deutsche Freiheit erhalten werden mögen, »also daß auch nochmahln beständig gemeynt seyen, bey ihrer königlichen may^{est}: solcher gestalt auch ins künfftig alles getreulich beyzusetzen«.

2. Bezüglich der Rekompens der 100 000 Thaler sollen sie sich bemühen, daß statt obiger 100 000 Thaler oder 150 000 fl. die von dem Vorlehen zu 100 000 fl., welches vor etlichen Monaten bei der Nürnberger Bürgerschaft aufgebracht worden sei, noch restierenden 82 000 fl. abgezogen würden und der Rat die übrigen 68 000 fl. nach Abzug dessen, was über die bewilligten 72 Monaten dargeschossen worden, Nürnberger Bürgern gut machen dürfte. (Anmerkung.)

3. Betreffs der Allianz haben sie anzubringen, daß man es bei demjenigen »begrieff vnd aussfertigung, so von dero-selben ansehnlichen herrn residenten alhier, vns fürgewiesen worden, vnterthänigst allerdings verbleiben lasse, vmb deren würckliche ausshändigung vnser abgeordnete vnterthänigst zu bitten«. Man habe nur bei der Klausel »versprechen bey vnsern wahren Worten, ehren, trauen vnd glauben« die nachfolgenden Worte »an aydsstatt« ausgelassen, weil eine solche Eidesformel niemals vom Rate, noch auch dessen Vorfahren begehrt worden und obige Worte auch »ohne aydsstatt« bereits »vim juramenti effectivam sonderlich gegen Gott vnd im gewiesen, darauff bei diesem gantzen werck fürnemlich zu sehen, in sich begreifen«.

4. Die beiden Abgesandten haben dahin zu wirken, daß der König, wie er versprochen, all seinen Einfluß bei Brandenburg aufbiete, daß dieses die prätendierten Rechte fallen lasse, und überdies demselben anzudeuten, daß diese Rechte nicht von Wichtigkeit seien und Nürnberg bei dieser Cession nur Ruhe und Frieden suche. Wenn jedoch diese Information

Anmerkung. Im Ratserlasse vom 18. April heisst es in diesem Betreffe: Tetzl und Krefs möchten versuchen, ob nicht der König der Summe von 68 000 fl. halber sich bei anderen fürstlichen Personen, von denen Nürnberg noch Geld zu fordern hätte, anweisen liefse — eine Zumutung, die sehr verwunderlich ist.

nichts helfe, mögen sie die Sache nicht weiter betreiben, sondern von anderen Mitteln der Rekompens handeln.

5. Sie sollen Gustav Adolf vermögen, daß er den König von Böhmen zum Verzicht auf diejenigen Ämter, welche die Vorfahren vor mehr den 100 Jahren erobert hätten, veranlasse, und endlich 6. wegen all dessen, was auf dem Kreistage verhandelt worden, besonders aber wegen Nichtbewilligung der Truchsessischen Forderungen die gebührliche Entschuldigung einwenden.

Tetzel und Krefs waren demnach vor keine kleine Aufgabe gestellt, sie hatten ihre diplomatische Gewandtheit aufs neue zu erproben. Ihre Aufgabe war um so schwieriger, als der König auf Nürnberg, über welches der Oberst Truchseß sich sehr ungünstig geäußert hatte, gerade jetzt wieder schlecht zu sprechen war. Sie mußten daher auch die Mißstimmung des Königs schwer empfinden, als sie von demselben am 6. Mai auf freiem Felde in Audienz empfangen wurden, umsomehr als ihre Instruktion ebenfalls nicht nach dessen Sinne war.

Doch gelang es ihnen, wenn auch nicht in allem, so doch in manchem bei Gustav Adolf des Rates Wünsche durchzusetzen. Vom Vorschlage Nürnbergs freilich bezüglich der 100000 Thaler wollte derselbe nichts wissen, es mußten ihm 68000 fl. bezahlt werden. Nachgiebiger zeigte sich der König jedoch in der Alliansache. Wenn er auch seinen geheimen Rat Sattler, bei dem wohl auch die »Verehrungen« des Rates ihre Wirkung thun mochten (Anmerkung!), sehr scharf anliefs, in dem Revers »noch etliche vnd nembliche die wortt: solang der krieg wehret« rügte, »ihme auch, daß er solche hineingebracht, hart zuge-redt vnd tacitè beschuldigt, alss wann er mehr vf Nürnberg, alss sein dess königs seiten inclinirt were«, so erklärte er sich schließlic doch mit dem Nürnberger Revers einverstanden; die Ausfertigung aber sollte nicht eher erfolgen, »biss zuuor von königl. mayt seiten die obligatio reciproca vngeendert ihnen eingehendigt worden«. Doch kam diese Angelegenheit nicht so rasch ins Reine, als man denken möchte. Das beweist uns

Anmerkung. Während Chemnitz nur Geschenke im Werte von 2043 fl. bekam, betrugen die „Verehrungen“ Sattlers 3000 fl.

ein Erlafs vom 14. Juni, welcher besagt; »weile oft höchstgedachte königliche mayt den hiesigen revers würcklich acceptirt, soll man denselben gegen revers von herrn Gemnitio, welcher denselben beyhanden, noch vor ihrer mayt ankunfft förderlich abfordern« — und des weiteren am 15. Juni ein Schreiben Tetzels, in welchem dieser rät, »dafs man mitt der alliance vnd deren abforderung nicht viel aufzüg mehr machte«.

Nichts zu machen war wiederum in der sogenannten Cessionsangelegenheit, in der man, wie Sattler ausdrücklich bemerkte, »mehr nit thun alss bitten« konnte. Die markgräflichen Gesandten stellten die Rechte und Güter zwischen den drei Wassern, welche Nürnberg vordem um 80000 fl. hätte an sich bringen können, als sehr bedeutend hin, und der brandenburgische Rat Selwitz legte sich »eüfserst darwider«, ja, er erklärte eine solche Überlassung einfach als unmöglich. Die brandenburgischen Häuser gaben selbst dann nicht nach, als ihnen die Schenkung etlicher eichstädtischer Ämter nur mit der Einschränkung zugesichert wurde, man versehe sich zu ihnen, dafs sie der Stadt Nürnberg die begehrten »jura zwischen den 3 wassern cediren«; als der König sie brieflich dringend zur Nachgiebigkeit ermahnte; als ihnen durch Chemnitz, der das Cessionswerk zu betreiben hatte, angedroht wurde, es würden die 6 gewünschten Bamberger Halsgerichte »anderweit vnd sogar bei gelegenheit an die statt Nürnberg« verschenkt, falls man sich beharrlich weigere, hierin des Königs Willen zu erfüllen. Im übrigen aber kann man wohl annehmen, dafs Gustav Adolf diese Sache nicht sonderlich am Herzen lag und die Drohungen gegen die beiden Brandenburg nicht so schlimm gemeint waren. Der Rat sah nun selber ein, dafs auf eine Nachgiebigkeit des Markgrafen Christian nicht gerechnet werden könne, und richtete sein Augenmerk auf eichstädtische und bambergische Ämter.

Was endlich die neue Kontribution und die Forderungen, welche Truchseß im Namen des Königs gestellt hatte, anbelangt, so kamen für jetzt die Verhandlungen nicht zum Abschlufs. Der Rat erbat sich nur, 1000 Mann zur Eroberung Forchheims abzulassen.

Auf dem Kreistage war noch eine andere Angelegenheit in der Schwebe gelassen worden, das Generalkommando des Grafen Kraft von Hohenlohe und die Beiordnung je eines Adjunkten von seiten Brandenburgs, der Ritterschaft und der Städte. Doch Gustav Adolf war nicht gewillt, die Sache beruhen zu lassen. Er traf in Augsburg am 13. Mai die Verfügung, »dafs solche beyordnung mit ehistem beschehe vnd also dasjenige, so defs creyffses verfassung keines weegs zue nachtheil, sondern zum besten angesehen, gebührendt befördert werden möge«. Und Hohenlohe schrieb aus Neuenstein am 24. Mai an den Markgrafen, es bestünde durchaus nicht die Absicht, in das Amt des Kreisobersten einzugreifen.

Allein der Markgraf Christian beeilte sich keineswegs, dem königl. Befehle nachzukommen. Er berichtete wohl an Nürnberg, das er um Gutachten in dieser Sache ersuchte, er werde die Absicht des Königs möglichst befördern helfen, knüpfte daran aber den bedeutsamen Zusatz: »dann den reichs: vnd creißsverfassungen gemeefs wir immer thuen können vnd vermögen«. Der Rat gab jedoch kein Gutachten ab und konnte dies auch nicht wohl. Seine Meinung war ja, dafs die ganze Angelegenheit, die nur »ad interim« anzusehen sei, bei gutem Willen zu einem befriedigenden Abschlufs gebracht werden könnte, zumal die Unkosten nicht beträchtlich seien; allein das wollte und brauchte er dem Markgrafen Christian nicht zu sagen. So erbat er sich denn vorerst Aufschlufs darüber, ob auch die Regierung von Ansbach einen Adjunkten stellen wolle; daraufhin werde er sich erklären und dem allgemeinen Schlufs nicht entziehen. Am gleichen Tage, es war am 7. Juni, teilte er auch Graf Hohenlohe mit, er werde wegen eines Adjunkten mit den fränkischen Städten sich benehmen und vergleichen. Wer weifs, wie lange die Sache sich noch hingezogen hätte, wäre nicht jetzt der Kriegsschauplatz in die Nürnberger Gegend verlegt worden.²⁾

²⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XVII. fol. 11 und 12, Kopie des königlichen Schreibens aus Augsburg am 13. Mai. Tom. XVII. 95 und 96, sowie Tom. XVII. 115 und 116, Hohenlohes Schreiben aus Neuenstein. Tom. XVII. 90, des Markgrafen Schreiben (Kopie) aus Plassenburg am 25. Mai. Tom. XVII. 111, Ratserlaß am 25. Mai und Gutachten des Dr. Heinrich Hülfes. Tom. XVII. 122 und 123, Ratserlaß am 3. Juni, Tom. XVII. 130, Ratserlaß am 5. Juni. Tom. XVII. 136 und 137.

Wie Nürnberg nach dem fränkischen Kreistag sich mit Gustav Adolf in der Weise abzufinden trachtete, dafs ihm möglichst wenig neue Lasten entstünden, so wurde es natürlich auch von den übrigen Ständen gehalten. So erklärten sich die Städte meist dahin, »dafs sie, wafs sie über die vnterhaltung der soldatesca vnd anderer vncosten thun könnten, an ihnen nichts erwinden lassen«. Von ihnen konnte ja, wie wir wissen, überhaupt nichts geholt werden. Doch dies focht den schwedischen Pfennigmeister Georg Forstenhäuser wenig an. Da es des Königs Wille war, dafs alle fränkischen Kreisstände die in Würzburg bewilligten 72 Monate bezahlten, so ging er alsofort daran, die Rückstände zu erheben. Er verlangte von Rothenburg die Nachzahlung von 27360 fl., was um so merkwürdiger erscheint, als Rothenburg gerade wie Weissenburg von der Bewilligung einer solchen Kontribution überhaupt nichts erfahren hatte. Dafs er freilich nichts erhielt, sei hier noch der Vollständigkeit halber angefügt.

Stellung der fränkischen Stände, im besondern der Reichsstädte, zu den Wünschen Gustav Adolfs.

Inzwischen aber wurden die Zustände im fränkischen Kreise immer trostloser. Die zügellose Soldateska des Obristen Paul Khevenhüller und Markgrafen Hans Georg raubte und plünderte, kurz, verübte Greuel aller Art, statt, wie es ihre Aufgabe war, die Festung Forchheim zu erobern.³⁾

Und waren schon während des Winters die Strafsen und Wege im Nürnberger Landgebiete durch räuberisches Gesindel mit und ohne Uniform unsicher genug, war die Landbevölkerung in steter Gefahr, an Hab und Gut grofse Einbufse zu erleiden, jetzt war es noch ungleich schlimmer geworden. Wohl gingen

Die Ausschreitungen der Soldateska. Grofse Unsicherheit auf dem Lande.

Schreiben an den Markgrafen unter dem 7. Juni. Tom. XVII. 144 und 145, Schreiben an Hohenlohe den 7. Juni. Tom. XVII. 145 und 146, Schreiben an die fränkischen Städte. Erlafs der Herren Eltern am 12. Mai und am 14. Juni. Erlafs der Herren vom Ausschufs am 19. Mai. Ratserlafs am 23. Mai. Tom. XVII. 306 und 307, Ratserlafs am 22. Juli und Gutachten der Hochgelehrten. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S. I, L. 224, Nr. 23, Relation der beiden Abgesandten Tetzels und Krefs am 7. Juni. Tetzels Schreiben am 15. Juni. — Münchener allgemeines Reichsarchiv. Fasc. XXXVI. fol. 318 ff., Instruktion der beiden Abgeordneten Tetzels und Krefs am 29. April.

³⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XVI. 107 und 108, Ratserlafs am 2. Juni. Tom. XVI. 91 ff., Ratserlafs am 23. und Richters Gutachten am 94. Mai. Briefbuch 1632, fol. 231, Schreiben an Weissenburg am 24. Mai.

Gustav Adolf und auch Kurfürst Max I. mit aller Schärfe gegen die Ausschreitungen der Soldateska vor; auch von Tilly gilt im allgemeinen, daß er an den Exzessen seiner Soldaten kein Gefallen trug. Kaum in Franken angekommen, erließ Gustav Adolf aus seinem Hauptquartier in Würzburg ein gedrucktes Mandat wider das »aufsstreifende kriegsvolk«, in welchem Offiziere wie Soldaten mit Leib- und Lebensstrafe bedroht werden, wenn sie Städte, adelige Häuser, Flecken und Dörfer partien- und truppenweise feindlich überfallen und ausplündern oder andere Feindseligkeiten verüben würden, und in welchem an Bürger und Inwohner die Aufforderung erging, sich solcher streifenden Rotten zu bemächtigen und zu fernerer Verordnung an den König zu berichten.

Doch fehlte viel, daß diese und andere strenge Verordnungen von der Soldateska auch beachtet wurden. Der König konnte nicht überall einschreiten, wo gegen seinen Befehl gehandelt wurde, das Wenigste erfuhr er.

Selbst mitten im Winter hörten die Plackereien im Nürnberger Landgebiet nicht auf. Da waren es besonders die Khevenhüllerischen Reiter, über welche bittere Klagen geführt wurden. Auch das hin- und widerziehende schwedische Kriegsvolk, das zu Höchstadt und Bamberg lag, machte die Gegend bis in die unmittelbare Nähe der Stadt unsicher.

Mit dem beginnenden Frühjahr nahm das Plündern und Rauben immermehr zu, und es mußten zur Sicherheit der Straßen beständige Streifzüge unterhalten werden. Das Unwesen wurde so arg, daß man sich entschloß, wieder den Glockenstreich einzuführen, der freilich nur dann einen wirkamen Schutz der Landbewohner bilden konnte, wenn auch alle benachbarten Stände ihn mit Strenge durchführten; da die Obrigkeiten unter einander gemengt waren, so war es ja einem Verbrecher sonst leicht, zu entkommen. Allein eine solche Vereinigung war in damaliger Zeit nicht sofort zu erzielen; es konnten viele Wochen vergehen, bis man sich geeinigt hatte.

Der Rat ließ daher das Mandat drucken, um es in die Dörfer zu verschicken. Am 10. Mai kamen die ersten Exemplare aufs Land. Der wesentliche Inhalt desselben ist folgender:

Alle Fremden, zu Roßs oder zu Fuß, welche in Herbergen, Bürger- oder Bauernhäusern einkehren, haben über sich genaue Auskunft zu geben, welche sofort der Behörde mitgeteilt werden muß. Wenn Leute gefangen, erwürgt, geplündert, Wagen oder Karren aufgehauen werden oder an Hofstätten verdächtige Reiterei gesehen wird, so muß im nächsten Dorfe Sturm geläutet, und sobald der Sturmschlag angeht, von einem Orte zum anderen Sturm geschlagen werden zur Warnung für jedermann und den Vögten, Richtern, Hauptleuten und anderen Unterthanen, welche Pferde haben, zum Zeichen, daß sie sich aufmachen, auf den ersten Glockenstreich zueilen und, sei es Tag oder Nacht, auf dem Hufschlag oder der Fahrt folgen sollen. Auf den Glockenstreich müssen die Unterthanen den Furchen, Gräben und Schranken zulaufen, die letzteren anschlagen, die ersteren verwahren, und darf niemand durchgelassen werden außer die streifenden Rotten und wer sich auf der Nacheile befindet. Sobald die Nachricht in ein Dorf kommt, daß Leute, Karren und Wagen beschädigt seien, muß dies den Pflegern u. s. w. angezeigt werden, die sich mit ihren Leuten alsbald zur Verfolgung aufzumachen haben und diese auch in das Gebiet der Einigungsverwandten ausdehnen müssen, so lange, bis sie an die Thäter kommen. Verdächtigen Leuten, all den vielen Reitern und herrenlosen Knechten, die in der Kriegszeit mit Rauben, Plündern und Totschlag sich zu nähren pflegen, darf niemand Unterschlupf geben; die Unterhälter werden für die schlimme That eines Übelthäters verantwortlich gemacht. Furchen, Gräben, Schranken und Pässe sind dermaßen zu verwahren, daß Verdächtige und Übelthäter nicht durchkommen können.

Wie vordem aber setzte man die Streifzüge auf dem Lande fleißig fort, liefs die vielen fremden Offiziere und Soldaten, welche vielfach unter dem Schein irgend einer Verrichtung plünderten und raubten, nicht in die Stadt und wies dieselben zu ihren Regimentern; »frembde ankommende personen wurden beschaidenlich examiniert«.

Auch Gustav Adolf that jetzt wie immer das Seine, um der Zügellosigkeit der Soldaten zu steuern. Er ernannte Graf Hohenlohe zum Generalstatthalter und Oberkommandanten im

fränkischen Kreise vorzugsweise auch zu dem Zwecke, damit er »die bifshero verübte desordre vnd enormen excessen« abstelle, und aus dem Hauptquartier zu Moosburg schickte er am 13. Mai eine Verhaltungs- und Verpflegungsordonnanz, welche in allen Kreisen durchgehends »pro norma« zu halten sei und Offizieren wie Soldaten jedesmal und so oft denselben Quartier angewiesen würde, mit der strengen Weisung zuzustellen sei, dieser durchaus nachzuleben. Die Verpflegung sollte von der Zeit der wirklichen Beziehung des Quartiers beginnen, der Statthalter und die Räte sollten die Ausschreitungen der Soldateska spezifiziert von den Klagenden erfordern; neben dem Proviant oder der Kost wurde für Offiziere und Soldaten, damit sie weniger Ursache »zu exorbitiren« hätten, »ein gewisses zehentägliches oder wochengelt« bewilligt. Obristen und Offiziere durften nicht nach Belieben Quartier nehmen oder behalten, sondern hatten sich nach dem Befehl des Generalstatthalters zu richten; auch der Musterplatz durfte fürderhin keinem über drei Monate offen bleiben.

Nach dieser gedruckten Verhaltungs- und Verpflegungsordonnanz bekamen ein Oberst und sein ganzer Stab über ein Regiment zu Pferd von 12 Kompagnien alle 10 Tage 80 Thaler, ein Oberst über 8 Kompagnien erhielt für sich und den Stab 60 Thaler, und so ging es in Stufen abwärts bis zum Reiter, der alle 10 Tage aufser der Hausmannskost oder dem vorgeschriebenen Proviant 1 fl. erhielt. Ein Oberst über ein Regiment zu Fuß erhielt für sich und den Stab alle 10 Tage ebenfalls 80 Thaler, ein Lieutenant $3\frac{2}{3}$ Th. 3 kr., ein Sergeant $1\frac{2}{3}$ Th. 17 kr., ein Korporal 1 Th. 7 kr., ein Spielmann 84 kr., ein Rottmeister 77 kr., ein gemeiner Soldat 56 kr., ein Musterjunge 42 kr., ein Passevolant, d. h. ein sogenannter blinder Soldat, der bei der Musterung statt eines Fehlenden eingereiht wurde, ebenfalls 42 kr.

Bezüglich der Verpflegung blieb es bei der in Frankfurt den 4. März erlassenen Ordonnanz. Dieselbe gewährte einem Obersten und den Seinigen täglich 12 Mahlzeiten, jede derselben aus 12 Gerichten bestehend, wovon eines ins andere nicht mehr als $\frac{1}{8}$ Thaler kosten sollte, und aufserdem täglich 10 Pfd. Brot, 10 Mafs Bier nebst Servis, worunter Holz, Licht,

Wohnung, Salz und Haber verstanden wurde. Für einen Lieutenant waren 4 Speisen à $\frac{1}{8}$ Th., 4 fl Brot, 3 Maß Bier und Servis, für einen Unteroffizier 3 Speisen zu je 6 kr., 2 fl Brot, $1\frac{1}{2}$ Maß Wein nebst Servis, für einen gemeinen Soldaten 2 fl Brot, 1 Maß Wein und 1 fl Fleisch oder die Hausmannskost bestimmt. Getränke und Haber wurden nach der vorgeschriebenen Feldmaß gereicht; im Weinland bekam der Soldat Wein, im Bierland Bier. Außerdem waren noch für jedes Servis- oder Bagagenpferd täglich 10 fl Heu und alle 10 Tage 4 Büschel Stroh festgesetzt.

Von Seiten der Obrigkeit war demnach geschehen, was geschehen konnte. Allein was halfen alle Verordnungen, wenn niemand da war, der sie durchführte! Die Reiter des Obersten Khevenhüller und Markgrafen Hans Georg verübten gerade im Mai, wie der Rat an den Oberkommissär Heufsner berichtete, »solliche ohnuerantwortliche insolentien, dergleichen bey andern vielfeltigen durchzügen, sowohl des keyfserischen als ligistischen volckhs, fast niemahls geschehen«. Alle Schritte des Rates zur Abstellung dieser Exzesse waren jedoch vergeblich. Er wandte sich an Heufsner und Truchsefs, der die Oberleitung des Ganzen hatte, sie möchten die »deslogirung« der Khevenhüllerischen Reiter verfügen, er nahm Zuflucht bei Hofrat Dr. Martin Chemnitz, welcher Truchsefs, Khevenhüller und den Markgrafen Hans Georg brieflich ermahnte, für bessere Zucht seiner Soldaten zu sorgen, und als Obrist Paul Khevenhüller in Nürnberg weilte, bat er denselben inständig »nicht allein vmb restitution aller abnamb, sondern auch zugleich vmb abstellung solcher hochschädlichen plackereien«. Die Obristen konnten eben nicht abhelfen, selbst wenn sie wollten, da sie über ihre Soldaten keine Macht hatten. Der Markgraf gestand dies selbst zu, indem er dem Rate auf dessen Klagen über die Soldateska zur Antwort gab: »Köndten aber vor dismahl nicht remetiren, alldieweil sie bey diefsem neugeworbenen volck keinen respect hetten vnd ihre ordinnantzen wenig observirt vnd in acht genommen würden«.

Als aber die Klagen des mißhandelten Landvolkes, das vielfach seine Feldarbeiten nicht mehr verrichten konnte, immer ärger wurden; als es soweit kam, daß im Gräfenbergischen ein

allgemeiner Aufstand wider die Soldateska drohte und sich zu Pretzfeld, Ebermannstadt und Kirchenehrenbach nürnbergische Unterthanen mit den Protestanten gegen die Schweden, d. h. den zu Diensten des Königs geworbenen Soldaten verbanden: da wurden die Beschwerden in ein gewisses »libell« gebracht, und Tetzl und Krefs erhielten die Aufforderung, dieselben entweder beim König selbst oder an einem anderen Orte vorzutragen. Placker und anderes liederliche Gesindel spannte man, wenn sie nicht etwa eine härtere Strafe verdient hatten, in die Springer und liefs dieselben nicht eher los, bis sie die auferlegte Arbeit vollendet hatten.

Dafs eine solche Soldateska unter der Leitung von Obersten, von denen keiner seiner Sache gewachsen war und jeder that, was er wollte, nichts ausrichten konnte, ist sonach selbstverständlich.⁴⁾

Vor-
kehrungen
des Rates
zum Schutze
der freien
Reichsstadt
Nürnberg.
Vorsichtige
Haltung des-
selben.

Während aber so die Zustände in einem grossen Teile Frankens durchaus im Argen lagen, wurde die Gefahr eines feindlichen Einfalls immer gröfser. Im April 1632 hatte Wallenstein das Oberkommando der kaiserlichen Armee übernommen und war in Böhmen eingerückt, das nun die Sachsen räumten. Dann nahm er seinen Weg nach Westen. Ein unvermuteter Überfall Nürnbergs durch den Herzog von Friedland konnte leicht erfolgen, und Gustav Adolf warnte Tetzl und Krefs ausdrücklich davor.

Es wurden daher die Befestigungsarbeiten wieder eifriger betrieben. Trotz aller Verordnungen des Rates waren diese auch im Frühjahr nur langsam vorwärts geschritten; denn die Bürgerschaft zeigte die alte Unlust zum Schanzen. Nachdem

⁴⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XVI. fol. 167 und 168, Ratserlaß am 27. Februar. Ratserlässe am 4. Februar, 8., 10. und 13. März. Tom. XVI. 469 und 470, Ratserlaß am 21. April und Gutachten des Dr. Heinrich Hülf. Tom. XVI. 472 und 473, Ratserlaß am 22. April und Gutachten der Kriegsverordneten. Tom. XVI. 439, Ratserlaß am 10. Mai. Tom. XVI. 440—450, Eines E. Rahts der Stadt Nürnberg Mandat den Glockenstreich und Nacheyl belangend. Tom. XVII. 18 ff., Verhaltens- und Verpflegungsordonnanz, 13. Mai. Tom. XVI. fol. 342 ff., Mandat aus Au. Ratserlässe am 14., 15., 19., 23., 24. und 29. Mai, am 1. (Tom. XVII. 114 und 115) und 2. Juni. Spezialakten des 30jährigen Krieges, S. I, L. 223, Nro. 8; S. I, L. 220, Nro. 15. — Soden, Gustav Adolf I. Teil, pag. 261—263. — Arlanibaeus, Arma Suecica, pag. 158. — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 21. und 28. Januar.

endlich am 19. April die 2 Aufsenwerke beim Ein- und Ausfluß der Pegnitz fertig geworden waren, mußte die Arbeit ganz eingestellt werden, da es an Zaunstecken fehlte, und am 4. Mai erschienen von 40 bestellten Fuhren gar nur 2.

Nach der Warnung Gustav Adolfs konnte es aber in der bisherigen lässigen Weise nicht mehr weiter gehen, und es ergingen wieder scharfe Verordnungen. In 8 bis 10 Tagen sollte das neue Befestigungswerk beim Ein- und Ausfluß der Pegnitz, wie auch zwischen dem Spittler- und Frauenthor fertig sein, es sollten von einem Werke zum anderen Laufgräben gehen, die Gräben an der Gostenhöfer Schanze breiter und tiefer werden u. a. m. Den Wirten und Bierbrauern, die zum Befestigungswerke ihre Pferde nicht ablassen wollten, wurde bei Strafe von 20 fl. die Auflage gemacht, in jeder Woche einen Tag lang einzuspannen; alle Fuhrwerksbesitzer mußten wöchentlich eine Fronfuhr machen. An die Bürger aber wurde der strenge Befehl erlassen, entweder taugliche Personen zu schicken oder das nötige Schanzgeld zu reichen. Man setzte die Werbungen eifrig fort, verstärkte jede der 7 Kompagnien auf 300 Mann und sorgte für Vermehrung des Vorrates an Munition und Hafer.

Auch vorsichtig blieb der Rat nach wie vor. Das beweist uns dessen Stellung zu Bamberg und dessen strenge Zensur, die er über alle Druckschriften ausübte. Den Buchdruckern wurde am 20. April »künfftig bey laistung ihrer pflicht ernstlichen vnd bey meiner herren vnaufsbleiblichen schweren straff verboten, ohne vorhergehende gebührende censur oder sonderbare verwilligung meiner herren nichts zutrucken«; Buch- und Kunsthändler durften keine Pasquillen frei halten; und lange vor diesen Beschlüssen, am 12. Dezember, war verordnet worden: »den beeden zeitungsschreibern ist beuohlen vnd ernstlich commentirt worden, ainige zeitung von sich nit zuschreiben, biß solche vor in die kriegstuben gelifert vnd für guet gehalten werden mögen«.

Dem Bürgermeister und Rate der Stadt Bamberg, die unterm 17. April ihr äußerstes Befremden aussprachen, daß Nürnberg an dem Überfalle des Stifts sich beteiligen wolle, obwohl »der fürst alzeit friedtlichen sich zu erzaigen nie

aufgesetzt vnd an deren angehörigen wohlfahrt vnnnd comercien zubefürdern niemals hinderlich gewesen«, gab er keine klare Antwort, sondern führte, freilich erst lange nach dem Eintreffen des Bamberger Schreibens, bittere Klage über die aus dem Stifte erfolgten Feindseligkeiten, drohte mit Widervergeltung, sprach den Wunsch nach dem vorigen friedlichen Zustande aus und gelobte sich so zu bezeugen, »wie es allenthalben wol verantwortlich vnd zu erhaltung vnnseres eine zeit hero sehr bekümmerten vnd angefochtenen stattwesens höchstnothwendig sein wird«. Er gab diese ausweichende Antwort vor allem deshalb, weil er die Wahrheit nicht sagen und sich auch nicht für einen Feind erklären wollte; denn den Schaden hätten hievon nur die Nürnberger Kaufleute gehabt.⁵⁾

Eroberung
Weissenburgs
durch die
Kaiserlichen.

So war das Ende des Monates Mai herangekommen. Drohende Wolken stiegen im Süden und Osten auf, immer beunruhigender lauteten die Berichte über kaiserliche und bayerische Truppenansammlungen.

Am 22. Mai zog von der Wilzburg herab, die eine kaiserliche Besatzung hatte, eine große Anzahl Kriegsvolks und beschloß die Stadt, die von der Bürgerschaft aufs tapferste verteidigt wurde, bis gegen Mitternacht; dann zog sie wieder ab.

Neun Tage nachher rückte neuerdings der Feind vor die Stadt, diesmal in der Stärke von 8000 Mann, und beschloß dieselbe von allen Seiten. Wohl wehrte sich die Bürgerschaft aufs mutigste. Aber sie konnte sich gegen die feindliche Übermacht auf die Dauer nicht behaupten und mußte am 6. Juni eine Kapitulation eingehen, in welcher der Garnison der Abzug mit Sack und Pack versprochen wurde. Doch der Akkord wurde vom Grafen Johann Philipp Cratz nicht gehalten, und die Bürger wurden ausgeplündert und hart bedrückt.

⁵⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 7., 19., 20. und 26. April; am 4., 10., 13. und 15. Mai, Erlaß der Herren Eltern am 12. Mai. Tom. XVI. fol. 496 und 497, die fürstlich bamb. Hoff: Cammerräth, auch Bürgermeister und Rat von Bamberg an Nürnberg unterm 7. Mai. Tom. XVII. fol. 25 und 26, Bedenken der Kriegsverordneten. Tom. XVII. 39—41, Ratserlaß und Bedenken des Dr. Heinr. Hülf. Tom. XVII. fol. 76—78, Bedenken der Hochgelehrten. Tom. XVII. 42, Ratserlaß am 9. Juni. Tom. XVII. 43—46, Schreiben an Bamberg den 9. Juni — Nürnberger Stadtarchiv. Protokoll der Kriegsstube am 12. Dezember.

Bei der Einnahme Weissenburgs geriet auch der Nürnberger Hauptmann Albrecht Pömer in Gefangenschaft und wurde dem Akkord zuwider nach Regensburg geführt. Auf die Kunde nämlich, in welcher gefährlicher Lage sich Weissenburg befand, hatte der Rat 200 Musketiere, Munition und sonstigen Kriegsbedarf zu Hilfe geschickt und sich der Weissenburger auch dadurch angenommen, daß er Truchsefs, Khevenhüller und den Markgrafen Hans Georg alsofort benachrichtigte.⁶⁾

Unterdessen wuchs auch in Nürnberg die Angst vor dem Feinde immer mehr; denn von allen Seiten liefen drohende Gerüchte über feindliche Truppenbewegungen ein. Unter anderem berichtete auch der Markgraf Christian, daß sich um Auerbach in der Oberpfalz sehr viel kaiserliches Kriegsvolk sammle.

Nürnberg's
Angst vor
dem Feinde.

Als bald wurde daher Gustav Adolf hievon verständigt und gebeten, Nürnberg, auf welche Stadt der Feind seinem Ansehen nach den Marsch richte, »durch eilenden starken succurs« beizustehen, und wie damals, als Nürnberg durch Tilly sehr gefährdet war, so wurden auch jetzt wieder eine Reihe von Mafsregeln zum Schutze der Stadt getroffen. »Die milchwöck, bretzen vnd ander milchbrod« wurden abgeschafft, alle ankommenden Fremden genau aufgezeichnet und täglich nur vier Stadtthore geöffnet, die man aufs beste verwahrte und besetzte. Die Bäcker durften an die Fremden nicht mehr als um $\frac{1}{2}$ fl. Brot verkaufen, unter den Thoren wurde strengste Aufsicht gehalten, daß kein Brot oder Getreide hinausgebracht würde, und was der Verordnungen noch mehr waren.

Noch andere hochwichtige Punkte standen zu dieser Zeit auf der Tagesordnung. Tetzl und Krefz waren eben zurückgekehrt und hatten über die Verhandlungen mit dem König und dessen Räten Bericht erstattet. Sie hatten das königliche Lager eher verlassen, als es anfangs ihre Absicht gewesen; denn als der schwedische Rat Sattler sich ihnen gegenüber äufserte, daß Schlammersdorf dem Generalkommandanten Truchsefs an die

⁶⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XVII. 84—86, Schreiben aus Weissenburg am 22. Mai. Tom. XVII. 89 und 90, Schreiben an den Obersten Sperreuth. Tom. XVII. 105 und 106, Schreiben an den Markgrafen am 26. Mai. Tom. XVII. 106 und 107, Schreiben an Sperreuth am 26. Mai. Tom. XVII. 109 und 110, 124 und 125, 125—127, Schreiben an Sperreuth am 27. Mai und 2. Juni. Spezialakten des 30jährigen Krieges. S. I, L. 223, Nr. 9.

Seite gesetzt werden solle, und sie merkten, es würden neue Anforderungen an Nürnberg gestellt, schien ihnen der Aufenthalt im königlichen Lager nicht mehr recht geheuer. Allein kaum waren Tetzl und Krefz in Nürnberg angelangt, als der Rat volle Aufklärung über die neuen Forderungen des Königs erhielt.⁷⁾

Die Schlamm-
mersdorfische
Kommission.

Am 5. Juni schrieb der König aus Memmingen, dafs er Generalmajor von Schlammersdorf verordnet und denselben ausdrücklich beauftragt habe, »dafs er nemblich bifs zu ankunfft vnsers general leutenants, herzog Wilhelm zu Sachsen ld., inn selbigen löblichen craifs defs von tag zu tag einbrechenden vnnd darinn liegenden feindts vorhaben bestem seinem iudicio nach vnd vermögen steuern, die von vnsern widerigen theil noch bifs dato besetzte plätz occupirn vnd zu solchem ende vber vnser zu rofs und fuefs inn erwehnten fränckischen craifs befindtliche soldatesca das guberno vnd commando bifs vff fernere verordnung haben solle«. Er befahl in diesem Schreiben allen Statthaltern, Regierungen, Offizieren und Soldaten, wie dem von den Fürsten und Ständen in diesem Kreise bewilligten Kriegsvolk und Ausschufs, dafs der Kommission Schlammersdorfs »satsames benüegen beschehe«, und sprach am Schlusse zum Rate die zuversichtliche Hoffnung aus, »dafs ewere bisshero rühmlich verspürten eiffer nach ihr annoch nichts vnterlassen, sondern nochmahls mit ewerm geworben vnd erkiesten landvolck neben all anderer kriegsbereitschaft willich erweisen vnd ewer bisshero getragenen betrangnuß neben sperrung der commercien vndt victualien aller möglichkeit nach wenden vndt öffnen werdet«.

Generalmajor von Schlammersdorf aber liefs sich verlauten: Zum Heere, welches in diesem Kreise gebildet werden sollte, würden auch, da es nötig, andere Heerführer stossen, und was ein Stand mehr hergeben würde, als die »proportio erfordert«, das sollte demselben wieder erstattet oder an der künftigen Kontribution abgezogen werden. Nürnberg möchte daher eifrig mit der Werbung fortfahren; der König wäre ja erbötig, das Werbegeld wieder zu erstatten oder an der Kontribution

⁷⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Ratserlässe am 2., 5., 9. und 12. Juni. Tom. XVII. 131 und 132, Schreiben an den König am 5. Juni. — Spezialakten des 30jährigen Krieges. S. I, L. 224, Nr. 23.

abzuziehen. Es sollte so viel wie möglich geworbene Truppen und den Landesausschuß neben dem königlichen Kriegsvolke und dem anderer Stände unter sein Kommando geben und mit diesen für den Unterhalt des Heeres Sorge tragen. Mit Stücken, Geschütz neben allem Zubehör und aller Munition sollte Nürnberg, da es in der Nähe wäre, aufkommen, bezüglich der Artilleriepferde aber sollten die benachbarten Stände das Beste thun. Zum Rendez-vous wäre die Gegend von Erlangen bestimmt; Nürnberg sollte, bis die Benachbarten das Ihrige von weitem herbeigebracht hätten, Brot und Mehl liefern.

Schließlich sprach Schlammersdorf noch die Hoffnung aus, »man werde sein vergliches tractament auch erfolgen lassen«.

Was Schlammersdorf im Namen Gustav Adolfs begehrte, das war im wesentlichen eine neue Auflage der Truchsessischen Forderungen. Die Antwort des Rates war denn auch dieselbe, wie sie Truchsefs geworden war, trotzdem Nürnberg jetzt in viel größerer Gefahr als damals schwebte. Man erbot sich nämlich, das Seinige zu leisten, wenn auch andere Stände das Ihrige dabei thun würden. Und da Schlammersdorf seine Besoldung bei Nürnberg suchen wollte, erhielt er den weiteren Bescheid, man müßte den mit ihm getroffenen Akkord einhalten, würde aber, falls er hiesige Stadt und Landschaft so viel wie möglich verschonte, »ihme mit einer annemblichen recompens an die hand gehen«. Man verstand sich für jetzt nur dazu, daß man Schlammersdorf durch mehrere Tage hindurch 4000 *fl* Brot abfolgen liefs.

Der Rat war eben der Meinung, daß die ganze Kriegslast Nürnberg aufgebürdet würde und bei allen Opfern, die man brächte, der Erfolg doch recht zweifelhaft wäre, da die Obersten unter sich uneins und das neugeworbene Kriegsvolk und der Landesausschuß durchaus untüchtig wären, ja noch mehr, daß gerade durch diese kriegerischen Vorbereitungen der Feind ins Land gelockt und veranlaßt werden könnte, vor Nürnberg zu rücken.⁸⁾

⁸⁾ Tom. XVII. 158 und 159, Copia Königlich Schwedische Commission vff Herrn General Major Schlammersdorff gerichtet. Tom. XVII. 157, des Königs Schreiben an Nürnberg aus Memmingen unterm 5. Juni. Tom. XVI. 500 und 501, Relation des Ratsmitgliedes Hanns Christoph Tucher und Erlaß der Herren vom Ausschuß am 10. Juni. Tom. XVI. 513 und 514, Schlammersdorffs Schreiben an den Rat. Tom. XVI. 502 bis 512, 514 und 515, 517 und 518, Gutachten der Hochgelehrten und Kriegsverordneten. Ratserlaß am 12. Juni.

Gustav Adolfs
Rückkehr
nach
Franken.
Seine
Ankunft bei
Fürth.

Doch nahmen die Ereignisse jetzt eine Wendung, welche die Schlammersdorfische Kommission unnötig machte. Der König, im guten Glauben, der Friedländer würde seine ganze Macht auf den Kurfürsten von Sachsen werfen, eilte herbei, um seinem Bundesgenossen zu helfen. Am 15. Juni war er in Weissenburg, am 16. zog er gegen Schwabach und am 17. hielt er große Heerschau bei Fürth.

Nürnberg mußte nun die schwere Last auf sich nehmen, für die königliche Armee zu sorgen. Gleich auf Krefsens Schreiben aus Pleinfeld machte es sich mit 60—70 000 fl Brot, 3000 Eimer Bier, Fleisch für die Offiziere und allem Nötigen für den König selber gefaßt.

Aber diese Sorge war nur die geringere. In immer stärkerer Anzahl kam das friedländische und bayerische Kriegsvolk um Neumarkt an, und die Stadt Nürnberg wurde hiedurch immermehr bedroht. Zog der König, wie Krefz berichtete, nach Sachsen, so waren Blockierung und Belagerung zu befürchten, Stadt und Landschaft konnten gänzlich ruiniert werden, zumal die Wilzburg, Forchheim und der Rothenberg fast alle Pässe und allen Handel gesperrt hielten, Proviant und Munition merklich abgenommen hatten, die Befestigung noch nicht vollendet war und zu alledem der König auch noch alles Kriegsvolk aus dem Kreise abführen wollte.

Der Rat beschloß daher, Christoph Fürer und Gg. Christoph Volkamer an den König sofort nach dessen Ankunft bei Fürth abzuordnen. Sie mußten Gustav Adolf das Memorial überreichen, welches von Dr. Richter so kurz als möglich begriffen worden war und denselben um Rat bitten, »wie man in ainem vnnd anderen sich zuuerhalten, die sachen bei so beschaffener gelegenheit in acht genommen, auch gemaine statt vnnd dero zugethane conseruirt vnnd wegen so öftters erwiesener treueyfferiger zusetzung nicht in vor augen schwebender gefahr gelassen werden möchte«. Fürer und Volkamer wurden noch am 17. Juni vom König empfangen und berichteten alsbald nach ihrer Heimkehr, daß der König »gegen hiesige statt sich sehr wohl affectionirt erwiesen, die allegirte gefahr so hoch nicht aestimirt, sondern dafür gehalten, daß hiesige statt dieser zeit schwerlich werde attaquirt werden«. Immerhin jedoch riet

er, sich auf Widerstand gefaßt zu machen; lauteten doch gerade jetzt die Berichte immer drohender. Sulzbach hatte sich ergeben und bayerische Besatzung aufgenommen, in Amberg waren 18000 Mann bayerisches Kriegsvolk angekommen.

Gewifs, Nürnbergs Lage in diesen Tagen war keine beneidenswerte, und schwer war die Verantwortung, welche auf dem Rate lastete. Allein so unermüdlich auch des Rates Wirksamkeit war, derselbe fand bei einem grofsen Teile seiner Mitbürger nicht nur keine Anerkennung, sondern wurde schmäählich verdächtigt. Dies beweist uns ein Erlafs der Herren Eltern, in welchem folgende Stelle vorkommt: »dafs insgemein dieser tagen öffentlich von meinen herren viel böser reden getrieben vnd sie beschuldigt worden, alfs hetten sie dem kayser viel geldes in saltzschruben zugeschicket, defswegen sie dann bey dem könig zu Schweden in grose vngnad gerathen vnd von seiner mayt zum theil schwerlich würden abgestraffet werden.⁹⁾

Immer rascher drängten sich nun die Ereignisse. Am Nachmittag des 19. Juni kam der König abermals nach Nürnberg und nahm Absteigequartier im Imhofischen Hause auf dem Egydienberg. Kaum angelangt, empfing er Christoph Fürer, Georg Christoph Volkamer und Dr. Richter und gab diesen gegenüber seine Ansichten über die künftige Umgestaltung des deutschen Reiches kund.

GustavAdolfs
Anwesenheit
in Nürnberg
am 19. und
20. Juni.

Nun ist es mir allerdings nicht möglich, über die hochinteressanten Verhandlungen wesentlich Neues zu bringen; doch kann ein näheres Eingehen auf dieselben nicht umgangen werden, schon deshalb, weil die Stellung Nürnbergs zu den Ansichten des Königs für uns von Wichtigkeit ist.

Eine Überraschung allerdings wurde den Delegierten des Rates nicht bereitet. Denn schon am Abende des 18. Juni teilten die schwedischen Räte Sattler und Chemnitz dem Rate der freien Reichsstadt Nürnberg mit, dafs Wallenstein mit Kursachsen wegen des Friedens in Unterhandlungen stehe und den Evangelischen weitgehende Zugeständnisse vorschlage. Die Evangelischen sollten nicht allein, was sie vor dem Passauer

⁹⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XVII. fol. 175 und 176, 177 ff., Ratserlässe am 16. Juni. Tom. XVII. 210—212, Memorial an den König. Ratserlafs am 18. Juni, Erlafs der Herren Eltern am 22. Juni. Tom. XVII. 186—188, Ratserlafs am 19. Juni. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, I. Teil, pag. 197 und 198.

Vertrag und Augsburger Religionsfrieden eingenommen, sondern auch, was nachher geschehen, behalten, ja, wenn das nicht genug wäre, es sollten ihnen auch die Örter, so sie neulich okkupiert hätten, gehören; man wäre sogar geneigt, das religiöse Bekenntnis in den Erbländern freizugeben. Sie forderten denselben auf, über folgende 4 Punkte eine Erklärung abzugeben:

1. Ob dieser Zeit ein Friede zu schliessen sei.

2. Auf welche Weise und unter welchen Bedingungen ein solcher einzugehen sei und was für Versicherungsmittel dabei in acht zu nehmen seien.

2. Wie der König für das, was er für die evangelische Sache gethan, belohnt werden solle.

4. Wenn Kursachsen oder ein anderer evangelischer Stand mit dem Kaiser einen Partikularfrieden schliessen würden, »was vff solchen fall hiesige statt thun wolte, ob sie es lenger mit ihrer may. zu hallten oder zu den gedachten fürsten zu treten gedächten«.

Der König, so versicherten die schwedischen Räte, wäre nun sehr zum Frieden geneigt; allein ein solcher müfste beständig und sicher sein. Die Staaten und Plätze, welche er von feindlicher Gewalt befreit hätte, als Mecklenburg, Pommern u. s. w., würde er den rechtmässigen Herren zurückgeben, aber »diejenigen iura superioritatis vnd lehenschafften« behalten, welche vorher im Besitze des Feindes gewesen; »die andere örtter aber, so sie von denn pontificijs erobert, als Würtzburg, Meyntz etc. gedächten ihre may. zu behalten«. Im übrigen würde der König nicht »rigorose« darauf beharren, sondern wollte zuvörderst das Gutachten der evangelischen Stände vernehmen »vnd zwar in specie, nicht in genere«.

Die Ausstellung eines solchen Gutachtens aber deuchte dem Rate sehr schwer. Ohne sich mit den anderen Städten ins Benehmen gesetzt zu haben, wollte und konnte derselbe dem König resp. dessen Räten eine bestimmte Antwort nicht geben; anderseits aber war es ihm gerade jetzt sehr darum zu thun, sich des Königs Gewogenheit zu erhalten. Er bemühte sich daher, die Antwort zu verzögern, indem er auf einen Städtetag antrug, der ja thatsächlich auch bei einer solch wichtigen An-

gelegenheit geboten erschien. Allein davon wollten Chemnitz und Sattler nichts wissen, da hiebei nichts herauskomme, »vnd dörffte Chur-Sachsen wol ein halbes jahr disputirn, in wels namen das ausschreiben geschehen solte oder welcher gestalt vnd in quo respectu ihre may. solchen convent sollte besuchen lassen«.

Trotzdem blieb der Rat fest, er liefs sich eine feste und klare Antwort nicht abringen, indem er nur eine mündliche Erklärung gab, die ihn zu nichts verpflichtete. Da er aber für sehr wahrscheinlich hielt, dafs der König sich damit nicht begnügen würde, setzte Dr. Richter auf Beschlufs des Rates folgende Erklärung auf:

Ad. 1. Nürnberg ist viel zu gering, hier Rat zu erteilen und den höheren Ständen vorzugreifen oder ohne die anderen freien Reichsstädte zu handeln.

Ad. 2. Zu Heilbronn ist ausführlich von den Versicherungsmitteln die Rede gewesen, und sind die Städte eben jetzt damit beschäftigt, hierüber ein Gutachten an den König abzufassen. Die Städte verlangen vor allem, dafs alle nach dem Absterben des Kaisers Mathias wieder die Evangelischen in Religionssachen ergangenen Dekrete aufgehoben, ihre religiösen und politischen Beschwerden abgeschafft, das Jus reformandi jedem Stand, also auch den Städten im Stadt- und Landgebiete, freigelassen werde und neben genugsamer Versicherung auch gewisse »conservatores pacis« zu solchem Frieden bestimmt werden.

3. Nürnberg zweifelt nicht, dafs alle evangelischen Stände sich darin einig seien, es müsse dem König »würckliche recompens« geschehen, »da dann auch burgermeister vnd rath der stat Nürnberg an ihrem wenigen ort vf das eüerste wollen cooperirn helfen«.

4. Die Evangelischen, vor allem der Pfalzgraf August, werden wohl neben dem König das Äufserste thun, um eine Separation zu verhindern.

So stand die Sache, als die Deligierten des Rates vor Gustav Adolf beschieden wurden.

Der Friede, erklärte der König, wäre wohl ein hohes Gut, aber er müfste beständig und sicher sein. Wohl erböten sich

jetzt die Katholiken zu allem, kämen sie jedoch wieder zur Macht, so würden sie die Evangelischen aufs äußerste bedrücken. »ja ihre may. wolten lieber glauben, dafs ein blofs papyr wider eine halbe carthaune helfen solte, als dafs man vnfs dergleichen frieden vnd stattliche versprechen halten würde«. Man dürfte sich daher ja durch die süßen Friedensworte nicht bethören lassen, dazu könnte er selber, da er nur die Rettung und die Freiheit der Evangelischen, nicht seinen Nutzen und seine Ehre suche, nicht raten. Vielmehr wäre zur dauern- den Sicherstellung der Evangelischen ein corpus formatum bellicum mit einem Capo unumgänglich notwendig. Wollte man Sachsen die Führung übertragen, so hätte er nichts dagegen; Brandenburg aber hätte sich dermafsen feindlich wider ihn benommen, dafs er den Kurfürsten, wäre er nicht sein Schwager, von Land und Leuten würde vertrieben haben, »dafs er mit einem stecken hette müssen davon gehen«. Wohl hätte er auch mit Sachsen wegen des Stiftes Magdeburg Differenzen, doch wäre hier eine Verständigung eher zu hoffen als mit Brandenburg wegen Pommern, das er unbedingt wegen der See haben müfste. Er wünschte daher zu wissen, was die Städte thun würden, ob sie sich selbst schützen und ein Corpus formatum mit einem Capo errichten oder sich mit dem König verbünden und für einen Mann stehen würden. Dem König dürfte man »nullo alio nexu obligat seyn« als »vinculo Confoederationis« und dafs man sich mit ihm verbünde als »socius«; auch wäre nicht seine Absicht, »novas leges imperii« vorzuschreiben. Wer bei diesem corpus nicht mitthun wollte, sollte nur fern bleiben. Mit Hilfe der Städte wäre er dem Feinde gewachsen; hielten Nürnberg, Ulm, Frankfurt, Strafsburg, Erfurt und Augsburg zu ihm, so würden die Fürsten umsoweniger von diesem »Corpori« ablassen. Was endlich die Rekompens beträfe, so wäre es doch billig, dafs er die den Papisten abgenommenen Länder behielte und in denjenigen evangelischen Staaten, die er den rechtmäfsigen Herren zurückgegeben hätte, die »jura superioritatis« erhielte, welche zuvor der Kaiser gehabt hätte. Übrigens würde er in diesem Punkte nicht strikte auf seinen Forderungen beharren.

Nachdem Gustav Adolf in dieser Weise seine Ansicht

über die politische Lage geäußert hatte, forderte er die Nürnberger Delegierten auf, sich zu erklären, was Nürnberg thäte, wenn Kursachsen oder ein anderer Stand mit dem Kaiser Frieden schliessen würden.

Die Nürnberger Abgesandten sprachen sich nun dahin aus, daß sie auch ihrerseits das Corpus formatum als sehr nötig erachteten und daß sie als Capo niemand anderen wüßten als den König selber, daß eine Rekompens billig wäre, die dieser de jure gentium und nach dem Beispiel anderer fordern könnte, und daß man nicht glaubte und hoffte, Sachsen würde sich separieren. Sie beteuerten ihre Anhänglichkeit an den König, hielten aber zugleich auch mit ihrer Meinung nicht zurück, daß die Städte ohne die Fürsten zu schwach wären.

Ehe es aber zu einer Antwort des Königs kam, trat der geächtete Kurfürst von der Pfalz ins Gemach, und die Audienz war beendet. Sie fand ihre Fortsetzung am Sonntag, den 20. Juni, nach der Predigt, welche der König in der Lorenzerkirche angehört hatte, und dauerte 1½ Stunden. Zu dieser Audienz hatten sich auch die beiden Losunger eingefunden.

Die Nürnberger wiederholten ihre gestrigen Worte und gaben die Versicherung, daß sie von dem nicht aussetzen würden, was zum Besten der evangelischen Sache »immer möglich vnd dienlich«.

Daraufhin erwiderte nun Gustav Adolf, er sehe ein, daß die Nürnberger den jetzigen »Statum imperii Romani et quo loco res nostrae stent« nicht recht verstünden, und brachte wieder seine tags vorher geäußerte Meinung über den Frieden und das Corpus formatum vor. Er wolle nicht, fuhr er weiter, daß man die »Constitutiones imperii« miteinander aufhebe, sondern daß man eine »corpus in corpore, nämlich ein Corpus formatum Evangelicorum per se subsistens in ipse corpore imperii Romani« errichte, wobei auch für das Corpus ein Parlament nötig sei, dem der Capo präsidieren müsse.

Des weiteren beklagte er sich bitter über die Disciplinlosigkeit der Soldaten und daß man ihm alles verheimliche; freilich müßte man auch den Soldaten die nötigen Bedürfnisse geben. Er rügte, daß man noch immer einen Unterschied machen wolle zwischen Kaiser und Reich, welche Unterscheidung

doch nur »imagitaria vnd philosophica« sei und man für die grofse gemeinsame Sache keine Opfer bringen wolle. Etliche Stände hätten zwar zu Würzburg 72 Monate bewilligt, doch das wäre lange nicht genügend; von einigen wäre auch das Wenige nicht erfolgt.

Die Nürnberger erklärten nun eine gesamte Deliberation und hiezu eine Städtezusammenkunft als durchaus notwendig. Der König war denn auch damit einverstanden und teilte noch mit, er werde mit den Fürsten verhandeln, die Städte sollten in Frankfurt zusammenkommen und unter dem Vorsitze des Reichskanzlers Oxenstierna tagen. Nürnberg, so schlofs er, sollte bedenken, was ein Corpus auszurichten vermöchte, das Pommern, Mecklenburg, Ober- und Niedersachsen, Pfalz, Franken, Schwaben, den Rheinstrom bis an die Weser und die vornehmsten Reichsstädte umfassen würde.

Nach dieser Audienz folgte eine festliche Mittagstafel und darauf ein Tanz von 3 — 9 Uhr. Dann ging es wieder zur Tafel. Gegen Mitternacht fuhr der König wieder in sein Quartier nach Fürth zurück. An dem Rate war es nun, die vom König gewünschte schriftliche Mitteilung der mündlichen Äußerungen alsobald abzugeben. Deren kurzer Inhalt ist dem Sinne nach folgender: Wir halten das Corpus bellicum sehr notwendig und als Capo niemand geeigneter als Majestät; wir werden zur Städteversammlung nach Frankfurt abordnen und dahin wirken, dafs der König zu seinem Zwecke komme. Wir leben der Zuversicht, der König werde die Stadt auch fernerhin beschützen, damit dieselbe durch die angedrohte und nahende Gefahr nicht gänzlich ruiniert werde.

Diese Erklärung behagte jedoch den königlichen Räten sehr wenig. Sie hielten dieselbe zu kurz und zu allgemein und rügten insbesondere, dafs das Corpus formatum nur bellicum, nicht auch politicum genannt sei, dafs man nicht beigesetzt habe, dafs es auch nach geschlossenem Frieden »einen wegs als den andern bestendig bleiben sollte«, dafs von der Rekompens »in specie« nichts beigefügt sei, »und dann auch allerdings aufgelassen hetten, was dann hiesige statt vf den casum separationis aliorum bey ihrer may. zu thun gesinnet«. Sie begnügten sich auch nicht mit den Einwendungen

der Nürnberger, die Differenzen bestünden zum Teil mehr in Worten als in der Sache, zum Teil aber würde sich alles in Frankfurt finden, weshalb denn die Nürnberger die erste Resolution, jedoch ungesiegelt, übergaben, die allerdings länger, aber inhaltlich ebensowenig bindend war die zweite.

Damit schliesse ich die Beschreibung dieser denkwürdigen Verhandlungen. Sie sind weniger interessant durch die Stellungnahme Nürnbergs zu den Plänen Gustav Adolfs, welche ja, im Grunde genommen, nur abwartend und zurückhaltend sein konnte, sondern weil sie uns des Königs Meinung und Willen über die künftige Gestaltung des Reiches offenbaren.

Ein evangelisches Deutschland innerhalb Gesamtdeutschland mit Gustav Adolf an der Spitze, dieser selbst durch den Besitz den der Papisten abgenommenen Länder, wie Würzburg, Mainz u. a., durch Pommern, das nach dem Aussterben des damaligen Herrscherhauses ganz an die Krone Schweden fallen sollte, durch Mecklenburg, wo er an Stelle des Kaisers die Hoheitsrechte ausübte, ein mächtiger deutscher Reichsfürst — das bedeutete eine gänzliche Umwälzung der politischen Verhältnisse.

Ob Gustav Adolf auch die Hand nach der deutschen Kaiserkrone auszustrecken gedachte, wer vermag dies mit Bestimmtheit zu bejahen oder zu verneinen?

Er selbst hat davon nichts gesagt. Aber seine Räte, Katholiken und Protestanten glaubten daran.¹⁰⁾

Welche Absichten man von katholischer Seite dem König zutraute, darüber gibt uns eine Flugschrift Aufschluß, deren Erscheinen in etwas spätere Zeit fällt, die aber gleichwohl hier Platz finden mag. Es heisst da: Gustav Adolf wird deutscher Kaiser, der als solcher wegen Fortsetzung des Krieges nach Italien seine Residenz in Augsburg hat, und erhält die Erzbistümer und Bistümer Magdeburg, Salzburg, Bamberg, Würzburg,

Eine Stimme
aus dem
katholischen
Lager über
die Absichten
des Königs.

¹⁰⁾ Nürnberger Kreisarchiv. Tom. XVII. 190 ff., Relation, was des Königs Abgesandter mündlich vorgebracht. Tom. XVII. 194 ff., Bedenken der Hochgelehrten am 19. Juni. Tom. XVII. 200—204, Ratserlaß am 19. Juni und Resolution. Tom. XVII. 206 ff., Ratserlaß. Tom. XVII. 234—247, Relation, was bei beiden Audienzen der Kgl. Maj. zu Schweden den 19. und 20. Juni „allhier angebracht vnd beantwortet worden“. Tom. XVII. 219, Ratserlaß am 21. Juni. Tom. XVII. 223 und 224, schriftliche Resolution. — Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland, pag. 295—309. Auch Droysen, Breyer u. a. — Nürnberger Stadtarchiv. Chronik, Geschichten, die sich im XVII. Jahrhundert ereignet haben. 77 2^o.

Passau und Halberstadt, das Herzogtum Ober- und Niederrhein, die Stadt Wismar in Mecklenburg, die Königreiche Böhmen und Ungarn und alle Erbländer des Hauses Österreich.

Der Pfalzgraf Friedrich bekommt seine Erbländer wieder und dazu sämtliche Erbländer des Kurfürsten Max I. nebst dem Bistum Regensburg. Pfalzgraf August zu Sulzbach wird Herr von Mainz, Speyer und Worms und erhält nach dem Absterben des Kurfürsten von Trier die junge Pfalz-Neuburg und Jülich. Kurköln und Münster werden zu den Generalstaaten geschlagen, Kurtrier aber kommt an den Herzog von Holstein-Gottorp. Die übrigen Bistümer werden ebenfalls unter protestantische Fürsten verteilt.

Damit wäre das evangelische Deutschland fertig, der Katholizismus ausgerottet. Doch es sollte anders kommen.

Jetzt stand Gustav Adolf auf dem Gipfel seiner Macht; gelang es ihm auch noch, seinen neuen großen Gegner, den Herzog von Friedland, zu besiegen, so stand ihm menschlichem Ermessen nach nichts im Wege, seine kühnsten Pläne zu verwirklichen. Allein bei Nürnberg brach sich seine Macht, und noch war das Jahr nicht zur Rüste gegangen, hauchte er seine Heldenseele auf dem Lützener Schlachtfelde aus, und mit ihm sank der stolze Bau, den er aufzuführen gedachte, in Trümmer.¹¹⁾

Schluss.

Hiemit schliesse ich meine Arbeit.

Die Geschichte der von mir geschilderten Zeit bietet zwar kein allgemeines Interesse; denn die freie Reichsstadt Nürnberg war ja nur ein kleiner Stand, dessen Stimme bei den großen schwebenden Fragen nicht ins Gewicht fiel. Aber ist der Beitrag zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges auch nur ein kleiner, so ist er, glaube ich, doch nicht ohne geschichtlichen Wert. Wir erhalten durch ihn Aufschluss über die Politik einer evangelischen Stadt, deren Bürgerschaft ganz schwedisch gesinnt war, deren Rat aber nur zögernd, gleichsam Schritt für Schritt, das Band mit Gustav Adolf immer fester knüpfte und immer sein Augenmerk darauf richtete, sich die Gnadenthüre beim Kaiser offen zu erhalten. Und was hier von Nürnberg gilt, mag mehr oder weniger auch von anderen Reichsstädten gelten.

¹¹⁾ Kgl. öffentliche Bibliothek in Dresden. Extract-Schreibens, als Dispositio Romani Imperij in nouam formam Suecicam. Hist. Germ. c. 554, 78.

Quellen.

A. Manuskripte.

Kgl. Kreisarchiv in Nürnberg.

Schwedische Kriegsakten. Tom. VIII, IX, XII, XIII, XIV, XV, XVI und XVII.

Spezialakten des 30 jährigen Krieges.

Briefbücher von 1631 und 1632.

Ratserlässe.

Erlässe der Herren Eltern und der Herren vom Ausschufs.

Stadtrechnung von 1631.

Leublfingische Chronik.

Imhofische Chronik.

Städtisches Archiv in Nürnberg.

Protokoll der Kriegsstube von 1631 und 1632. (20).

Akten des deutschen Ordens 2^o (129—135).

Nürnberger Chronik von Volckamer. 523 4^o.

Chronik, Beschreibung der Stadt Nürnberg, Geschichten, die sich im 17. Jahrhundert ereignet haben. 77. 2^o.

Kgl. Allgemeines Reichsarchiv in München.

Schwedische Kriegsakten. Tom. 64, 82, 101, 152, 167, 171, 172, 176, 177 und 178. Fasc. XXX und XXXVI 318.

Kgl. Geheimes Staatsarchiv in München.

Fränkische Kreissachen, schwarzer Kasten 140/I.

Kaiserliche Korrespondenz, schwarzer Kasten 4/6 und 426/I.

B. Druckschriften.

Germanisches Museum in Nürnberg.

Historische Blätter 486, 490, 495, 506 und 516.

Kgl. Hof- und Staatsbibliothek in München.

Arlanibaeus, Arma Suecica. Eur. 8. 4. Warumb solt ich nicht Schwedisch seyn?

Salve Regium 361. 19. 4.

Copia eines Schreibens N. N. von Leipzig unterm 24. Juli a. St. oder 3. Aug. n. St. Eur. 361/31.

Kgl. öffentliche Bibliothek in Dresden.

Extract-Schreibens als Dispositio Romani Imperij in nouam formam Suecicam Hist. Germ. c. 554, 78.

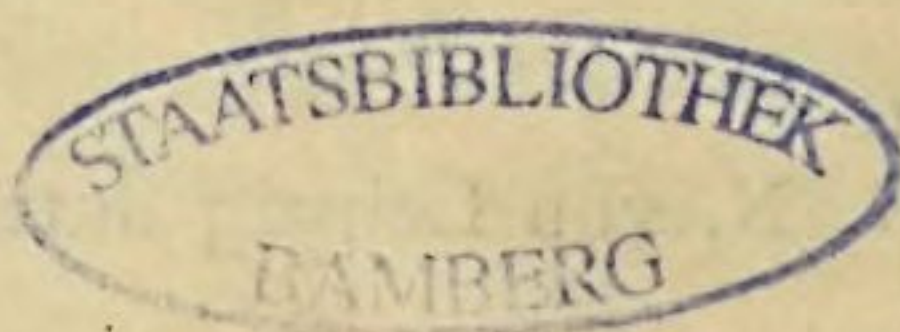
Städtisches Archiv in Nürnberg.

Wills Museum Norikum No. I und No. XV.

Außerdem:

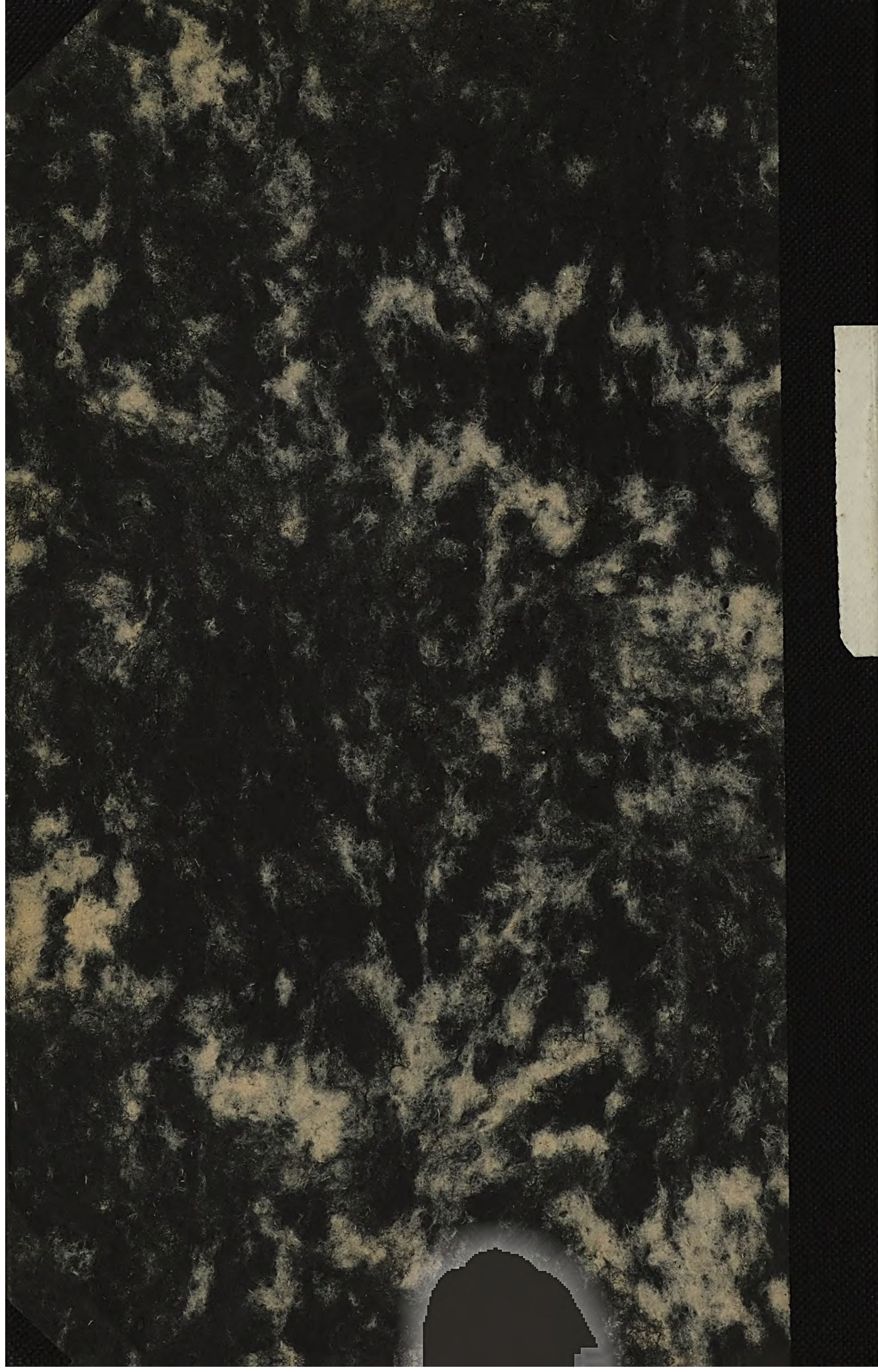
- B. Ph. von Chemnitz, Königlichen Schwedischen in Teutschland geführten Krieges, I. Teil.
Ch. G. von Murr, Beiträge zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges Nürnberg 1790. 8.
C. W. Fr. Breyer, Beiträge zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges, München 1812. 8.
Droysen, Gustav Adolf. 2 B. Leipz. 1869. 70. 8.
Droysen, Schriftstücke von Gustav Adolf zumeist an evangelische Fürsten Deutschlands. Stockholm 1877. 8.
F. Frh. von Soden, Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland. I. Teil.
F. Frh. von Soden, Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg. III. Teil.

Eine Reihe von Werken, wie Theatrum Europaeum, S. de Pufendorf, Commentariorum de rebus Suecicis libr. 26, J. Opels und Ad. Cohns Sammlung von historischen Gedichten und Prosadarstellungen aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges u. a. m. wurden durchgesehen. Doch konnte daraus nichts zu meiner Arbeit Dienliches entnommen werden.



SBB 013400776975





Donaubauer, Stephan

Nürnberg um die Mitte des dreissigjährigen Krieges (von Oktober 1631 bis
Mitte Juni 1632)

Nürnberg 1893

Bamberg, Staatsbibliothek -- 30.3609

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11828423-9